Heft 11 November 2003 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

DEUTSCHE INDUSTRIE
UNSER MANN HEIßT SCHRÖDER

POHRT/GREMLIZA
WIE HARMLOS SIND DIE DEUTSCHEN?

VOLL INS ROTE
KUNST UNTER STALIN

TOLLE KOLLEKTE
MAUT IN GERMANY

LAND UNTER
der unbegrenzten Möglichkeiten

4 191202 704806 11

in konkret November 2003

hier konkret von Karl-Heinz Hansen

Hier ein kleiner Freibetrag, dort ein vages Mindestlohnversprechen – für viel weniger konnten die »Abweichler« in der SPD ihren »Widerstand« gegen die Sozialabbaupläne der Regierung gar nicht aufgeben. KONKRET sprach mit dem Ex-SPDler und -Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen über die Funktion des sozialdemokratischen Dissidententums. Hansen war 1981 wegen seiner Ablehnung wesentlicher Vorhaben der damaligen SPD/FDP-Regierung aus der Partei ausgeschlossen worden. Sein Anwalt im Parteiausschlußverfahren: Gerhard Schröder

von Konkret

an Konkret

Dritte Klasse, dritter Rang von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Maut in Germany von Gert Ockert

Schule des Lebens von Georg Fülberth

Was konnte Hitler, was Schröder nicht kann? Der Bundesverband der Deutschen Industrie ist mit dem Kanzler jedenfalls recht zufrieden. Nur ein paar Kleinigkeiten wären da noch zu erledigen.

Alles im Lot von Stefan Frank

Warum es der deutschen Wirtschaft so schlecht geht, was sie von Amerika lernen kann und wieso sich die »FAZ« über eine »Niederlage der Armen« ärgert.

Zu Protokoll von Wolfgang Pohrt, Hermann L. Gremliza

Sein Auftritt bei einer Veranstaltung des Bündnisses gegen Antisemitismus und Antizionismus (www.bgaa.net) am 30. September in Berlin habe gezeigt, daß Wolfgang Pohrt, langjähriger Autor von KONKRET, auf dem Weg zum »ideologischen Borderliner« (»Junge Welt«) sei bzw. seinen »intellektuellen Offenbarungseid« (»Jungle World«) geleistet habe. KONKRET dokumentiert Pohrts Eröffnungsbeitrag. Hermann L. Gremliza hat eine Erwiderung darauf geschrieben

No Exit von Michael Hahn

Die Angriffe gegen die US-Truppen im Irak eskalieren ebenso wie die Richtungskämpfe innerhalb der Bush-Administration. Verlieren die USA den »ersten Krieg des 21. Jahrhunderts«?

Übergriff der Pappnasen von Joachim Rohloff

Die Wahl eines Schauspielers zum Gouverneur Kaliforniens hat bei einigen deutschen Kommentatoren zu schwerer geistiger Diarrhöe geführt.

Alles auf null von Erwin Riess

Die versuchte Abwicklung der KPÖ. Bericht über eine Grenzüberschreitung.

Gruppenermäßigung von Erich Später

Zwischen 1941 und 1944 wurden im NS-Satellitenstaat Slowakei etwa 65.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Die Bundesrepublik verweigert jede Form der »Wiedergutmachung«.

Herzlich unwillkommen von Samuel Salzborn, Marc Schwietring

In Polen mehren sich die Proteste gegen die Begehrlichkeiten der deutschen Vertriebenenverbände.

Preußische Sammelklagen von Marc Schwietring

Die Gegenwart Zukunft von Jens Hoffmann
»Death as a Way of Life« – neue Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt von den Journalisten David Grossman und Tom Segev.

Der große und der kleine Teufel von Gerhard Scheit
Thesen zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus. Teil 1.

Pokern mit dem Terror von Markus Bickel
Bei den Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo drängen US-Think Tanks auf eine Klärung der Statusfrage des Uno-Protektorats.

Herbst der Oligarchen? von Stefan Schmalz
Die brasilianische Landlosenbewegung MST ist eine der wenigen orthodox-marxistischen Massenbewegungen, die weiter offensiv für den Sozialismus kämpfen. Sie hat ihre Aktivitäten gegen die Regierung des Hoffnungsträgers der Linken, Lula da Silva, verstärkt.

Kunst & Gewerbe von Peter Köhler
Auf den Moshammer gekommen

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe von Gerhard Henschel
Adorno im Bild

Kinderkramkunst von Bazon Brock
Kultur-Kolumne

Painting under the influence von Georg Seeßlen
Bloß nichts unkommentiert lassen! Die Frankfurter Schirn zeigt die »visuelle Kultur der Stalinzeit«.

Kunst ist nicht Kultur von Michael Scharang
Und Kunstförderung nicht Kulturförderung. Eine Klarstellung

Buch & Deckel von Verena Sarah Diehl
Hanny Lightfoot-Klein: Der Beschneidungsskandal. Orlanda, Berlin 2003, 240 Seiten, 15,50 Euro

Buch & Deckel von Christel Dormagen
Claudia Koppert / Beate Selders (Hg.): Hand aufs dekonstruierte Herz. Verständigungsversuche in Zeiten der politisch-theoretischen Selbstabschaffung von Frauen. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2003, 160 Seiten, 19,95 Euro

Buch & Deckel von Berit Sörensen
Fanny Müller: Für Katastrophen ist man nie zu alt. Edition Tiamat, Berlin 2003, 160 Seiten, 13 Euro

Buch des Monats von Bernhard Schmid
Marc Ferro (Hg.): Le livre noir du colonialisme. XVI.-XXI. siècle: De lextermination à la repentance. Verlag Robert Laffont, Paris 2003, 843 Seiten, 29 Euro

Jazz und ungarische Schnulzen von Gerhard Scheit

Eine biographische Wahrheit ist nicht zu haben – schon gar nicht bei Adorno.

Mingus Ah Um von Felix Klopotek
Die Autobiographie des großen Bassisten, die pünktlich zum 25. Todestag wieder vorliegt, gibt Einblicke in die Funktionsweise des Rassismus.

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Chicks On Speed: 99 Cents. Chicks On Speed Records/Labels/Emi

Melodie & Rhythmus von Christian Giering
Joe Strummer and the Mescaleros: Streetcore. Hellcat/SPV

Melodie & Rhythmus von Michael Klarmann
Vorkriegsjugend: Wir sind die Ratten – Kreuzberg Hardcore-Punk 1982 bis 1985. Destiny Records (CD), Weird System (LP)

Platte des Monats von Klaus Smit
Robert Wyatt: Cuckooland. Hannibal/Rykodisc/Indigo

Lärmende Leinwand von Martin Büsser
»Obsessive Malerei« – Ein Blick auf einen Rückblick auf die »Neuen Wilden«.

Was nicht mit den Augen zu sehen ist von Klaus Theweleit
Mythen und Homosexualität in Pasolinis »Salò oder die 120 Tage von Sodom«.

FilmTheater von Christoph Hesse
Jean-Luc Godard: Das Gesagte kommt vom Gesehenen. Gachnang & Springer, Bern/Berlin 2003, 128 Seiten, 21,90 Euro

FilmTheater von Gert Ockert
Findet Nemo

FilmTheater von Jan Pehrke
Dogville

Film des Monats von Andreas Busche
Kill Bill Vol. 1

Schöner sterben von Tina Klopp
Auf deutschen Friedhöfen herrschen Zucht und Ordnung. Doch der Widerstand wächst.

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/03, S. 3

Karl-Heinz Hansen

hier konkret

Hier ein kleiner Freibetrag, dort ein vages Mindestlohnversprechen – für viel weniger konnten die »Abweichler« in der SPD ihren »Widerstand« gegen die Sozialabbaupläne der Regierung gar nicht aufgeben. KONKRET sprach mit dem Ex-SPDler und -Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen über die Funktion des sozialdemokratischen Dissidententums. Hansen war 1981 wegen seiner Ablehnung wesentlicher Vorhaben der damaligen SPD/FDP-Regierung aus der Partei ausgeschlossen worden. Sein Anwalt im Parteiausschlußverfahren: Gerhard Schröder

konkret: Herr Hansen, Sie waren zur Zeit von Kanzler Helmut Schmidt *der* linke Dissident in der SPD-Fraktion des Bundestags. Ihr Widerstand gegen die sogenannte Nachrüstung führte 1981 sogar zu Ihrem Parteiausschluß. Erkennen Sie sich in den linken Dissidenten von heute, in der Genossin Nahles und im Genossen Schreiner, wieder?

Hansen: Ich war in die SPD eingetreten, weil ich glaubte, sie werde als linker Flügel der Gesellschaft die »Grundsätze der Menschlichkeit und Gleichheit, der Freiheit und des Sozialismus« durchsetzen, zu denen sich Otto Wels in der von Nazis umzingelten Krolloper vor 70 Jahren »feierlich« bekannt hatte. Als die SPD an die »Macht« kam – schon Tucholsky hatte ihnen bescheinigt: »Sie glaubten, Sie seien an der Macht, dabei waren sie bloß in der Regierung« – und die unaufhaltsamen politischen Schweinereien begannen, wurde ich zum Dissidenten. Ich sagte nein zu Steuergeschenken für Reiche, zu den »Antiterrorgesetzen«, zu Raketenstationierung und Kriegswirtschaft. Dafür wurde ich aus der Partei geworfen.

Der tiefere Grund war, daß die SPD jenen »demokratischen und sozialen Rechtsstaat«, den sie und das Grundgesetz versprechen, gar nicht verwirklichen kann. Kapitalismus heißt, daß die Krupps das Sagen und die Krauses das Nachsehen haben, egal, wer gerade regiert. SPD und Gewerkschaften sind dazu da, »gemeingefährliche Umtriebe« abzuwehren und rebellische Gruppen oder Personen zu integrieren.

konkret: Müssen also die Aufstände solcher Gruppen und Personen immer als die Farce enden, die wir an den Larchers, Nahles, Schreiners oder, bei der Konkurrenz: den Ströbeles alle paar Monate erleben?

Hansen: Wer in der »Volkspartei« SPD die Veränderung der bestehenden Verhältnisse von Kapital und Arbeit betreiben wollte, müßte zum permanenten Dissidenten werden, zum Implanteur »richtigen Bewußtseins«, zum Demaskierer antagonistischer Widersprüche. Er müßte auf den Selbstbetrug verzichten, durch taktisches Geschick Schlimmeres verhindern zu können.

konkret: Haben denn die Dissidenten in der SPD-Fraktion nichts Schlimmeres verhindert?

Hansen: Was die Regierung Schröder als »Reform« feiert, ist die größte, die zynischste Enteignung, Entrechtung und Entmündigung der sozial Schwächsten seit Bismarcks Zeiten. Was der als »weißer Revolutionär« mit der Einkreisung der Sozialdemokratie durch Sozialistengesetz und soziale Gesetzgebung erfolglos versuchte, die Vernichtung der Arbeiterbewegung – der rosarote Konter-Reformator Schröder ist dabei, es zu schaffen.

Wenn von angeblich 120 Linken in der SPD-Fraktion des Bundestags ganze sechs nicht ganz ohne Murren mitmachen, ist das eine Schande. Und wenn diese Maulenden sich für lächerliche »Glättungen« der »Reformen« ihr bißchen Schneid abkaufen lassen, machen sie sich selbst zu Komplizen einer schamlosen Volksbescheißerei. Ein Dissident, der nicht aufklärt über seine eigene Rolle als Abgeordneter und über das Parlament als Notariat der Exekutive, sorgt mit dem Demokratiegeräusch, das er verbreitet, nur für Affirmation.

konkret: Kanzler Schröder kriegt die Abweichler immer wieder mit der Drohung herum, er könne ja auch zurücktreten und die Macht der Union und den Liberalen überlassen.

Hansen: Daß die SPD regiert, ist kein Wert an sich. Wenn sie Krieg führt erst nach Außen und nun nach Innen, gegen Arbeitslose, Kranke, Alte, Arme und Kinder, muß sie nicht gestützt, sondern gestürzt werden. Linke Gegner dieser Politik in der SPD und in ihrem Umfeld müssen aufhören, trotz aller Enttäuschungen am Ende doch wieder zur Wahl der SPD aufzurufen. Herbert Wehner hatte recht, als er schon 1926 wußte: »Der Wähler legalisiert die Handlungen, die später gegen ihn unternommen werden.«

Konkret 11/03, S. 4

von Konkret

Aus dem Journalisten-Laufställchen:

Berlin, 9. September 2003

Sehr geehrter Herr Gremliza,

die »taz« wird 25 Jahre alt. Am 27. September 1978 erschien die Nullnummer der »tageszeitung«. Deshalb wird nun am 27. September dieses Jahres die Jubiläumsausgabe erscheinen.

In den vergangenen 25 Jahren hat sich die »taz« immer wieder Lieblingsfeinde auserkoren, mit denen sie sich intensiv auseinandersetzte. Sie sind einer dieser Lieblingsfeinde. Und Sie können sich jetzt revanchieren. Übernehmen Sie die »taz«!

Am 26. September 2003 wird die »feindliche Übernahme« der »taz« vollzogen. Die Redaktion überläßt ihren Lieblingsfeinden für einen Tag die »taz«. Gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur können Sie die Jubiläumsnummer nach Ihren Vorstellungen gestalten.

Besuchen Sie am 26. September 2003 das »taz«-Haus in Berlin. Bilden Sie zusammen mit den anderen Lieblingsfeinden eine Redaktion, und wählen Sie eine neue Chefredaktion. Zeigen Sie den »taz«-Redakteuren, wie eine Zeitung Ihrer Meinung nach aussehen sollte.

Oder schreiben Sie einen Beitrag für die Jubiläumsausgabe. Das Thema steht Ihnen frei. Schreiben Sie aber bitte nicht über die »taz«. Beantworten Sie vielmehr die »KGB-Fragen«: Was kommt? Was geht? Was bleibt? Erklären Sie, welche politischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf uns alle zukommen. Was bleiben wird. Und was schließlich vergeht.

Wir laden Sie herzlich ein zur »feindlichen Übernahme« und würden uns sehr freuen, wenn Sie sich an der Redaktion der Jubiläumsausgabe beteiligten.

Mit freundlichen Grüßen

Bascha Mika, Chefredakteurin

Gremliza kam der Aufforderung, gemeinsam mit u.a. Kai Diekmann (»Bild«-Chef), Paul C. Martin (Ex-»Bild«-Vize), Franz Josef Wagner (»Bild«-Kolumnist), Hans-Hermann Tiedje (Ex-»Bild«-Chef), Mainhardt Graf Nayhauss (Ex-»Bild«-Kolumnist) und Peter Boenisch (Ex-»Bild«-Chef) eine »Taz« zu gestalten, nicht nach. Wer aber das Ergebnis gesehen hat, weiß, warum die »Taz« mit »Kinder-›FAZ‹« nur sehr unzureichend charakterisiert ist. Sie hieße besser »Kinder-›Bild‹«.

Veranstaltungen: Am 7. November um 20.30 Uhr tagt wieder Gerhard Henschels und Rayk Wielands Toter Salon im Nachtasyl, Thalia-Theater, Hamburg, Gast: Günther Willen.

Im Zuge einer Vortragsreihe zum Antisemitismus findet in Weimar am 9. November aus Anlaß des 65. Jahrestags der Reichspogromnacht eine Schwerpunktveranstaltung statt. Dabei spricht KONKRET-Autor Günther Jacob über »Anti-Israelismus und die neue deutsche Opferrolle seit dem 11.9.01« (16.30 Uhr, Kulturzentrum Mon ami, Goetheplatz); um 20 Uhr findet am gleichen Ort eine Diskussion mit Beate Klarsfeld und Micha Brumlik statt (siehe auch »Termine«, S. 30).

Am 12. November hält Gerhard Scheit (siehe in diesem Heft S. 33 ff.) einen Vortrag zum Thema »Meister des Opfers, Hüter des Rechts? Deutschland und die USA«: Hamburg, Uni, Phil-Turm, Hörsaal B, 19 Uhr.

Am 25. November wird »Der Zorn der Eleonore Batthyány«, das neue Stück des KONKRET-Autors Erwin Riess, im Wiener Konzerthaus uraufgeführt. Weitere Aufführungen folgen bis zum 6. Dezember (Karten unter Tel. 0043/1/587 05 04). Am 27. November stellt Riess sein Buch Heimatkunde Österreich. Ein Land zwischen Donau und Alpen, Prinz Eugen und Haider, edlen Rittern und braunen Kameraden *(**konkret texte** 36) in Wien vor (Alte Schmiede, 19 Uhr). Gleichzeitig präsentiert Riess auch sein Buch* Die Ferse des Achilles *(Bibliothek der Provinz). Es behandelt Geschichte und Bedeutung behinderter Menschen für die Gesellschaft. Für beide Veranstaltungen gilt: rollstuhlgerechter Zugang und Behindertentoilette vorhanden.*

*Das gemischte Doppel aus Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer sowie Erwin Riess, Autor des **konkret texte**-Bands 36* Heimatkunde Österreich, *stehen zu Lesungen zur Verfügung. Interessierte Veranstalter wenden sich bitte an den Verlag.*

Am 6. November um 16 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg), Hamburg, können sich Interessenten über Anlagemöglichkeiten in der KVV konkret Kommandit-Gesellschaft informieren. Anmeldung beim Verlag erforderlich.

Konkret 11/03, S. 6

an Konkret

Bowling for Germany

KONKRET 10/03: »Lesen als Volksfest« von Ralf Schröder

Wenn Ralf Schröder sich bitte für 15 Minuten von seinem Katheder herunterbemühen würde – nur so lange nämlich dauert in unserem Großunternehmen ein Personalgespräch, in dem dem Mitarbeiter mitgeteilt wird, daß sein Arbeitsplatz der »Prozeß-Optimierung« zum Opfer gefallen ist. Die meisten verlassen traumatisiert den Raum. Das Verdienst der Bücher Moores ist es, daß viele Betroffene die Katastrophe des Arbeitsplatzverlustes nicht länger als persönliches Versagen empfinden. Und daß es weiß Gott kein Sakrileg ist, seine Wut auf den Sch...laden und seine Handlanger in Nadelstreifen öffentlich zu artikulieren. Und sich zu wehren. Der deutsche Stammtisch fühlt sich nur von Politikern und Handwerkern betrogen. Moore lenkt den Blick auf die wirklichen Täter und ihre Shareholder. Immerhin! Um massenhaft gelesen zu werden, muß er simplifizieren und personalisieren. Andernfalls würde er nur von Ralf Schröder und seinesgleichen gelesen. Und die wissen seit Marx und Engels eh schon immer alles ganz genau. Geholfen hat’s aber bisher auch nix.

Kurt Albers

Betriebsrat Deutsche Bahn AG Berlin

Hätte ich nicht auf die KONKRET-Homepage geschaut, nie hätte ich geahnt, daß Moore seine Bücher geschrieben hat, um den Deutschen Amerika zu erklären. Millionen von US-Amerikanern, die *Stupid White Men* zum Mega-Bestseller machten, haben ein Machwerk aus den Tiefen der deutschen Seele für eine ur-amerikanische Kritik an amerikanischen Zuständen gehalten. Die Erkenntnis der Antideutschen, daß alles auf der Welt sich irgendwie um Deutschland drehen muß, hat sich diesseits des Atlantiks einfach noch nicht herumgesprochen. Die Amis sind ja so leicht zu täuschen. Sie haben sogar Moores Film »Bowling for Columbine« mit dem Academy Award ausgezeichnet. Zum Glück haben wenigstens die deutschen Amerika-Patrioten seinen Antiamerikanismus durchschaut und ihn als Komplizen der Achse Schröder-Saddam-Bin Laden entlarvt (so interpretiere ich jedenfalls die Veranstaltungsanzeige der »Bahamas«: »Bowling for Saddam«). Leider, leider, diese ungebildeten Amis halten die Bahamas immer noch für eine Inselgruppe. Moores neues Buch heißt übrigens *Dude, Where’s My Country?* (bei Amazon USA, Kanada und UK derzeit Bestseller Nr. 1). *Toni Menninger*

Québec, Canada

Racket

KONKRET 9/03: »Knurrender Rottweiler, schreiender Hirsch« von Gerhart Scheit

Ihr Autor hat sich von den adornitischen Gesängen betören lassen. Ein Anti-Racket war das Institut unter dem Direktorat Horkheimers nie – weder in der Emigration, noch nach der Rückkehr nach Frankfurt am Main. Unterordnung unter die Intentionen seines Direktors bei Strafe des Rausschmisses (Fromm, Grossmann, Kirchheimer, Neumann, Marcuse, Wittfogel) oder (im Falle Adornos bis 1938) der Nichtberücksichtigung trifft die Konditionen besser. Scheits Ressentiment gegenüber Habermas verdeckt, daß dieser das am eigenen Leib zu spüren bekommen sollte.

Jürgen Scheele

Frankfurt a. M.

Fair play

KONKRET 10/03: »Road to Nowhere« von Horst Pankow

Sie schreiben, daß die Roadmap in ihrer »Forderung nach der Einstellung ›jeder Siedlungstätigkeit‹ auf eine völkische und religiöse Homogenisierung« ziele. Wäre es an dieser Stelle nicht fair, auch zu erwähnen, daß es in der Knesset (wenn auch mit weniger Bevölkerungsrückhalt) durchaus auch Stimmen gibt, die die Aussiedlung aller Araber fordern?

Titus Lenk

per E-Mail

Under the wing of Islam

KONKRET 10/03: »Road to Nowhere« von Horst Pankow und »Vermittlung gegen Israel« von Ilka Schröder und André Anchuelo

Pankow schreibt, Abbas habe in seiner Dissertation, *The Other Side: The Secret Relations Between Nazism and the Leadership of the Zionist Movement*, behauptet, »insgesamt seien weit weniger als eine Million Juden getötet worden«. Abbas hat tatsächlich behauptet: »... it is possible that the number of Jewish victims reached six million, but at the same time it is possible that the figure is much smaller – below one million« (Quelle: http://www.

gamla.org.il/english/article/2003/may/g4.htm).

Schröder/Anchuelo schreiben: Der »Charta der Hamas ... zufolge strebt die Hamas danach, ›das Banner Allahs über jedem Zentimeter Palästinas zu entfalten‹, Israel werde so lange existieren, ›bis der Islam es ausgelöscht hat‹ ... Die Moslems müßten ›die Juden bekämpfen und sie töten‹.« Der Zentimeter-Ausschnitt lautet vollständig: »It (the Islamic Resistance Movement) strives to raise the banner of Allah over every inch of Palestine, for under the wing of Islam followers of all religions can coexist in security and safety where their lives, possessions and rights are concerned« (http://www.yale.edu/lawweb/avalon/ideast/hamas.htm).

Die Dinge sind so schon schlimm genug. Antiislamistische Propaganda kann ich nicht brauchen, wohl aber seriöse Recherchen und Analysen.

Maike Arft-Jacobi

Hamburg

Fool on the hill

KONKRET 9/03: »Dein Volk ist alles« von Thorsten Fuchshuber

Thorsten Fuchshuber ist ein kleiner Fehler unterlaufen, den nur ein gebürtiger Südschwarzwälder bemerkt. Martin Heidegger wohnte nicht auf dem, sondern in Todtnauberg, da es sich dabei um ein Dorf, und nicht, wie der Name vermuten läßt, um einen Berg handelt.

Manfred Maier

per E-Mail

No sports

KONKRET 10/03: »Steht auf, wenn ihr Deutsche seid« von Marit Hofmann

Hier ein Nachtrag zu Sönke Wortmanns Geschichtsverständnis. In einem Interview in der »Stuttgarter Zeitung« vom 15.10.03 mit Wortmann steht unter anderem: »Worum geht es im ›Wunder von Bern‹?« Antwort Wortmann: »Damals war Deutschland moralisch geächtet. Zu Recht, natürlich, wenn man den Zweiten Weltkrieg anzettelt, darf man sich darüber nicht wundern. Wirtschaftlich ging’s den Deutschen auch schlecht, dazu war die deutsche Nationalmannschaft ein absoluter Außenseiter, und dann ging dieser sportliche Sieg wie ein Ruck durchs Land, die Menschen faßten neuen Lebensmut. Das war für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Das sage nicht ich, das sagen Historiker: Der Sieg im WM-Finale war die wahre Geburtsstunde der Bonner Republik.«

Karin Wilmsen

per E-Mail

On the sunny side

KONKRET 9/03: »In einem anderen Land« von Christian Eggers

Das Herrn Todenhöfer zugeschriebene Zitat stammt gar nicht von ihm, sondern von einem heutzutage gänzlich unbekannten ehemaligen CDU-Generalsekretär namens Bruno Heck. Bei einem Besuch im Internierungslager (im Stadion) in Santiago bemerkte er u.a.: »Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm (!) ...«. Auch nicht von schlechten Eltern war die »Bitte« von Franz Josef Strauß an Pinochet: »... sorgen Sie dafür, daß in Ihrem Land die Demokratie erhalten bleibt ...«

Boris Gullatz

Karlsruhe

Konkret 11/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

Dritte Klasse, dritter Rang

»Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals ... Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.«

Karl Marx (Lohn, Preis, Profit)

Aus sieht er wie von Arno Breker in Pappmaché gehauen. Sagt er einmal nichts, sagt sein Blick, was er alles zu sagen hätte. Spricht er, redet er dem Land aus dem Bauch. In ihm findet die Angela Merkel sich so naturbelassen wieder wie der Gerhard Schröder, der Beckenbauer und »Sabine Christiansen«. Seine Wünsche, Instinkte, Vorurteile, Obsessionen und Ticks sind die ihren. Was er meint, meinen alle, irgendwie, was er allwöchentlich auf eine Seite der Illustrierten »Stern« hinschreibt, macht den Bachér der »Bild am Sonntag« so entbehrlich wie den Prantl der »Süddeutschen« – in ihm geht die reaktionäre Dumpfbacke so restlos auf wie der liberale Tränensack. Hans-Ulrich Jörges ist die öffentliche Meinung des neuesten Deutschland. Dies sei bei Lektüre des Folgenden in Rechnung gestellt:

Nun nähern wir uns dem Kern: den eigentlichen Kosten der Arbeit. Und das heißt: den Tarifverträgen und der Macht der Gewerkschaften. Die Schlacht zu schlagen gegen die Stalinisten der Tarifpolitik ist unabwendbar. Versteifen sich die Gewerkschaften, müssen sie gebrochen werden.

Was da als Prognose daherkommt, ist, versteht sich bei einem Denker seines Formats, eine Ankündigung ex post, Geschichtsschreibung. Die Schlacht ist geschlagen, die Gewerkschaften sind *gebrochen. Was fehlt, ist die Kapitulationsurkunde. Sie auszustellen hat man einen Jörges.*

Mit sicherstem Instinkt nennt der die braven Sozis aus den Vorständen, die ihr Funktionärsleben lang ihre Gewerkschaften von Kommunisten und allem, was danach aussah, roch oder klang, gesäubert haben, Stalinisten. Vermutlich wollte er sie nur ein bißchen erniedrigen & beleidigen, und was kann man schon sagen, wenn Faschist nicht paßt?: Stalinist. Mit dem Wort lag er freilich weniger daneben, als er vielleicht ahnte.

Tatsächlich hatten die Gewerkschaften der Bundesrepublik, ganz wie die Propaganda der Arbeitgeber und ihrer Kampfblätter gesagt hatten und wofür ihr, angesichts des heftigen Antikommunismus der Verdächtigten, nur Protest und Gelächter entgegengeschlagen war, ihre ganze Macht von Moskau bezogen, von Stalin zuerst, zuletzt von Breschnew.

Das Kapital nämlich hatte einmal, so schwer heute die Vorstellung fällt, richtiggehend Schiß gehabt, sogar echt deutsche Proleten könnten, wenn man es allzu schlecht mit ihnen meinte, anfällig sein für das Böse. Indem sie am Ende, bei Marx, Organisationen schafften, die sich nicht darauf beschränkten, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, sondern ihre Kräfte als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems gebrauchten.

Die Gefahr zwar hatte ernsthaft nie bestanden, und gewiß nicht mehr, seit die Nazis im Auftrag der Bourgeoisie die Besten der deutschen Kommunisten ausgerottet haben. So recht verstehen, warum die Ausgebeuteten einfach für allemal darauf verzichten sollten, die Faust gegen ihre Ausbeuter zu erheben, konnten die Ausbeuter aber auch nicht. Und so setzten sie ihre Medienmeute und ihre geheimen Dienstmänner jedem auf die Fersen, der noch ein bißchen »wild« herumstreiken wollte, wenn die Tarifkommission längst bei Fuß ging. Als Lohn für ihren Verzicht erhielten die braven Arbeitsmänner und ihre Funktionäre allerlei kleine Aufmerksamkeiten: statt einer ungeschminkten Marktwirtschaft eine soziale, statt einem schlichten Rechtsstaat auch einen sozialen, ein bißchen Schutz vor allzu willkürlicher Kündigung, rechtliche Garantie für die Geltung ausgehandelter Tarifverträge und so.

Anläßlich von Geburtstagen und Skatabenden erzählen ergraute Arbeiterführer gern, sie hätten das alles ruhmreich erkämpft. Und schrieben es, hielte man ihnen dergleichen entgegen, purem Zufall zu, daß die wichtigsten ihrer Siege zur Zeit Stalins errungen wurden, ihnen seit Breschnews Abgang kein einziger mehr beschieden war und mit Gorbatschow die Serie ihrer Niederlagen begann. Wir wollen ihm den Glauben, der ihn beglückt, nicht rauben, *singen die Gattin und ihr Liebhaber in Straußens »Fledermaus« dem Gehörnten zu, und wenn es also den Lebensabend der Kollegen Hensche und Steinkühler besonnt, meinetwegen. Solange der Sänger sich nicht selber blödmacht.*

Nun aber, da die kleinen Errungenschaften, die dem Sozialpartner geschenkt worden waren, eingesammelt werden, und also wirklich was zu kämpfen, eine Abwehrschlacht zu schlagen wäre, erweisen sich die deutschen Gewerkschaften als Positionspapiertiger. Einst, als noch Moskaus Himmel seine Sterne über sie breitete, haben sie alle Kollegen, die mehr wollten als ihren nächsten Bezirksleiter lieben und einen Dienstwagen, rausgeworfen oder eingebonzt. Die traurigen Ärsche, die heute die imposanten Verwaltungsgebäude der DGB-Gewerkschaften vollsitzen, haben ihren letzten vernehmbaren Furz wider das System vor dreißig Jahren gelassen.

Und so saßen die Funktionäre der gefürchteten IG Metall wie ob ihres Mutes von sich selbst ergriffen da, als sie es in einer kollektiven Anstrengung tatsächlich gewagt hatten, dem Laufburschen des VW-Vorstands, der ihnen gerade das Tarif- und das Kündigungsrecht gekündigt hatte, den Klatschmarsch zu versagen. Man werde, drohte der Vorsitzende, der von den Eigenen dem linken Flügel zugeordnet und von den andern Betonkopf genannt wird, zu prüfen haben, ob man für den Redner noch einmal einen Wahlkampf führen solle. Man sah den Schröder erbeben.

Mein Hohn ist ungerecht. Komisch ist nie der Ochse, sondern sein Melker. Die deutschen Gewerkschaften sind nichts, weil sie nichts waren. Sie haben immer nur den Platz eingenommen, den ihnen die Herrschaft hat anweisen lassen. Mal, gnädig, das Parkett, jetzt, ungnädig, den dritten Rang. Noch sind sie ein bißchen mürrisch bezüglich des Undanks, der ihr Lohn sein soll. Aber keine Angst, liebe Kleinaktionäre, sie werden sich dorthin bemühen. Ein Breker aus Pappe macht die Honneurs.

Konkret 11/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Mehr oder weniger Staat

September, Hans-Ulrich Deppe in der Zeitschrift »Sozialismus«:

Ein weiteres Argument, das bei der internationalen Konkurrenzfähigkeit immer wieder ins Feld geführt wird, ist die »Beteiligung der Unternehmen an den Sozialabgaben«. In allen Ländern ist das Kapital daran beteiligt. Gleichwohl ist der Umfang der Beteiligung unterschiedlich. Der Blick auf die Sozialabgaben nach Beitragszahlern (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im internationalen Vergleich zeigt, daß der deutsche Arbeitgeberanteil im Jahr 2000 mit 49,3 Prozent sowohl hinter dem EU- (57 Prozent) als auch hinter dem OECD-Durchschnitt (60 Prozent) zurückbleibt. Auch die Hauptkonkurrenten auf dem globalen Markt verzeichnen höhere Arbeitgeberanteile: Frankreich 69,9, Japan 50,5, Großbritannien 57,4 und die USA 50,7 Prozent.

Leni Riefenstahl war ohne Zweifel eine Jahrhundertkünstlerin.

Guido Westerwelle, Mölle-Mann

Sie war die größte Künstlerin des letzten Jahrhunderts.

Reinhold Messner, Alpinist

Reisefreiheit

3. September, DDP:

Immer weniger Ostdeutsche können sich eine Urlaubsreise leisten. Mehr als jeder Zweite (56 Prozent) ist in diesem Jahr nicht in die Ferien gefahren, die meisten davon, weil es am nötigen Geld fehlt. Vor zwei Jahren hatten 43 Prozent die Koffer im Schrank gelassen.

Neue Weltordnung

6. September, »Süddeutsche Zeitung«:

In 106 Ländern der Erde wurde im vergangenen Jahr nach Angaben von Amnesty International systematisch gequält.

Beim Kanzler

18. September, »Bild«:

Wir saßen im Arbeitszimmer des Kanzlers, kurz vor seiner Reise nach New York zur Besichtigung des zerstörten World Trade Cen- ter. In der Presse waren gerade die ersten Fo-tos von gefangenen Taliban und Al-Qaida-Kämpfern erschienen, von den Amerikanern auf dem Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba eingesperrt – in Drahtkäfigen, an Händen und Füßen gefesselt, Augen verbunden, die Ohren abgedeckt, kurzum, menschenunwürdig.

Was er, Schröder, dazu sage? Vor allem, was er in New York auf Fragen der Presse antworten werde? Erste Überraschung: Der Kanzler kannte die Aufnahmen nicht. »Was für Bilder?« Nachdem ich sie ihm beschrieb, die zweite Überraschung. »Warum sollte ich darauf angesprochen werden?« Dem viel gepriesenen Medienkanzler fehlte in diesem Moment jegliches Gespür für das, was die Presse interessiert. Schröder: »Ich bin der festen Überzeugung, daß die Amerikaner zum Recht stehen.« Genau das tut die US-Regierung nicht, wie inzwischen alle Welt weiß. Den 660 in tropischem Klima Inhaftierten wird jeglicher Kontakt mit den Angehörigen verweigert. Ebenfalls Beistand durch einen Anwalt. US-Verteidigungsminister Rumsfeld letzte Woche: »Wir haben kein Interesse daran, sie vor Gericht zu stellen oder sie freizulassen.« Mithin, sie sollen schmoren bis zum Ende des Krieges gegen den Terror. Gegebenenfalls lebenslänglich. Die »Süddeutsche Zeitung«: »Amerikas Schandmal«.

Beim Friseur

8. September, »Tagesspiegel«:

Die Journalistin Bettina Röhl läutet einen neuen Akt ein in der Shampoo-Oper um die Frage »Wer ist der berühmteste Barbier im ganzen Land?« Dabei begnügt sie sich keineswegs mit investigativen Enthüllungsartikeln (»Der Mann, der der Meinhof den Pony schnitt«, »Rheinische Post«); sie läßt es auch nicht bei historisierenden Gesellschaftsreportagen (»Wie der Berliner Friseur Udo Walz im Jahr 1970 der Terroristin Ulrike Meinhof zu einer Frisur verhalf«, »Die Welt«).

In Zeiten, da selbst Provinz-Figaros mehr PR-Angestellte als Shampoonierer beschäfti-gen, müssen definitiv härtere Geschütze ran. »Die Vergangenheit von Starfriseur Udo Walz« steht als Schlagzeile über den 25 weitgehend gereimten Strophen eines investigativen Gedichts über den dreißig Jahre zurückliegenden Friseurbesuch von Ulrike Meinhof bei Udo Walz. Damals, wir schreiben das Jahr 1970, unterhielt der heute 59jährige seinen Salon in einer Art Wohnzimmer am Fasanenplatz, 1. Etage. Unter anderem Nadja Tiller und Inge Meysel gingen dort unter die Haube. Eines Tages saß also auch Ulrike Meinhof da, die Journalistin, die den Wandel von der arrivierten Hamburgerin zur RAF-Terroristin hinter sich hatte und dringend eine neue Frisur für den falschen Paß brauchte. Nun will Röhl mit dem bewußtseinserweiternden Feuer gnadenloser 68er Kommunarden die Sache endlich richtig ausdiskutieren: »Deshalb lieber Walz, verstecke Dich nicht / Erzähl nun öffentlich die wahre Geschicht' / Du bist der Friseur von Schröder und Ehepaar Rau / Du kennst die Wahrheit ganz genau / Jetzt macht Walz das Frisürchen von Frau Köpf / So wandelbar ist das menschliche Geschöpf«.

Es gibt keinen Zweifel in meinem Kopf, nicht einen Zweifel in meinem Kopf, daß wir scheitern werden.

George W. Bush, Irakkrieger

Fröhliche Wissenschaft

22. September, »Süddeutsche Zeitung«:

Im April dieses Jahres übernahm der evangelische Kirchenhistoriker Gerhard Besier die Leitung des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung … Gerhard Besier hat in der letzten Woche in Brüssel bei der Eröffnung eines »Zentrums für Religionsfreiheit« der Organisation Scientology eine kurze Rede gehalten und mit einem starken Satz verblüfft: Scientology stünde »in der ersten Reihe derjenigen, die für die Akzeptanz von religiöser Vielfalt kämpfen«.

Zivilgesellschaft

25. September, »Stern«:

Seit der Wende sind mehr als 100 Menschen von Rechtsradikalen getötet worden. Tausende Überfälle und Anschläge gehen auf ihr Konto. »Ich habe das Gefühl, daß die reale Gefahr immer noch heruntergespielt wird«, sagt ein Ermittler aus Mecklenburg-Vorpommern. Er werde am Rande von Neonazi-Demonstrationen immer wieder bedroht oder gar zu Duellen aufgefordert. Ein führender Rechtsradikaler an der polnischen Grenze habe ein Kopfgeld von 10.000 Euro auf Polizeibeamte ausgesetzt, die seine Geschäfte störten. Schließlich kostet jedes aufgelöste Skinhead-Konzert viel Geld. »Es existieren Listen, wer wann wo wie fällig ist«, sagt der Polizist.

Weil die Bundesrepublik den Terror Rußlands nicht bekämpft, werden Überlebende in Tschetschenien zu Terroristen.

Tilman Züllch, Pimpf

Emanzipation 1

28. September, »Bild am Sonntag«:

Erst die Pisa-Studie, jetzt der nächste Bildungs-Schock: Jungen schneiden in der Schule verglichen mit Mädchen immer schlechter ab. Grund laut Landeskultusministern: An deutschen Schulen unterrichten zu viele Lehrerinnen! Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Hessens Kultusministerin Karin Wolff (CDU): »Die Jungen fallen in der Schulbildung dramatisch hinter den Mädchen zurück. Für das schlechte Abschneiden Deutschlands in der Pisa-Schulstudie sind ihre Leistungen eine Hauptursache.« Von allen Jungen, die im Sommer 2002 die Schule verließen, hatten laut Statistischem Bundesamt 21 Prozent das Abitur in der Tasche; 11, 9 Prozent schafften nicht einmal den Hauptschulabschluß. Im Vergleich dazu die Mädchen: 26,6 Prozent mit Abi, nur 6,8 Prozent ohne Abschluss. Niedersachsens Schulminister Bernd Busemann (CDU) stellt fest: »Jungen haben es sehr viel schwerer als Mädchen, weil sich der Schulbetrieb feminisiert hat. 70 bis 80 Prozent der Lehrer sind Frauen, in Grundschulen liegt der Anteil noch höher. Jungen haben keine Chancen, sich an männlichen Rollenvorbildern zu orientieren.« Busemanns Forderung: »Wir müssen dringend mehr Männer in den Schuldienst bringen, am besten wäre eine Männerquote.«

Polen tut sich schwer mit der gemeinsamen Vergangenheit.

»Frankfurter Allgemeine«

Nationalökonomie

7. Oktober, »Die Welt«:

Eigentlich wollte der argentinische Staatspräsident Néstor Kirchner in dieser Woche Deutschland besuchen. Und das am liebsten standesgemäß mit seinem ihm zustehenden Regierungsflugzeug. Aber Kirchner kommt nun doch nicht, und er schickt auch nicht seinen Finanzminister Roberto Lavagna als Vertreter, sondern seine Gattin Cristina Fernández de Kirchner. Diese wird – und darauf kommt es an – nicht in der teuren Präsidentenmaschine »Tango 01« fliegen, sondern reist mit einer schlichten Linienmaschine nach Hamburg. Damit sind den cleveren Argentiniern gleich zwei Dinge gelungen: Zum einen kann es keine spektakuläre Pfändung von »Tango 01« geben, zum anderen kann Kirchner nicht von aufgebrachten deutschen Gläubigern ausgebuht, vielleicht sogar tätlich angegriffen werden … Eine Reihe spektakulärer Pfändungsverfahren gegen den argentinischen Staat sind bei deutschen Gerichten anhängig.

Emanzipation 2

7. Oktober, »Tageszeitung«:

In Afghanistan geht die Gewalt gegen Frauen auch nach dem Sturz der Taliban unvermindert weiter. In einem Bericht kritisiert die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, daß sich in dem Land die Lage der Frauen seitdem trotz gegenteiliger Versprechen der Weltgemeinschaft kaum verbessert habe. »Die Situation ist unakzeptabel und verlangt dringend nach Aktion«, heißt es. Diskriminierung und Gewalt seien noch immer »weit verbreitet« ... Amnesty kritisiert in dem Bericht insbesondere häusliche Gewalt, erzwungene Eheschließungen und Entführungen. Minderjährige Mädchen, zum Teil erst acht Jahre alt, würden an ältere Männer zwangsverheiratet. Frauen hätten keinen Zugang zur Justiz und würden vor Gericht diskriminiert. Die Justiz sei »einfach unwillig oder unfähig, um sich der Gewalt gegen Frauen anzunehmen«.

Viele hätten ihn gern als Kanzler: RTL-Moderator Günther Jauch.

»Die Welt«

Marktwirtschaft

8. Oktober, »Hamburger Abendblatt«:

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat nach einem Bericht des US-Senders ABC angeblich Material angeboten, mit dem es Terroristen problemlos möglich wäre, biologische Waffen zu entwickeln. In der Sendung »World News Tonight« berichtete Moderator Peter Jennings unter Berufung auf die amerikanische Rechnungsprüfungsbehörde (GAO), daß das Pentagon via Internet »Überschußwaren« anbiete, die »von Bakterien-Brutkästen und Verdampfern bis hin zu Zentrifugen und Schutzanzügen« reichten.

The looser takes it all

9. Oktober, Offener Brief an Arafat:

Dear Mr. President! Your Intifada has become a war. You do not say it, but you know it and we know it, too. You voted for war. You got the war. You lose the war. It is very simple and very easy to understand. You have already lost this war. We know you like Germany. You prefer not to explain the reason why. But many of your comrades did so after the official parts of some meetings. Although this sympathy is not funny at all, we'll tell you something that might be interesting to you:

Germans have some experience in losing a war. Last time we gave up. This is our little conspiracy. Total capitulation, no conditions, no honest end nor other toys for stupid white men. We did so on May 8th and 9th in 1945. From there on – for more than 58 years! – things became better day by day. And now look at us, look at our Mercedes, our Vice-Champions in Football World Cup and the lot of beer and Coca-Cola we drink. Do you understand? This is not more and not less than the way Palestinians will become the leading nation of the future M-EU (Middle-East Union). Allah is great, but not always in the same sense.

Detlef zum Winkel, Frankfurt on Main

Konkret 11/03, S. 11

Gert Ockert

Maut in Germany

Der Stolz darauf, ein Deutscher zu sein, ist von Kleinigkeiten wie dem Holocaust und zwei angezettelten Weltkriegen nie angekratzt worden, eher verstärkt. Was den Stolzdeutschen aber zu schaffen macht, was ihnen wirklich dunkle Stunden bereitet, sind Angelegenheiten wie die Pisa-Studie oder, aktuell, das Fiasko mit der Lkw-Maut. Denn der Stullendeutschen eingebildete Überlegenheit über alles auf der Welt gründet sich auf dubiose Tugenden wie Fleiß und Disziplin und außerdem auf die Erzeugnisse heimischen Ingenieursgenies.

Die aber so recht keinen Staat mehr machen. Mit dem Transrapid, den die Strolchdeutschen nicht mal selber haben wollten, blamieren sie sich z. Zt. in China, in der Pannenstatistik des ADAC schneiden seit Jahrzehnten die Japaner besser ab, die neuen ICE-Züge fallen vor allem durchs Ausfallen auf, und nun versagt man auch noch dort, wo der Mythos germanischer Konstruktionskunst seit siebzig Jahren zuhause ist, auf der Autobahn.

Unter Führung von DaimlerChrysler und Telekom heckten mehrere strunzdeutsche Firmen ein Inkasso-System namens Toll Collect aus, das metergenau die Bewegungen von Trucks über die hiesigen Highways registrieren sollte, mit Hilfe von Weltraumsatelliten, sagenhaften Bordcomputern und unbestechlicher Software. Das einzige, was an diesem System bislang funktioniert, sind die Satelliten; die aber wurden von US-Betrieben und der Nasa gefertigt. Verkehrsminister Stolpe rechnet bis auf ein unbestimmtes Weiteres mit monatlichen Einnahmeausfällen von 156 Millionen Euro. Gelohnt hat sich dieses Spitzenprodukt arroganten Dilettantismus allerdings für die Software-Klitsche OMP in Paderborn. Ihr wurde nämlich vom Ex-Toll-Collect-Chef Michael Rummel der Auftrag für die Programmierung der ca. 400.000 Maut-Computer zugeschanzt. Weil Rummel zugleich Aufsichtsrat von OMP ist, mußte er am 14. Oktober Toll Collect verlassen – und nicht etwa, weil unter seinem Regiment so gut wie alles falsch gemacht wurde.

Doch während die Welt über die stolperdeutschen Pannen lacht und noch dem dümmsten Bundestagsabgeordneten dämmert, daß Stolpes Vorgänger Bodewigh sich vom Konsortium grandios über den Vertragstisch ziehen ließ, tun die beteiligten Topmanager weiterhin so, als sei alles in Butter. Edward Krubasik z. B., Vorstandsmitglied bei Siemens, schwärmt: »Die in Deutschland für das Mautsystem eingesetzte GSM/GPS-Technologie ist eine sinnvolle und voraussichtlich die beste, die in den kommenden Jahren in Europa zur Verfügung stehen wird.« Und wer’s nicht glaubt, der wird auf ein anderes Siemens-Erfolgsmodell verwiesen, den Schnellen Brüter eventuell.

Was aber bleibt den Stieseldeutschen, wenn sie nicht mal mehr aufs »Made in Germany« stolz sein dürfen? Der Frauenfußball? Dieter Bohlen? Das Pfandsystem? Es ist wahrlich schön, sich als »antideutscher Rassist« wenigstens über *diese* Frage den Kopf nicht zerbrechen zu müssen!

Konkret 11/03, S. 12

Georg Fülberth

Schule des Lebens

Was konnte Hitler, was Schröder nicht kann? Der Bundesverband der Deutschen Industrie ist mit dem Kanzler jedenfalls recht zufrieden. Nur ein paar Kleinigkeiten wären da noch zu erledigen.

Bekanntlich ist die Weimarer Republik deshalb zugrunde gegangen, weil die im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) organisierten Unternehmer sie abgeschafft haben. In einer Denkschrift »Aufstieg oder Niedergang« vom Dezember 1929 forderten sie ein Herunterfahren der Sozialversicherungen auf ein mit der Weltwirtschaftskrise verträgliches Niveau. 1930 gelang es ihnen, die SPD aus der Reichsregierung zu kanten. Ihr damaliger parlamentarischer Arm, die Deutsche Volkspartei (DVP), hatte die Senkung der Arbeitslosenunterstützung verlangt, während die Sozialdemokraten die Beiträge erhöhen wollten. Die Präsidialkabinette unter den Kanzlern Brüning, Papen und Schleicher waren schon eher nach dem Geschmack des RDI: Sie sparten fleißig und ließen Hindenburg mit dem Reichstag Schlitten fahren. Aber eine Ermutigung für Investitionen und Gewinne ging von ihnen nicht aus, und sie hatten keine Massenbasis. Hier war von Hitler mehr zu hoffen, weshalb er von den Wirtschaftsführern finanziert und 1933 mit Hilfe des Reichspräsidenten zum Kanzler gemacht wurde. Sie wurden fürstlich belohnt: Ausschaltung der Gewerkschaften, Verbot der KPD und der SPD, Autobahnen, Rüstung, Plünderung fremder Volkswirtschaften, Zwangsarbeit.

Seit 1945 aber zeigte sich gerade am Beispiel der Unternehmer die wunderbare Lernfähigkeit der menschlichen Rasse. Nur geringfügige pädagogische Maßnahmen der westlichen Siegermächte – ein bißchen Gefängnis für Flick und Krupp – reichten völlig aus, um aus den einstigen Feinden der Republik willige Helfer der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung zu machen.

Den bislang weitesten Ausschlag der kapitalistischen Linksbewegung meldete der »Stern« Ende September 2003: Michael Rogowski, der Aufsichtsratsvorsitzende des Papiermaschinenherstellers Voith in Heidenheim und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, gab in einem Interview bekannt, daß ihm Gerhard Schröder als Bundeskanzler sehr recht ist: »Er muß an der Regierung bleiben, er muß diese Agenda 2010 umsetzen, ohne Abstriche, eins zu eins – und oben noch was drauf durch die Opposition ... Ich schließe nicht aus, daß ich ihn wähle, ich bin da nicht festgelegt. Die Union gibt im Moment ja nicht das her, was ich mir wünsche – sie hat keine eigenen Konzeptionen, keine Visionen, sie ist zerrissen durch Mitregieren und Opponieren. Unter Rot-Grün, das muß ich sagen, passiert, was ich vor ein paar Jahren nicht für möglich gehalten hätte: Endlich stimmt wenigstens die Richtung in diesem Land!«

Gut, diese Sprüche enthalten viel Taktik. Sie haben wohl vor allem den Zweck, den gegenwärtigen Streit in CDU und CSU zugunsten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu entscheiden, indem dieser mitteilt: Wenn die Union nicht spurt (in die Richtung Merkel/Herzog, nicht so sehr Stoiber/Seehofer), dann kann der BDI auch anders. Dabei läßt Rogowski keinen Zweifel daran, daß er sich gar nicht weit von der bereits 1929 eingenommenen sozialpolitischen Grundposition des deutschen Kapitals zu entfernen gedenkt. Hier eine Sammlung der Ansichten, die er dem »Stern« mitteilte:

lEr brauche »einen schlanken, tatkräftigen Staat, der sich auf seine originären Aufgaben konzentriert: Verteidigung, Polizei, Rechtsprechung, gewisse Leitlinien. Und sonst nichts.«

In dieser Aufzählung fehlen unter anderem die Schulen und Universitäten, deren Betrieb wir jetzt also ebenfalls nicht mehr zu den öffentlichen Aufgaben rechnen müssen.

lDer Spitzensteuersatz müsse auf 30, die Eingangsquote auf 15 Prozent gesenkt werden.

lAlle Staatsbetriebe seien zu privatisieren, »um mindestens 50 Prozent in den nächsten drei Jahren«.

lKürzung des Urlaubs, Streichung von Feiertagen. Ostern, Weihnachten und Pfingsten dürfen bleiben, die anderen sollen auf die Wochenenden gelegt werden.

lDie Sozialhilfe sei zu hoch.

l»Arbeitszeitverlängerung: eine längere Grundarbeitszeit, eine längere Lebensarbeitszeit, eine längere Wochenarbeitszeit.«

l»40 Stunden ohne vollen Lohnausgleich, und die können je nach Auftragslage nach oben oder unten schwanken.«

l»Wir müssen einen effektiven Niedriglohnsektor einführen, einen lockeren Kündigungsschutz praktizieren und später in Rente gehen.«

l»Streik und Aussperrung gehören abgeschafft.«

lDie Mitbestimmung »ist ein Monstrum. Ein Gewerkschafter gehört nicht in den Aufsichtsrat eines Unternehmens, der hat da gar nichts verloren. Warum müssen die da drin sein? Die paritätische Mitbestimmung ist kontraproduktiv.«

Von seinen Vorgängern, den Nazi-Komplizen im weiland Reichsverband der Deutschen Industrie, unterscheidet sich BDI-Rogowski allerdings darin, daß er seine Ziele nicht mit Hitler in einer Diktatur durchsetzen will, sondern mit Clement und Schröder in der parlamentarischen Demokratie. Dem Lernprozeß der Prinzipale entspricht ein anderer – der Wandel der Sozialdemokratie, genauer: der Voraussetzungen ihrer Existenz.

Wir wollen diesen Vorgang nicht dramatisieren. Auch in der Weimarer Republik waren die Führer der Sozialdemokratie und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu vielem bereit. Allerdings stießen sie dabei an äußere Grenzen: Das Lebenshaltungsniveau ihrer Massenbasis war so niedrig, daß sie bei ihr Anklang eingebüßt hätten, hätten sie einer weiteren Senkung zugestimmt. Versucht haben sie es dennoch, aber dann verloren sie Kundschaft an die kommunistische Konkurrenz.

Nach 1945 waren diese Hindernisse innenpolitisch zwar beseitigt, aber es gab ein neues Kapitalismus-Modell. Hohes Wachstum erlaubte gleichzeitige Steigerung der Gewinne und der Reallöhne, und da letztere zahlungskräftige Nachfrage auf dem Binnenmarkt darstellten, förderten sie sogar Neuinvestitionen und Profite. Gewerkschaften und SPD wuchsen damit neue Aufgaben zu: in der Verwaltung der kartellierten Arbeitskraft.

Einige meinen, die Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Gesellschaften habe Zugeständnisse der Unternehmer erzwungen. Dies ist zwar richtig, aber ebenso gilt: Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten von DDR und UdSSR wären nur vergleichsweise geringe Beträge nötig gewesen, um die BRD attraktiver erscheinen zu lassen. Wichtiger waren die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Binnenmarktes.

Es waren diese goldenen Jahre, in denen (in modifizierter Fortsetzung dessen, was in Weimar gescheitert und im Faschismus bewerkstelligt worden war) die Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich als ein nichtdialektisches Herr-Knecht-Verhältnis weiterentwickelten.

Dieses besteht heute noch, nachdem die Unternehmer erneut die Strategie gewechselt haben. Profite werden nicht mehr durch hohe Nachfrage auf dem Binnenmarkt realisiert, sondern durch Lohnsenkung erhöht und in Auslandsinvestitionen umgesetzt. Nicht sofort nachvollziehbar stellt Rogowski dies sogar als nationale Aufgabe dar, wenn er sagt: »Es geht um unser Vaterland.« Wahrscheinlich meint er damit einen Standort, der für einheimisches und ausländisches Kapital gleichermaßen attraktiv sein wird, sobald er nicht mehr durch zu hohe Löhne, Steuern, Sozialabgaben und zu viel Freizeit gepeinigt ist. So kann man das dann schon besser verstehen.

Wenn SPD und einzelne Gewerkschaftsführungen (Rogowski: »Die IG Chemie mit Herrn Schmoldt ist keine Plage«) ihre Klientel unter den neuen Bedingungen kurz halten, sind sie nicht kapitalkonformer als in den zwanziger oder in den sechziger Jahren. Der Klassenauftrag ihrer ökonomischen Obrigkeit hat sich geändert. Als Ort der Zusammenarbeit bietet sich nicht mehr der Aufsichtsrat an. Insofern ist Rogowskis Feststellung, die Gewerkschaftsvertreter seien da fehl am Platze, bedenkenswert. Wahrscheinlich wird sie von großen Teilen der Belegschaften geteilt, die sich fragen könnten, was ihre Leute dort eigentlich treiben und wem es nützt. Statt dessen werden sich neue Formen finden lassen, zum Beispiel das zur Zeit viel erwogene Co-Management der Betriebsräte dichter an der unmittelbaren Produktion.

Das »Stern«-Interview mit Rogowski ist von einer erfreuenden Breite. Zum Beispiel erwähnten die Reporter »Ulrich Huber, der hier in Ihrer Firma Voith 30 Jahre lang als Betriebsrat Ihr Gegenspieler war«. Rogowski fuhr mit der Mitteilung dazwischen, daß der Mann »Kommunist ist. Ich habe immer versucht, ihn zu überzeugen, daß der Kommunismus der Untergang ist, aber es hat nicht geklappt.«

Der Unbelehrbare sitzt seit 1975 für die DKP im Gemeinderat von Heidenheim. Wahrscheinlich hat er mit Rogowski gar nicht über die beste Gesellschaftsordnung reden wollen, sondern hat ihm Überstunden abgelehnt, als dieser noch nicht im Aufsichtsrat, sondern Vorsitzender der Konzerngeschäftsführung der J. M. Voith GmbH und schließlich des Vorstandes der gleichnamigen AG war. Da Huber zur Zeit das einzige Mitglied seiner Partei im Gemeinderat ist, erscheint er wie der Letzte Kommunist. Das könnte ein Irrtum sein. Vielleicht ist er der Erste. Das wäre besser.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 10/03 über einen Befreiungsschlag der SPD

Konkret 11/03, S. 14

Stefan Frank

Alles im Lot

Warum es der deutschen Wirtschaft so schlecht geht, was sie von Amerika lernen kann und wieso sich die »FAZ« über eine »Niederlage der Armen« ärgert.

In diesem Jahr fanden zwei wichtige Konferenzen statt: Die Versammlung der Welthandelsorganisation WTO im mexikanischen Badeort Cancún und die Tagung des IWF in der islamistischen Wüstenmetropole Dubai. Veranstaltungen dieser Art sind von großer ökonomischer Bedeutung, da auf ihnen geklärt wird, wer an der Weltwirtschaftslage schuld ist.

Auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds in Dubai wurden Deutschland, China und Japan angeprangert. Deutschland bekam Ärger, weil es Europas Wachstum hemme. »Die deutsche Konjunktur ist das dritte Jahr in Folge schwach geblieben, trägt zu der unterdurchschnittlichen Leistung der Euro-Zone bei und droht die Wachstumsaussichten für das gesamte Gebiet zu trüben«, heißt es im Bericht des IWF.

Während deutsche Politiker hierfür meist den »Reformstau« verantwortlich machen, nennt die OECD in ihrem Länderbericht einige andere Faktoren: Der Export habe darunter gelitten, daß Anfang der neunziger Jahre ein großer Teil der für die Ausfuhr bestimmten Waren nach Ostdeutschland floß, was anderswo zu einem Verlust von Marktanteilen geführt habe. Die inländische Nachfrage sei schwach, da Arbeitslosigkeit, niedriges Wachstum der Reallöhne und höhere indirekte Steuern das verfügbare Einkommen schmälerten, außerdem habe die deutsche Wirtschaft nicht von der Eurokonvergenz profitiert: In Frankreich, Spanien und Italien fielen die Zinsen im Vorfeld der Währungsunion, in Deutschland hingegen nicht, da das Inflationsniveau und die Zinsen hier vorher schon recht niedrig waren.

Schlecht geht es vor allem der Investitionsgüterbranche und dem Bauhauptgewerbe, beides Wirtschaftszweige, die vom »Vereinigungsboom« profitierten, aber damals offenbar die zusätzliche Nachfrage aus Ostdeutschland überschätzten und deshalb Überkapazitäten aufbauten. Das Baugewerbe leidet dabei nicht nur unter der allgemein schwachen Konjunktur, sondern auch unter dem starken Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit: Schwimmbäder werden nicht mehr gebaut oder renoviert, sondern lieber geschlossen. Seit 1994 sind die Bauinvestitionen in Deutschland um ein Fünftel gesunken, während sie in anderen EU-Ländern und in den USA gestiegen sind. »Während der Nichtwohnungsbau schon seit dem Jahre 1994 – insgesamt um mehr als ein Viertel – gesunken ist, stürzte der Wohnungsbau erst am Ende der neunziger Jahre ab, nachdem die Förderung von Wohneigentum eingeschränkt wurde«, bemerkt das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA, »Wirtschaftsdienst« 8/03), eine Umkehr dieser Entwicklung sei nicht in Sicht. Doch ohne eine Belebung am Bau wird es auch keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit geben.

Allerdings könnten in Zukunft Volkswirtschaften, die nicht von einem Immobilienboom heimgesucht wurden, entschiedene Vorteile haben: In Spanien, Großbritannien und den USA wird sich ein erklecklicher Teil der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten damit plagen, Monat für Monat Raten für zu überhöhten Preisen erstandene Häuser abzuzahlen, und Banken werden über nicht zurückgezahlte Kredite jammern. Überhaupt könnte es ein Wettbewerbsvorteil sein, daß die deutsche Wirtschaft schon an der Rezession schnuppern durfte. Überkapazitäten wurden abgebaut, die Auslastung der Industrie ist mit 80 Prozent recht hoch (in den USA sind es nur 73 Prozent). Viele deutsche Unternehmen haben schon in den neunziger Jahren Massenentlassungen vorgenommen, in anderen Ländern hat dieser Trend gerade erst begonnen. Die deutschen Konzerne hätten »Fitneßkuren« hinter sich und seien nun zu »appetitlichen Happen« für ausländische Investoren geworden, schwärmte die »Wirtschaftswoche« Ende September.

Neue Paradigmen

Doch welche Indikatoren bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft Beachtung finden, scheint von Moden abzuhängen. Es ist noch nicht lange her, da berichteten Nachrichtensendungen regelmäßig über die Entwicklung der Außenhandelsbilanz. Das Schicksal jedes einzelnen Arbeiters schien davon abzuhängen, ob Deutschland »Exportweltmeister« bleibt. Inzwischen spricht davon niemand mehr. Während die USA ein Defizit von über 500 Milliarden Dollar jährlich anhäufen, erwirtschaftet die deutsche Industrie immer noch ansehnliche Überschüsse. Trotzdem schaut sie in die Röhre – die Spielregeln wurden nämlich geändert. Nun gilt diejenige Volkswirtschaft als die erfolgreichste, die am *wenigsten* produziert, wie man einem Kommentar der »Welt« vom 24. September entnehmen kann: »Dabei ist Amerika mit diesem Paradigmenwechsel bislang am besten zurechtgekommen. So ist der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt seit 1950 von 30 Prozent auf nunmehr rund zehn Prozent gefallen.«

Mit jedem Betrieb, der pleite macht, kommt man dem neuen Paradigma der industrielosen Gesellschaft ein Stück näher. Das ist offenbar auch gut für die Gesundheit: Die Zahl der US-Bürger, die auf eine Krankenversicherung völlig verzichten können, ist inzwischen auf 43,6 Millionen gestiegen.

Ein Aspekt der US-Wirtschaft, der immer wieder Neid erregt, ist die niedrige Arbeitslosigkeit. Der ehemalige Bundesarbeitsminister Riester verlangte deshalb im Februar des vergangenen Jahres, die erfolgreiche amerikanische

Arbeitsmarktpolitik zu übernehmen: »Unsere Arbeitslosenquote wäre um 1,5 Prozentpunkte niedriger, wenn so viele Menschen bei uns im Gefängnis säßen wie in den USA« (»Bild«).

Aus den USA kommen unterdessen immer neue Aufschwungssignale, die manchmal selbst Optimisten in Staunen versetzen: So fiel die Arbeitslosigkeit von Dezember auf Januar von 6,0 auf 5,7 Prozent, bloß durch eine kleine Änderung in der Berechnung der Statistik. Damit die Arbeitslosenrate nicht zu hoch wird, werden außerdem Personen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, nicht mitgezählt, genauso wie diejenigen, die ein paar Stunden gearbeitet haben. Wer hier von »Fälschung« spräche, verkennte aber den Zweck der Übung: die Börsen bei Laune zu halten.

Die nahmen es dann auch nicht übel, daß das Bureau of Labor Statistics (BLS) bei der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen am 3. Oktober zugeben mußte, daß im Monat März 145.000 weniger Personen außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt waren als zunächst gedacht. Übrigens gibt das BLS grundsätzlich mindestens 100.000-200.000 mehr neugeschaffene Stellen an als es tatsächlich gezählt hat. Man nennt das den *bias* oder *plug factor.* Er soll dazu dienen, auch die Beschäftigten der im Berichtsmonat mutmaßlich neugegründeten Unternehmungen mitzuzählen. Davon, daß jeden Monat viele neue Firmen aufgebaut werden, sind die Statistiker überzeugt, schließlich befindet sich die Wirtschaft offiziell im Aufschwung.

Auch ein höheres Wirtschaftswachstum läßt sich übrigens mit Hilfe der Statistik erzielen: In den Vereinigten Staaten wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nämlich *hedonisch* berechnet (nicht zu verwechseln mit *hedonistisch*). Das Statistische Bundesamt ermittelt seit Juli letzten Jahres die Inflationsrate mit dieser Methode, und das geht so: »Bei der hedonischen Qualitätsbereinigung wird ein Gut gedanklich in Qualitätseigenschaften zerlegt und dann mit Hilfe der sogenannten Regressionsanalyse der Einfluß dieser Qualitätsmerkmale auf den Preis ermittelt. Dadurch können diejenigen Preisänderungen, die nur auf qualitativen Veränderungen bestimmter Eigenschaften beruhen, von den reinen Preisveränderungen rechnerisch getrennt und eliminiert werden« (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 11. Juli 2002).

Sind also Computer in einem Jahr um 50 Prozent leistungsfähiger geworden, wird das bei der Errechnung der Inflation berücksichtigt. So erhält man eine niedrigere Teuerungsrate. In den USA wird diese Methode auch bei der Berechnung des BIP angewandt, was dazu führt, daß vor allem Technologiegüter zu viel höheren Preisen in die Statistik einfließen als sie tatsächlich kosten. Ein Teil des amerikanischen Wirtschaftswachstums ist also fiktiv – beim quartalsweise bekanntgegebenen BIP tauchen Dollars auf, die niemand bezahlt und niemand erhalten hat. Was das ausmachen kann, zeigt folgendes Beispiel: »Für die Jahre seit 1991 ergibt sich auf amerikanischer Preisbasis ein Anstieg der realen EDV-Ausrüstungen in Deutschland um jahresdurchschnittlich 27,5 Prozent, verglichen mit sechs Prozent nach dem traditionellen Ansatz« (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 2000).

Da stellt sich das Wirtschaftswachstum offenbar von selbst ein, was auch die Börsen honorieren. Ihr Verhalten erinnert in den letzten Monaten ein wenig an den Winter 1999/2000: Angeblich »positive« Nachrichten führen zu Kurssprüngen, schlechte werden lieber ignoriert. Als beispielsweise General Electric am 10. Oktober einen Gewinnrückgang melden mußte – und das am Anfang einer »Konjunkturerholung« – kümmerte das niemanden.

Dabei sind die Zahlen sehr interessant. Um einen Elektro-Konzern handelt es sich nur dem Namen nach, tatsächlich ist General Electric eine Bank und Versicherung. »Insurance« ist das größte Segment in der Konzern-Bilanz mit einem Anteil von 6,8 Milliarden Dollar am Quartalsumsatz von 33 Milliarden. Es folgt der Bereich »commercial finance« (4,7 Mrd.), dann erst der Kraftwerks- und Turbinenbau mit 4,1 Milliarden Anteil am Umsatz. Dahinter: »Consumer finance« (3,5 Mrd.) und Flugzeugmotoren (2,5 Mrd.). Die Schlagzeile, daß der Umsatz um zwei Prozent gestiegen sei, gibt kein zutreffendes Bild von den drastischen Veränderungen in der Bilanz. Der Gewinn der ehemaligen Hauptgeschäftsfelder »Power Systems« und »Aircraft Engines« fiel um 31 bzw. um fünf Prozent, nachdem es schon im Vorjahr Einbrüche gegeben hatte. Zweistellig gestiegen ist dagegen der Profit aus dem Kreditgeschäft. Ohne das Wachstum der Finanzsparte wäre das Geschäftsergebnis nicht um sechs Prozent gestiegen, sondern um fünf Prozent gefallen (wovon noch einige »Sonderbelastungen« abgezogen werden). General Electric profitiert also in besonderem Maße von der Niedrigzinspolitk der Notenbank. Dafür aber können ein Platzen der Kreditblase, steigende Zinsen oder auch nur sinkende Kreditnachfrage dazu führen, daß das General-Electric-Geschäft viel stärker einbricht als das der europäischen Konkurrenten, die nicht einen so großen Finanzierungs-Laden betreiben.

General Motors verdient sein Geld übrigens auf eine ähnliche Art. Die vor allem in der Baufinanzierung tätige Tochter General Motors Acceptance Corp (GMAC) trägt den größten Teil zum Gewinn bei, das Autogeschäft wird nur aus Nostalgie fortgeführt.

China schummelt

Die beiden asiatischen Staaten China und Japan standen beim IWF in der Kritik, weil sie ihre Währungen nach unten manipulieren und sich so auf unfaire Art Handelsvorteile ermogeln. Im Kommuniqué der Dubai-Konferenz hieß das so:

»Wir bestätigen, daß Umtauschkurse die ökonomischen Grundlagen einer Volkswirtschaft widerspiegeln sollen. Wir werden die Devisenmärkte weiterhin genau beobachten. In diesem Zusammenhang betonen wir, daß mehr Flexibilität in den Wechselkursen der großen Staaten wünschenswert ist, um auf der Basis von Marktmechanismen ruhige Anpassungen im internationalen Finanzsystem zu begünstigen.« Alle waren sich einig, daß diese Botschaft an die Regierungen in Tokio und Peking adressiert war. China hat seine Währung fest an den Dollar gebunden, Japan drückt den Yen, indem es die Notenpresse laufen läßt und Dollars aufkauft. Das Volumen der japanischen Devisenmarktinterventionen belief sich allein im Monat September auf umgerechnet 32 Milliarden Euro (was den Anstieg des Yen aber nicht aufgehalten hat).

Die USA machen diese Praktiken des Währungs-Dumpings für das Defizit in ihrer Leistungsbilanz verantwortlich: Wenn amerikanische Kinder nur noch mit chinesischem Spielzeug spielen und ihre Eltern ein auf Pump gekauftes japanisches Auto fahren, dann kann das zu makroökonomischen Ungleichgewichten führen (in diesem Fall sollten Eltern ihren Kindern das Spielzeug sofort wegnehmen). Ob aber eine Aufwertung des japanischen Yen und des chinesischen Renminbi (manche sagen auch: Yuan) die Situation besser macht? Steigt der Kurs dieser Währungen gegen den US-Dollar beispielsweise um 20 Prozent, dann müßte der amerikanische Autokäufer entweder 20 Prozent mehr bezahlen, was zu Inflation und noch höherer Verschuldung führt, oder aber er bekäme für denselben Preis 20 Prozent weniger Ware, also z.B. ein Auto ohne Räder. Beide Optionen sind volkswirtschaftlich bedenklich.

Aber dazu kommt es wohl gar nicht, denn sowohl Japan als auch China scheren sich wenig um das Geschrei, und ganz ernst kann man es auch nicht nehmen. Nächstes Jahr seien in den USA Wahlen, und angesichts steigender Arbeitslosigkeit werde China als Sündenbock gebraucht, mutmaßt beispielsweise ein Kommentator der »Financial Times«. Weit mehr als zwei Millionen Stellen hat die US-Industrie seit Ende des Jahres 2000 abgebaut – die meisten übrigens nach dem offiziellen Ende der Rezession im November 2001.

Die National Association of Manufacturers verlangt nun von ihrer Regierung, Strafzölle auf chinesische Importe zu erheben, im Gespräch ist eine Einfuhrtaxe von 27 Prozent. Aber China läßt sich davon nicht einschüchtern. Nachdem US-Finanzminister John Snow Anfang September in Asien war, um dort seine Forderung nach einer Aufwertung des Renminbi vorzutragen, erschien in der Tageszeitung »People's Daily« ein Leitartikel, der darauf hinwies, daß während der asiatischen Wirtschafts- und Währungskrise von 1997 alle Welt China darin bestärkt habe, an seinem festen Wechselkurs festzuhalten. Dies sei damals heroisch gewesen und heute immer noch richtig. Die USA hätten ihre wirtschaftlichen Probleme selbst zu verantworten, so der Kommentar aus Peking.

Manche vermuten allerdings, China werde seine Währung im nächsten Jahr möglicherweise doch aufwerten. Nicht nur, weil mit dem Nahen des Präsidentschaftswahl-Termins auch der Druck aus Washington zunehmen werde, sondern auch, weil in China eine Überhitzung der Konjunktur samt Inflation drohe. Was aber wird bei einer solchen Aufwertung passieren? Die Vorteile, die China und die Vereinigten Staaten aus der derzeitigen Situation ziehen, sind keineswegs so ungleich zugunsten Pekings verteilt, wie es amerikanische Politiker in Wahlkampfreden darstellen; China erwirtschaftet im Handel mit den USA zwar einen Überschuß von jährlich 120 Milliarden Dollar; es legt die Erlöse aber auch wieder in amerikanischen Staatsanleihen an. Würden die Chinesen nicht jeden Monat Bonds im Wert von zehn Milliarden Dollar abnehmen, wer würde einspringen wollen, um Anleihen einer überschuldeten Regierung zu kaufen, die in einer überbewerteten Währung notieren, aber kaum Zinsen abwerfen? Dafür müßte man schon ein ausgesprochener Liebhaber sein.

Eine Aufwertung des Renminbi gegenüber dem Dollar wäre wohl verbunden mit einem starken Anstieg der amerikanischen Zinsen. Renten-, Aktien- und Immobilienmärkte brächen ein. Das werden sie früher oder später sowieso, aber warum fordert das Treasury Department das Unglück so kühn heraus? Industrie und Wähler verlangen, daß etwas passiert; es geht schließlich nicht bloß um ein paar Millionen Arbeiter, sondern um die Existenz von Bekleidungsherstellern, Autozulieferern und Elektro-Unternehmen. Für sie reist Snow nach Peking. Für die, denen niedrige Zinsen wichtiger sind, erklärte er zwei Tage nach der IWF-Tagung, die USA hielten an der Politik des starken Dollars fest. So sind alle zufriedengestellt.

Daß es auf eine gewisse Art und Weise paradox ist, gleichzeitig einen starken und einen schwachen Dollar zu propagieren, läßt sich zwar nur schwer bestreiten; doch wenn es gut für die Wirtschaft ist, wird niemand etwas dagegen haben. Vielleicht ist es auch nicht so widersprüchlich, wie es auf den ersten Blick scheint: Ein Autofahrer, der einen Berg hinunter fährt und dabei bremst, gibt ja seine Absicht, hinunter zu fahren, nicht auf; er möchte schon nach unten, aber eben nicht holterdiepolter, sondern lieber langsam und ohne Gefahr.

Tränen in Cancún

Der Handelsminister von Bangladesch soll geweint haben. Das Treffen in Cancún endete in einem Eklat, Zeitungen sprachen deshalb auch von einem Gipfeltreffen. Dabei waren sich vorher eigentlich alle einig gewesen, daß der Handel erleichtert werden solle. Man wolle die Agrar-Subventionen und die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte senken, ebenso

wie die auf Textilien. Wenn das geschehe, könne das Volumen des Welthandels bis 2015 um 500 Milliarden Dollar zunehmen, wovon 60 Prozent den armen Ländern zugute kämen (laut Berechnung der Weltbank jedenfalls).

Verdrossen über das Scheitern der Verhandlungen waren vor allem die EU und die USA. Sie hatten versucht, Regeln über Wettbewerb, Erleichterung von Zollprozeduren, »Investitionsschutz« und Transparenz bei der Vergabe staatlicher Aufträge durchzusetzen. Doch eine Gruppe von 22 Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens (G-22) verlangte im Gegenzug die Öffnung des europäischen und des nordamerikanischen Marktes und den Abbau von Subventionen und bot dafür eine Senkung der Einfuhrzölle an. Dieser Plan wurde von Ländern unterstützt, die sonst unterschiedliche Interessen verfolgen: Brasilien und Südafrika sprachen sich ebenso dafür aus wie Indien, Pakistan, China, Australien und Neuseeland. Die EU und die USA wurden von dieser Entwicklung der Konferenz überrascht und warfen den Unterstützern dieses Vorschlags vor, zu blockieren und nicht verhandeln zu wollen. Die EU allerdings hatte gar keine Lust, über eine Öffnung des europäischen Agrar-Marktes sprechen, und die USA wollen auch weiterhin Baumwolle subventionieren, was besonders die westafrikanischen Länder ärgert, da das die Preise verdirbt.

Nach dem Ende des Treffens waren die Repräsentanten der G-22-Staaten froh; zwar werden sich die Handelsbedingungen nicht verbessern, aber immerhin auch nicht verschlechtern, meinte etwa der brasilianische Handelsminister, und sein Kollege aus Tansania war »sehr glücklich«, daß die »armen Länder aufgestanden sind gegen die Manipulation der reichen«.

Die diesjährigen Konferenzen von IWF und WTO zeigen, daß auf dem Rasen große Nervosität herrscht. Immer wieder werden die Gegner bezichtigt, unfair zu spielen, man verlangt nach einem Schiedsrichter, der die Fouls ahnden soll. Einige »Globalisierungskritiker« – die »Fangruppen der Entwicklungsländer« (»FAZ«) – feierten in Cancún den »Aufstand des Südens« (»Taz«). Wer aber ist da aufgestanden, und für wen? Es ging, wie man weiß, um Handel, nicht um »die Armen«, als deren Niederlage ein Kommentator der »FAZ« das Scheitern der Gespräche bezeichnete. Das ist zwar Unsinn, aber mit »Aufstand« haben auch die Länder der G-22-Gruppe nichts am Hut. Zu dieser neuen Allianz gehört übrigens auch Bolivien, wo kürzlich einige Arbeiter erschossen werden mußten, da sie den Güterverkehr behinderten.

Stefan Frank schrieb in KONKRET 10/03 über den Krieg der Generationen

Konkret 11/03, S. 17

Wolfgang Pohrt, Hermann L. Gremliza

Zu Protokoll

Sein Auftritt bei einer Veranstaltung des Bündnisses gegen Antisemitismus und Antizionismus (www.bgaa.net) am 30. September in Berlin habe gezeigt, daß Wolfgang Pohrt, langjähriger Autor von KONKRET, auf dem Weg zum »ideologischen Borderliner« (»Junge Welt«) sei bzw. seinen »intellektuellen Offenbarungseid« (»Jungle World«) geleistet habe. KONKRET dokumentiert Pohrts Eröffnungsbeitrag. Hermann L. Gremliza hat eine Erwiderung darauf geschrieben

Meine Damen und Herren, der 3. Oktober ist ein Feiertag, für den Normalmenschen hier ein Baustein in der Urlaubsplanung und der Gestaltung von Freizeit. Man fragt nicht, woher das kommt, man ist froh, daß man's kriegt. Es kennt sich doch keiner mehr aus im Kirchenjahr und noch viel weniger bei den historischen Daten. Ich muß gestehen, daß es mir ähnlich ging und ich schwer ins Grübeln kam, was mit dem »verflixten 13. Jahr«, von dem in der Einladung zu dieser Diskussion gesprochen wurde, wohl gemeint sein könne. Es dauerte eine Weile, bis ich begriff, daß das Ihre Zeitrechnung ist und demnach die Wiedervereinigung wohl 1990 stattgefunden haben müsse.

Voriges Jahrhundert, wie lang ist es nun schon her. Kinder, die damals fünf waren, sind heute 18, und wenn man sie nach der Wiedervereinigung fragt, gucken sie verlegen und erfinden drollige Geschichten. Bei einem älteren Mann wie mir ist es natürlich anders, es geht einem so manches durch den Sinn.

Die Einheit – das war doch, als die Ossis so verrückt nach der D-Mark waren. Und heute haben sie den Euro, wenn sie nicht gerade pleite sind. Denen im Westen ging es auch nicht besser. Erst mußten sie die D-Mark mit den Habenichtsen aus der Zone teilen, dann sind sie ihr Geld ganz losgeworden, das »wahre Gemeinwesen«, wie es bei Marx irgendwo heißt. Es wäre, nebenbei bemerkt, vielleicht der Mühe wert, die Geldbestimmungen bei Marx einmal im Hinblick darauf durchzuschauen, was so ein Währungsverlust in sozialpsychologischer Hinsicht bedeutet. Auch ohne Marx: Mit der D-Mark waren Ausdruck und Verkörperung einer Kollektivleistung weg, auf welche sich aller Stolz der Bundesbürger gegründet hatte. Woran sollte man sich in dieser Welt noch halten? Was fällt mir sonst noch auf Anhieb zum 3. Oktober ein? Unbedingt Fernsehnachrichten meiden.

Viel ist das nicht, und es mag daran liegen, daß alle Ereignisse damals und seither etwas Unwirkliches an sich haben und zugleich Nicht-Ereignisse sind, welche die Menschen zugleich prägen und sie unberührt lassen. Mir kommt es vor, als wäre man in einen geschichtslosen Zustand eingetreten. Er fing damit an, daß jeder Tag als ein historischer angepriesen wurde, als ahnte man schon, daß es fortan mit der Geschichte vorbei sein würde. Das Fernsehen hat dabei sicher eine Rolle gespielt, es ist ein großartiger Vernichter von Geschichte und Kultur, was reinkommt, ist erledigt.

Nicht nur die letzten 14 Jahre, auch die Zeit davor ist wie ausgelöscht. Die Vergangenheit ist bestenfalls noch sentimentale Reminiszenz, sie bedeutet uns nichts mehr. Schlimmstenfalls ist sie Verfügungsmasse für Propaganda zu beliebigen Zwecken. Zur Rechtfertigung des Jugoslawienkriegs hatte man sich sinngemäß auf Adornos Diktum berufen: »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.«

Einfache Regel: Wenn man was ganz Fieses tun will, muß man nur sagen, es sei nötig, um ein zweites Auschwitz zu verhindern. Mit Auschwitz könnte man heute einen Präventivkrieg gegen Israel zwecks Verhinderung eines Genozids an den Palästinensern begründen. Genozid nämlich ist alles, was die Machthaber und die Medien zu einem solchen deklarieren. Zur Not reichen 50 gut zurechtgemachte und effektvoll ausgeleuchtete Leichen, wenn das Fernsehen sie zur besten Sendezeit präsentiert. Aber sogar das ist eigentlich auch schon wieder überflüssig, weil das *warum* keinen wirklich interessiert, wenn was passiert.

Ich möchte noch ein wenig beim Jugoslawienkrieg im Frühjahr 1999 verweilen. Wenn man die Lebensverhältnisse und die Leute in den bombardierten Städten kennt, nimmt man so was nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Bei mir war das der Fall. Ich hatte also keine Lust, die hundertfünfzigste flammende Anklage gegen die Schweinerei zu fabrizieren. Irgendwann fängt man an, sich bei dieser nutzlosen Tätigkeit etwas dämlich zu fühlen. In derart traurigen Zeiten, dachte ich, müßte man mal was Fröhliches schreiben. Ich dachte dabei an einen Nachruf auf Scharping oder Fischer. Bislang gab es dazu freilich keinen Anlaß, wie Sie wissen.

Aber das war es alles nicht, was den Jugoslawienkrieg zu einer herausragenden Angelegenheit machte. Wie die Deutschen und namentlich die Ex-Linken wären, hatte man vorher schon wissen können. Und ich hatte es nicht nur gewußt, sondern ich hatte es oft genug analysiert und beschrieben. Ich wäre von Fischer und Scharping enttäuscht gewesen, hätten sie sich anders verhalten, als sie es dann auch wirklich taten.

Wirklich neu und niederschmetternd war vielmehr eine ganz andere Lehre, die aus dem Jugoslawienkrieg gezogen werden mußte. Gewiß hatten deutsche Medien, Diplomaten, Kirchen etc. die propagandistische Vorarbeit geleistet. Gewiß hatten sie anfangs in vorderster Front gehetzt, geschürt, intrigiert. Aber wie wenig hätte diese deutsche Propaganda doch bewirken können, hätte sie sich nicht schließlich als Sprachrohr aller erwiesen, als Sprachrohr der sogenannten zivilisierten Welt.

Was zunächst wie eine abseitige Perfidie der Deutschen erschien, offenbarte sich am Ende als absolut trendy. Als Serbenfresser ließ sich Cristiane Amanpour auf CNN von keinem übertreffen. Viel wichtiger aber: Es waren in erster Linie amerikanische Flugzeuge, welche die Infrastruktur eines ohnehin schon armen Landes zerbombten. (Zweieinhalbe Jahre später hat Amerika dann selber probieren dürfen, wie Kollateralschaden schmeckt, witzigerweise dank Osama Bin Laden, der nun wieder die Serben gar nicht, dafür um so mehr Bosniaken und Albaner mag.)

Von militärischer Bedeutung waren ferner England und Frankreich. Frankreich bot, als die Angriffswellen schon am Rollen waren, mit mehr Bombentonnage als im Zweiten Weltkrieg, sogar seinen einzigen atomgetriebenen Flugzeugträger auf. Alle kamen mit allem, was sie hatten, zeitweilig waren mehr als tausend Flugzeuge über Jugoslawien in der Luft. Und das, um einen Feind zu bezwingen, der wehrlos geduckt am Boden saß und es mit ansehen mußte, wie seine Raffinerien, Fabriken, Brücken, Bahnlinien, Straßen, Sender, Elektrizitätswerke und Wohngebiete zertrümmert wurden. Wohlgemerkt: von Streitkräften der Alliierten.

Der militärische Beitrag Deutschlands mit seinen elf Tornados hingegen war eher lächerlich, so lächerlich wie die gefingerten Schmutzbildchen, die Scharping bei seinen Briefings verstohlen an die Presse verteilte. Er hatte kein anderes Material. Nicht Deutschland allein gegen alle, sondern Deutschland im Auftrag aller – so also lief das Spiel. Und die Frage, die sich daraus ergab: Ist das die Ausnahme oder die Regel? Funktioniert Geschichte so, daß es einem Subjekt aus eigener Eingebung und Machtvollkommenheit einfällt, Böses zu tun, und daß es dies Böse dann auch macht, gegen die geschlossene Mißbilligung und Ablehnung des Restes der ganzen Welt? Oder ist es eher so wie bei der Gruppendynamik, wo die Rollen schon feststehen – Spaßmacher, Sündenbock, Anführer, Maskottchen, Störenfried, Schlichter etc. – und zu beobachten ist, daß keine Rolle lange vakant bleibt? Ist es also so, daß die Welt eine Untat braucht und einer halt die Rolle des Täters spielen muß, nicht ohne dazu anfangs ermuntert zu werden?

Fragen über Fragen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Vorstellung, die man sich von der Geschichte Nazideutschlands gemacht hatte und damit von der ganzen jüngeren Geschichte überhaupt. Ich würde sagen, da gerät dann ein Weltbild ins Wanken, das dem gesamten Denken bislang seine Orientierung gegeben hatte: Humphrey Bogart in Casablanca, die Befreiung von Bergen-Belsen durch britische Truppen etc.

Statt dessen erinnert man sich an Dinge, die man wahrgenommen hatte, aber nicht recht wissen wollte. Etwa an die begeisterten Korrespondenten-Berichte, welche die »New York Times« über die Reichsparteitage brachte. Und man fragt sich, wie es denn eigentlich möglich war, daß Nazideutschland ganz Europa unterwerfen konnte, wenn es bei den Unterworfenen nicht eine gehörige Portion Einverständnis damit gab.

Im Jugoslawienkrieg sahen wir die Allianz oder die Weltgemeinschaft oder die Gemeinschaft der zivilisierten Staaten als Meute, wie sie ein Opfer aussucht, aufbaut und schließlich mit unglaublicher Gewalt über es herfällt. Irgendwie waren es alle. Nur, weil es so viele waren, haben sie es überhaupt geschafft. Das Problem besteht nicht darin, einen Bösen zu finden – die gibt es massenhaft. Das Problem ist, daß man keinen Guten findet.

Angesichts dessen, was mir da etwas wirr und ungeordnet durch den Kopf geht, wenn ich mich zwinge, über die Gegenwart nachzudenken, was ich nur ungern tue, weil es die Laune verdirbt und der Gesundheit schadet, angesichts dessen also finde ich es fast rührend, wenn ich lese, daß Sie den 3. Oktober mit einer Demonstration begehen wollen und eine Ihrer Parolen dabei »Deutschland verraten!« heißt. Himmel, waren das Zeiten, als so was noch möglich war. Kein Verrat ohne Treue, und beides nicht ohne König, Familie, Volk und Vaterland. Abgesehen davon: Verrat – gut und schön. Aber bitte an wen? Und soll das dann alles gewesen sein? Wenn schon Verrat, dann Deutschland an Frankreich, Frankreich an Italien, Italien an Dänemark und so weiter, bis sich der Zirkel schließt. Sie haben es alle verdient.

Oder wenn im Aufruf behauptet wird, Ausländer wären hier »einer alltäglichen rassistischen Gewalt ausgesetzt«: Wer so was glaubt, lebt nicht in dieser Welt, sondern einer anderen, in der die deutschen Juden mit einem Anteil von 0,5 Prozent an der Bevölkerung tatsächlich eine mangels Masse wehrlose Minderheit gewesen sind.

Stuttgart zum Beispiel hat in der Altersgruppe unter 18 Jahre einen Ausländeranteil zwischen 35 und 40 Prozent. Es gibt Spielplätze, wo türkische Kinder von anderen Eintrittsgeld verlangen. Es gibt in den Gemeinden des Umlands Wohngebiete, die ein einheimischer Jugendlicher besser meidet, nicht weil er ein Faschist wäre, sondern weil türkische Jugendclans dort ein bißchen Bande spielen und mit harter Hand Revierverteidigung üben. Was die Ressentiments gegen Ausländer betrifft, so sprechen übrigens Indizien dafür, daß sich dergleichen derzeit am stärksten bei türkischen Jugendlichen entwickelt, nämlich ein ausgeprägter Deutschenhaß. Ein fröhliches Kräftemessen also, aber keineswegs »alltägliche rassistische Gewalt« dergestalt, daß deutsche Täter ausländische Opfer quälen.

Überhaupt hat der Vorwurf, die Deutschen seien noch immer Antisemiten und Ausländerfeinde, einen Haken. Man kann ihn nicht zu oft und zu lange erheben, ohne daß er in Affirmation umschlägt. Irgendwann klingt er einfach wie »Die Katze läßt das Mausen nicht«. Und wurde diese Feststellung einmal getroffen, so ist der Katze kein Vorwurf mehr daraus zu machen, daß sie ihrer Wesensbestimmung folgt und Mäuse fängt. Also die Katze entfernen oder die Mäuse vor ihr warnen, aber mit der Katze hadern hat keinen Sinn.

Natürlich braucht die Bevölkerung Feinde, man muß schließlich wissen, wer die Guten und wer die Bösen sind. Seit mindestens drei Jahren aber stehen Ausländer in Deutschland gerade *nicht* auf der Kandidatenliste. Statt dessen hatten wir die Killerkids, Kinder, die Papas Kanone schnappen und damit Jagd auf Lehrer, Kameraden, Passanten machen; Österreich mit Haider; die Kampfhunde und deren Halter; Rechtsradikale; Kinderschänder; Schwarzarbeiter; Al-Qaida; Sozialschmarotzer.

Es gab so viele Feinde, weil der Volksfeind heute ein Fernsehstück ist. Zu lange hält sich keiner, weil das Publikum Abwechslung will. Es läßt sich ein bißchen in Stimmung bringen, wobei die Stimmung eigentlich eher eine Laune ist. Die praktischen Folgen sind gering, was die Aktionsbereitschaft der Bevölkerung betrifft. Aller antiserbischen Hetzpropaganda in den Medien zum Trotz ist mir kein Fall bekannt, daß ein Serbe in Deutschland unter Anfeindungen oder Angriffen zu leiden gehabt hätte.

Gestehen muß ich folglich, daß ich derzeit nicht in der Lage bin, irgend etwas hervorstechend Fremdenfeindliches oder Antisemitisches zu erkennen, das aus der Tiefe der deutschen Seele kommen und sich dort aus ergiebigen Quellen speisen würde. Irgendwo wur-den mal Walser/Reich-Ranicki und Möllemann/ Friedman erwähnt. Ich halte das für läppisch.

Andere Dinge sind weitaus ernster. Ein ständiges Ärgernis sind hier Nachrichtensprecher, die stets von Angriffen israelischer Soldaten auf palästinensische Flüchtlingslager erzählen, wenn das Ziel der Angriffe eine Ortschaft war, wo vor 50 Jahren vielleicht mal die Zelte und Baracken eines Flüchtlingslagers standen. Diese gebetsmühlenhafte anti-israelische Propaganda, immer mit einem petzerischen Unterton, bewirkt derzeit zwar wenig, sie ist aber steigerungsfähig, wie das Beispiel Jugoslawien lehrt.

Lästig ist auch das abwechslungsarme Racheschwur-Aktionstheater, das von der palästinensischen Komparserie aus Anlaß von Begräbnissen für die ortsansässigen Vertreter internationaler Medien arrangiert wird. Lästig ist es deshalb, weil das Fernsehen jede Vorstellung davon in den Nachrichten bringt. Und zu fragen wäre, warum die sogenannte Intifada als eine doch irgendwie heldenhafte Angelegenheit dargestellt wird. Normalerweise würde man eher von Feigheit sprechen, wenn an Stelle von Personen im wehrfähigen Alter die Kinder den Kampf einer Volksgruppe oder einer Nation gegen eine andere bestreiten müssen. Aber soweit ich informiert bin, ist diese Nachrichtengebung ein EU-weites Phänomen, und einziger Versucher sind die Medien. Weder kommt sie aus der Bevölkerung, noch wirkt sie besonders stark auf sie ein.

Wie gesagt, ich kann derzeit nichts erkennen, was mit Macht aus den Tiefen der deutschen Seele dringt. Ich sehe nicht mal eine Tiefe, eher eine Leere. Befürchtungen – auch meine – , die deutsche Geschichte könne sich wiederholen, haben sich bislang nicht bestätigt. Eher kam es umgekehrt. Was wie eine Wiederkehr Vorkriegseuropas erschien, dieses Vorkriegseuropas mit seinen Nationalismen, Faschismen und Pogromen, war in Wahrheit das definitive Ende dieser Zeit, nach einer etwas rauhen Übergangsphase freilich.

Man versteht das besser, wenn man sich vor Augen hält: Für Deutschland war die Wiedervereinigung das Ende des Traums von der Einheit. Der Traum war also weg, und kurz danach ging die Nation denselben Weg. Keine Einheit nämlich ohne Zusammenbruch des Ostblocks, und der allein hatte den Nationalstaat als solchen weit über sein historisches Verfallsdatum hinaus konserviert. Statt souveräner Nationen war das Ergebnis des Zusammenbruchs ein ganzer Sack voll Übernahmekandidaten, Deutschland vorneweg. Bald werden auch die letzten der jungen unabhängig gewordenen Republiken mit Euro zahlen. Sie haben nichts Besseres verdient.

Und jetzt? Weder Kulturnation noch Nationalstaat, nicht mal mehr geteilt nach Einheit sich sehnend, außerdem überaltert, ist, was Deutschland betrifft, die Luft ziemlich raus. Was sind die Themen, welche das Land bewegen? Die Rente, der Zahnersatz und das Dosenpfand.

***

Hermann L. Gremliza

Lieber Herr Pohrt,

zwei Tage vor Ihrer Rede am Vorabend des neuen deutschen Nationalfeiertags habe ich den Kollegen in der Redaktion angekündigt, wie sehr Sie Ihr Publikum enttäuschen würden. (Ich hatte schon riskantere Prognosen abzuliefern.) Die Provokation der Gutwilligen war stets *das* Stilmittel Ihrer Kritik. Viele haben vor zehn Jahren, unterm Schock Ihrer Polemik wider die deutschen Verhältnisse, Abschied von lieben Illusionen genommen. Einige haben mit der Zeit Geschmack an Ihren schmerzhaften Schläge bekommen. Denen, so dachte ich, würden Sie den Spaß schon verderben. Leider ist es dabei nicht geblieben. Ihre Rede demoliert auch, aber leider nicht nur, wie sie sollte, zu Sentiments verfettete Einsichten. Statt die Zustände zum Zwecke besserer Erkennbarkeit zu überzeichnen, entstellt sie sie.

Einst, in Ihren Artikeln über den Krieg gegen Jugoslawien, war als Antreiber und Organisator allein Deutschland in Betracht gekommen. Wie ich hatten auch Sie gehofft, daß weder die Franzosen und Briten noch gar die USA sich von der deutschen Politik in diesen Krieg ziehen lassen würden. Jetzt sagen Sie, die Deutschen hätten nichts gegen Jugoslawien vermocht, wären sie in dieser Sache nicht »das Sprachrohr der zivilisierten Welt« gewesen. Richtig bleibt das Gegenteil: Die »zivilisierte Welt« lebte noch heute mit Jugoslawien in Frieden, hätte nicht die deutsche »Perfidie« sie in den Krieg manövriert. Washington ließ sich verleiten, in diesem Krieg *somewhere east of Heidelberg*, in einer Gegend, die der Präsident nicht mal vom Hörensagen kannte, durch die Vorführung spektakulärer militärischer Überlegenheit aller Welt zu zeigen, daß keine andere Macht an die amerikanische heranreicht.

Sie waren, wie ich, von den USA enttäuscht. Und in Ihrer Wut, die auch in dem »Witz« über den »Kollateralschaden« vom 11. September sich entlädt, gerät Ihnen die banale Beobachtung, daß Konkurrenten neben ihren je eigenen auch gemeinsame Interessen verfolgen können, zum Beweis prinzipieller Identität. »Was man wahrgenommen hatte, aber nicht recht wissen wollte«, ist Ihnen nun das einzig Wahre: Weil sich viele von ihnen an der »Endlösung« beteiligten, waren die Osteuropäer Nazis und die Leute von der »New York Times« völkische Beobachter. Der kleine Unterschied, der es ermöglicht hat, das Deutsche Reich zu zerschlagen und Auschwitz zu befreien, ein Unterschied ums Ganze, wird Ihnen zur *Quantité négligeable*.

Deutschland stand und steht weder allein gegen alle noch handelt es im Auftrag aller. Es verfolgt seine Interessen, mit allen, gegen alle. Das ist die Regel. Und was, lieber Herr Pohrt, sind das für Begrifflichkeiten!? »Dies Böse«, »die Welt, die eine Untat braucht«? Müssen wir nun fromm werden? »Was mir da etwas wirr und ungeordnet durch den Kopf geht« – mit dieser *captatio benevolentiae* (oder soll ich sagen: mit diesem Jagdschein?) will ich einen Kritiker Ihres Formats nicht davonkommen lassen.

Ausländer in Deutschland: Wem ginge das sentimentale, das evangelische Geseire nicht auf die Nerven, das uns Ausländer als bessere Menschen verkauft und jede Abwehr dieser Zumutung als Rassismus ausruft. Und warum nicht einräumen, daß die Gefahr für Leib und Leben, der Ausländer in Deutschland ausgesetzt sind, nicht die Dimension angenommen hat, die in den ersten Jahren nach der Wende zu befürchten war. Aber warum ist das so? Warum stehen die Ausländer nicht »auf der Kandidatenliste«? Weil die Deutschen die Kanaken, wie sie noch an jedem Stammtisch heißen, liebgewonnen haben? Oder weil sie jetzt lieber Jagd auf »Killerkids« etc. machten? Es ist, erstens, wie es ist, weil die deutsche Exportindustrie und die ihr angeschlossenen Institute der Volksbildung (die sog. freie Presse) Pogrome der Rostocker und Möllner Art verboten haben und, zweitens, Ausländer, meist Türken, in Gegenden, in denen sie zahlreich sind, den Glatzen keine Chance lassen. Wie der deutsche Mob auf Fremde reagiert, wenn er weder Strafe noch Gegenwehr zu fürchten hat, erlebt jeder Schwarze, der sich auf den Straßen einer ostdeutschen Kleinstadt blicken läßt.

Sie können nichts »hervorstechend Antisemitisches« an unseren Landsleuten erkennen. »Andere Dinge« seien »weitaus ernster«, insbesondere die Berichterstattung über Israel, die sie »lästig« und »ein Ärgernis« nennen, die jedoch, soweit Sie informiert seien, ein EU-weites Phänomen sei, weder aus der Bevölkerung komme noch besonders stark auf sie einwirke. Da waren Sie nun der Wahrheit so nahe (daß nämlich der deutsche Antisemitismus tagtäglich am Staat der Juden sich austobt) – und plötzlich haben alle guten Geister der historischen Erfahrung Sie verlassen. Noch 1930 hatten die europäischen Juden Deutschland einhellig für *das* Land des Kontinents gehalten, mit dessen Antisemiten sich leben lasse.

Heute hat der deutsche Antisemit das Problem, in dem von Juden befreiten Land Objekte seines Hasses zu finden. Nie hat es nach 1945 eine Partei gewagt, einen Juden für ein Regierungsamt vorzuschlagen, und auch die Führungspositionen in der Gesellschaft sind besetzt, als wären die Nürnberger Gesetze noch in Kraft. Dennoch meinen 20 Prozent der Deutschen, die Juden hätten zuviel Einfluß, lehnen 28 Prozent Juden als Nachbarn ab, wollen 22 Prozent der Deutschen »lieber keinen Juden« als Nachbarn haben.

Die von Demoskopen ermittelten Zahlen schwanken, denn mit den deutschen Antisemiten ist es wie mit den Anhängern der Todesstrafe: Ist gerade mal kein Anlaß für völkische Erregung, entspannen sich ihre Züge zur Menschenähnlichkeit. Tritt aber der »läppische« Fall Möllemann ein, gestehen bei einer Befragung 36 Prozent, sie könnten »gut verstehen, daß manchen Leuten Juden unangenehm sind«. Und auch das ist nicht mal die halbe Wahrheit, denn die 36 Prozent sind ja nur diejenigen, die sich gegenüber einem unbekannten Dritten offen zu krudesten Ansichten über »die Juden« bekennen. Martin Walser und Jürgen Möllemann gingen in die Ergebnisse solcher Studien als philosemitische Mustermänner ein.

(Manchmal helfen eigene Erlebnisse: Ich habe in einer Hamburger Kneipe mithören müssen, wie am Nebentisch ein halbes Dutzend Redakteure des »Spiegel«, darunter Ressortleiter, sich erzählte, daß sich »so frech wie Friedman in Deutschland nur ein Jude aufführen darf« und was für einen Unsinn man »unserem Hausjuden Broder« wieder habe durchgehen lassen.)

Auch Sie haben einmal gewußt, nein: geschrieben, mehr: uns gelehrt, welche Mördergruben die Herzen unserer Landleute sind. Nun weiß ich natürlich auch, daß das Beharren auf Erkenntnissen einen freien Autor in Gefahr bringt, als langweilig

zu gelten und nicht mehr gefragt zu werden. Tatsachen, sagte man beim »Spiegel«, stören den Schwung der Story, und nur was man erfindet, hat man exklusiv. Es gibt eine Originalität, hinter deren Tödlichkeit die Langeweile verblaßt.

Ihr Hermann L. Gremliza

Konkret 11/03, S. 22

Michael Hahn

No Exit

Die Angriffe gegen die US-Truppen im Irak eskalieren ebenso wie die Richtungskämpfe innerhalb der Bush-Administration. Verlieren die USA den »ersten Krieg des 21. Jahrhunderts«?

Anderthalb Kriege reichen auch. Es ist nur gut zwei Jahre her, da plädierte Donald Rumsfeld noch für Bescheidenheit. In den 90er Jahren hatte in den USA die »Two-Wars«-Leitlinie gegolten: Das Land sollte in der Lage sein, jederzeit zwei große Kriege parallel zu führen – und zu gewinnen. Mit jeweils einer halben Million Soldaten (wie im Golfkrieg 1991), sechs Flugzeugträgern und ausreichend Luftunterstützung (diverse kleine Militäroperationen nicht mitgerechnet). Doch ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt als Pentagon-Chef und drei Wochen vor dem 11. September räumte Rumsfeld im August 2001 ein: »Das Grundgerüst stand, aber wegen der Mängel im Versorgungsbereich, des Mangels an Soldaten und des Mangels an Gerät konnten wir es nicht ausfüllen.« Also sollte die langjährige US-Militärplanung von »two« auf »one-and-a-half« zurückgefahren werden: einen großen Regionalkrieg gewinnen und gleichzeitig in einem zweiten Konflikt einen Angriff abwehren können. Doch zwei Jahre später scheint die mächtigste Militärmacht der Weltgeschichte schon mit anderthalb Besetzungen (Irak und Afghanistan) überfordert.

Dabei hat Rumsfeld in seiner knapp dreijährigen Amtszeit die Mängel zumindest bei der militärischen Hardware zielstrebig abgearbeitet. Unter dem Schock von »9/11« winkte der US-Kongreß drastische Erhöhungen des Rüstungshaushalts durch. So verwundert es nicht, daß die USA im Frühjahr 2003 in der Lage waren, einen Regionalkrieg schnell und gründlich zu gewinnen. Zumal die Voraussetzungen »on the ground« äußerst günstig waren: Das irakische Militär verfügte nur über schrottreifes Gerät, die Luftabwehr war in einem jahrelangen Kleinkrieg praktisch ausgeschaltet worden, und die irakische Bevölkerung dürfte den Abgang der Diktatur herbeigesehnt haben.

Aber bei der Besetzung des 23-Millionen-Einwohner-Landes stößt das US-Militär an seine Grenze. Sechs Monate nach der Eroberung Bagdads funktioniert die irakische Infrastruktur nur teilweise. Die öffentliche Ordnung ist selbst in der Hauptstadt derart prekär, daß sich mittlerweile auch viele Männer nachts kaum auf die Straße trauen. Einerseits erwacht nach jahrzehntelanger Diktatur allmählich wieder ein politisches Leben im Irak, andererseits gewinnen islamistische Kräfte an Einfluß. Und der von den USA eingesetzte 25-köpfige irakische »Regierungsrat« kann sich nicht einmal auf ein Verfahren verständigen, nach dem eine neue Verfassung ausgearbeitet werden könnte. Zwar deuten Umfragen darauf hin, daß die Mehrheit der Iraker vorläufig keinen Abzug der US-Truppen wünscht, aber mit jedem weiteren irakischen Demonstranten, der von überforderten 19jährigen US-Soldaten erschossen wird, und mit jedem weiteren Stromausfall dürfte diese Mehrheit schrumpfen.

Vizekriegsminister Paul Wolfowitz ließ sich von solchen Unannehmlichkeiten nicht beirren. Nach einem Truppenbesuch im Irak berichtete er, wie ihm Kinder auf der Straße mit ausgestrecktem Daumen zugewinkt hätten. Lakonischer Kommentar der Kolumnistin Maureen Dowd: »Zumindest dachte er, es war der Daumen.«

Realistischer scheint die Stimmung un- ter den rund 140.000 amerikanischen Soldat(inn)en zu sein. Kein Tag vergeht ohne (oft tödliche) Anschläge. Seit Präsident George Bush am 1. Mai das Ende der Hauptkampfhandlungen verkündete, haben die US-Truppen mindestens 94 Tote zu beklagen sowie mindestens 14 Selbstmorde. Der britische »Observer« berichtete am 10. August von einer »Flut kriegsmüder E-Mails«, die die Soldat(inn)en nach Hause schicken. »Wir fühlen uns nicht mehr als Helden. Wir sind erschöpft. Das Ganze wächst uns über den Kopf«, schrieb einer. Die Besatzungstruppen verfügen noch nicht einmal über eine ausreichende Anzahl schußsicherer Westen. Die Stationierungszeiten werden verlängert, Gefahrenzulagen sollen gekürzt werden. Selbst die Militärzeitung »Army Times« kritisiert mittlerweile offen die Bush-Regierung. Und in der US-Öffentlichkeit wachsen die Zweifel. In den Medien taucht bereits das Wort »quagmire« (Sumpf) auf, das bisher für das allmähliche Versinken im Vietnamkrieg reserviert war. Entsprechend konzentriert sich die Antikriegsbewegung auf die Parole »Bring the Troops Home«.

Und die Kosten laufen davon. Nach den 79 Milliarden Dollar, die Bush im Frühjahr nachträglich für den laufenden Haushalt bewilligt bekam, mußte der Präsident im September weitere 87 Milliarden Dollar für 2004 beantragen (davon 20 Milliarden für den zivilen Aufbau im Irak). Noch vor wenigen Monaten hatte dies ganz anders geklungen: »Wir haben es mit einem Land zu tun, das seinen Wiederaufbau selbst finanzieren kann, und zwar relativ bald«, hatte etwa Paul Wolfowitz unter Verweis auf die irakischen Bodenschätze behauptet. Doch mittlerweile zeichnet sich ab, daß die Sanierung der maroden Ölindustrie noch lange Zeit mehr Geld verschlingen wird als der Ölverkauf einbringt. Wohl der einzige, der derzeit am irakischen Erdöl verdient, ist der US-Konzern Halliburton, der im Auftrag der US-Regierung die Förderanlagen repariert.

Ein Ende ist nicht abzusehen. Mittlerweile gehen die meisten Beobachter davon aus, daß die US-Truppen mehrere Jahre lang im Irak stationiert bleiben werden – mit mehr als 100.000 Mann und Frau. Dies wahrscheinlich auch dann, wenn eines

Tages weitere Länder nennenswerte Kontingente abstellen (die etwa wie Polen oder der Türkei ebenfalls aus dem US-Etat finanziert werden müssen). Die rapide wachsenden Rüstungsausgaben tragen spürbar zum allgemeinen Haushaltsdefizit bei (geschätzt für 2003: knapp 400 Milliarden Dollar). Immerhin fließen die meisten Irak-Gelder in die USA zurück (die Besatzungstruppen werden praktisch komplett von zu Hause aus versorgt).

Angesichts der wachsenden Probleme der US-Besatzungsmacht melden sich nun die Kritiker zu Wort. So bemängelt der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber und demokratische Präsidentschaftsbewerber Wesley Clark die allzu optimistischen Annahmen der Kriegsbefürworter: »Die Stärke der Ba'th-Partei und des irakischen Nationalismus wurde ebenso unterschätzt wie die Fraktionskämpfe unter den Schiiten; dasselbe gilt für die Gefahren einer verdeckten Einmischung durch Syrien und den Iran.« Im »New York Review of Books« (der wohl wichtigsten Intellektuellen-Zeitschrift in den USA, die trotz ihres Titels nicht nur Buchbesprechungen enthält) beschreibt er seine Verwunderung darüber, daß es im Pentagon kaum ernsthafte Pläne für die Nachkriegsordnung gegeben habe. Offensichtlich glaubte man dort den eigenen Propagandaparolen von einer reibungslosen »Neuordnung« am Golf und im gesamten Nahen Osten. So standen dem ersten (und bald wieder abgezogenen) Wiederaufbau-Chef, General Jay Garner, zu Beginn noch nicht einmal genug Mobiltelefone zur Verfügung. Clark: »Ein Erfolg des Gesamtplans beruht nicht nur auf dem Sieg über die gegnerische Armee, sondern auch auf dem Erfolg der anschließenden Operationen.« Wenn schon, dann hätte man für Krieg und Besatzung erheblich mehr Soldaten bereitstellen müssen. Rumsfeld dagegen, so Clarks Vorwurf, habe die notwendige Truppenstärke heruntergerechnet – um Kosten zu sparen, aber auch um die von ihm angestrebte Umstrukturierung des US-Militärs (weniger Manpower, mehr High-Tech) voranzubringen.

Auch treue Bush-Freunde machen sich Sorgen. So trommelt der »Weekly Standard«, das Hausblatt der Neokonservativen, für Verstärkungen. »Es ist schmerzhaft deutlich, daß im Irak zuwenig amerikanische Truppen operieren«, erklärten Chefredakteur William Kristol und sein Gesinnungsgenosse Robert Kagan (Autor von *Macht und Ohnmacht*) Anfang September. Es fehle an Soldaten, um die »bad guys« zu jagen, um ein Einsickern ausländischer Terroristen aus Syrien und Iran zu verhindern und um die Infrastruktur zu schützen. Auch die Wiederaufbauhilfe und die Zahl der zivilen Diplomaten und Ingenieure müßten aufgestockt werden. Das sei auch im Eigeninteresse der USA: Von der Entwicklung im Irak »hängt die künftige Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik, der amerikanischen Weltführung und der amerikanischen Sicherheit ab«. Die Bush-Regierung zeige sich jedoch bisher dieser Aufgabe nicht gewachsen.

Kurz darauf wandte sich Donald Rumsfeld in einem langen Beitrag für die »Washington Post« gegen derartige Forderungen: »Zusätzliche Truppen würden die Mission verkomplizieren.« Denn dann, so die bemerkenswerte Begründung, bräuchte man nicht nur zusätzliche Wach- und Versorgungseinheiten, sondern wecke auch Erwartungen, daß US-Soldaten weitere Gebäude und Stromleitungen bewachen würden – »eine defensive Haltung«. Laut Rumsfeld ist die Besatzung bisher erfolgreich. Der Aufbau ziviler irakischer Strukturen verlaufe plangemäß. Eine neue Armee werde bereits trainiert. Brücken, Krankenhäuser, Universitäten und »Hunderte von Schulen« seien repariert worden.

Daß einer wie Rumsfeld so argumentieren würde, wäre noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. Denn jahrzehntelang haben die Konservativen in den USA alle Versuche des »nation building« belächelt (oder sabotiert). Soldaten seien zum Kämpfen da, hieß es, nicht zum Straßenbau. Doch nun spricht ausgerechnet der Falke Rumsfeld von »Hilfe zur Selbsthilfe«. Insofern seien die von Bush beantragten 87 Milliarden Dollar »ein entscheidendes Element in der Exit-Strategie der Koalition«. Und das rechts-libertäre Washingtoner Cato-Institute (sonst fest im republikanischen Lager) fordert bereits eine »Strategie zum Abzug aus dem Irak«.

Das grenzt nun schon an Feigheit vor dem Feind. In den neokonservativen Zirkeln, die bisher Bushs Außenpolitik politisch-moralisch unterfüttert haben, macht sich daher allmählich Panik breit. Bisher setzte man dort auf einen langen Atem. Sobald man im Irak Massenvernichtungswaffen finden oder Saddam Hussein festnehmen würde, werde sich das Blatt wenden, hofften die »Neocons«. Zufrieden registrierten sie, daß die Arabische Liga im September (nach starkem Druck der USA) den irakischen »Regierungsrat« anerkannte. Und zumindest ein strategisches Ziel des Irakkriegs sei bereits erreicht: Die meisten US-Truppen konnten aus Saudi-Arabien abgezogen werden.

Doch neuerdings warnt der »Weekly Standard«: »Die Zeit ist nicht auf Bushs Seite.« Der Präsident könne sich nicht einmal mehr auf die Rückendeckung durch sein Kabinett verlassen. »Es wäre nett, wenn Konservative außerhalb der Regierung, die Beamten in der Regierung und die Republikaner im Kongreß etwas mehr helfen würden.« (In bezug auf seine Wiederwahl 2004 ist Bush junior innerhalb seiner Partei allerdings weiterhin unumstritten – anders als sein Vater, der 1992 auch deshalb die Präsidentschaftswahlen verlor, weil ihm die konservative Wählerbasis davonlief.)

Statt dessen verheddert sich die vermeintliche »Hypermacht« in trivialen Eitelkeiten und Machtkämpfen. Außenministerium und CIA (die vor einem Jahr vor einem militärischen Alleingang gegen den Irak gewarnt hatten und eher auf eine Stabilisierung als auf eine »Neuordnung« des Nahen Ostens setzen) liefern sich heftige bürokratische und politische Grabenkämpfe mit dem Pentagon und seinen neokonservativen Stichwortgebern. Anfang Oktober entzog Bush dem Pentagon die Irak-Koordination und übertrug sie seiner Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, die nun eine »Iraq Stabilization Group« führt (»New York Times«: »ein großspuriger Titel«). Ein weiteres Zeichen für die Herabstufung

Rumsfelds: Die USA distanzieren sich nun offenbar von Ahmad Tschalabi, dem Führer des »Irakischen Nationalkongresses« und langjährigen Spezi der Neokonservativen und des Pentagon.

Die europäischen Konkurrenten können ihre Genugtuung angesichts all dieser Komplikation kaum verbergen und verlangen eine Mitsprache in Bagdad (via Uno). Der konservative US-Kolumnist William Safire registrierte bitter eine »Daily Schadenfreude« in Europa. Unter dem zunehmenden internationalen und innenpolitischen Druck hat Bush nun selbst seine offizielle »nationale Sicherheitsstrategie« (»Präemptiv-Kriege«) relativiert. Es komme »weniger darauf an, was auf dem Papier steht, als darauf, was getan wird«, erklärte er – nur ein kleiner Fortschritt für die Menschheit, aber ein großer Rückschritt für die Agenda der Neokonservativen.

Im Irak selbst dürfte die US-Regierung aber alles versuchen, einen allzu offenen Gesichtsverlust zu vermeiden. Der Preis dafür ist hoch, warnte die »New York Times«. Schon jetzt sei das US-Militär im Irak »overstretched«. Viele Reservisten seien bereits seit über einem Jahr im Einsatz. Um die Truppen wie versprochen rotieren zu lassen, müsse man bald anderswo (etwa in Afghanistan oder in Südkorea) Einheiten abziehen. »Die globale Reichweite der amerikanischen Außenpolitik wird fast unvermeidlich reduziert ... Bushs Methode gefährdet unnötigerweise die Kampfkraft selbst der stärksten Militärmacht der Welt.«

Michael Hahn ist Herausgeber des soeben im Konkret Literatur Verlag erschienenen Buchs »Nichts gegen Amerika«

Konkret 11/03, S. 24

Joachim Rohloff

Übergriff der Pappnasen

Die Wahl eines Schauspielers zum Gouverneur Kaliforniens hat bei einigen deutschen Kommentatoren zu schwerer geistiger Diarrhöe geführt.

Wenn einer populär ist und sich um ein politisches Amt bewirbt, muß er auch ein politischer Populist sein. So einfach ist die Welt, so einfach erscheint sie jedenfalls einigen politischen Kommentatoren. Von Arnold Schwarzenegger hätte man demnach erwarten müssen, daß sich in seinem Wahlprogramm das Versprechen finde, die Amtszeit der Parlamentarier und die Steuer auf Grundbesitz zu begrenzen, die »affirmative action«, die besondere Förderung von Minderheiten, abzuschaffen, rückfällige Kriminelle nach der dritten Straftat, wie schwer sie auch immer wiege, lebenslänglich einzusperren und die Kinder illegaler Einwanderer vom Besuch staatlicher Schulen auszuschließen.

Die Erwartung wurde enttäuscht, und zwar nicht deshalb, weil es einem Einwanderer unmöglich wäre, sich fremdenfeindlicher Ressentiments zu bedienen; irgendein Dreh, zu unterscheiden zwischen denen, die Kalifornien nützen, und denen, die Kalifornien ausnutzen, hätte sich schon finden lassen. Und sie wurde auch nicht nur deshalb enttäuscht, weil alle diese Absichten, die aus dem Katalog des Rechtspopulismus stammen, bereits von den Bürgern des größten amerikanischen Bundesstaats, der seit Jahrzehnten von den Demokraten regiert wird, mittels direkter Demokratie verwirklicht wurden, sofern sie nicht von den Gerichten vereitelt werden konnten. Sie wurde enttäuscht, weil Schwarzenegger nach allem Anschein eben kein rechter Populist ist, sondern ein halbwegs liberaler Republikaner, der ebenso gut auch Demokrat sein könnte.

Tatsächlich enthielt sein Programm außer einigen Kraftausdrücken nicht viel mehr als die Ankündigung, er werde die Steuern senken, die immensen Staatsschulden tilgen und die Unternehmen von Abgaben entlasten, also genau das, was heute in jedem Wahlprogramm jeder bürgerlichen Partei zu lesen steht. Vermutlich hat er keine Vorstellung davon, wie seine Ziele zu erreichen sein werden, und hofft auf den Rat vermeintlicher Koryphäen. Daß er über Details nicht reden wollte, gilt in der ernstzunehmenden Presse als Indiz mangelnder Seriosität. Peter Boenisch hingegen meinte, es reiche schon, daß er »hasta la vista« sagen kann; so einen, nein, Tausende seines Schlages bräuchten wir auch.

Die Unsrigen sagen immer: »Ein Zeitfenster wird eher nicht zur Verfügung stehen.« Besonders vertrauenswürdig klingen solche Worte auch nicht, und was von den ausgeklügelten fiskalischen Modellen des gelernten Haushaltspolitikers Eichel zu halten ist, hat man erlebt. Deshalb spricht nichts gegen Schwarzenegger, das nicht zugleich auch gegen Gerhard Schröder spräche, der mangels jedes auffälligen Talents Jura studierte und anschließend in die Politik ging, um seiner Kanzlei auf die Sprünge zu helfen, oder gegen Joschka Fischer, der überhaupt nichts gelernt hat. Ich habe keinen einzigen seiner Filme gesehen; vielleicht finde ich Schwarzenegger deshalb so sympathisch.

Nun fragen sich die maßgeblichen Verfasser der Leitartikel, ob die Lawine, die er entfacht habe, die republikanische Partei emporheben oder ob der Sturm, den er losgetreten habe, am Ende auch George Bush begraben werde. Wahrscheinlich wird er schon wegen der parlamentarischen Mehrheit der Demokraten kaum etwas ausrichten können, und wenn es ihm nicht gelingt, seinen Mißerfolg auf andere abzuwälzen, wird seine Partei, für die er viel zu liberal ist, ihn nicht zur Wiederwahl nominieren.

Wenn einer aussieht wie Arnold Schwarzenegger, muß er dumm sein. Und wenn er sich darüber hinaus auch noch jahrelang gequält hat, um auszusehen, als hätte Arno Breker ihn entworfen, muß er ein Faschist sein. So einfach machte es sich jedenfalls mein Lieblingskolumnist von der »Jungen Welt«. »Daß der ›Vom Schuhputzer zum Millionär‹-Mythos die amerikanische Variante der Volksgemeinschaftsideologie ist, wenn auch nicht völkisch, sondern individualistisch vermittelt, aber nicht minder auf die Verdrängung des sozialen Antagonismus aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein gerichtet, entzieht sich ... jeglicher Reflexion. Doch selbst das so Offensichtliche am Schwarzenegger-Phänomen wird nicht wahrgenommen. Die faschistische Ästhetik des Körperlichen, der physischen Stärke. Denn was anderes sind Bodybuilder als faschistische Denkmäler aus Fleisch und Blut – und künstlichen Muskeln? Schwarzenegger verkörpert ein Element des deutschen Faschismus im Amerikanismus. Den germanischen Überhelden, die ›blonde Bestie‹ der amerikanischen Marktwirtschaft.« Die USA sind also eine Volksgemeinschaft, individualistisch vermittelt. »Individualistische Volksgemeinschaft« ginge selbstverständlich nicht, da müßte ja jeder den Blödsinn bemerken. Aber »Volksgemeinschaft, individualistisch vermittelt«, solch ein Gedankendünnpfiff geht in der deutschen Linken seit je.

Das Wort hat deshalb nun der vom Staat berufene unabhängige Experte. »Der Wahlsieg von Arnold Schwarzenegger ist die in Erfüllung gegangene Entertainisierung der Politik – Dieter Bohlen in Endstufe.« In Erfüllung ging auch die »Frankfurter Rundschau«, als Claus Leggewie sich ihr in Endstufe präsentierte. Zunächst stellte er fest, die Politik der Steuersenkung, ein »in den USA von einem B-Schauspieler namens Reagan gestartetes Unternehmen«, sei »der inhaltliche Aspekt« der kalifornischen »Freakshow«, die als Gouverneurswahlkampf aufgeführt worden sei. Dieses Unternehmen sei

»rechtskonservativ«. Wir haben zwar in der Schule gelernt, die Konservativen sorgten sich um einen starken Staat, um traditionelle Tugenden und Werte, um die Familie, die Bekämpfung der Kriminalität und die Reinheit der nationalen Kultur und des Volkskörpers, während der Widerstand gegen staatliche Einmischung ins Privat- und ins Wirtschaftsleben und die rücksichtslose Senkung der Steuern vielmehr ein liberales Anliegen sei, aber Leggewie muß es besser wissen, er ist Politikprofessor in Gießen.

Die »Spektakelpolitik«, die vor dreißig Jahren Ronald Reagan getrieben habe und die nun wieder Arnold Schwarzenegger treibe, »indiziert eine generelle Umstellung der Rekrutierung von Eliten in postmodernen Gesellschaften, die politische Systeme ins Mark treffen. In der klassischen Moderne waren die Funktionssysteme Wirtschaft, Religion, Kultur und so weiter horizontal angeordnet, womit politische und geistliche Aristokratien ihren auf Geblüt, Weihe oder Charisma gegründeten Anspruch auf allzuständige Führung verloren. Allen Teilbereichen – Unternehmen, Kirche, Kulturbetrieb – lagen gesonderte Codes und Auswahlkriterien für die Besetzung von Führungspositionen zugrunde, die wiederum einem gemeinsamen Imperativ gehorchten: Leistung war die Grundlage der modernen Funktionseliten, zwischen denen es wenig Transfers und Überschneidungen gab.« Davon stimmt immerhin so viel: Kein Papst konnte im zwanzigsten Jahrhundert eine Dynastie gründen, eine geistliche Aristokratie existierte nicht mehr, Johannes Paul II. ist nicht der Sohn Johannes Pauls I. Und Helmut Schmidt war zu keiner Zeit der größte Künstler oder gar das religiöse Oberhaupt der Bundesrepublik. Aber die verblüffende These, auch in den Kirchen und in der Kultur habe das Leistungsprinzip gegolten, sollte Leggewie doch einmal in einem Buch erläutern.

Wie dem auch sei, neuerdings entscheide über die Besetzung der höchsten Posten jedenfalls nicht mehr die Leistung, sondern allein die Prominenz, welche vom Fernsehen erzeugt werde, vom »Mediensystem, das nicht nach mächtig/ohnmächtig, Profi/Laie oder kompetent/inkompetent kodiert, sondern nach einem diesbezüglich neutralen Nachrichtenwert. Was zählt, ist eine (auf viele Weise zu erreichende) Bekanntheit, die via elektronische Medien über das eigene Milieu hinausreicht.« Daran glaubt er wirklich? Heute wird Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank oder Kardinal von Köln, wessen Name aus irgendeinem Grund täglich in der Zeitung steht? Nicht daß ich wüßte. Und ich möchte auch auf meiner Beobachtung beharren, daß Gerhard Schröder nicht deshalb Bundeskanzler wurde, weil er so oft im Fernsehen war, sondern daß man ihn so oft im Fernsehen sieht, weil er Bundeskanzler ist. »Heute müssen auch Manager und Notenbankpräsidenten ins Fernsehen.« Sie haben davon aber nichts gemerkt und legen noch immer Wert darauf, in der Öffentlichkeit möglichst wenig wahrgenommen zu werden. Die langweilige Tatsache, daß Politiker, die gewählt werden wollen, die Medien benutzen, um sich beliebt zu machen, vermag wohl nur solche Geister zu beeindrucken, die ihren Unterhalt mit virtuellem Geschwätz bestreiten. »Wirtschaft, Unterhaltung und Politik sind zu einer virtuellen Unterhaltungs-Ökonomie zusammengewachsen, deren oberste Positionen durch Medien-Prominenz vergeben werden.«

Weil es einem deutschen Professor selbstverständlich nicht reicht, keine Ahnung zu haben, muß er auch noch häßliche Wörter in die Welt setzen. Leggewie nennt das grundstürzende Phänomen, das er beobachtet haben will, »die Übergriffigkeit der Prominenz«. Denn »der Wunsch, nicht nur auf der Bühne und Leinwand Triumphe zu erreichen, führte bis ins Weiße Haus«. Nun ja, einmal, immerhin. Ob ein zweiter Versuch erfolgreich sein wird, ob er überhaupt jemals unternommen wird, vermag niemand zu sagen. Und zuallerletzt sollte man Leggewie fragen, der von Arnold Schwarzenegger weiß: »Bekannt wird man, wie im jüngsten Fall, auch mit Chauvi-Sprüchen und Hitler-Bewunderung – und noch bekannter, wenn darüber in (vergeblich) kritischer Absicht berichtet wird.« Schwarzenegger hat aber auch, das sei dem Professor hier verraten, ein paar Filme gedreht.

Ein größeres Problem als die »Entertainisierung« der Politik scheint die Übergriffigkeit der Pappnasen zu sein, die sich schon immer in der Presse und im akademischen Betrieb breitgemacht haben. Ein abschreckendes Beispiel bietet Professor Leggewie, an dessen Analyse des Phänomens Schwarzenegger aber auch gar nichts stimmt. Jeder einzelne Satz ist falsch, und vollkommen unbedarft ist auch der abschließende Gedanke: »Die Reaktion auf Schwarzenegger, Berlusconi und Konsorten dürfte die noch hemmungslosere Hingabe an das Politainment sein.« Nun haben allerdings Schwarzenegger und Berlusconi miteinander nicht mehr gemein als mit allen anderen Politikern der westlichen Welt. Ob der eine die Politik als Unterhaltungsgeschäft betreiben wird, bleibt abzuwarten, der andere tut es jedenfalls nicht. Berlusconi ist in dieser Hinsicht ein ganz normaler Staatsmann, der nur hin und wieder aus der Rolle fällt. Er war zwar mächtig, aber nicht prominent, bevor er in die Politik ging. Bemerkenswert wird er allein durch die in keiner Verfassung vorgesehene traurige Tatsache, daß die italienischen Wähler dem Eigentümer der vierten Gewalt auch noch die ersten beiden anvertrauten, weshalb er nun die dritte niedermachen kann. Aber um darauf zu kommen, brauchen unsere Politikprofessoren mindestens zwei Urlaubssemester.

Joachim Rohloff schrieb in Literatur Konkret über deutsche Amerika-Kritiker

Konkret 11/03, S. 26

Erwin Riess

Alles auf null

Die versuchte Abwicklung der KPÖ. Bericht über eine Grenzüberschreitung.

Am 23. September 2003 wurde die Abwicklung der DDR um einen ungewöhnlichen Schritt ergänzt. Das Bemerkenswerte an ihm: Er führt über die Grenzen Deutschlands hinaus, nach Österreich. Die dortige Kommunistische Partei liegt seit vierzehn Jahren in einem erbitterten Rechtsstreit mit der Treuhand und deren Rechtsnachfolgern über ein Vermögen von rund 100 Millionen Euro, das bei Schweizer Banken untergebracht und eingefroren ist. Es handelt sich um Gewinne aus dem Osthandel, die von einer KPÖ-Firma, der Novum, welche 1951 von zwei österreichischen Kommunisten in Berlin, Hauptstadt, gegründet worden war, im Laufe mehrerer Jahrzehnte erwirtschaftet wurden. Einer der beiden war der Freund und Klavierbegleiter von Karl Kraus, der Musikwissenschaftler Georg Knepler (siehe KONKRET 4/03).

In seiner nun ergangenen Entscheidung geht das Oberverwaltungsgericht Berlin von einem eigentümlichen Umstand aus. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß nicht nur die Osthandelsfirma Novum, um deren Gelder es geht, in Wahrheit eine Tarnfirma der SED war, sondern die KPÖ insgesamt wurde als eine Tarnorganisation des SED-Außenhandels eingestuft. Erst mit dieser abenteuerlichen Konstruktion wurde es möglich, alle Beweise, denen zufolge die Novum stets von Wien aus gelenkt und geführt wurde, mit dem Hinweis beiseite zu schieben, daß die Eigentümerin in Wahrheit eine Teilorganisation der SED war. Auf eine verquere Art hatte das Gericht sich der zentralen Losung des proletarischen Internationalismus angeschlossen – »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« Ein Beweis, daß die bürgerliche Justiz die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus schöpferisch anzuwenden weiß.

Für die Tatsache, daß die Novum immer von Wien aus gelenkt und geführt wurde, existieren eine Unmenge von Beweisen. Das erstinstanzliche Urteil, welches die Novum 1996 der KPÖ zusprach, war nicht vom Himmel gefallen, sondern folgte den im Prozeß vorgelegten Zeugenaussagen, die allesamt dahingehend lauteten, daß es sich bei der Novum eben um eine Gesellschaft im Eigentum der KPÖ handelte.

Die nunmehr erfolgte Entscheidung in zweiter Instanz, gegen die in Deutschland keine Revision mehr möglich ist, enteignet de facto die KPÖ, deren prekäre Finanzlage sich in den letzten Jahren verschärft hat, und zwang die Parteiführung, unmittelbar nach der Urteilsverkündung sämtlichen fünfundvierzig Parteiangestellten zu kündigen und die Subventionen für die Wochenzeitung »Volksstimme« zu streichen, was Mitte Oktober zur Einstellung des Traditionsblattes führte.

Die Republik Österreich unter Kanzler Kreisky war 1972 der erste westliche Staat gewesen, der die DDR anerkannte; die Verstaatlichte Industrie Österreichs, allen voran die Vereinigten österreichischen Eisen- und Stahlwerke »Voest«, machte in den siebziger Jahren blendende Geschäfte mit den sozialistischen Staaten, besonders mit der DDR. Im Jahresrhythmus wurden schlüsselfertige Fabriken und Anlagen der Schwerindustrie übergeben. In Österreich sicherten die Aufträge Zehntausende Arbeitsplätze und trugen nicht wenig zu Österreichs wirtschaftlichem Aufschwung bei. Die Anbahnung und Durchführung der Geschäfte unterlag in den meisten Fällen der KPÖ-Firma Novum, die oftmals in Konkurrenz zu DDR-Firmen zum Zuge kam, was mitunter auch durch persönliche Interventionen des KPÖ-Vorsitzenden beim Staatsratsvorsitzenden Honecker sichergestellt werden mußte. Nicht nur Franz Joseph Strauß versorgte die DDR mit Krediten, auch die potente Novum stellte der in den achtziger Jahren ins Trudeln gekommenen DDR-Ökonomie einen Kredit über 100 Millionen Mark zur Verfügung. Der Kredit wurde von der DDR mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt. Wenn die KPÖ eine DDR-Organisation gewesen wäre, hätte die DDR einen Kredit bei sich selbst aufgenommen, eine Vorgangsweise, die sogar für die an abenteuerlichen Konstruktionen reiche Ökonomie des Realen Sozialismus ein, nunja: Novum gewesen wäre.

Das Urteil ist grotesk, wenn man die Geschichte der DDR jener der KPÖ gegenüberstellt. Die DDR wurde keine fünfzig Jahre alt, die KPÖ steht mittlerweile in ihrem fünfundachtzigsten Jahr. Sie zählt zu den ältesten kommunistischen Parteien der Welt. Gegründet im November 1918, als die Monarchie zerfiel und im südlichen Wiener Industriegebiet revolutionäre Verhältnisse herrschten, ist sie älter als die italienische, französische oder deutsche Partei. Das hängt damit zusammen, daß sie nicht aus einer Spaltung der Sozialdemokratie hervorging, sondern gleichsam neben der linksradikalen Euphorie des Industrieviertels in einem Wiener Arbeiterbezirk von wenigen Arbeitern und mehreren Intellektuellen gegründet wurde. Das Angebot an den Heros der Kriegslinken, Friedrich Adler – er hatte 1915 den kriegstreiberischen Ministerpräsidenten Stürgkh erschossen – , der Partei beizutreten, lehnte der ab.

So dümpelte die Partei als Sekte dahin, bis sie von einer Beitrittswelle erfaßt wurde. Aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrende Soldaten machten sich daran, die Räteherrschaft auch in der zusammengebrochenen Donaumonarchie zu errichten. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen das Kommando in Wien, die KPÖ wies innerhalb weniger Wochen vierzigtausend Mitglieder auf. Das rasche Wachsen des Einflusses konnte aber nicht verhindern, daß die Partei über den

einzuschlagenden Weg tief zerstritten war. Sie blieb auch zerstritten, als ihr Einfluß abnahm und die Revolutionäre sich mit Sozialgesetzen zufrieden gaben, die die materielle Lage der Arbeiterklasse zwar verbesserten, der politischen Kraft aber die Spitze nahmen. Die Sozialdemokratie, deren Reden radikal waren und deren Taten die bürgerliche Herrschaft retteten, war das Medium dieses Prozesses. Kraus und Knepler attackierten das Maulaffentum ihrer Führer mit Witz und Leidenschaft.

In den frühen dreißiger Jahren machte die wieder zur Kleinstpartei abgesunkene KPÖ in der Komintern dadurch von sich reden, daß sie sich früher als andere Bruderparteien gegen die »Sozialfaschismustheorie« wandte. 1933 wurde die KPÖ vom austrofaschistischen Regime verboten, viele Kader wanderten hinter Gitter und erhielten bald Gesellschaft von Nazis, deren Partei 1934 ebenfalls verboten wurde. In der Illegalität erstarkte die KPÖ aber wieder zu einer relativ einflußreichen Massenpartei, ganze Formationen und Ortsgruppen der Sozialdemokratie traten nach dem verlorenen und von den Führern verratenen Aufstand des Februar 1934 in die illegale KPÖ ein, nicht wenige Sozialisten schlossen sich aber auch den Nazis an. Unter dem deutschen Faschismus wurde die Partei, die unbeirrt in der Illegalität weiterarbeitete, nahezu zerschlagen. Dutzende ZK-Mitglieder wurden von der Gestapo oder im KZ ermordet. Noch größer allerdings war der Blutzoll der Genossen und Genossinnen, die in die Sowjetunion emigriert waren und dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen.

Als 1945 die Überlebenden aus den Lagern heimkehrten, waren die Leitungsorgane bereits mit den aus der UdSSR zurückgekehrten Genossen und Genossinnen besetzt. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1955 halbierte sich die vor allem in Ostösterreich in der Arbeiterschaft verankerte Partei infolge des Bürgerkriegs in Ungarn und schlug einen linkssozialistischen Kurs ein. 1968 bis 1971 verlor die KPÖ wiederum einen Gutteil der Kader, verzeichnete aber eine Reihe von Wahlerfolgen auf kommunaler und betrieblicher Ebene. Nach der Wende 1990/91 kam es zu einer neuerlichen Parteispaltung, dem Auszug der beiden Parteivorsitzenden und der Mehrheit des Zentralkomitees. Seither führt der ehemalige Vorsitzende des Kommunistischen Studentenverbands, Walter Baier, die Partei.

Baier sieht sich seit Jahren einer Fronde dreier Länderorganisationen ausgesetzt. Deren Umgangston folgt den schlechtesten Traditionen der Arbeiterbewegung. Wilde Denunziationen, versuchte Kriminalisierungen, Korinthenkackereien über Statutenfeinheiten und Lenin-Exegese. Selbst auf Baier und den Finanzreferenten Graber gemünzte antisemitische Anwürfe fehlen nicht: »Wenn die KPÖ verliert, geht das Geld an die Piefkes, wenn die KPÖ gewinnt, stehlen’s die Juden«, heißt es in einem Leserbrief. Der Vorsitzende reagierte bislang auf die Anwürfe gelassen, fast vornehm. Seit zehn Jahren ist sein Führungsstil die Antithese zum geistlosen Bürokratengewäsch, und es zeugt von der Dummheit seiner Gegner, daß sie eben darin einen Verrat an der Arbeiterklasse zu erkennen glauben. Auch die Anstrengungen Baiers, sich in die europäische Linke einzuordnen und an einer neuen Form des Internationalismus mitzuarbeiten, werden von den Kritikern, unter denen sich leider auch einige fabelhafte Kommunalpolitiker befinden, bekämpft.

Dem Oberverwaltungsgericht Berlin ist es gelungen, die KPÖ wieder dorthin zu bringen, wo sie 1918 anfing. Klein, innerlich zerrissen und erfolgreich. 21 Prozent in Graz, Achtungserfolge in Klagenfurt und Innsbruck, Mandate in einigen Industrieorten, den Gewerkschaften, den Hochschulen. Bei den kürzlich abgehaltenen Landtagswahlen in Oberösterreich und Tirol erzielte die KPÖ die besten Ergebnisse seit dreißig bzw. vierzig Jahren. Längst wird der Protest gegen den Neoliberalismus nicht mehr von der FPÖ instrumentalisiert. SPÖ und Grüne gewinnen, und immer häufiger auch die KPÖ.

Noch ist der Rechtsstreit um die KPÖ-Gelder nicht entschieden. Die Schweizer Konten sind gesperrt. Der bei Schweizer Gerichten anhängige Prozeß um die Freigabe aller oder einiger Mittel, ein Verfahren, das mit dem deutschen nichts zu tun hat, wird demnächst wieder aufgenommen.

Sollte das eigenartige Berliner Urteil der KPÖ den Garaus machen, wäre das zwar fatal. Doch in einem Land, dessen gesamte Führungsriege von Politikern gestellt wird, die nie einen Groschen außerhalb der Politik verdienten, könnte eine Partei der Ehrenamtlichen eine interessante Sache sein. Auch soll es linke Zeitschriften geben, die sich allen Widrigkeiten des real existierenden Kapitalismus zum Trotz behaupten.

Erwin Riess hat gerade das Buch »Heimatkunde Österreich. Ein Land zwischen Donau und Alpen, Prinz Eugen und Haider, edlen Rittern und braunen Kameraden« (konkret texte 36) veröffentlicht

Konkret 11/03, S. 28

Erich Später

Gruppenermäßigung

Zwischen 1941 und 1944 wurden im NS-Satellitenstaat Slowakei etwa 65.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Die Bundesrepublik verweigert jede Form der »Wiedergutmachung«.

Seit drei Jahren versucht der Zentralverein der Jüdischen Gemeinden der Slowakei, von der Bundesrepublik Deutschland eine symbolische Entschädigung für die Verfolgungen in der NS-Zeit zu erhalten. Zur Zeit beschäftigt sich der Bundesgerichtshof in Berlin mit der Angelegenheit. Mehrere Versuche des Zentralvereins, mit der Bundesregierung zu einer außergerichtlichen Einigung zu kommen, waren bereits im Vorfeld an der kompromißlosen Haltung der Bundesregierung gescheitert.

Das Berliner Landgericht wies die Klage im März 2001 zurück. Auch das Berufungsverfahren vor dem Berliner Kammergericht endete mit einer Niederlage. In der Urteilsbegründung vom 30. Januar 2003 folgte das Gericht im wesentlichen der Vorinstanz. Den 4.000 Mitgliedern der slowakischen jüdischen Gemeinden, darunter auch 1.200 Überlebende des »Holocaust«, wurde bescheinigt, daß sie »nicht in der Rechtsnachfolge der ermordeten Juden der Slowakei stehen« und daß das Deutsche Recht keinen Kollektivanspruch kenne. Zusätzlich billigte das Gericht dem Zentralverband keinen »Durchgriffsanspruch« zu. Die Bundesrepublik könne nicht als letzte Instanz haftbar gemacht werden, nachdem der slowakische Vasallenstaat und die damalige Zwangsorganisation aller slowakischen Juden, die »Judenzentrale«, nicht mehr existierten.

Der Zentralverein hatte im konkreten Fall 20.000 Euro gefordert. Dabei handelt es um eine Musterklage, weil sich die Kläger einen höheren Streitwert und die damit verbundenen Prozeßkosten nicht leisten können. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums begrüßte die Entscheidung des Gerichts, da Deutschland bereits erhebliche »Wiedergutmachungszahlungen« geleistet habe. Dabei ging es der Klage gar nicht um »Wiedergutmachung«. Der Zentralverband forderte die symbolische Rückerstattung der »Transportgebühr« für die Deportation in die deutschen Vernichtungslager, die der slowakische Staat aus dem beschlagnahmten Eigentum der jüdischen Gemeinschaft an das deutsche Reich gezahlt hatte. Die »Gebühr« betrug 500 Reichsmark pro Person.

Deutscher Marionettenstaat

Die deutsche Aggression gegen die demokratische Tschechoslowakische Republik führte innerhalb von sechs Monaten zur Vernichtung der politischen Demokratie und zum Verlust der territorialen Integrität des Landes. Als Ergebnis der Abtretung der westlichen Grenzgebiete durch das »Münchener Abkommen« im September 1938 erhielt der slowakische Landesteil im Oktober 1938 die Autonomie. Am 14. März 1939, einen Tag vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag, erklärte die Slowakei in Absprache mit Hitler ihre Unabhängigkeit. Der erste Satellitenstaat des Deutschen Reiches umfaßte ein Gebiet von 38.000 Quadratkilometern mit 2,6 Millionen Einwohnern. Ein autoritäres Einparteienregime unter Führung des katholischen Priesters Josef Tiso übernahm die Macht.

Die Ideologie des Regimes war von extremem Nationalismus und Antisemitismus geprägt. Der vom Deutschen Reich 1939 diktierte »Schutzvertrag« ermöglichte die politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle des Landes. In enger Zusammenarbeit mit der deutschen Gesandtschaft in Bratislava und dem Eichmann-Mitarbeiter Dieter Wisliceny koordinierte der Führer der deutschen Minderheit in der Slowakei, Fritz Karmasin, die Zusammenarbeit mit den slowakischen Staatsorganen bei der Erfassung, Ausplünderung und Ermordung der slowakischen Juden.

Karmasin war seit 1935 Führer des »Karpatendeutschtums« in der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins und seit 1937 dessen Stellvertreter und Beauftragter für die Slowakei. Nach der Proklamation des Slowakischen Staates wurde Karmasin Staatssekretär für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe beim Präsidium der slowakischen Regierung. Hitler ernannte ihn 1939 zum Führer der rund 120.000 Menschen umfassenden »Karpatendeutschen Volksgruppe«. Die Volksgruppe wurde organisatorisch in der »Deutschen Partei« zusammengefaßt. Dieser Name wurde gewählt, da man auf die Gründung einer NSDAP-Landesorganisation aus taktischen Gründen verzichtete. Dennoch war die »Deutsche Partei« faktisch ein Bestandteil der NSDAP. In der Satzung wird dies noch einmal ausdrücklich betont: »Die Deutsche Partei verkörpert in ihrem Wesen, ihrer Grundeinstellung und in ihrem Wirken die nationalsozialistische deutsche Weltanschauung.« 55.000 Deutsche waren Mitglieder der Partei und schworen den Treueid auf Adolf Hitler und Franz Karmasin: »Ich schwöre bei Gott und meiner Ehre Adolf Hitler, dem Führer des geeinten deutschen Volkes und dem von ihm eingesetzten Führer unserer deutschen Volksgruppe unbedingte Treue und Gehorsam bis zum Tod.« Mit dem Aufbau der »Freiwilligen Schutzstaffel« nach dem Vorbild der SS schuf sich die deutsche »Volksgruppenführung« ein zuverlässiges Instrument zur Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung und der wenigen deutschen Antifaschisten, von denen 700 als »Asoziale« in Konzentrationslagern in Deutschland ermordet wurden.

Die ersten antijüdischen Gesetze wurden unmittelbar nach der »Unabhängigkeit« des Landes verabschiedet. Die Regierung radikalisierte die antijüdische Politik im Zuge der slowakischen Beteiligung am deutschen Überfall auf die Sowjetunion (21. Juni 1941). Unter Mithilfe von Hans Globke, dem Kommentator der »Nürnberger Rassegesetze« von 1935, wurde am 9. September 1941 der »Judenkodex« verabschiedet. Diese neuen Gesetze legalisierten die völlige Entrechtung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung. Innerhalb eines Jahres wurden cirka 10.000 jüdische Geschäftsunternehmen enteignet und teilweise auf »arische« Eigentümer übertragen. Alle »Vermögen«, die 5.000 Kronen (cirka 430 Reichsmark) überstiegen, wurden beschlagnahmt. Karmasin gründete eine »Arisierungsabteilung«, die dem Präsidium der »Deutschen Partei« unterstellt war. Sie sollte sicherstellen, daß die größtmögliche Anzahl jüdischer Betriebe in die Hände der slowakischen Deutschen überging. Nach der Enteignung, dem Verlust der Arbeit und der Wohnung begann der Prozeß der Konzentrierung der jüdischen Bevölkerung in »Arbeitslagern«.

Im Herbst 1941 wurde ein System umfassender Zwangsarbeit eingeführt. Die Zeitung der NSDAP Sudetengau berichtete am 1. November 1941 unter der Überschrift »Slowakei verstaatlicht Judenbesitz«: »Am 1. November geht der gesamte jüdische Besitz in der Slowakei in das Eigentum des Staates über ... Es wurde beschlossen die Juden in kürzester Zeit zu konzentrieren.« In drei Haupt- und acht Nebenlagern internierten die slowakischen NS-Vasallen Zehntausende Menschen. Auf der Wannsee-Konferenz über die »Endlösung der Judenfrage« im Januar 1942 wurde im Protokoll vermerkt: »In der Slowakei und Kroatien ist die Angelegenheit nicht mehr allzu schwer, da die wesentlichsten Kernfragen in dieser Hinsicht dort bereits einer Lösung zugeführt wurden.« Mitte Februar 1942 bat der deutsche Gesandte Hans Ludin die Slowaken um 20.000 arbeitsfähige Juden, um »neue jüdische Siedlungen zu errichten«. Die slowakische Regierung stimmte unter der Bedingung zu, daß alle Juden deportiert würden.

Am 6. Juni 1942 telegraphierte Staatssekretär Martin Luther aus Berlin an die deutsche Gesandtschaft in Bratislava (Preßburg), der Hauptstadt der Slowakei: »Bitte bei slowakischer Regierung dahin vorstellig zu werden, daß diese baldigst Erklärung über Bereitwilligkeit zur Zahlung von 500 Reichsmark für jeden aus der Slowakei abgenommenen Juden abgibt.« Diese Summe sollte aus dem mehrere hundert Millionen Reichsmark umfassenden jüdischen Eigentum bezahlt werden. Die Nazis begründeten ihre Forderung mit angeblichen Kosten für »Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Umschulung« der bereits zum Tode verurteilten Menschen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Deportation der slowakischen jüdischen Bevölkerung bereits begonnen. Von März bis Oktober 1942 wurden 57.000 Menschen deportiert. Von den 57 Transporten gingen 19 nach Auschwitz und 38 nach Lublin, von wo aus die Menschen in die verschiedenen Vernichtungslager gebracht wurden.

Die slowakische Regierung war verärgert über die deutschen Forderungen, überwies am 23. Juni 1942 lediglich eine Teilsumme von 3,6 Millionen Reichsmark und versuchte, einen Teil der Kosten für die Ermordung von Zehntausenden Menschen an anderer Stelle einzusparen. Da die Deutschen auf der Zahlung des Kopfgeldes bestanden, wurde das slowakische Verkehrsministerium bei der Deutschen Reichsbahn vorstellig und verlangte eine Senkung der zu entrichtenden Kilometerpauschale für die Transporte. Die Slowaken erreichten eine 50prozentige Gruppenermäßigung für die Transporte in die Vernichtungslager.

Am 20. Oktober 1942 verließ der letzte Transport die Slowakei. Proteste eines Teils des katholischen Klerus und slowakischer Politiker gegen die Deportation von getauften Juden, ausländische Proteste und die sich verschlechternde militärische Situation nach der Landung der Alliierten in Nordafrika und dem Beginn der sowjetischen Offensive bei Stalingrad hatten ein vorläufiges Einlenken wichtiger Teile des slowakischen Machtapparates bewirkt.

Am 28. August 1944 beginnt der bewaffnete Aufstand in der Slowakei. Die Aufständischen unterstellen sich der von Edward Benes geführten Londoner Exilregierung. Die Militärorganisation umfaßt 16.000 Widerstandskämpfer, darunter selbstständige jüdische Abteilungen und Partisanengruppen in einer Stärke von 2.000 Soldaten. Nach der Niederschlagung des Aufstandes am 27. Oktober 1944 behauptet sich der Widerstand bis zum Eintreffen der Roten Armee in den Bergen und bewahrt Tausende von Juden vor der Vernichtung. Dennoch schaffen es die deutschen Besatzungstruppen mit Unterstützung des »Freiwilligen Selbstschutzes«, ab Oktober 1944 weitere 13.500 Juden nach Auschwitz, Sachsenhausen und Theresienstadt zu deportieren.

Nach der Befreiung des Landes durch die Rote Armee und Einheiten der Tschechoslowakischen Auslandsarmee im April/Mai 1945 wurden die politischen Verantwortlichen für die siebenjährige Besatzungsherrschaft, die Beteiligung am Krieg auf der Seite des Deutschen Reiches und die Vernichtung der slowakischen Juden zur Verantwortung gezogen. Grundlage ihrer Verurteilung ist das Dekret Nr. 16 des Präsidenten der Republik, Edward Benes, vom 19. Juni 1945 über »die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte«. Die 28 Paragraphen regeln die Straftatbestände, das Strafmaß und die Prozeßordnung. In der Präambel heißt es: »Nach unnachsichtiger Gerechtigkeit rufen die unerhörten Verbrechen, welche die Nazisten und ihre verräterischen Mitschuldigen der Tschechoslowakei gegenüber begangen haben. Die Verknechtung des Vaterlandes, das Morden, die Versklavung, die Plünderung und die Demütigungen, deren Opfer das tschechoslowakische Volk war ... bei denen leider auch untreu gewordene tschechoslowakische Bürger mitgeholfen oder mitgewirkt haben, wobei einige von

ihnen auch hohe Ämter, Mandate oder Ränge mißbrauchten, müssen unverzüglich angemessen bestraft werden, damit das nazistische und faschistische Übel an seiner Wurzel zerstört wird.« Die Bestimmungen des Dekrets werden durch ein eigenes Gesetz des slowakischen Nationalrates über die Bestrafung der Verräter und Kollaborateure ergänzt.

Der ehemalige Präsident Tiso stand zwischen dem 2. Dezember 1946 und dem 19. März 1947 vor Gericht. Er wurde zum Tode verurteilt und am 18. April 1947 hingerichtet. Der deutsche Gesandte in Bratislava, Hans Ludin, der Eichmann-Beauftragte und Berater der slowakischen Regierung in »jüdischen Angelegenheiten«, Dieter Wisliceny, sowie der Oberkommandierende der SS-Truppen bei der Niederschlagung des Aufstandes, Hermann Höfle, wurden 1947 zum Tode verurteilt und gehängt.

Der »Volksgruppenführer« Franz Karmasin wurde wegen der Beteiligung an der Ermordung von 60.000 Menschen 1947 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Unter dem Namen Franz Dibak verschwand er in der Illegalität und verbarg sich an verschiedenen Orten Österreichs und Westdeutschlands bis zum Beginn der fünfziger Jahre. Auf der alliierten Kriegsverbrecherliste wurde Karmasin unter der Nr. 254573 und dem Stichwort »Murder« geführt.

Karmasin aber machte im 1950 von den überlebenden hochrangigen Nazis des Reichsgaus Sudetenland gegründeten »Witikobund« Karriere. Er arbeitete in der Verlagsleitung der »Sudetendeutschen Zeitung«, war Mitglied in der Bundesversammlung der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« und Gauführer der »Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Turner«. Von 1957 bis zu seinem Tod 1970 war er Geschäftsführer des »Witikobundes«. Er mußte sich wegen seiner Verbrechen niemals vor einem bundesdeutschen Gericht verantworten. Auslieferungsanträge der Tschechoslowakei blieben ergebnislos.

In der Slowakei wurden, den detaillierten Untersuchungen der Historikerin Eva Schmidt-Hartmann zufolge, 65.000 Menschen jüdischer Herkunft ermordet. Die 20.000 Überlebenden wurden nach Ende des Krieges vielfach diskriminiert. Eine Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums und Entschädigungszahlungen wurden in der Regel verweigert. Nicht nur in Polen, auch in der Slowakei fanden zwischen 1945 und 1948 antijüdische Ausschreitungen statt. Nach der Machtübernahme der tschechoslowakischen Kommunisten 1948 und dem Verbot von jüdischen Einrichtungen und Organisationen emigrierten in den Jahren 1948/49 mehr als 15.000 jüdische Bürger des slowakischen Teils der CSR nach Israel.

Erich Später schrieb in Literatur Konkret 2003/04 über die Geschichtsschreibung der Sudetendeutschen

Konkret 11/03, S. 30

Samuel Salzborn, Marc Schwietring

Herzlich unwillkommen

In Polen mehren sich die Proteste gegen die Begehrlichkeiten der deutschen Vertriebenenverbände.

Der Debatte über das »Zentrum gegen Vertreibungen« mangelt es nicht an Superlativen. Auf der Suche nach deren intellektuellem Tiefpunkt ist nun der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, fündig geworden. Dem langjährigen Vertriebenenfunktionär fiel es nicht schwer, ihn in Polen zu verorten. Dort sei die Diskussion »völlig aus dem Ruder gelaufen« – und zwar durch ein Titelbild des Nachrichtenmagazins »Wprost«.

Die Zeitschrift (mit einer Auflage von rund 185.000 Exemplaren eines der führenden polnischen Nachrichtenmagazine) hatte ihre Ausgabe vom 15. September mit einer Fotomontage versehen, auf der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach in SS-Uniform auf Gerhard Schröder reitend abgebildet war. Die Headline: »Das deutsche trojanische Pferd«. Links daneben stand zu lesen, die Deutschen würden den Polen eine Billion Dollar für den Zweiten Weltkrieg schulden.

Das Titelbild löste eine Welle der Empörung in Deutschland aus. Der »Spiegel« nannte die Montage »bösartig«, die »FAZ« fühlte sich »an den Stil des ›Stürmer‹« erinnert. Der Vizechefredakteur des »Wprost«, Piotr Gabryel, hielt dagegen: »Unser Titelbild ist nur ein Symbol für das, was Frau Steinbach uns in den vergangenen Monaten angetan hat.« Und die wiederum erklärte, daß »die Polen« mit dem Titelbild »selbst klarkommen« müßten und sie sich deshalb dazu auch nicht äußern werde. Allerdings sei sie erschrocken darüber, wie »einförmig« das Meinungsklima in Polen sei.

Anders als Erika Steinbach behauptet, ist das Meinungsklima in Polen allerdings keineswegs einförmig. Aber von den innerpolnischen Kontroversen über den »Wprost«-Titel konnte oder wollte man in Deutschland nichts mitbekommen – denn neben zahlreichen Befürwortern dieser Art der Darstellung gab es ebenso prominente Gegner, wie etwa den polnischen Premier Leszek Miller, der sie für geschmacklos hielt. Doch kontroverse Positionen innerhalb eines nationalen Diskurses (noch dazu des polnischen) wahrzunehmen, ist nicht die Sache der deutschen Vertriebenenverbände. Ungeachtet stilistischer Differenzen drückte das Titelbild des »Wprost« eine Angst aus, die viele Menschen in Polen teilen – die in Deutschland aber wiederum niemand verstehen möchte. So war der »Wprost« auch verwundert darüber, daß man das Titelbild in Deutschland wörtlich nahm, statt dessen Botschaft zu verstehen.

Dabei deutet bereits die Übersetzung des Magazintitels die Richtung an: »Wprost« bedeutet so viel wie »Direkt« oder »Geradeaus«. Und so wollten die Journalisten der Zeitschrift auch ihr Titelbild verstanden wissen: »Die Titelseite von ›Wprost‹ ist ein Versuch, Alarm zu schlagen, ein Versuch, davor zu warnen, die Bedrohung auf die leichte Schulter zu nehmen.« Weiter hieß es: »Das Verwischen des Unterschieds zwischen den Opfern und den Henkern verdient eine scharfe Kritik, und die Zeitschrift ›Wprost‹ hat das Recht dazu. Nicht ›Wprost‹ schürt die Spannungen zwischen Warszawa und Berlin. Das machen die Deutschen selbst, indem sie die Unverschämtheit des Bundes der Vertriebenen tolerieren.«

Wie richtig diese Einschätzung war, zeigte sich wenige Tage später. Denn während in Deutschland die im Titelbild der »Wprost« kulminierenden polnischen Ängste ignoriert und damit indirekt bestätigt wurden, erschien kurz darauf in der rechtsextremen Wochenzeitung »Junge Freiheit« ein Interview mit Erika Steinbach – das in den deutschen Medien freilich nicht skandalisiert wurde. Unter der Überschrift »Meckel hat Ängste geschürt« behauptete Steinbach darin, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel hinter den Protesten des Auslands gegen das »Zentrum gegen Vertreibungen« stehe. Laut Steinbach handele es sich quasi um einen inszenierten Protest, denn »erst als – übrigens ausgesprochen engagiert – von Deutschland aus in Richtung Polen und Tschechische Republik Ängste geschürt wurden«, habe es dort Kritik gegeben. Meckel hatte sich gemeinsam mit anderen in dem Streit um ein Vertreibungszentrum für ein europäisches Konzept unter inhaltlicher Beteiligung der Nachbarstaaten Deutschlands ausgesprochen und damit Stellung gegen die deutschzentrierte Perspektive des von den Vertriebenenverbänden geplanten Zentrums bezogen.

Der über den »Amoklauf« der »Wprost« erregten »FAZ« war das Steinbach-Interview nur die Meldung wert, Steinbach habe »in der Zeitschrift ›Junge Freiheit‹« Meckel vorgeworfen, die »Proteste in Polen bestellt zu haben«. Die Mehrheit der bundesdeutschen Medien zeigte überhaupt kein Interesse am Publikationsort des Interviews, geschweige denn an dessen Inhalt.

Dabei bestätigte Steinbach in dem Interview mit der »Jungen Freiheit« den Eindruck, den man in Polen auch bei ihrem Auftritt im Rahmen einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung gewonnen hatte, die die polnische Tageszeitung »Rzeczpospolita« mit Befürwortern und Kritikern eines »Zentrums gegen Vertreibungen« Mitte September veranstaltet hatte: daß sie nicht im geringsten an den polnischen Positionen zu einer solchen Einrichtung interessiert ist. Ablehnung und Vorbehalte aufgrund der durch die deutsche Okkupation verursachten polnischen Traumata werden ignoriert. »Kritik« kann Steinbachs Logik zufolge auch nur aus der Bundesrepublik selbst kommen; die Polen hätten doch eigentlich damit zufrieden sein müssen, daß ihnen eine Mitwirkung am freilich schon fertigen Konzept des geplanten »Zentrums gegen Vertreibungen« angeboten worden war.

Wie es sich für eine pluralistische Medienlandschaft gehört, war man in Deutschland nicht verwundert darüber, daß die zweitgrößte polnische Tageszeitung »Rzeczpospolita« Erika Steinbach überhaupt zu besagter Diskussion über ein Vertreibungszentrum eingeladen und ihr damit die Möglichkeit gegeben hatte, ihre Positionen vor der in Deutschland so gern als homogen beschriebenen polnischen Öffentlichkeit zu verteidigen. Aber so verhält es sich wohl mit Projektionen: Pluralismus und Kontroversität erscheinen immer dann als »einförmig«, wenn sie der eigenen Position widersprechen. Ansonsten sind sie natürlich jederzeit willkommen.

Samuel Salzborn und *Marc Schwietring* sind Co-Autoren des kürzlich erschienenen Buches »Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert« (Gießen 2003)

Konkret 11/03, S. 31

Marc Schwietring

Preußische Sammelklagen

»Wir wollen Polen nicht vernichten, sondern dieses Problem gerecht lösen. Die Deutschen haben bereits Wiedergutmachung geleistet und eine Entschuldigung wegen des von ihnen begangenen Unrechts ausgesprochen. Die Vertriebenen erwarten dasselbe.« – Rudi Pawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, ist ein Mann starker Worte. Weshalb er selbst gegenüber der polnischen Zeitung »Gazeta Wyborcza« ohne Scheu fordert, daß es nun an den osteuropäischen Staaten wie Polen, Tschechien und Rußland sei, die offenen »Wunden« der Deutschen zu heilen und »Wiedergutmachung« zu leisten.

Doch in Polen reagiert man gerade dieser Tage sehr sensibel auf derartige Forderungen, denn Pawelka ist Mitbegründer und Vorsitzender des Aufsichtsrats der vor zwei Jahren gegründeten Gesellschaft »Preußische Treuhand GmbH & Co.« (Prussian Claims Society), die sich für die »Rückgabe von Vermögen« deutscher Vertriebener und Flüchtlinge engagiert. Die GmbH verteilt Formulare, auf denen Angaben zum »Grundeigentum in Ostdeutschland« gemacht werden können. Ziel sei die Sammlung und »Rechtsverfolgung individueller Eigentumsansprüche« in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, wobei Klagen als »letztes Mittel« gelten. »Musterprozesse« sollen in den jeweiligen Staaten geführt werden; falls dies nicht zu »politisch vertretbaren Lösungen« führe wolle man bis zum »Europäischen Gerichtshof« ziehen und Sammelklagen in den USA einreichen. Völlig unbekümmert erklärt die Treuhand, daß die »Jewish Claims Conference« in den USA ihr als Vorbild diene.

Während die BdV-Präsidentin Erika Steinbach behauptet, »das ist nicht der Weg, den wir gehen«, und betont, es handele sich bei der Preußischen Treuhand um eine private Initiative, die »mit dem BdV nichts zu tun« habe, unterstützen hochrangige BdV-Funktionäre die Gesellschaft. BdV-Vizepräsident Hans-Günther Parplies ist Pawelkas Stellvertreter im Aufsichtsrat, das Sekretariat des Unternehmens hat seinen Sitz im NRW-Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf.

Die polnische Zeitung »Rzeczpospolita« sieht in den Drohungen der Treuhand nach den Planungen eines »Zentrum gegen Vertreibungen« einen weiteren Versuch, die deutsche Geschichte zu revidieren. Boguslaw Majewski, Sprecher des polnischen Außenministeriums, erklärte, er nehme »beunruhigende Signale« wahr, wonach Deutschland sich zunehmend als Opfer des Zweiten Weltkrieges verstehe. Polnisches Eigentumsrecht sei aber Folge der Kapitulation des Dritten Reiches und der Entscheidung der Alliierten. Vermögensklagen werden von Experten keine Chancen eingeräumt – zumindest vor polnischen Gerichten. Die Gesetze und Verordnungen über die »Übernahme deutscher Vermögen« nach dem Zweiten Weltkrieg besäßen noch immer Gültigkeit. Und auf mögliche Aktivitäten der Treuhand sei man vorbereitet.

Konkret 11/03, S. 32

Jens Hoffmann

Die Gegenwart Zukunft

»Death as a Way of Life« – neue Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt von den Journalisten David Grossman und Tom Segev.

Ohne den Nahost-Konflikt könnten sich eine Menge Leute etwas anderes für ihr Leben einfallen lassen. Israelischen Schulkindern etwa bliebe der Unterricht in Früherkennung von Selbstmordattentätern erspart, palästinensische Youngster hätten vielleicht keine Zeit mehr für Rendezvous mit martialischen Kapuzenheinis. Die Leute könnten wieder zwischen den Algen des Mittelmeeres planschen, ohne über die Dringlichkeit von Nachlaßangelegenheiten oder die Effektivität von Splitterbomben zu grübeln. Der Tod bliebe zwar eine lästige Unvermeidlichkeit, aber das Leben könnte Spaß machen. Sie sind Jude, Sie sind Araber? Fein, was sind Sie sonst noch?

Demgegenüber charakterisiert der englische Titel von David Grossmans jüngstem Buch, *Death as a Way of Life*, die Lage in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten so präzise, wie dies mit sechs Worten möglich ist. Der in Jerusalem lebende Autor hat politische Artikel aus den letzten zehn Jahren zusammengestellt, die er u.a. auch in bundesrepublikanischen Zeitungen veröffentlichen ließ. Da seit 1993 in Israel mehr geschehen ist, als ein durchschnittlich vernunftbegabtes Nudelsieb sich merken könnte, sind die einzelnen Texte mit einer kurzen Einführung in die zeitgeschichtlichen Umstände – Todesstatistik, Daten und Orte ergebnislosen Orangensafttrinkens auf höchster diplomatischer Ebene – versehen worden. Obwohl Grossman zu jenen israelischen Linken gehört, die seit Jahren nimmermüde für einen politischen Dialog zwischen Israelis und den Palästinensern plädieren, den sie sich pikanterweise gern als Nachahmung ihrer privaten Meetings mit palästinensischen Intellektuellen vorstellen, war die Arbeit an den Artikeln für den gelernten Prosaautor weniger professionelle Herzensangelegenheit als Mittel zur Selbstverständigung in einer nicht besonders freundlichen Realität.

Da fast alle Texte Grossmans als Reaktion auf aktuelle, meist ziemlich gräßliche Ereignisse entstanden sind, hat sich der Autor bei Prognosen und Bewertungen einzelner Phänomene manchmal vertan. Auf nachträgliche Korrekturen hat Grossman aber verzichtet, um seine Reflexionen nicht als sorgfältig abgeriegeltes Bescheidwissen, sondern als Prozeß – inklusive der zeitweiligen Abscheu vor erbärmlich wohlgeordneten Schreibtischgedanken – zu dokumentieren. Die meisten Texte sind engagierte Literatur, d.h. sie funktionieren als Zusammenspiel von politischer Analyse der gesellschaftlichen/individuellen Situation, säkularem Bekenntnis zu bestimmten politischen Zielen und herausforderndem Appell an die jeweils Herrschenden. Im Zusammenhang gelesen können aber gerade die bekenntnishaften und appellativen Passagen der Artikel beim Publikum zu leichter Verwunderung bzw. Ermüdung führen.

Ein Autor, der sich in vollem Ernst als Regierungsberater aufführt und dem Kabinett mit forschen Handreichungen auf die Sprünge helfen will (»Jetzt raus aus dem Libanon«, »Eine internationale Intervention, bitte« hat Grossman in diesem Zusammenhang getitelt), bringt sich in eine höchstens tragische, mindestens lächerliche Position. Grossmans offene Briefe an Benjamin Netanjahu, Ehud Barak und Ariel Sharon sind eindrucksvolle Beispiele für diese panische bis größenwahnsinnige Form politischer Einflußnahme. Die Bekenntnisse des Autors zu politischen Werten und Zielen hingegen – Bemühung um bilaterale Verhandlungen auch in ausweglos erscheinenden Situationen, Zweistaatlichkeit auf Basis eines Friedensabkommens, militärisches Eingreifen der israelischen Armee nur als letztes politisches Mittel – sind zwar realpolitisch plausibel, werden allerdings durch ihre muntere Repetition nicht eben aufregender.

Erkenntnisfördernd und gelungen sind alle Passagen des Buches, in denen Grossman von betrogenem individuellem Leben in kriegsähnlichen, trotzdem zu einer Form von Alltag gewordenen Verhältnissen berichtet. Mit gerechtem Zorn und Empörung registriert er beispielsweise die durch den palästinensisch-israelischen Konflikt ausgelösten innerisraelischen Veränderungen in einem Text vom Januar 2003: »Nach über hundert Jahren blutiger Auseinandersetzung mit dem Feind jenseits der Grenzen scheinen die Regeln dieses Kampfes in die innersten Winkel der israelischen Gesellschaft eingesickert zu sein: Jeder, der anders ist, jeder, der abweicht, jeder, der gegenteilige Ansichten vertritt, wird jetzt auch dann als wahrer Feind angesehen, wenn er der jüdisch-israelischen Gesellschaft selbst angehört.«

Den Vorwurf der Abweichung wird vielleicht auch der Journalist und Historiker Tom Segev nach Veröffentlichung von *Elvis in Jerusalem* zu hören bekommen haben. Gemeinsam ist Segev und Grossman, daß sie ihre Arbeit nicht als patriotisches Bindemittel für ein staatliches Kollektiv verstehen. Gemeinsam ist ihnen ferner, daß sie sich nicht auf irgendwelche Diskussionen über das Existenzrecht Israels einlassen. Im Unterschied zu Grossman allerdings treibt Segev kein politisches Anliegen schnaubend vor sich her und vermeidet es ferner, sich in die Rolle des omnipotenten Staatsmannes hineinzuträumen. Aktuelle Ereignisse in Israel sind zwar Bestandteil, nicht aber Ausgangspunkt der vier Kapitel von *Elvis in Jerusalem*, in denen es Segev gelungen ist, die verschiedenen Transformationen und Veränderungen des Zionismus vom Ende des 19. Jahrhunderts über die Zeit der Staatsgründung Israels bis zur Gegenwart darzustellen. Aus dieser historischen Perspektive heraus erinnert er nicht nur an die Genese der Konflikte in und um Israel, sondern auch an

Entwicklungsmöglichkeiten, die zwar momentan kein Thema sein können, deshalb aber noch lange nicht ihre Plausibilität für die Zukunft verlieren.

Segevs zentrale These lautet, daß die historische Mission des israelischen Zionismus – der Aufbau eines unabhängigen Staates, in dem die Mehrheit der Bevölkerung jüdisch ist – inzwischen erfüllt werden konnte und dieser somit als Ideologie tendenziell bedeutungslos werden wird. An die Stelle der kollektivistischen Orientierungen der Gründergeneration seien inzwischen amerikanische und jüdische Traditionen getreten, die moderne israelische Gesellschaft befinde sich seit Ende der neunziger Jahre an der Schwelle zu ihrer post-zionistischen Phase. Segev betrachtet diese Entwicklung im Unterschied zu israelischen Konservativen nicht als Bedrohung, sondern als Herausforderung. Er stellt fest, daß im Verlauf der letzten Jahrzehnte Entwicklungen möglich waren, die in Israel lange Zeit als Verrat an den Grundwerten der Nation galten. Als Beispiele nennt Segev die Verhandlungen mit der PLO, die Aufgabe von Territorium gegen Frieden, die Zustimmung zur Gründung eines palästinensischen Staates und die Diskussion über die Teilung Jerusalems. Er bewertet dies nicht nur als Anerkennen der gesellschaftlichen Realität, sondern auch als Bereitschaft zu einer Neubestimmung jüdischen Lebens in Israel.

Nicht auszuschließen ist übrigens, daß der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern auch Auswirkungen auf die verantwortungsbewußten Deutschen haben wird. Sie könnten dann beispielsweise aufhören, Auschwitz mittels notorisch gut gemeinter Ratschläge an die Adresse der israelischen Regierung zu bewältigen und bräuchten auch keine arabischen Politiker mehr dazu anstacheln, die 33er-Mission von Opa Horst und Oma Trude doch noch zu erfüllen. Sie könnten wieder Antisemiten sein, ohne mit antizionistischen Kostümen zu rascheln, und als solche in Frieden und Wahrhaftigkeit zur Hölle fahren.

David Grossman: *Diesen Krieg kann keiner gewinnen. Chronik eines angekündigten Friedens.* Hanser, München/Wien 2003, 200 Seiten, 17,90 Euro

Tom Segev: *Elvis in Jerusalem. Die moderne israelische Gesellschaft.* Siedler, Berlin 2003, 170 Seiten, 18 Euro

---

Jens Hoffmann schrieb in Literatur Konkret 2003/04 über Salomon Korns Buch »Die fragile Grundlage«

Konkret 11/03, S. 33

Gerhard Scheit

Der große und der kleine Teufel

Thesen zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus. Teil 1.

I. Wenn der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs seinen Abscheu vor der universellen, »bodenlosen« Ordnung der Alliierten zum Ausdruck bringt, dann wiederholt er nur in anderen Worten, was er zuvor bereits über das »jüdische Gesetz« und das Judentum gesagt hat. Antisemitische und antiamerikanische Projektion gehen ineinander über. Der mit den Westmächten verbündeten Sowjetunion mißt Schmitt kaum noch eine große Bedeutung bei – er sah sie 1942 offenbar schon zerschlagen von der deutschen Wehrmacht. Die Ordnung, die er mitten im Vernichtungskrieg der Deutschen wie den Teufel an die Wand malt, weist über den Kalten Krieg hinaus: Es ist die Pax americana.

Erscheint Schmitt in dieser Hinsicht als der erste Globalisierungskritiker, so knüpft er dabei durchaus an Vorstellungen an, die man sich in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert vom Westen, insbesondere aber von den Vereinigten Staaten gemacht hatte. Man habe es hier mit einer *bürgerlichen Gesellschaft ohne Staat* zu tun – jedenfalls ohne den Staat, wie er in Deutschland gedacht wurde: Der »Grundcharakter« dieses merkwürdigen Gemeinwesens, so Hegel, bestehe »in der Richtung des Privatmannes auf Erwerb und Gewinn ..., in dem Überwiegen des partikulären Interesses, das sich dem Allgemeinen nur zum Behufe des eigenen Genusses zuwendet. Es finden allerdings rechtliche Zustände, ein formelles Rechtsgesetz statt, aber diese Rechtlichkeit ist ohne Rechtschaffenheit, und so stehen denn die amerikanischen Kaufleute in dem üblen Rufe, durch das Recht geschützt zu betrügen.«[1] Ganz wie die jüdischen, fügte beflissen noch das deutsche Volksvorurteil hinzu.

Tatsächlich verhält sich in Hegels System Nordamerika zu Europa ähnlich wie das Judentum zum Christentum. Es wird als eine wesentliche Stufe ins dynamische System integriert – Vorstufe des Umschlags in Versöhnung, die dann Christentum und wahre Souveränität ausmache: »Mit Europa könnte Nordamerika erst verglichen werden, wenn der unermeßliche Raum, den dieser Staat darbietet, ausgefüllt und die bürgerliche Gesellschaft in sich zurückgedrängt wäre.« Erst dann werde es »zu dem Bedürfnis eines organischen Staates kommen. Die nordamerikanischen Freistaaten haben keinen Nachbarstaat, gegen den sie in einem Verhältnis wären, wie es die europäischen Staaten unter sich sind, den sie mit Mißtrauen zu beobachten und gegen welchen sie ein stehendes Heer zu halten hätten.«[2]

Während Hegel den Widerspruch zwischen Osten und Westen, Europa und Amerika aufhebt, hält ihn Alexis de Tocqueville fest: In seinem Buch *Über die Demokratie in Amerika* erkennt er, daß die moderne bürgerliche Gesellschaft, die er in Amerika besonders weit entwickelt sieht, »für die Errichtung des Despotismus einzigartige Möglichkeiten bieten könnte«; zugleich jedoch ahnt er etwas davon, daß diese Möglichkeiten gerade in Europa realisiert werden könnten, wenn er nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten wahrnimmt, »wie sehr die meisten unserer Fürsten sich der Vorstellungen, Gefühle und Bedürfnisse, die diese Gesellschaftsordnung entstehen ließ, bereits bedient hatten, um ihren Machtbereich zu erweitern«.[3] Aber auch Tocqueville konnte nicht ahnen, daß die Art und Weise, den Machtbereich zu erweitern, in Amerika und Europa durchaus differieren sollte. Die Souveränität in Nordamerika entwickelte sich ja nicht nach den Maßgaben Hegels, also nach demselben »Bedürfnis eines organischen Staats« wie in Europa, vielmehr ließ sich hier die bürgerliche Gesellschaft – auch nach der Eroberung des gesamten Raums und der Ausrottung des Großteils der indianischen Bevölkerung – keineswegs »in sich zurückdrängen«. Sie schickte sich mit ihrer Rechtlichkeit an, die Souveränität in Europa gleichsam zu überlagern.

Als Sieg über die Sklavenhaltergesellschaft des Südens im Bürgerkrieg fand der erste Expansionsschub der bürgerlichen Gesellschaft gewissermaßen noch auf amerikanischem Boden statt. Für einen Kritiker des Staats wie Karl Marx eine durchaus erfreuliche Entwicklung, wenn diese Expansion endlich über den Kontinent hinausgehen sollte – er freute sich schon auf die »amerikanische Einmischung in Europa« und sah in dem »kräftigsten Repräsentant(en) des Westens« ein Gegengewicht zur Barbarei des Ostens, der jedoch keineswegs die Notwendigkeit der Revolution ersetzen konnte.[4] Ein anderer Revolutionär von 1848 wußte aus den Vereinigten Staaten von Amerika, wohin er sich flüchten mußte, mitzuteilen, man könne hier täglich sehen, »wie wenig ein Volk nötig hat regiert zu werden. In der Tat, was man in Europa nur mit Schaudern nennt, die Anarchie, sie existiert hier in schönster Blüte. Es gibt wohl Regierungen, aber keine Herren ...«[5] Carl Schurz, der das schrieb, avancierte in wenigen Jahren zum General der Nordstaaten und schließlich zum Senator der Vereinigten Staaten.

Die, die nichts Besseres wissen, als sich einem Herrn bis zur Selbstaufgabe zu unterwerfen, es sei denn, sie können selbst ein solcher werden, und die nichts Schlimmeres fürchten als die Anarchie, unterschieden noch einige Zeit zwischen den beiden Feindbildern, die ihnen jene Unterwerfung schmackhaft machen und dieses Schlimmste vor Augen führen: zwischen dem Land ohne Souverän und dem Volk ohne Land, zwischen den Vereinigten Staaten und den Juden. Amerika

ist ein Land, und es ist weit weg. Was dort vorgeht, ist anders als das, was in Europa geschieht. Es bietet verschiedene Möglichkeiten der Projektion: Einmal identifizieren sich die Europäer mit den vertriebenen und hingemordeten Indianern oder den zunächst versklavten, dann diskriminierten Schwarzen, das andere Mal sehen sie die Amerikaner selbst durch ihren alltäglichen Umgang oder sexuellen Verkehr mit Indianern und Schwarzen als kulturloses Volk an.

Nikolaus Lenau, der erste große »Amerikamüde« aus Europa fühlt in seinen Gedichten mit den Indianern (»Nichts hat uns die Räuberbrut gelassen / Als im Herzen tödlich bittres Hassen: / kommt ihr Kinder, kommt, wir wollen sterben«), um den Preis, daß er in seinen Briefen die romantische Fetischisierung von Souveränität einschleppt: Was in Amerika geschaffen werde, sei nicht »eine von innen organisch hervorgegangene«, sondern eine von außen gewaltsam und rapid herbeigebrachte »bodenlose« Kultur: »Was wir Vaterland benennen, ist hier bloß eine *Vermögensassekurranz*. Der Amerikaner kennt nichts, er sucht nichts als Geld; er hat keine Idee; folglich ist der Staat kein geistiges und sittliches Institut (Vaterland), sondern nur eine materielle Konvention.«[6] Dabei war es gerade der eigentliche Zweck von Lenaus Amerika-Aufenthalt, wie er im Postskriptum mitteilt, die Vermögensassekuranz zu nützen und sein Geld in der Neuen Welt gut anzulegen.

Friedrich Nietzsche hingegen sieht nun gerade in der amerikanischen Jagd nach dem Geld das Resultat einer Vermischung mit dem Indianischen: Es sei »eine indianerhafte, dem Indianer-Bluthe eigenthümliche Wildheit in der Art, wie die Amerikaner nach Gold trachten ...«.[7] In allem, was der Amerikaner wolle, »kommt der Indianer zum Vorschein«, meint ebenso C. G. Jung; auch die »negriden« Attribute in der Seele des Amerikaners seien einschlägig, etwa sein Lachen; der Gang, die schwingenden Hüften der Amerikanerinnen stammten vom »Neger«, die amerikanischen Tanzformen, seien »Negertanz«, etc.[8]

Jungs idiosynkratische Beschreibung aus den zwanziger Jahren läßt bereits erkennen, daß jenes ferne Land mit einem Schlag bedrohlich nahegerückt schien. Angebahnt durch die internationalen Verflechtungen des Kapitalverkehrs und schließlich provoziert vom uneingeschränkten U-Bootkrieg des Deutschen Reichs waren die Vereinigten Staaten schon als eines der ökonomisch mächtigsten Länder in den Ersten Weltkrieg eingetreten. Von da an kamen sich die Projektionen von Uncle Sam und Shylock nicht nur näher, sondern durchdrangen sich. Aber sie wurden darum nicht identisch. Die »jüdische Zersetzungsarbeit« stoße in den USA bloß auf den geringst möglichen Widerstand, hieß es etwa kurz vor der Entfesselung des größtmöglichen Widerstands – der Etablierung des Dritten Reichs.[9] Einer dessen Bestseller-Autoren hält dann resümierend fest: In der frühen Expansionsphase des amerikanischen Imperialismus, der Epoche Theodore Roosevelts, hätten noch verhältnismäßig wenige Juden das Gesicht Amerikas bestimmt; erst der Weltkrieg habe sie derart begünstigt, daß es ihnen gelungen sei, die Finanzoligarchie zu unterwandern, und mit der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts hätten die Juden die Herrschaft in Amerika endgültig an sich gerissen, was denn auch an der »jüdischen Versippung« der Familie des Präsidenten nachgewiesen wurde.[10]

Allerdings entwickelte sich das antiamerikanische Feindbild auch hier wesentlich diskontinuierlicher, als es aus dieser Perspektive des Zweiten Weltkriegs erscheint. Franklin D. Roosevelt war noch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre von deutscher Seite durchaus als eine Art neuer Führer gelobt worden; man setzte darauf, daß sich nun auch im fernen Amerika eine »Entwicklung zum autoritären Staat« anbahne, der schließlich eine andere »Rassenpolitik« betreiben werde.[11] Erst als der amerikanische Präsident sich eindeutig gegen die nationalsozialistische Politik äußerte, wurden die amerikafeindlichen Phantasien reaktiviert, um zuletzt fast vollständig mit dem antisemitischen Feindbild zu verschmelzen.

Später hinzutretend zum wahnhaften Bewußtsein deutscher und europäischer Bürger, bleibt die antiamerikanische Projektion im Innersten abhängig vom Haß auf die Juden: Der Antiamerikaner nimmt gerade dort etwas von gesellschaftlicher Wirklichkeit und realer Politik zur Kenntnis, wo sie das Judentum betreffen. Hätte Roosevelt längerfristig eine andere, feindliche Politik gegenüber den verfolgten Juden betrieben und wäre in den USA gar die Lage der Jüdinnen und Juden nach Art der Nürnberger Gesetze geändert worden, in Deutschland hätte sich vermutlich ein anderes Amerikabild durchgesetzt, und man wäre um ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten redlich bemüht gewesen. Umgekehrt fand die antiamerikanische Projektion bei der deutschen Linken der sechziger und siebziger Jahre neben dem vernünftigen und dringend gebotenen Protest gegen den Vietnamkrieg zu ihrer alten Form, insofern man nun der Tatsache, daß die USA zugleich Israel unterstützten, die größte Bedeutung beimaß und gerade damit die Gleichsetzung des »US-Imperialismus« mit der NS-Vernichtungspolitik vollendete. Verzweifelt suchte Jean Améry darum genau an diesem Punkt eine eindeutige Trennung zu markieren; er schrieb im Juni 1967: »Was soll in diesem Zusammenhang die Verdammung des amerikanischen Imperialismus? Es gibt ihn, oder wie man es präziser auszudrücken hätte: Es gibt die amerikanische Politik kriegerischer Gewaltanwendung ganz gewiß in Vietnam, wo sie sich täglich aufs häßlichste kundtut. Es hat aber diese Gewaltpolitik der USA nichts zu schaffen mit der Nahostkrise ....«[12]

Solche innere Abhängigkeit der antiamerikanischen von der antisemitischen Projektion verweist nicht nur auf einen anderen geschichtlichen Zusammenhang – sie hat auch mit dem Inhalt selbst zu tun, mit dem, was jeweils projiziert wird.

II. Die USA sind, wie Dan Diner festhält, dazu ausersehen, »das Ausgreifen einer grenzenlos angelegten bürgerlichen Gesellschaft zu verantworten«.[13] Und Ludwig Marcuse schrieb bereits, daß sich Amerika deshalb zum Sündenbock eigne, »weil es überall da ist«.[14] Aber es ist eben anders da als die Juden, die – im Bewußtsein der Antisemiten – auch überall sind, deren wirkliche Diaspora jedoch als geheime Weltverschwörung phantasiert wird. Während sie dazu auserwählt sind, den abstrakten Reichtum zu verkörpern – das Geld, dort wo es dem Antisemiten unheimlich und irreal erscheint – , gelten die USA für den antiamerikanisch Gesinnten als einzige real existierende Gesellschaft, in der allein das Geld regiere; als Gesellschaft ohne eigentlichen Staat, ohne Staat, der vom Gemeinsinn getragen würde – als Land der unbegrenzten Konkurrenz. An Stelle des Souveräns finde sich hier bloß ein Sheriff, der eben nur eingreift, wenn wieder einmal ein Toter im Saloon liegt.

Dabei kann natürlich kein Zweifel bestehen, daß die USA in Wahrheit immer auch eine Gesellschaft mit staatlicher Souveränität waren. Vom einfachen Rechtsakt bei jedem Warentausch innerhalb der Gesellschaft bis zur Vertreibung und Ausrottung der indianischen Bevölkerung ist der Staat hier wie anderswo auf der Welt in seinem Element: die Voraussetzungen der Akkumulation des Kapitals zu erhalten. Woran sich jedoch die antiamerikanische Projektion heftet, ist ein anderes Verhältnis zum Recht – eines, das der europäischen Volkssouveränität zuwider ist. Als ein Land, das über Jahrhunderte hinweg wachsende Massen neuer Einwanderer aufnahm, ließ sich hier von Anfang an das Recht, darin zu leben, nicht wie in Europa bruchlos ableiten vom Ort der Geburt, der Abstammung von einer Familie und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion. In diesem buchstäblichen Sinn konnten die Vereinigten Staaten keine Nation werden. Der einzelne Bürger versteht sich hier nicht primär als Teil eines Zeugungs- und Gebärzusammenhangs, sondern als Angehöriger eines Zusammenhangs staatlicher Institutionen. Die Religion ist mehr als anderswo privatisiert, so sehr der Präsident sich auch auf Gott berufen mag, der Staat kannte von jeher keine eigentliche Staatsreligion, Säkularisierung ist überflüssig. »Jeder, sagt man von diesem Standpunkte, könne eine eigene Weltanschauung, also auch eine eigene Religion haben. Daher das Zerfallen in so viele Sekten ... die Kirche ist nicht ein an und für sich Bestehendes, die eine substantielle Geistigkeit und äußere Einrichtung hätte, sondern das Religiöse wird nach Gutdünken zurechtgemacht.«[15] Alles was den Deutschen und Europäern als substantiell gilt: Geburt, »Rasse«, Religion, wird auf diese Weise nach Gutdünken zurechtgemacht – nur nicht das Recht selbst, das eben das Zurechtmachen erst gestattet.

Die antiamerikanische Projektion macht jedoch aus diesem historisch gewordenen Unterschied, der sich in einem anderen politischen Verhältnis zum Recht niedergeschlagen hat, das Negative, das es abzuwehren gilt. Sie betreibt damit eigentlich die negative Substantialisierung der »reinen Rechtslehre«, wie sie Hans Kelsen – der konsequenteste Verfassungsjurist der Demokratie und Carl Schmitts staatsrechtlicher Kontrahent – formuliert hat: Will diese »reine Rechtslehre« den Staat auf das Recht beschränken und die Souveränität verdrängen, so sagt der Antiamerikaner seit langem, genau das sei in Amerika bereits Wirklichkeit geworden; die USA gelten ihm als Gesellschaft ohne Souverän, ein Staat reduziert auf das Recht als Teil des Geschäfts.

Wie das Geschäft ist das Recht auf jedes Gebiet auszudehnen. Es ist universell. Darum erscheinen auch die Amerikaner dem Europäer universell: Sie brauchen das Recht nur, um ihren Geschäften auf der ganzen Welt nachgehen zu können – und eben dazu setzen sie den Völkerbund und später die Uno in die Welt. Das Recht ist bodenlos. Denn anders als bei Hegel vorgesehen entwickelte sich der nordamerikanische Staat, und die europäischen Feinde Amerikas stellen konsterniert fest, daß dieses merkwürdige Gemeinwesen an keine Grenze stößt, sondern jetzt die Erde überzieht; statt die bürgerliche Gesellschaft endlich doch in sich zurückzudrängen, dehne es sie über alle Grenzen hinweg aus – aber das gehe eben nur, weil es weiterhin den Staat auf ein formelles Rechtsgesetz reduziere: Rechtlichkeit ohne freiwilligen Gemeinsinn, ohne selbstbestimmtes Opfer für den Staat. (Es mangle den Amerikanern von Natur aus an soldatischen Tugenden, wie seit dem Ersten Weltkrieg beständig betont wird: Von einer »Armee ohne Pathos« sprach verächtlich Hitlers Generalstabsoffizier Adalbert Weinstein.) Und so stehen denn die amerikanischen Politiker bald in dem Ruf, bloße Geschäftsleute zu sein, die nunmehr weltweit agieren und, durch das Recht geschützt, überall betrügen können: Der US-Staat erscheint als »gewalttätiger Geschäftsmann«[16] und sonst nichts.

Die Regierung in Washington, so Carl Schmitt während des Zweiten Weltkriegs, agiere nicht als Souverän der Welt, sondern als Organ, das lediglich auf die Verletzung des Rechts reagiert; mit einem (heutigen) Wort: als »Weltpolizist«. »Das große Thema des gegenwärtigen Weltkrieges« sei es, »eine solche universale Weltmacht und ihren Weltordnungsanspruch«, einen solchen »Universalismus anglo-amerikanischer Weltherrschaft«[17] zu verhindern. Darin vertraut Schmitt auf die Depotenzierung der Rechtsidee, die absolute Unterwerfung der Rechtsordnung unter den Souverän, wie sie im Dritten Reich realisiert wurde – eine antikapitalistische Umwälzung in deutschem Geist, allein imstande, dem, was Schmitt unter Kapitalismus verstand, Grenzen zu setzen. Denn zu der »imperialistischen Wirklichkeit eines ökonomischen Welthandelsanspruchs«, der Schmitt grotesk erscheint, »gehört die grenzenlose, universale

Intervention. Die Interessen eines Weltkapitalismus zwingen zu einer allgegenwärtigen, ›ubiquitären‹, Einmischungs- und Nicht-Anerkennungspolitik, die sich anmaßt, zu jeder an irgendeinem Punkt der Erde eintretenden Änderung der Lage von Washington aus das Placet zu erteilen oder zu verweigern.«[18]

Schon Jahre zuvor, als noch immer England zur führenden Macht des Universalismus disponiert schien, hatte Schmitt das Horrorszenario für die Deutschen entworfen: »daß die moderne technische Entwicklung, insbesondere der Luftwaffe, den Staatenkrieg überholen werde, daß die Luftwaffe genüge, um die Erde in Ruhe und Ordnung zu halten, so daß die Staatenkriege von selbst aufhören und schließlich nur noch Bürgerkriege, Polizeiaktionen oder Sanktionen übrigbleiben«.[19] Nun stellte sich eindeutig heraus: Es sind die USA, die diese Rolle übernehmen. Sie »überziehen die ganze Erde mit einem System von Luftstützpunkten und Luftfähren und proklamieren ein ›amerikanisches Jahrhundert‹ unseres Planeten ... Nachdem die letzte dieser globalen Linien, die Linie der westlichen Hemisphäre, in einen grenzenlosen, globalen Interventionismus umgeschlagen ist, hat sich eine völlig neue Situation ergeben. Gegen die Ansprüche einer universalen, planetarischen Weltkontrolle und Weltherrschaft verteidigt sich ein anderer Nomos der Erde, dessen Grundidee die Einteilung der Erde in mehrere, durch ihre geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Substanz erfüllte Großräume ist.«[20] So wie er stets aus der Ausnahme von der Regel seinen Dezisionismus ableiten konnte, so baut Schmitt jetzt – über die Niederlage Deutschlands hinwegdenkend – darauf, »daß die Erde immer größer bleiben wird als die Vereinigten Staaten von Amerika und daß sie auch heute noch groß genug ist für mehrere Großräume, in denen freiheitsliebende Menschen ihre geschichtliche, wirtschaftliche und geistige Substanz und Eigenart zu wahren und zu verteidigen wissen«.[21]

III. Alle Differenzen zwischen deutscher und US-amerikanischer Ideologie resultieren in einem anderen Verhältnis zur Krise. Der Antiamerikanismus, in Deutschland seit langem zusammengebraut und schließlich im Vernichtungskrieg der ganzen Welt nahegebracht, zeigt sich als wahnhafte Reaktion auf eine Gesellschaft, die sich so verhält – und der es aufgrund einer einzigartigen geopolitischen Lage auch möglich ist, sich so zu verhalten – , als drohe im Inneren der bürgerlichen Gesellschaft kein totaler Ausnahmezustand, als gäbe es an sich keine wirkliche Krise, die nicht mit den konventionellen Mitteln des Geschäfts und des Rechts zu bewältigen wäre; keine, die den Souverän dazu bringen könnte, das Recht in »ein technisches Mittel zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele« (Franz Neumann) zu verwandeln, genauer: zur Durchsetzung der Vernichtung um ihrer selbst willen.[22] Den Ausnahmezustand findet die US-Politik nicht im eigenen Land vor, dafür aber in wachsendem Maß auf anderen Kontinenten, mit denen Handel getrieben wird, und ihre Soldaten kommen, ihn mit möglichst wenigen eigenen Opfern zu beenden, um dem normalen Gang der Geschäfte weltweit wieder einzurichten.

Dagegen wird – um mit Max Horkheimer zu sprechen – die »Hypostasierung der Krise für die Dauer des ewigen Deutschland« gesetzt; dagegen soll mit allen Mitteln eingeklagt werden, daß nur das Opfer für die Gemeinschaft der Krise gerecht werden könne. Weil die Nordamerikaner den Staat lediglich haben, um Rechtssicherheit zu schaffen für ihre und der anderen Geschäfte, weil sie den Staat nicht haben als substantiellen Inhalt, ihn nicht als Ausdruck ihres Gemeinsinns verehren und verinnerlichen, seien sie nicht imstande, aus sich selbst heraus Krisen zu bewältigen und zu beschleunigen. Gewaltsame Eingriffe zur Herstellung politischer Einheit müssen ihnen von außen aufgezwungen werden, sie sind immer nur »Beschleuniger wider Willen« (Schmitt), betreiben Krisenlösung ohne innere Überzeugung, sondern lediglich aus äußerer Notwendigkeit.

IV. Anders als die »reine Rechtslehre« konzipierte und die Menschenrechtsaktivisten es wollen, hat sich der »Weltpolizist« etabliert: Er geht nicht auf in den »arbeitsteilig funktionierenden Organen zur Erzeugung und Vollziehung der Rechtsnormen«,[23] wie Hans Kelsen es gefordert hat. Das internationale Recht ist eben der Souveränität der einzelnen Staaten nicht vorgeordnet; der Staat läßt sich nicht auf einen Zwangsakt reduzieren, wodurch – nach Kelsen – der bedingende Tatbestand als Unrecht, der bedingte als Recht qualifiziert wird.[24] Wie im einzelnen nationalstaatlichen Gebilde der Souverän der Rechtsordnung angehört und doch außerhalb steht, so existieren nun auf der Ebene der internationalen Beziehungen die USA sowohl innerhalb des Völkerrechts wie außerhalb; sie gehören der Uno an und befinden sich zugleich draußen. Die von Kelsen gedachte »zentralisierte Instanz«, die automatisch mit militärischer Macht einschreitet, wenn das internationale Recht verletzt wird, gibt es in Wahrheit nicht: aber es gibt die USA, die einmal als »Weltpolizist« im Auftrag der Uno handeln können, ein andermal als souveräner Staat mit gesonderten Interessen. Die Instanz, die den Vollzug der Rechtsnormen zu garantieren vermag, ist und bleibt ein eigener Staat.

Die Bezeichnung »Weltpolizist« ist selber ein Teil der Ideologie. Als modernisierter Antiamerikanismus argumentiert sie nun zugleich mit Schmitt und mit Kelsen, stützt sich auf die politische Theologie so gut wie auf die »reine Rechtslehre«, hält den USA vor, daß sie kein eigentlicher Staat seien, sondern universell, bodenlos – und ebenso, daß sie überhaupt ein Staat seien, und zwar ein besonders rücksichtsloser, der sich dem Universalismus nicht beuge, auf Bodenschätze versessen. Rechte und linke Theorien, Günther Maschke und Jürgen Habermas, unterscheiden sich so nur noch in der Terminologie: Was jener »völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte« nennt, heißt bei diesem »kosmopolitische Ordnung auf der Basis des Völkerrechts« gegen den »hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten«. Die USA geraten als abstrakte Macht der Globalisierung ins Visier – weil sie zugleich konkret, weil sie mehr und anderes sind als von der reinen Völkerrechtslehre für die »zentralisierte« Instanz vorgesehen, weil sie immer auch ein eigener Staat mit besonderen Interessen bleiben müssen. Daß sie nicht nur das größte militärische Potential haben, sondern gerade als allein durchschlagendes Vollzugsorgan der UN in einer speziellen Lage sind – potentielles Haßobjekt für alle, denen das Kapitalverhältnis keinen Wohlstand bringt – wird dabei gezielt ausgeblendet.

Auf solche Weise gewinnt Europa die Projektionsfläche, die es braucht, um ungestört Reichtum zu akkumulieren, der den der USA bereits übertrifft, und dennoch vor den Augen der Dritten Welt ein antikapitalistisches Image zu pflegen, das immer wichtiger wird. Darum lassen die antiamerikanischen Ideologen, die vor allem in Deutschland und Frankreich ihren Stützpunkt haben, keine besondere Lage gelten – weder im Falle Israels, als Zufluchtsstätte aller vom Antisemitismus Verfolgten, noch in dem der USA, als Organ zur Durchsetzung des Rechts. Darum wollen sie einen internationalen Gerichtshof, den die USA und Israel nur ablehnen können. Gleiches Recht für alle, sagen die Antiamerikaner und Antizionisten; in USA und Israel aber herrscht unter Bürgerinnen und Bürgern relative Klarheit darüber, daß ihre Staaten durch die ungleiche Rolle und Aufgabe in der »Staatengemeinschaft« – der eine als »Weltpolizist«, der andere als Fluchtpunkt – Schaden nehmen müssen, wenn das gleiche Recht ihnen aufgezwungen werden könnte. Der Schaden ist allerdings selbst äußerst ungleich verteilt: Für Israel bedeutet allein schon eine Entmachtung der USA den Untergang.

Gerade als die Macht, die außerhalb des Völkerrechts steht und partikularen Interessen folgt, werden die USA aber nach wie vor mit der Abstraktheit und dem Universalismus identifiziert, die man am Recht nicht ausstehen kann – eine Abspaltung ähnlich der des Antisemitismus, die in Gestalt der je konkreten Juden die abstrakte Seite der Warenproduktion, den universellen Tauschwert personifiziert. Hier folgen die antiamerikanischen Ideologen der Gegenwart insgeheim dem bewährten Muster: Das Völkerrecht kann nur dann konkret werden, im Dienste konkreter politischer Großräume seine gute, völkisch-menschenrechtliche Funktion ausüben – »Menschenrecht bricht Staatsrecht«, sagt Hitler – , wenn die abstrakte unpolitische Macht der USA gebrochen, deren nicht-völkischer Menschenrechts-Universalismus beseitigt wird. (Der gemeinsame Einsatz in Jugoslawien 1999 war gewissermaßen ein letzter Kompromiß.)

Einerseits werden die Vereinigten Staaten wie eh und je als Gesellschaft ohne eigentlichen Souverän perhorresziert – darin fixiert man die Abstraktheit. Andererseits wird ihnen nun zur Last gelegt, daß sie sozusagen als konkreter Staat unabhängig von ihrer Rolle als »Weltpolizist« weiterhin existieren, mit eigenen Interessen und Sicherheitsbedürfnissen – die sich nicht zuletzt aus jener Rolle ergeben. Bei jedem einzelnen Konfliktherd auf der Welt wird darum der US-Politik abwechselnd und gleichzeitig beides vorgeworfen: daß sie eingreift und daß sie nicht eingreift. So wie man den US-Bürgern den wachsenden Patriotismus übelnimmt und sie doch nicht für ein richtiges Volk halten kann.

Anmerkungen:

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*. Werke (Redaktion Eva Moldenhauer u. Karl Markus Michel). Bd. 12, Frankfurt am Main 1970, S. 112 ff.

2 Ebd.

3 Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika* [1840]. Hg. v. J. P. Mayer, Stuttgart 2001, S. 340.

4 Karl Marx: Finanzieller Mißerfolg der Regierung – Mietdroschken – Irland – Die russische Frage [»New York Daily Tribune«, 12. 8. 1853], in: MEW Bd. 9, S. 236.

5 Carl Schurz, Brief an Malwida von Meysenbug. Zit. n. Ernst Fraenkel: *Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens*. Köln/Opladen 1959, S. 158.

6 Nikolaus Lenau: Sämtliche Werke und Briefe in zwei Bänden. Frankfurt am Main 1971, Bd. 2, S. 216.

7 Friedrich Nietzsche: *Fröhliche Wissenschaft* [1881/82]. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe. Hg. v. Giorgio Colli und Mazzino Montinari. Bd. 3, München 1999, S. 556.

8 C. G. Jung: Die Erdbedingtheit der Psyche. Vortrag auf der Tagung der Schule der Weisheit, in: Der Leuchter, VIII. Jahrbuch der Schule der Weisheit. Darmstadt 1927. Zit. n. Ernst Fraenkel: *Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens*, a.a.O., S. 301.

9 Vgl. z. B. Alexander Graf Brockdorff: *Amerikanische Weltherrschaft?* Berlin 1929, S. 11.

10 Giselher Wirsing: *Der maßlose Kontinent. Roosevelts Kampf um die Weltherrschaft*. Jena 1942, S. 85-99.

11 Vgl. Hans-Jürgen Schröder: Die amerikanische Exekutive in der Weltwirtschaftskrise: Roosevelts New Deal aus nationalsozialistischer Sicht, in: Raimund Borgmeier / Bernhard Reitz: *Zweihundert Jahre amerikanische Verfassung*. Heidelberg 1988, S. 68.

12 Jean Améry: Zwischen Vietnam und Israel. Das Dilemma des Engagements. In: »Weltwoche«, 9.6.1967.

13 Dan Diner: *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*. München 2002, S. 17.

14 Ludwig Marcuse: Der europäische Anti-Amerikanismus, in: »Neue Schweizerische Rundschau« 21/1953, S. 68.

15 Hegel: *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*, Werke Bd. 12, S. 113.

16 So in dem Kompendium des Antiamerikanismus der Nachkriegszeit: Leo L. Matthias: *Die Entdeckung Amerikas oder das geordnete Chaos*. Hamburg 1953. Zit. n. Dan Diner*: Feindbild Amerika*., a.a.O., S. 31.

17 Carl Schmitt: Beschleuniger wider Willen [1942], in: ders.: *Staat, Großraum, Nomos*. Hg. v. Günter Maschke. Berlin 1995, S. 433.

18 Ebd. S. 434.

19 Carl Schmitt: Der Reichsbegriff im Völkerrecht [1939], in: ders.: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar - Genf - Versailles 1923-1939*. 3. Aufl. Berlin 1994, S. 353.

20 Carl Schmitt: Die letzte globale Linie [1943], in: ders.: *Staat, Großraum, Nomos*. Hg. v. Günter Maschke. Berlin 1995, S. 447.

21 Ebd. S. 448.

22 Damit ist nicht gesagt, daß die US-Amerikaner, wären sie bloß in einer anderen geopolitischen Lage, auch automatisch anders, z. B. so wie die Deutschen, handeln würden. Allerdings wären die Amerikaner auch nicht, was sie sind, ohne diese historische wie geographische Ausgangslage.

23 Hans Kelsen: *Reine Rechtslehre* [1. Aufl. 1934]. Aalen 1994, S. 131.

24 Selbst bei Kelsen kann der Souverän nicht vollständig verdrängt werden, er kehrt vielmehr wieder, verborgen hinter der Kategorie der »Effektivität« als dem »Rechtsgrundsatz des positiven Völkerrechts«. Danach gilt, »daß eine völkerrechtsunmittelbare Zwangsordnung als legitime, das heißt verbindliche Rechtsordnung, oder, mit anderen Worten, daß die durch solche Ordnung konstituierte Gemeinschaft als Staat im Sinne des Völkerrechts für eben jenen Bereich zu gelten habe, für den dieser Ordnung im großen und ganzen entsprochen wird.« (*Reine Rechtslehre*, S. 148) Anders gesagt: Die Effektivität allein legitimiert die Durchsetzung einer Zwangsordnung auf einem bestimmten Territorium. Die Frage, wann etwas im Sinne des Völkerrechts legitim ist, wird - wie in Hitlers *Mein Kampf* - durch den blanken Erfolg entschieden.

Vorabdruck aus dem von Uwer/Osten-Sacken/Woeldike herausgegebenen Buch »Amerika. Der ›War on Terror‹ und der Aufstand der alten Welt«, das in diesen Tagen bei Ça ira erscheint.

Konkret 11/03, S. 38

Markus Bickel

Pokern mit dem Terror

Bei den Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo drängen US-Think Tanks auf eine Klärung der Statusfrage des Uno-Protektorats.

Für Michael Steiner wäre es die Krönung einer durchwachsenen Amtszeit gewesen, doch im Mai machten die Abgeordneten des Kosovo-Parlaments dem Chef der Uno-Übergangsverwaltung im Kosovo (Unmik) einen Strich durch die Rechnung: Mit großer Mehrheit votierten die Delegierten für die Unabhängigkeit des völkerrechtlich weiterhin zu Serbien-Montenegro gehörenden Protektorats und verstießen damit offen gegen Resolution 1244 des Sicherheitsrats, der im Juni 1999 lediglich eine »substantielle Autonomie« für die Provinz vorgesehen hatte. Zur Strafe untersagte Steiner Parlamentssprecher Nexhat Daci die Reise zum Westbalkan-Gipfel der EU in Thessaloniki – und brachte sich damit selbst um die Chance, als Stifter des ersten Handschlags zwischen der kosovo-albanischen Führung und serbischen Regierungsvertretern nach dem Ende des Nato-Bombardements in die Geschichte einzugehen.

Aber auch Steiners Nachfolger an der Spitze der Protektoratsverwaltung, Harri Holkeri, bleibt diese Ehre vorerst verwehrt. Zwar kann der frühere finnische Ministerpräsident künftig darauf verweisen, die ersten offiziellen Gespräche zwischen Pristina und Belgrad seit dem Abzug jugoslawischer Truppen und serbischer Polizeieinheiten aus dem Kosovo im Sommer 1999 in die Wege geleitet zu haben. Zum schon von Steiner ersehnten Händedruck zwischen dem serbischen-montenegrinischen Präsidenten Marovic und seinem kosovarischen Kollegen Rugova kam es allerdings auch bei den von der Unmik geführten Gesprächen in Wien nicht: Waren sich die beiden beim Gipfel in Thessaloniki im Juni noch aus dem Weg gegangen, verzichtete Marovic zum Auftakt der Direktverhandlungen Mitte Oktober lieber gleich auf den Trip nach Österreich.

Nicht ohne Grund: Den Gefallen, auf gleicher Augenhöhe mit den auf die Loslösung von Serbien drängenden lokalen Repräsentanten des Protektorats zu verhandeln, wollte der serbisch-montenegrinische Präsident Rugova und dessen Regierungschef Rexhepi nicht tun. Auch Serbiens stellvertretender Premier Covic beharrte vor dem Beginn der Wiener Gespräche über praktische Fragen unterhalb der Statusfrage darauf, daß hier »Vertreter eines Staates und seiner Provinz« miteinander verhandelten.

Zwar hat sich das Establishment in Belgrad vier Jahre nach Installierung des Uno-Protektorats und dem Einmarsch Zehntausender Nato-Soldaten mit dem Verlust des Kosovo weitgehend abgefunden – lediglich das nationalchauvinistische Bündnis aus Sozialistischer und neofaschistischer Radikaler Partei beharrt aus wahltaktischen Gründen weiterhin auf dem Erhalt der »heiligen serbischen Erde« – , doch einig ist man sich in Serbien darin, den politischen Preis für die Aufgabe des historischen Amelfeldes möglichst in die Höhe zu treiben. Eine zeitlich präziser definierte Zusage jedenfalls als die bloß vage Zusicherung der EU-Staats- und Regierungschefs in Thessaloniki, Serbiens Zukunft liege in der Europäischen Union, soll es schon sein. Denn auch wenn in den kommen Monaten zunächst nur über technische Themen wie die Vereinheitlichung der Nummernschilder, die Regelung von Stromimporten und die Aufstellung von Listen der seit Kriegsende 1999 Vermißten verhandelt werden soll, kann der Gipfel in Wien durchaus als stille Anerkennung der kosovo-albanischen Ansprüche auf die südserbische Provinz angesehen werden.

So ist selbst einer der aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des serbischen Premierministers bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr, Miroljub Labus, überzeugt davon, daß »eine weitgehende Dezentralisierung« des Kosovo den rund 100.000 in der Provinz verbliebenen Serben genügend Sicherheiten biete. Eine Rückkehr serbischer Polizisten in das Protektorat schloß der Vorsitzende der neoliberalen Oppositionspartei G47 Plus gegenüber KONKRET hingegen kategorisch aus – trotz der Serie von Übergriffen auf Angehörige der serbischen Minderheit im Juli und August: »Der Punkt ist nicht, daß Belgrad darüber nachdenken sollte, eine wie auch immer geartete Kontrolle über das Kosovo zurückzuerlangen. Diese Zeiten sind vorbei.«

In internationalen Kreisen wächst ebenfalls die Erkenntnis, daß Steiners Formel von der Erfüllung menschenrechtlicher und demokratischer »Standards vor Status« den Irredentismus der kosovo-albanischen Eliten auf Dauer nicht bremsen kann: Zu stark ist der nationale Konsens im Kosovo in dieser Frage – ungeachtet der zum Teil noch immer bewaffnet ausgetragenen Rivalitäten zwischen den Parteien in Pristina, Prizren und Pec. »Status vor Integration« fordert etwa Janusz Bugajski, Direktor der Balkan-Abteilung des Center for Strategic and International Studies in Washington, D.C.

Anders als in der Ära des jugoslawischen Präsidenten Milosevic aber, der den von Tito 1974 gewährten Autonomiestatus für das Kosovo 1989 wieder aufhob, ist auf Seiten der Kosovo-Albaner bereits die Bereitschaft zu Gesprächen mit Belgrad heute weniger von ideologischen als von strategischen Erwägungen geprägt. Selbst Hardliner wie der frühere Chef der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) und heutige Vorsitzende der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK), Hashim Thaci,

haben aus Angst vor einer Anklage vor dem Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ihre separatistische Rhetorik spürbar gedrosselt.

Da sich vier Jahre nach dem Einzug einer ganzen Armada ausländischer Diplomaten und Soldaten an der wirtschaftlich desolaten Lage der Provinz kaum etwas geändert hat, verlieren Ex-UCK-Kader wie Thaci und der Chef der Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK), Ramush Haradinaj, zunehmend an Unterstützung in der Bevölkerung. Der wegen seiner »Zurückhaltung« vor Beginn der Kämpfe zwischen jugoslawischen Truppen und UCK-Kämpfern im Frühjahr 1998 als »Kosovo-Gandhi« titulierte Rugova brachte die gemäßigte Haltung zur Loslösung von Serbien Ende September in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« auf den Punkt: »Es wäre besser, wenn die Unabhängigkeit zuerst anerkannt würde. Es wäre viel leichter für uns, danach in Gespräche einzutreten. Wo die internationale Gemeinschaft nun aber Gespräche über praktische Fragen für nützlich hält, wollen wir uns auf einen Versuch einlassen.«

Kurz vor seinem Abschied aus Pristina im Juli hatte Steiner angedeutet, daß bereits im Sommer 2004 eine Statusdiskussion im Sicherheitsrat beginnen könne. Selbst wenn Rugova wegen seiner realitätsfernen Vorstellungen kaum als Leiter einer Verhandlungsdelegation in Frage kommt – voriges Jahr etwa forderte der 58jährige eine Direktvertretung des Kosovo in Brüssel – , dürfte sein Verweis auf die Unabhängigkeit als kleineres Übel gegenüber den panalbanischen Bestrebungen der Albanischen Nationarmee (AKSh) noch manchen EU-Außenpolitiker überzeugen. »Wenn nicht bald ein unabhängiges Kosovo anerkannt wird, werden extremistische Kräfte mit der Forderung auftreten, alle Albaner auf dem Balkan in einem einzigen Staat zu vereinigen. Das wäre ein neues Problem.«

Steiner selbst hatte die UCK-Nachfolgeorganisation nach dem Anschlag auf eine Brücke im mehrheitlich serbisch besiedelten Norden des Kosovo im April dieses Jahres als »terroristische Organisation« bezeichnet – ein Urteil, das vor allem in Washington auf wenig Begeisterung stieß. Schließlich sind die logistischen Verbindungen zwischen der auf 200 Mann geschätzten AKSh und dem von Nato und Unmik nach Kriegsende aus Ex-UCK-Kämpfern aufgebauten Kosovo-Schutzkorps (KPC) seit längerem bekannt; eine allzu harsche Verurteilung gilt deshalb auch in Nato-Kreisen als Hindernis für die Fortführung der bislang gut funktionierenden Zusammenarbeit. Doch während Brüssel auf dem zivilen Charakters des UCK-Auffangbeckens besteht, unterstützt die US-Regierung die Bestrebungen von KPC-Chef Agim Ceku, seine Truppe zur Armee eines unabhängigen Kosovo zu machen. Schon heute gleicht die 5.000 Mitglieder starke Einheit vom Aufbau her der US-Nationalgarde.

Die Vorstellungen über die Zukunft der Kosovo-Institutionen gehen aber nicht nur beim Umgang mit den bis zum Anschlag im April in den USA ausgebildeten KPC-Führungskadern auseinander. Da sich das Interesse der Administration George W. Bushs in Südosteuropa immer mehr auf Sicherheitsfragen konzentriert, drängen US-Think Tanks spätestens seit dem Mord an Serbiens Premierminister Zoran Djindjic auf eine Klärung der Statusfrage – während man sich in Brüssel keinen schlimmeren Kandidaten als das Kosovo für eine Aufnahme in die EU vorstellen kann. So wurde das Protektorat in der Abschlußerklärung des Westbalkan-Gipfels in Thessaloniki nicht einmal erwähnt. Und selbst das vage Versprechen, die EU werde »die europäische Ausrichtung der westlichen Balkanstaaten vorbehaltlos unterstützen«, wollten die Staats- und Regierungschefs für die Zweimillioneneinwohnerprovinz nicht gelten lassen.

Das staatliche US-Institute for Peace hingegen hat Ende Juli eine Studie vorgelegt, die eine »Rückkehr des Kosovo unter die Belgrader Herrschaft« ausschließt. »Der endgültige Status des Kosovo«, heißt es in dem Papier, »wird schneller diskutiert werden müssen als die internationale Gemeinschaft heute noch denkt; was benötigt wird, ist eine Roadmap und eine Entscheidung über das Thema in den nächsten drei bis fünf Jahren.«

Auch die International Crisis Group (ICG) kritisiert, daß die vom Hohen EU-Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp), Javier Solana, erarbeitete Verfassung für Serbien-Montenegro keine langfristige Lösung für das Verhältnis zwischen den Institutionen des losen Staatenbundes und dem Kosovo beinhaltet. Das Zögern der EU-Regierungen, klare Richtlinien für eine gemeinsame Aufnahme Serbiens, Montenegros und des Kosovo in die Union vorzugeben, schade letztendlich nur der Stabilität in der Region: »Mit dieser Haltung riskiert man, daß Extremisten das Tempo des Prozesses bestimmen.«

Kein Wunder, daß das US-Institute for Peace eine dauerhafte Klärung der Statusfrage nur unter Federführung Washingtons für möglich hält – auch wenn die »Sympathien für eine Unabhängigkeit des Kosovo außerhalb der Regierung erheblich höher« seien als innerhalb der Administration. Aber das kann sich bis zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr ja noch ändern.

Wesley Clark jedenfalls, der in der Regierungszeit Bill Clintons zum Nato-Oberkommandierenden aufstieg und 1999 den Luftkrieg gegen Jugoslawien dirigierte, hat seine einstigen politischen Vorgesetzten schon mal auf Wahlkampftour in die Region geschickt: Innerhalb von nur zwei Wochen beehrten Clinton und sein damaliger Balkan-Sondergesandter Richard Holbrooke das Kosovo mit ihren Besuchen – unter dem begeisterten Beifall Nato- und US-Fahnen schwenkender Kosovo-Albaner in Pristina. Holbrooke hatte Milosevic einen Tag vor Beginn des Nato-Bombardements im März vor vier Jahren als letzter westlicher Diplomat zum Abzug seiner Truppen aus dem Kosovo gedrängt. Anfang Oktober forderte er in

Belgrad erneut, endlich die Statusfrage zu lösen: »Je mehr Zeit vergeht, desto komplizierter wird es.«

Markus Bickel schrieb in KONKRET 10/03 über das neue Interesse der USA an Südosteuropa

Konkret 11/03, S. 40

Stefan Schmalz

Herbst der Oligarchen?

Die brasilianische Landlosenbewegung MST ist eine der wenigen orthodox-marxistischen Massenbewegungen, die weiter offensiv für den Sozialismus kämpfen. Sie hat ihre Aktivitäten gegen die Regierung des Hoffnungsträgers der Linken, Lula da Silva, verstärkt.

Für hiesige Linke sind Begriffe wie »Boden« oder »Erde« mit äußerst negativen Assoziationen verbunden: Der faschistischen Ideologie von Blut und Boden, Forderungen nach der Revision der Oder-Neiße-Grenze, Gesichtern von preußischen Junkern und kahlköpfigen Schlägern, dem Holocaust. Doch Assoziationen zu ähnlichen Worten sehen auf der südlichen Halbkugel häufig grundverschieden aus. Mit dem Begriff »Boden« wird hier etwas ganz anderes in Verbindung gebracht: Großgrundbesitz, Armut, Hunger, Klassenkampf.

In Brasilien etwa, einem Land, das mit einer Fläche von über 8,5 Millionen Quadratkilometern beinahe kontinentale Ausmaße besitzt, werden die sozialen Konflikte im Agrarwesen besonders offen ausgetragen. Hunderttausende von landlosen Bauern stehen nur einigen wenigen Oligarchen gegenüber. Die Bevölkerung hat sich immer besser organisiert, die stärkste der über ein Dutzend Landlosenorganisationen nennt sich MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra / Bewegung der Agrararbeiter ohne Land).

Es lohnt sich, diese Organisation genauer zu studieren. Nicht nur, daß sich aus den Aktivitäten der MST vieles über soziale Kämpfe in Lateinamerika und den Strukturen lernen läßt, an denen sich diese Konflikte entfachen. Die möglichen Lehren gehen weit über eine öde Geschichtsstunde hinaus. Erstens: Die MST ist eine marxistische Massenorganisation, die mehr als eine Million Menschen organisiert. Die Landlosen stellen zur Zeit weltweit vielleicht die einzige Massenbewegung dar, die sich positiv auf die Diktatur des Proletariats bezieht. Zweitens: Während der Rest der Welt affirmativ die neue sozialdemokratische Regierung Lula abfeiert, hat die MST ihren Konfrontationskurs mit der neuen Administration in den vergangenen Monaten verschärft. Die Bilder von den Landlosen mit den roten Hemden flackern in Brasilien nun beinahe jeden Tag über die Mattscheibe. Und zuletzt: Die MST hat eine ernstzunehmende Strategie zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzubieten.

Der Weg in die Abhängigkeit

Brasiliens Ökonomie ist seit Jahrhunderten durch eine besondere Form des Agrarkapitalismus geprägt: das Latifundium. Es hat sich im Zuge eines langwierigen historischen Prozesses herausgebildet. Im Jahr 1500 startete die Eroberung des Landes durch die portugiesischen Kolonisatoren. Sie raubten der indigenen Bevölkerung große Landflächen und privatisierten sie. Als die napoleonischen Armeen Portugal 1807 besetzten, floh König Don Jo□o mit seinem Hofstaat nach Rio de Janeiro. Die portugiesische Dynastie überlebte auf diese Weise den Krieg; Brasilien war zeitweilig Zentrum des Kolonialreichs. Doch das vom Krieg gebeutelte portugiesische Imperium geriet immer stärker in Abhängigkeit von England. Die Unabhängigkeit Brasiliens im Jahr 1822 und die Ausrufung der Republik (1889) änderten wenig an diesem Zustand. Als die Engländer als Hegemonialmacht um die Jahrhundertwende schließlich ausgedient hatten, übernahmen die USA den Job. Auch die EU steuerte ihren Beitrag zu »Freedom and Democracy« bei und investierte seit der Epoche der Militärdiktatur (1964-84) massiv in das Land am Amazonas.

Die direkten Folge der imperialistischen Beherrschung sind offensichtlich. Der brasilianische Kapitalismus blieb von der ökonomischen Konjunktur der westlichen Metropolen abhängig. Die nachholende industrielle Entwicklung seit den 30er Jahren folgte der Kapitalakkumulation der dortigen Zentren. Die brasilianischen Kapitalisten sträubten sich gegen eine Agrarreform, die Vorraussetzung für eine »erfolgreiche« kapitalistische Entwicklung. Infolgedessen blieben die großen Latifundien erhalten und transformierten sich im 20. Jahrhundert in hochproduktive Zentren des Agrobusiness. Die Bevölkerung sieht wenig von den dort produzierten Reichtümern. Es wird heute weiterhin für den Export in die kapitalistischen Metropolen produziert. Millionen von Menschen in Brasilien hungern, und trotzdem liegen riesige landwirtschaftlich nutzbare Flächen einfach brach. Es gilt in der brasilianischen Bourgeoisie als schick, Land zu besitzen und es nicht zu nutzen.

Die Bewegung der Landlosen

Daraus resultiert die Strategie der MST. Landlose Bauern, Agrararbeiter und Tagelöhner haben ab den frühen 80er Jahren im Süden Brasiliens immer heftigere Kämpfe um Boden ausgefochten. Im Rahmen dieser Konflikte entstand im Januar 1984 die MST. Die Bewegung wuchs in den Folgejahren, begann sich straffer zu organisieren, breitete sich über das ganze Land aus, theoretisierte ihre Erfahrungen und wurde zu einer Bedrohung der brasilianischen Oligarchie.

Das Vorgehen der Organisation ist recht simpel: Die Landlosen besetzen eine unbewirtschaftete Fläche, kultivieren diese in Windeseile und bauen eine erste Infrastruktur auf. Meist kommt es zu Konfrontationen mit der Polizei – oft schon endeten diese in blutigen Massakern. Dennoch lehnt die MST den bewaffneten Kampf ab und versucht statt dessen eine Legalisierung der Besetzung zu erreichen. Wenn die Landes- bzw. Provinzregierung progressiv ist, schreckt sie meist vor gewalttätigen Auseinandersetzungen zurück. Manch eine Administration der Arbeiterpartei PT schickte statt staatlicher Schlägertrupps Ärzte in das Camp. Nach der Legalisierung der Okkupation verwandelt sich die Zeltstadt (acampamento) in eine feste Siedlung (assentamento). Die MST baut eine Schule und Häuser, organisiert Strom und medizinische Versorgung. Die Kommune wird genossenschaftlich bewirtschaftet, es existiert kein Privateigentum an Produktionsmitteln. Agrarprodukte werden auf lokalen Märkten verkauft, der Großteil des Gewinns geht an die Organisation. Die MST hat inzwischen ein eigenes Bildungssystem aufgebaut und finanziert sogar Stipendien für Medizinstudien im Ausland.

Die Größe der Siedlungen schwankt zwischen einigen Dutzend Familien und Ortschaften mit mehr als 10.000 Menschen. Die schätzungsweise 500 Landlosencamps und mehr als 1.500 festen Siedlungen gehören mittlerweile in 23 der 26 brasilianischen Bundesstaaten zum Alltag – nur ins Amazonasgebiet ist die Bauernbewegung bisher nicht vorgedrungen. Die Zentren der MST liegen im fruchtbaren Süden Brasiliens (Rio Grande do Sul, Santa Catarina, Paraná) und in der von extrem ungleicher Landverteilung geprägten Sertão-Steppe (Pernambuco, Bahia, Ceará) im Nordosten des Landes.

Die interne Organisationsstruktur und ideologische Orientierung der »sem terra« mutet einerseits wie die einer leninistische Kaderpartei an, ist aber andererseits stark maoistisch beeinflußt. Jede Person arbeitet zwei bis drei Tage in der Woche als Landarbeiter im Kollektiv und muß sich gleichzeitig in einem der Arbeitssektoren (Bildung, Medizin, Finanzen, politische Schulung, usw.) engagieren. Die Familien organisieren sich in »nucleos« (Basisgruppen), die Delegierte mit imperativem Mandat wählen und die Positionen der Basis weitergeben. Auf diese Weise bilden sich Campleitungen, Regional-, Landes- und Bundesvorstände. Alle fünf Jahre führt die MST eine Großveranstaltung mit Delegierten aus ganz Brasilien durch. Auf dieser Versammlung werden die politischen Entscheidungen für die nächsten Jahre getroffen. Es steht den Bewohnern der Siedlungen frei, diese zu verlassen.

Die Landlosen bilden gezielt Kader aus, die nach leninistischem Vorbild die Rolle einer politischen Avantgarde übernehmen. Die »militantes« werden in den Camps und Siedlungen gewählt und in den Schulungszentren der Landlosen ausgebildet. Dort lernen die zukünftigen politischen Aktivisten die Funktionsweise der Organisation kennen und werden über Kapitalismus und Klassenbewußtsein, Landbesetzungen, Imperialismustheorie, Kultur und politische Agitation informiert. Die Kinder werden in den Camps erzogen und geschult. Kein Wunder also, daß sich die Bewegung immer weiter radikalisiert: Die MST hat ihre Autonomie bewahrt, eigene »organische« Intellektuelle gebildet, viele Erfolge verbucht und vor allem eine Massenbasis.

Die ideologische Grundrichtung ist eindeutig definiert. Leninistische Einflüsse finden sich in der internen Struktur und im Revolutionskonzept: Die Organisation unterhält gute Beziehungen zum sozialistischen Gewerkschaftsverbund CUT und betrachtet sich als Vereinigung revolutionärer Bauern, die nur in Kooperation mit dem urbanen Proletariat den Kapitalismus bekämpfen kann. Die maoistische Beeinflussung spiegelt sich sowohl in der gesellschaftlichen Position der Landarbeiter als auch in ihrer politischen Strategie wieder.

Die Revolution soll vom Land an den Stadtrand getragen werden. Brasilien hat mit über 80 Prozent eine extrem hohe Urbanisierungsrate. Dieser Urbanisierungsprozeß wird von der MST als chaotisch begriffen, viele Menschen seien wegen des Mangels an Perspektiven vom Land in die Stadt gezogen. Die sozialen Probleme in den brasilianischen »favelas« (Armutsviertel) seien daher nur lösbar, wenn die Stadt ein stückweit »desurbanisiert« wird. Es werden daher Siedlungen in der Nähe von städtischen Ballungszentren aufgebaut, mit dem Angebot an die Slumbewohner, sich dort niederzulassen. Die Strategie geht auf: Die neuen Campbewohner sichern ihre Subsistenz und verändern ihren Lebensstil. Die weitergehende Zielsetzung ist klar. Es sollen kleinere urbane Zentren gebildet werden, die sich mittels guter technologischer Ausstattung eigenständig erhalten können.

Der neu-alte Feind

Die Wahl der sozialdemokratischen Regierung Lula im Oktober 2002 hat keineswegs zur Demobilisierung der Bewegung geführt. Im Gegenteil. Die MST weigert sich, ihr Programm der Regierungspolitik unterzuordnen. Zwar schränkte die Organisation vor der Wahl zunächst ihre Mobilisierungen ein. Seitdem Lula jedoch im Amt ist, hat sich die Zahl der Landbesetzungen verdoppelt. Die Regierung hat eine Kommission einberufen, die einen Plan zur Landreform ausarbeitet. Darin ist auch die MST vertreten. Dennoch soll der Druck von unten aufrechterhalten bleiben. João Paulo Rodrigues, einer der führenden Aktivisten der MST beschrieb die Beziehung der MST zur Regierung so: »Lula ist ein Referenzpunkt für unseren Kampf, aber seine Regierung ist dubios, der Feind ist nun getarnt.«

Die neue Offensive hat zu massiver Repression geführt. Da auf nationaler Ebene derzeit weder ein Pinochet noch ein Strössner zur Verfügung steht, hat die Landoligarchie begonnen, eigene, paramilitärische Schutztruppen aufzubauen.

Darüber hinaus gehen die Gouverneure der Bundesstaaten nun hart gegen die MST vor. Die Polizei ist »Landessache«; im Bundesstaat São Paulo etwa nahm die Militärpolizei führende Kader der MST fest. Die nationale Mitte-Links-Koalition tut wenig dagegen, beschwört den sozialen Frieden und beteuert ihren Willen zur Agrarreform.

Die MST hat diese Repression keineswegs zurückgeworfen. Eine neue Generation von »militantes« ist in die Führungsspitze der Organisation aufgerückt. Sie sind teilweise in den Camps der Bewegung aufgewachsen. Ihre Eltern wollten meist lediglich ein Stück Land. Die jungen Aktivisten propagieren indessen offen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – nach sowjetischem oder kubanischem Vorbild.

Stefan Schmalz schrieb in KONKRET 10/02 über den Guerilla-Krieg in Kolumbien

Konkret 11/03, S. 42

Peter Köhler

Kunst & Gewerbe

Auf den Moshammer gekommen

*Von wegen, die neuen Medien verdrängen das Buch. »Zum Buche drängt, am Buche hängt doch alles. Ach wir armen Leser!« möchte man vielmehr fast goethesk seufzen angesichts des Umstands, daß nach dem Friseur Udo Waltz, dem Schlagerstar Dieter Bohlen und dem Fußballer Stefan Effenberg nun der Schneider Wolfgang Joop ein Buch geschrieben hat (*Im Wolfspelz, *Eichborn). Daß es gar nicht sein erstes ist, sondern mindestens schon das dritte nach dem Kochbuch* Hectic Cuisine *(1999) und dem ausdrücklich als »Geschenkbüchlein« apostrophierten Geschenkbüchlein* Das kleine Herz *(2001), legt einem erst recht nahe, seinen Anspruch niedrig zu halten. Und weil das Buch tatsächlich in der Luxuswelt des Mode-Jet-Sets spielt, möchte man seine Erwartungen fürwahr so tief hängen, daß man mit den Füßen drauftreten kann – nur um bei der Lektüre über jene überraschenden Stellen zu stolpern, die von Humor und Gespür fürs Groteske zeugen, zum Beispiel: »Im Traum war er ein Stück Vollkornbrot gewesen. Er lag auf einem Teller und wollte das Glas Wasser heiraten, das neben ihm stand.«*

Joops Buch, das als Autobiographie beginnt und dann, ob Kunstgriff oder Konstruktionsfehler, von der Kindheit des 1944 in Potsdam Geborenen behend in einen Roman über das New York von 1996 überlenkt, wirkt zwar mitunter wie mit der knallwarmen Nadel gestrickt oder zusammengelötet o.ä. Aber es ist keineswegs so oberflächlich und dekadent wie das Leben der Modemacher, das es schildert. Allerdings: Daß dieses Highlife einer Schickeria, die auf Partys, in Bars und Clubs Drogen, Sex und Small talk konsumiert und sich wahlweise »extra cool« oder exaltiert geriert – daß diese Leute eigentlich arme Würstchen sind, dürfte sich der kleine Moritz ähnlich schon gedacht haben; dazu muß er bloß RTL 2 glotzen. Auch daß es in dieser Welt des schönen Scheins mit der Liebe Essig ist, dürfte niemanden überraschen. Daß aber die narzißtische Jagd nach ihr, die das innere Thema von Im Wolfspelz *ist, den Erzähler, der sich neckisch »Wolf« nennt, am Ende buchstäblich auf den Hund kommen läßt, ist immerhin eine Pointe, auch wenn sie, wohl unbeabsichtigt, den Joop zum Moshammer macht.*

So flach wie die Welt, die sie schildert, ist Joops »Autofiktion«, wie er selbst das Werk nennt, jedenfalls nicht, wenn auch ihre Tiefe trügerisch ist. Zwar kommen auf dem Laufsteg dieser Prosa immer wieder schöne Sätze angewackelt, die z. B. den Zeitgeist überzeugend zur Schau stellen (»Alle geben sich neoliberal, und es geht nicht mehr um ein Kunstwerk, an dem alle arbeiten, sondern um Ausbeutung, an der jeder beteiligt sein will«). Doch ist das Buch andererseits mit Zitaten aus Literatur, Pop und Psalter geradezu aufgebrezelt und mit Bedeutung demonstrativ aufgepetert, es wird poetisch hochgestapelt (»Um über die Wolken und unter die Sterne zu kommen, mußte Wolf in ein Flugzeug steigen«) und aber auch kritisch nachgefragt (»Und sind die Menschen hier, im Land der angeblich unbegrenzten Möglichkeiten, wirklich fröhlich?«), worauf man zum Schluß nur antworten kann, daß im Zuge der kapitalistisch-belletristischen Allesverwurstung Sinn und Schönheit anscheinend zu beliebig verwendbaren Accessoires auch in der Literatur geworden sind.

Konkret 11/03, S. 42

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Es reicht

Die Blödheit bräst in einem fort, und alles Elend, soweit es die Kultur betrifft, kulminiert in einem Kopf, in Christoph Schlingensief.

Seit Jahren »reizt« er, urteilt der berufene Mitteldeutsche Rundfunk, »die Möglichkeiten medialer Provokation genial aus«. Er tut das auf dem Theater, auf der Straße, im Fernsehen (Talkshow) und im Film. In letzterem Genre hatte dies bislang u. a. die Produktionen »100 Jahre Adolf Hitler«, »Terror 2000« und »Die 120 Tage von Bottrop« zur Folge; auf der Bühne »100 Jahre CDU – Spiel ohne Grenzen«, »Rocky Dutschke«, »68 und Passion impossible – 7 Tage Notruf für Deutschland«; im Fernsehen »Talk 2000« (RTL) und, als »Aktion«, »U-3000« (MTV); auf der Straße die Partei »Chance 2000«, das 97er »Documenta«-Happening »Mein Fett, mein Filz, mein Hase – 48 Stunden Überleben für Deutschland« oder, in Wien, eine »Big-Bother«-Travestie mit Asylanten. Alles also sehr lustig, sehr aktuell, sehr kritisch und vor allem sehr zahlenmanisch. Eine Autogrammadresse hat er auch, der Schlingensief.

Die Meise, die er hat, ist allerdings so groß, daß man ihr im Grunde keine nähere Beachtung mehr zu schenken braucht. Wer möchte schon aus einer Mücke, die um Scheinwerfer und Kameras irrlichtert, einen edlen Elefanten machen. Manches, was man der Welt als »Kultur« aufbürdet, ist schlicht zu unwürdig, um abgewatscht, geschweige denn angeschaut zu werden.

Im September hat Schlingensief, auf dessen pfauenhafter Homepage in Erfahrung zu bringen ist, daß er sich z. B. mit dem z. Zt. zweitgrößten Kunstgauner Gunther von Hagens (c/o »Körperwelten«) trifft, jedoch im Zuge seines jüngsten Pro-domo-PR-Gags, eines frühchristlich inspirierten Pfahlsitzens und Betmarsches für oder gegen die Angst oder den Terror (Titel des Unternehmens: »Church of Fear«), auf der Frankfurter Hauptwache ein paar Sätze emittiert, die dem nächstjährigen Bayreuther »Parsifal«-Regisseur das jetzt unanfechtbare Zeugnis fugendichten Wagnerschen Wahns ausstellen.

»Hohepriester, Guru, Moderator« (»FAZ.net«), »Nomade, Egomane und Schamane« (»FR«): Das alles soll »Hamlet Schlingensief« (»Taz«) sein. Und mag sein Pfahlsitzen, das er bereits auf der Kunstbiennale in Venedig und in Kathmandu inszenieren ließ, auch zur, jubelte die »FAZ«, Erneuerung religiöser Besinnung führen; wenn einer auf der Hauptwache unter seinen arbeitslosen Pfahlsitzern durchs Mikrophon brabbelt: »Harry Potter ist schwer zu übersetzen, weil das Wort ›Zauber‹ im Deutschen so platt ist. Hitler verzaubert uns, Goebbels verzaubert uns, Himmler verzaubert die Juden« – dann muß er dafür tatsächlich sogar noch Kohle von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Kulturstiftung des Bundes einstreichen.

1.000 Jahre Schlingensief – es langt, es reicht. Stopfe ihm jemand das damische Maul.

Prominente Momente

Irgendwann hat es bei ihnen »Wumm!«, »Zisch!« oder »Knack!« gemacht, und deshalb hat sie die Öffentlichkeit am Hals: dreiunddreißig Prominente, die der Journalistin Katrin Burseg »von dem Augenblick« erzählt haben, »der ihr Leben verändert hat«. Aus den Interviews ist ein »Buch« entstanden, ein Mosaik aus »Momentaufnahmen aus großen Karrieren – persönlich und hautnah« und so interessant wie ein Haufen Heu.

In *Der Moment* (Argon Verlag, Berlin 2003) werden wir vieler Sätze gewahr, und keiner dieser Sätze ist im engeren Sinne wahr. Burseg hat sie trotzdem aufgeschrieben. Denn einer Journalistin bereitet das Aufschreiben und halbwegs logische Aneinanderreihen von unwahren Sätzen keine Probleme. Im Grunde kann sie ja auch nichts anderes können. Deshalb ist z. B. über Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt zu lesen: »Der 65jährige hat sich eingeschossen auf die Schnittstelle von Wirtschaft und Politik, gilt als fairer, aber harter und energiegeladener Teamspieler im Kampf um den Wirtschaftsstandort Deutschland.« In diesem Satz sind etwa siebenundzwanzig Lügen enthalten. Oder Wahrheiten. Wie man mag.

Die tiefe Amoralität der Schaffer spiegelt natürlich bloß den ubiquitären Bedarf an kapitalistischen Role Models wieder. Jeder soll werden wollen wie die Leitbilder des uralten Neoliberalismus, wie die Scharfmacher oder die Schwätzer (N. Ruge, E. Hermann, H. Thoma, B. Schöneberger et al.), die den Rest des ökonomisierten Daseins der Markt- und Medienkretins verwalten.

Über Nina Ruge, die ehemalige Lehrerin, erfahren wir, daß ihr eine Abiturfeier eingab, Fernsehstar zu werden. »Es spaziert ihr viel durch den Kopf in dieser Feierstunde«, schreibt Burseg. Wie viel, das sieht man beinahe täglich. Schwerer hatte es

H. Karasek: »Schwer ist auch die Nachkriegszeit: Die Familie wird von den Polen nach Bernburg an der Saale in die russische Zone vertrieben.« Leider, dürfen wir behaupten.

D. Hundt, der »überzeugte Aufräumer«, bezeichnet sich retrospektiv als einen, der »richtig scharf darauf (gewesen) ist, früh berufstätig zu werden«. Das verbindet ihn mit Dieter Gorny, für den die »Neugierde« die »Klammer für einen Lebensweg zwischen Kunst und Konsum, Botschaft und Boulevard« ist. Das ist großartig und noch eine Deutung wert: »Das Leitmotiv des vielstimmigen Lebensentwurfes liegt für den Kreativen ganz klar in der Musik und nicht im Streben nach Macht begründet.« Zählen Sie die Lügen diesmal selbst.

Hundertzwanzig Jahre alt ist der Begriff der »Lebenslüge«, den Ibsens *Wildente* dem Bürgertum anheftete und von dem es nichts mehr weiß. Irgendwann, in nicht allzu ferner Zukunft, werden in den Buchhandlungen nur noch Bücher wie *Der Moment* ausliegen. Das wird der Moment sein, in dem das Werk der herrschenden Klasse vollendet sein wird.

Konkret 11/03, S. 43

Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe

Adorno im Bild

Nach seinem etwas rätselhaften Tod in den Pyrenäen stieg Walter Benjamin zur Ikone der Linken auf, und was über ihn geschrieben worden ist, hat vielfach mehr mit Heiligenverehrung und Götzendienst zu tun als mit dem knoblauchscharfen, zersetzenden Geist, der Benjamin und die Gründerväter der Frankfurter Schule erfüllte. Heerscharen von Leichenbeschauern haben sich ausgemährt über das Flanieren, die Flanerie und den Flaneur im Paris des 19. Jahrhunderts, doch fast niemand hat etwas herausgefunden, was nicht zuvor schon Walter Benjamin herausgefunden hatte.

Ähnlich verfahren auch die Nachbeter Adornos, der nach Benjamin als Zweiter auf dem Siegertreppchen der populärsten linken Philosophen des 20. Jahrhunderts zur ewigen Ruhe gekommen ist. Den »universalen Verblendungszusammenhang«, das Mantra der Kritischen Theorie, hat beispielsweise Detlev Claussen sicherlich schon tausendmal zitiert und dennoch niemals auf sein eigenes Haupt den Glanz und die Größe Adornos herabbeschwören können. Mit einer Band namens Universaler Verblendungszusammenhang wäre Claussen in den Siebzigern möglicherweise in die Charts gelangt. Im Licht des 21. Jahrhunderts sieht die abgestandene Phrase vom »universalen Verblendungszusammenhang« wie ein entwertetes Ticket vom Monterey-Pop-Festival aus.

Zu Adornos 100. Geburtstag sind in diesem Jahr zahlreiche Bücher erschienen, darunter auch drei sehr aufwendig und liebevoll gestaltete Bildbiographien, die man ohne Schmähung als Artikel aus dem seriösen Adorno-Fanshop qualifizieren kann: *Theodor W. Adorno. Kindheit in Amorbach. Bilder und Erinnerungen* (Hg.: Reinhard Pabst, Insel Verlag), *Adorno in Frankfurt. Ein Kaleidoskop mit Texten und Bildern.* (Hg.: Wolfram Schütte, Suhrkamp) und *Adorno. Eine Bildmonographie* (Hg.: Theodor W. Adorno Archiv, Suhrkamp). Detlev Claussens Chancen, irgendwann einmal in den Genuß solchen Nachruhms zu gelangen, stehen leider schlecht, selbst wenn er noch dreitausendmal den »universalen Verblendungszusammenhang« verflucht. Woran liegt das?

Eine Deutung bot 1987 Eckhard Henscheid an: »Es faszinierte an Adorno, mehr noch als an Horkheimer, die Legierung einer zumindest dem Anschein nach rigid-radikalen Denkattitüde mit dem Kindchen-Schema: ein Baby mit noch kahlem Kopf auf pummeligem Körper ...« Belege, die für diese Deutung sprechen, lassen sich in den Geburtstagsbildbänden in überwältigend großer Zahl finden. Am niedlichsten ist das Faschingsfestfoto, zu sehen auf Seite 236 in der Bildmonographie des Theodor W. Adorno Archivs: Da steht Adorno mit Pelzmütze und angeklebtem Schnurrbart sichtlich angeregt zwischen zwei blutjungen Schönheiten – die eine hat den Philosophen untergehakt, die andere hält er umfangen. Schon die kleinste Freundlichkeit gegenüber den Menschen verewige doch nur ihr Leiden, weil es ihnen Illusionen über das richtige Leben im falschen eingebe, hatte Adorno verkündet, und es spricht für ihn, daß ihm die eigene, unendlich bittere moralische Gebrauchsanwendung seiner Philosophie für den Alltag gänzlich schnurz war, wenn ein Faschingsfest auf dem Programm stand.

Gerhard Henschel

Nachtrag zur Besprechung von Sönke Wortmanns Film »Das Wunder von Bern« in KONKRET 10/03:

»Kulturspiegel«: Wie lief die Vorführung bei Bundeskanzler Schröder, der das Werk als einer der Ersten sehen durfte?

*Wortmann: ... Der Bundeskanzler hat dreimal geweint ... Echte Bundeskanzlertränen. Was mich jetzt nicht so wundert, weil ich ihn schon für einen emotionalen Menschen halte. Gerhard Schröder war 1954 zehn Jahre alt, fast so alt wie Louis (*Klamroth, Sohn des Hauptdarstellers Peter Lohmeyer, der im Film den Sohn eines Kriegsheimkehrers spielt*). Er kann die Aufstellung der Deutschen bis heute auswendig.*

Lohmeyer: Ich glaube, er identifiziert sich mit meinem Sohn, der Bundeskanzler. Im Grunde erzählt »Das Wunder von Bern« auch Schröders Geschichte. (»Kulturspiegel« 10/03).

Mit dem Unterschied, daß Schröders Vater von seinem Out-of-Area-Einsatz als Wehrmachtssoldat nicht zurückkehrte.

Konkret 11/03, S. 45

Bazon Brock

Kinderkramkunst

Kultur-Kolumne

Wer in den sechziger Jahren der Sachbeschädigung bezichtigt wurde oder des groben Unfugs, versuchte Kunstexperten aufzubieten, die vor Gericht jene in Frage stehenden Aktionen des Beschuldigten als künstlerische im Sinne des zeitgenössischen Aktionismus darstellten; Kunst aber werde nicht im Gericht, sondern in der Galerie oder dem Museum verhandelt, denn das Grundgesetz garantiere die Kunstfreiheit – und das Grundgesetz wolle man ja wohl nicht in Frage stellen.

Daß auch Brandspuren Kunstanspruch signalisieren können, sei etwa durch Yves Klein, Otto Piene oder Joseph Beuys belegbar: Erstere hätten Ende der fünfziger Jahre mit Flammenwerfern Bildwerke geschaffen; letzterer nutze eine vom Brand attackierte Tür als auffälligen Bestandteil eines Werkes. Und die Reste der von Tinguely und Arman gesprengten Objekte würden bereits in Museen gezeigt. Also könne man doch die Brandanschläge von Baader und Co. als Kunst durchgehen lassen, zumal Baaders Popstar-Attitüden auf die Nähe von Anarchismus und Kunst beziehungsweise von ästhetischem Terrorismus und politisch-sozial motiviertem Terrorismus verwiesen.

Es mag die Erinnerung an solche Rechtfertigungsversuche der sechziger Jahre die Absicht gestützt haben, die Geschichte der RAF ausgerechnet im Berliner »Kunstwerke«-Gebäude zu präsentieren. Als Aktionskunstwerk? Am Beispiel von Kunstwerken und ihres Appells zum ästhetischen Terrorismus? Durch Kunstwerke, deren Sujets die RAF assoziieren lassen? Oder vielleicht durch Darstellung eines zentralen Theorems der Moderne: der zu erzwingenden Einheit von Kunst und Leben?

Aber derartige Erinnerungen hätten auch signalisiert, daß der Hinweis auf die Kunstfreiheit nur ein Vorwand gewesen ist. Es würde die Intelligenz der »Kunstwerke«-Kuratoren und ihrer Klientel beleidigen, ließen sie nicht erkennen, daß sie ganz systemfromm das Märchen von der Kunstautonomie nutzen, um Gelder für ihre Aktivitäten einzuwerben und allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen durch Anwendung der effektvollsten Künstlerstrategie: mit dem Pathos von Kulturheroen zu verkünden, die Grenze zwischen Kunst und Leben sei endlich eingerissen, um sich dann aber selbstgefällig hinter der Kunstautonomie zu verschanzen, wenn das Leben zurückschlägt.

Nur in augenzwinkerndem Einverständnis mit dieser Strategie läßt sich akzeptieren, daß der »wissenschaftliche Berater« der Ausstellung, Wolfgang Kraushaar, behauptet: »Die künstlerische wie die zeithistorische Darstellung dürfen aber auf keinen Fall zum Spielball politischer Interessen – sei es des Staates, der Parteien oder sich anbietender Dritter – werden, aber auch nicht zum Definitionsobjekt von Angehörigen der RAF-Opfer ... Dabei darf sie (die Darstellung) allerdings auch nicht den Fehler begehen, jene, die in den Terrorismus involviert waren und sich von ihm distanziert haben, auf die Kriminalität ihrer Taten zu reduzieren und sie im nachhinein weiter auszugrenzen.«

Bei solchen Formulierungen bestätigt sich die konzedierte Intelligenz als Fähigkeit, politisch effektvoll Phrasen zu dreschen. Als gelte nicht grundsätzlich für jeden Straftäter, daß man ihn nicht als Unmenschen betrachten und deshalb aus der Gesellschaft ausgrenzen darf. Daß künstlerische wie zeithistorische Darstellungen gerade auch dann Interessen ihrer Autoren bekunden, wenn diese interesselose Sachlichkeit für sich in Anspruch nehmen, gehört zum Grundverständnis jeder Auseinandersetzung unter Demokraten. Allerdings gewährt die Kunst-Autonomie dem Kunstschaffen keinen höheren ontologischen Status als jedem anderen Herstellen von Artefakten.

Wenn die Ausstellungskuratoren und ihr Berater Kraushaar beklagen, daß die Ausstellung »längst zu ihrem Schaden zum Politikum geworden ist«, entkernen sie die RAF zur Ruine des ästhetischen Scheins. Denn für die RAF ging es gerade um Wirkungen, die sie in politischen, sozialen und ökonomischen Bereichen zu erzielen versuchten. Sie wollten weiß Gott zum Politikum werden. Wenn genau das von den Kuratoren vermieden wird oder wenn sie es weit von sich weisen, ein solches Politikum durch die Ausstellung fördern zu wollen, zeigen sie sich zum einen als nicht sachkundig und zum anderen als nicht lernwillig.

Denn die RAF ist längst nicht untergegangen und ein Teil der deutschen Geschichte geworden, wie Kraushaar behauptet. Offenbar versteht er unter Geschichte alles, was keine Wirksamkeit mehr hat, also mausetot ist. Warum aber sollte man sich dann damit beschäftigen? Welches Interesse könnte eine Vergangenheit finden, die tatsächlich vergangen wäre? Diesem kuriosen Geschichtsverständnis eines Historikers und Politikwissenschaftlers entspricht die ebenso formelhaft runtergeleierte Kennzeichnung der Mittel, mit denen sich dieses Geschichtsverständnis in Ausstellungen manifestieren soll; Kraushaar besteht darauf, »daß die historischen wie die künstlerischen Exponate möglichst autonom sind, in ihrer Souveränität für sich stehen, und daß die räumliche Beziehung der Objekte zueinander keinem simplem Wiederspiegelungssystem gehorchen dürfen«.

Heiliger Simplizius! Jetzt sind auch noch die historischen und nicht nur die künstlerischen Exponate autonom, also nicht nur Gerhard Richters Malereien, die sich durch das Sujet Stammheim mordsmäßig bedeutsam geben; sondern auch Schriftstücke, Sonnenbrillen und Matratzengrüfte, die als historische Exponate der RAF-Geschichte »in ihrer Souveränität für sich stehen sollen«. Das wäre in der Tat die Erfindung eines Stehvermögens, wie es die Alpengipfel demonstrieren. Ist das zur Entlastung demonstrierte Naivität? Oder opportunistisches Nach-dem-Munde-Reden eines Kurators, der sich mit den Kritikern gutstellen will – mit Feuilletonschreibern, deren vernichtende Kritik an Themenausstellungen stets lautet, man habe die Kunstwerke als Illustration zum Thema mißbraucht und den Exponaten ihre Souveränität geraubt, indem man sie mit anderen in räumliche Nähe brachte?

Für eine heutige RAF-Untersuchung wäre es unumgänglich, nachdrücklich zu fragen, wie die Kunst die Autonomieanmaßung vereinnahmt oder wie der Maler Richter die Fotos aus dem Stammheimer Gefängnis nach dem Selbstmord der RAF-Protagonisten für seine Zwecke mißbraucht hat. Für mich jedenfalls ist bis heute die widerwärtigste Art und Weise, in der man sich öffentlich auf die RAF einließ, jene Bilderserie von Richter, die in Vorstandsetagen einer Bank oder im Allerheiligsten eines Kunstmuseums wie in einem Sakralraum für Atheisten präsentiert wird. Diese weltweit als herausragende deutsche Künstlerleistung vorgezeigte Lumperei hat mein sittliches Empfinden mindestens so verletzt, wie Zwickauer Politfunktionäre sich durch Meeses Ausrisse aus Pornoheftchen verletzt fühlen. Sie machen handfest Randale und schließen die Öffentlichkeit aus; ich bringe die Richtersche Polit-Pornographie, soweit ich kann, in die öffentliche Diskussion.

Wie wünschenswert wäre es, in einer RAF-Ausstellung Richters Zyklus eben als Polit-Pornographie endlich zu diskutieren und viele andere verwegene Beziehungen von Künstlern auf die RAF bestenfalls als Gemütskitsch linker oder rechter Kampfbünde zu erkennen. Aber den Kuratoren, so Kraushaar, geht es darum, Herren zu werden. »Nur wer sich mit den Mythen auseinandersetzt, anstatt den Blick auf sie zu versperren, der hat auch eine Chance, ihrer Herr zu werden«, also Herr des Mythos von der autonomen Kunst oder sogar von der Souveränität der historischen Exponate, die keinerlei thematischen Zusammenhang mit realen Ereignissen mehr haben sollen. Wir sind also in einem grünroten Wilhelminismus gelandet, und die Kuratoren der »Kunstwerke« werden zu Zeremonienmeistern des pompes funebres der RAF, »die längst untergegangen« sei, bloß noch tote Geschichte, derer man Herr werden kann.

Konkret 11/03, S. 46

Georg Seeßlen

Painting under the influence

Bloß nichts unkommentiert lassen! Die Frankfurter Schirn zeigt die »visuelle Kultur der Stalinzeit«.

Der gütige Stalin, der mit sanftem Lächeln der Kolchos-Bäuerin aufhilft oder am Totenbett des Dichters Maxim Gorki Wache hält. Massenaufmärsche, Fahnen, sportliche, ein wenig, hm: robuste Körper, Flugzeuge, Panzer, Automobile, gigantische Gebäude, Meisterwerke technologisch verschärfter Zuckerbäckerei in Renaissance-Perspektive, glückliches Volk in einer freundlich maschinisierten Landwirtschaft, und immer wieder: das Rot. Dieses alles übertrumpfende Rot.

Es ist stalinistische Malerei, propagandistische Ikonographie mit so einfachen wie unerträglichen Vorgaben, die schnellste Verbindung von Kitsch und Terror jenseits der faschistischen Ästhetik. Viel gesehen haben wir bis jetzt nicht davon, aber ein festes Bild doch erworben, das sich aus drei Wissenselementen zusammensetzt: Die Kunst des Stalinismus kann man nicht betrachten, ohne die Gulags mitzudenken, die produzierten Hungersnöte, die Umsiedlungen, die Schauprozesse – der fabrizierte Traum ist die andere Seite des Terrors. Und da ist zum zweiten die vom Kurator der Ausstellung, Boris Groys, einst so überzeugend entwickelte Vorstellung vom »Gesamtkunstwerk Stalin«. Jeder Pinselstrich müßte da auf den Diktator bezogen sein, jeder Zentimeter im »Raum« zwischen dem »Väterchen« und seinem Volk, jeder Lichteinfall von der falschen Seite, jedes Dekorationsstück dient der Definition seiner Herrschaft und kann doch auch als subversiver Verstoß angesehen werden. Diese Rauschbilder sind immer auch Angstbilder – die Projektion eines Volkes, das sich in Stalin ein anbetungswürdiges Medium schafft, das dem eigenen Leben Sinn gibt. Painting under the influence. Und da ist zum dritten die merkwürdige Nähe der seriellen Bilder zu dem, was wir im doppelten Sinne als Pop bezeichnen, nämlich populäre Kultur, Comic, Film, Design, Werbung auf der einen Seite und Pop Art als künstlerischer Reflex darauf.

Drei Wege zu diesen Bildern von glücklichen Menschen in einem Kommunismus, der aus Partei und Elektrifizierung entsteht, zu Bildern von Führern, die sich aufopfernd und freundlich um das Volk bemühen, von Architekturen, die den öffentlichen Raum glanzvoll inszenieren, von Menschen, die noch in der »Privatheit«, in der Körper-Idylle am Strand, vom Ideal durchdrungen sind. Drei Wege, die man beim besten Willen nicht gleichzeitig gehen kann. Darum, so hat man den Eindruck, sieht man Menschen in dieser Ausstellung um Bilder »schleichen« wie kaum je zuvor.

Manchmal sind die Gesprächsbrocken, Belehrungen und Dummheiten der Besucher ebenso aufschlußreich wie die mehr oder weniger intelligente Textproduktion, mit der man eine solche Ausstellung begleitet. Bloß nichts unkommentiert lassen! So wie wir gewisse Filme im Fernsehen nur zu sehen bekommen, wenn dafür gesorgt ist, daß vorher eine strenge Unterweisung stattfindet und im Anschluß eine Expertenrunde folgt, so bekommen wir eine Ausstellung über die Massenkultur des Stalinismus nur mit Kommentar-Flyern und einem Führungstext, der, wie ironisch!, in Format und Design an gewisse amtliche Dokumente erinnert, ein Unparteibüchlein vielleicht. Und doch sind die geheimen und dann doch wieder nicht so geheimen Botschaften, das Blasphemische wie das Ideologische, nicht endgültig zu kontrollieren. Symbolwelten geraten außer Kontrolle, das muß man befürchten, wozu sonst die Aufregung? Aber während an jeder Straßenecke ein Faschist auf die Wiederkehr seines Codes wartet, ist die Anzahl wahrer Stalinisten, die in der »Traumfabrik Kommunismus« feuchte Augen bekommen, eher gering. Es dominieren die, die mit gefestigten Meinungen sich in die Raum-Inszenierung einer absurden historischen Heiligkeit begeben. Wahrscheinlich haben wir einfach schon zu viel im Kopf, um etwas wahrzunehmen, was nicht schon drin ist.

Da sieht man es wieder: Diese Massen, diese Fahnen, diese Führer! Genau wie bei Hitler. Eigentlich, nicht wahr, ist das purer Pop, Genuß der Oberfläche. Nicht viel anders als im demokratischen Westen, ein Entertainment, das die jeweils nächsten Modernisierungsschübe begleitet. Reklame, wenn auch nur mit einem einzigen Inhalt, in der gleichen Mischung aus Naivität und Raffinement, aus wahrem Wunsch und der Lüge der Erfüllung. Denn alle drei, nicht wahr, die faschistische Kunst der Antimoderne in Deutschland mitsamt der faschistischen Kunst des monumentalen Futurismus in Italien, die in den stalinistischen Pomp gewendete kommunistische Massenkunst und schließlich Werbung und Popular Culture der USA, haben neben ihren Differenzen in Auftrag und Absicht ihre strukturellen Verwandtschaften. Nicht umsonst ist Boris Groys die Idee zu diesem Projekt bei einer Reise nach Moskau gekommen, wo er an der Straße vom Flugplatz in die Stadt zwei Arten von Reklametafeln sah: jene für westliche Waren, im Stil, den wir kennen, und die Bilder, die für russische Waren warben, die in Form und Farben so offensichtlich an den Sozialistischen Realismus der Stalin-Ära erinnern. Die Bezüge von Verwandtschaft und Differenz reichen also zugleich in die Vergangenheit und in die Gegenwart, und wenn man die Architektur-Bilder des Stalinismus betrachtet (ein Objekt der Kunst, bei dem die Phantasie ungehemmt wuchern durfte) und sie mit der »Psychotektur« in den neueren Comics und Filmen, mit den Projekten des Cyberpunk vergleicht, auch in die Zukunft. Und lächeln die Arbeiter und Bauern, Ingenieure und Ärztinnen nicht genauso falsch in die kommunistische Zukunft wie die Teilnehmer der Casting Show gestern abend in die Fernsehkamera?

Doch lohnt ein genauerer Blick. Die Ausstellung ist durchdacht und präzise; sie bietet kein Gemisch aus Exotismus, Nostalgie, Faszination des Grauens und unfreiwilliger Komik. Es sind nicht nur Themen und Funktionen geordnet, nicht

nur Material und Absicht: »Auf der Suche nach dem neuen Menschen«, »Symbole der sozialistischen Moderne«, »Rituale der Macht«, »Das glückliche Leben des einfachen Volkes«. Überdies läßt sich die Entwicklung der sowjetischen Avantgarde verfolgen, die die Projektion der Selbstdarstellung eines Menschen entwarf, der sich nur im richtigen Leben wähnen darf. Die Massenkultur des Stalinismus wollte nicht auf Utopie, sondern auf das Erreichte hinaus. Es ist gerade nicht, wie überall behauptet, ein Blick in die Zukunft. Nichts wird, alles ist. »Jetztzeit«. Die Gegenwart des Bildes hat die Zukunft gebannt; sie enthält das Kommende im Sinne des Vor-Bildes.

Die Soz-Art, die als »postmoderne« Reflexion dieser Bildwelt ironisch und dekonstruktiv vorgeht und dabei die Glücksversprechen und die fundamentalen Farb- und Kompositionsprinzipien des Sozialistischen Realismus benutzt, erscheint demgegenüber als eine Art nachgeholter Bewußtwerdung: Endlich wird der Fetisch als solcher sichtbar. Aber in ihr scheint es nun weder Zukunft noch Gegenwart zu geben. Nur das Traumreich selber ist übriggeblieben, in dem die Gespenster umgehen, das Vergangene und das, was nicht vergehen will. Der Weg von der Avantgarde über die kontrollierte Massenproduktion der stalinistischen Ästhetik und die gedämpfte Rhetorik der poststalinistischen Werbung bis hin zu den ironischen (und manchmal tieftraurigen) Reflexionen der Soz-Art macht deutlich, daß der stalinistische Code nicht vollständig aufgeht in seiner propagandistischen Absicht in einer bestimmten historischen Situation. Auch eine Traumfabrik braucht Rohstoff, und das Traumreich, das ihre Produkte errichten, ist nie vollständig identisch mit den Absatzplänen ihrer Direktoren.

Wie wird dieses Traumreich konstituiert? Von der Avantgarde übernimmt diese Bildwelt das Bewegliche, das Aufgeregte, das, wenn man so will, Tumultartige. Als sollte die Erinnerung an die Revolution nicht vollständig durch das Ornament von Masse und Herrschaft ersetzt werden. Denn selbst wo es um die Darstellung der Massen geht, sucht diese Kunst immer noch das Subjekt, das mit Inbrunst seinen Platz im Kollektiv einnimmt. Während im faschistischen Bild der Mensch in seiner völkischen Hybris zu seinem eigenen Denkmal wird, imitiert das Subjekt im stalinistischen Bild Bewegung und Geschichte: Man könnte wohl diesem Menschen, der so viel Zukünftigkeit, aber eben keine offene Zukunft hat, attestieren, daß er den Verlust der Utopie mit einer kontrollierten Hysterie beantwortet; er scheint zwar gefestigt, entschlossen und offensichtlich unbeirrbar, aber zugleich bricht ihm an allen Ecken und Enden eine Disharmonie durch, eine Bewegung, die dem Stolpern näher als dem Fortschreiten ist. Das macht: Dieser Mensch ist Geschichte, aber er hat keine; er hat einen Körper, aber er ist keiner.

Die erste Erklärung für solche malerische und kompositorisch unbewältigte Unruhe liegt gewiß in dem, was man »schlechte Kunst« nennen kann. Schlecht gemalt, schlecht komponiert, häufig von besonderer anatomischer Hilflosigkeit – je monumentaler und damit retrospektiver die Technik wird, desto mehr – ; schlecht aber oft auch im Sinne des Porträtierens. Stalin, so scheint es, wird dauernd von einem anderen Double dargestellt; manchmal ist die physiognomische Ähnlichkeit nur noch vage. Noch schlimmer ergeht es Lenin. Beim II. Kongreß der Komintern 1924 fertigt der Maler Isaak Brodski fieberhaft Skizzen von allen Delegierten an, Vorstudien für ein gigantisches Gemälde, das am Ende dann doch wie ein merkwürdiges Sammelsurium wirkt, Collage mehr als Darstellung des historischen Augenblicks, wie man es aus der Geschichte der bürgerlich-mythischen Kunst des 18. und 19. Jahrhunderts kennt, als solle Größe und Bedeutung dargestellt, zugleich aber das Erhabene vermieden werden (die historische Stunde als konkretes und nicht als mythisches Geschehen). Lenin jedenfalls meinte, als er die Skizze seines Porträts signieren sollte, dies sei das einzige Dokument in seinem Leben, das er unterzeichne, ohne mit ihm einverstanden zu sein.

Isaak Brodskis gewaltiges Gemälde ist vor allem ein Dokument des Übergangs und des künstlerischen Scheiterns. Noch will es Geschichte darstellen, Menschen und ihre Beziehungen, aber auch eine Art der kommunistischen Herrscher- und Repräsentanten-Kosmologie, Akkumulation der Helden. Doch das individuelle und das kollektive Ideal kommen nicht mehr zusammen (oder, im Sinne des stalinistischen Kitsches des folgenden Jahrzehnts: noch nicht), und so ist Lenin so seltsam verzeichnet und vermalt, weil er nicht mehr konkreter historischer Körper und noch nicht reines Sinnbild sein konnte.

Die Antwort auf alle diese Widersprüche ist: Rot. Die Strahlkraft dieses Rots liegt nicht nur in der Symbolik der erfüllten Utopie. Diese Farbe löst immer wieder Wahrnehmungsräusche aus, sie wirkt als Grund und als Droge (sie entzückt die Besucher in Frankfurt gleichsam auf Anhieb, mit dem Betreten des ersten Raumes). Aber auch das Weiß – ähnlich strahlend und ähnlich überwältigend »rein« wie das Rot überwältigend »leidenschaftlich« – , das Weiß, das aus dem Rot tritt, macht den Körper sexy und modern. Viele Gemälde dieser Zeit erzählen Geschichten von beinahe bürgerlichem Glück zwischen Natur und Technologie: Die Frau am Steuer eines Automobils, das sich durch eine belebte Moskauer Straße bewegt (Jurij Pimenow: »Das neue Moskau«), das junge Paar über der sonnendurchfluteten Stadt (Pjotr Wiljams: »Auf dem Balkon«) und immer wieder auch Stalin selbst (Alexander Gerassimow: »J. W. Stalin erstattet dem XVI. Kongreß der WKB Bericht«) repräsentieren das Weiß, das aus dem Rot tritt, wie eine legere Selbstbefreiung. Selbst die ikonographische Vorliebe für Matrosen-Sujets scheint hier eine Wurzel zu haben.

Das Verhältnis von Zeichen und Wirklichkeit verkehrt sich ins Gegenteil. Ist das Rot im allgemeinen Leben das Herausgehobene gegen den pastosen Alltag, der Blutstropfen oder die Signalleuchte, das Gewand des Herrschers, so ist es

nun an die Stelle des Wirklichen selbst getreten, während der pastose Alltag nur ein Wahrnehmungsrest bleibt: eine freilich von den Malern innig geliebte Textur von Wasser, Feldern, Pflaster und Erde. Ins Rot will man hinein, und es ist klar, wer einen dorthin führt. Stalin selbst, und seine Auflösung in der Technologie – als Panzer, Auto und Flugzeug. Der Stählerne und das Stählerne. So gebiert sich aus dem Rot das Weiß.

Neben den Tumult und das Rot/Weiß tritt als drittes die Fülle. Der Code wuchert und vervielfältigt sich, nie scheint ein Objekt oder eine Person isoliert genug, um von sich zu künden, um das Interesse des Betrachters auf sich selbst zu lenken. Überfülle droht, auch das kennen wir aus der bürgerlichen Kunst und ihren Weiterungen im »Kitsch«. An die Stelle des Reichtums der Erfahrung tritt dort der Reichtum der Akkumulation. Und wie in unserer Werbewelt sehen wir in einigen Bildern der Ausstellung, daß die Akkumulation der Zeichen im öffentlichen Raum das andere einer großen Leere ist.

Merkwürdig genug: Dort, wo die stalinistische Kunst das ungelenk Monumentale, diesen in Rot und Weiß aufgelösten Widerspruch zwischen Geschichte und Traum verläßt, bekommt sie sehr rasch einen Stich ins Obszöne. Im Schatten der alten Männer, die sich in einem Olymp der volkstümlichen Macht befinden, präsentieren sich gesunde, junge Körper in ihrer athletischen Nacktheit so stolz wie unterwürfig. Man kann sie sich nicht jenseits dieses Blicks vorstellen; und so hat auch dieser Körper keine andere Wahrheit als die seiner Bestimmung. Natürlich kann man damit einfach sein Vorurteil füttern: Nur schlechte Künstler lassen sich zu propagandistischen Künstlern formen. Aber merkwürdigerweise lassen sich die so offensichtlichen handwerklichen Unzulänglichkeiten in den interessanteren Bildern immer auf ihre Geschichte hin betrachten, sie geben etwas von ihrer inneren Strategie preis, »hinter« der äußeren Strategie der Bestätigung von Herrschaft und Geschichte als terroristisch erfüllter Utopie: Die Oberfläche, die nicht zu durchdringen ist, wird selbst zum Thema. Daher diese auf den ersten Blick so seltsame Verwandtschaft von stalinistischer Massenkunst und Pop Art.

Und Stalin selbst? Der Entrückte kehrt immer wieder ins Historische und Wirkliche zurück, er wird zum Anleiter und Befreier, auch und gerade der Frauen, zum Tröster und Erklärer. Er ist entrückt und nicht-entrückt und jedes Stalin-Porträt ein künstlerischer Drahtseilakt. Es besetzt eine mythologische Mitte mit einem Immerdar – an der Stelle, wo die westliche Werbe-Traumwelt ihre Marken-Fabelwesen plaziert: Meister Proper oder der Weiße Riese, das gute Gewissen. Um ihn ist Glück, und das sieht im Rußland des Jahres 1934 nicht anders aus als im Deutschland des Jahres 2003. Es setzt sich aus viererlei zusammen: der ästhetischen Konstruktion eines festen Platzes (Heimat), der blendenden Aussicht (die Natur, die Geschichte, die Wunder der Technik und der Architektur), der Akkumulation der vertrauten Objekte und Zeichen (hier noch eine Vase und dort noch einmal Hammer und Sichel im Rot) und schließlich der Gegenwart des entrückt-nahen anderen (der Diktator ist in der Ikonographie der Marktgesellschaft keineswegs verschwunden, er ist nur zersprungen in Tausende Formen des Immerdar).

Während die faschistische Kunst die Moderne konsequent negiert und diese Negation, neben dem völkischen Menschenbild, zum Programm erhebt, hat die Kunst des Stalinismus die Moderne gleichsam gefressen. Noch der schrecklichste Kitsch verrät etwas von der sowjetischen Avantgarde, erzählt etwas von einem Weg der ästhetischen Produktion, vom verzweifelten Wunsch der Kunst, zugleich zur Wahrheit und zu den Menschen zu gelangen; er erzählt davon, daß diese Art der Abbildung »eigentlich« nicht funktioniert. So entsteht ein Trugbild, das nicht nur »das Falsche« sagt, sondern auf eine bestimmte Weise diese »Falschheit« auch reflektiert. Die innere Unruhe zeigt sich nicht nur in jedem Bild (nur im Bildtraum von der menschenleeren Architektur kommt dieses stalinistische Träumen zur Ruhe), sie herrscht auch zwischen den Bildern. Das, was da zwischen kontrollierter Kunst und Massenzeichen entsteht, ist durch Gebot und Verbot, aber nicht durch Stil und Methode miteinander verbunden. Alles spukt darin, neben der Avantgarde die bürgerliche Genre-Malerei, der Futurismus, der Impressionismus, der Naturalismus, die mittelalterliche Ikonenmalerei und die Perspektivik der Renaissance, nicht einmal der Kubismus ist völlig ausgeschlossen. Aber nichts davon darf zu sich kommen.

Die Ausstellung dokumentiert vielleicht mehr als die visuelle Massenware des Stalinismus den Versuch der Kunst im Stalinismus, ihre politische Aufgabe zu bewältigen und zugleich Kunst zu bleiben. Das Nicht-Gelingen weckt, unter vielem anderen, auch eine Art des Mitleids. Die Kunst kann nicht einmal unter den Bedingungen des Terrors vollkommen verschwinden, und die Traumfabrik produziert nicht einmal unter den Bedingungen der Diktatur linear. Diese Traumfabrik brachte vor allem ästhetische Tragödien hervor. Sie fraß nicht nur die Avantgarde, sie fraß auch das Bewußtsein von Kunst in der Geschichte. Denn es war gerade das verboten, was der Kunst einzig Leben und Würde gibt: die Utopie und die Wahrheit.

Die Ausstellung „Traumfabrik Kommunismus – Die visuelle Kultur der Stalinzeit" ist noch bis 4. Januar 2004 in der Frankfurter Schirn zu sehen. Der Katalog (452 Seiten, 29 Euro) ist bei Hatje Cantz erschienen.

Georg Seeßlen schrieb in Literatur Konkret 2003/04 über die subjektlose Kriegsgeschichte

Konkret 11/03, S. 49

Michael Scharang

Kunst ist nicht Kultur

Und Kunstförderung nicht Kulturförderung. Eine Klarstellung

Die Kunst stellt die Welt dar. Anders die Philosophie, welche die Welt deutet, anders die Wissenschaft, welche die Welt erforscht. Die Kunst stellt die Welt dar in der Form ihres Werks. Der Dichter schreibt die Wörter nicht in die Luft, er bringt sie zu Papier und legt sie anderen vor. Es setzt ein Palaver ein, ob das Werk ein Kunstwerk ist oder nicht. Wer entscheidet das? Die Zeit und die Kenner.

Die Beurteilung, ob ein Werk ein Kunstwerk ist oder nicht, ist so schwierig, weil Kunst selbst so schwierig ist. Kunst, die es nur zur Abbildung bringt, ist Machwerk, Kunst, die ins Sinnbild flüchtet, ist Blendwerk. Ein Kunstwerk hingegen ist die bestmögliche Darstellung der Welt. Es ist nie die ganze Welt, doch durch die vollkommene Darstellung des Teils ist es mehr als der Teil. Künstlerische Darstellung heißt, dem äußeren Schein ebenso zu mißtrauen wie dem verborgenen Wesen. Kunst ist der Schein, der nicht trügt.

Da der Anspruch, den die Kunst an sich stellt, hoch ist, muß auch der Anspruch der Kunstkritik hoch sein. Kunstkritik ist eine Kunst. Indem sie das Werk zugleich nachzeichnet, analysiert und beurteilt, bedarf sie sowohl künstlerischer als auch philosophischer und wissenschaftlicher Fähigkeiten. Auch sie äußert sich im Werk. Es ist der Essay.

Seit die Gesellschaft auf Tausch beruht, finden Kunst und Kunstkritik sich in der Krise. Die Krise ist das Wesen der politischen Ökonomie der Kunst. Sie rührt daher, daß in einem Kunstwerk oft mehr Arbeit steckt, als dem Künstler abgegolten wird, und daß sich nicht immer ein Käufer findet. Für Kunst gilt wie für jede Ware, daß der Gebrauchswert der Träger des Tauschwerts ist. Dank der Zurückhaltung, die das Kunstwerk als Ware übt – es stellte sonst nicht die Welt dar, sondern wäre ein beliebiges Geschäft – , fällt ihm ein zusätzlicher Gebrauchswert zu. Es ist, konträr zur übrigen Warenwelt, nicht umzubringen.

Kunst ist das ökonomische Risiko par excellence. Deshalb gibt es seit der Antike Kunstförderung. Sie beruht auf einer gesellschaftlichen Übereinkunft: auf Kunst nicht verzichten zu wollen. Kunstförderung war und ist die einfachste Sache der Welt. Der Künstler braucht niemanden, der ihm aufmunternd auf die Schulter klopft, er braucht Geld, sonst nichts.

Die Hand, die es ihm reichen kann, ist heutzutage die öffentliche Hand. Der Künstler geht, wenn er die Arbeit an seinem Werk aus Geldmangel nicht fortsetzen kann, zum Staat und ersucht um finanzielle Unterstützung.

Das Problem ist nicht, daß es zu wenig Geld für Kunst gibt, sondern daß immer weniger Mittel, die für Kunstförderung bestimmt sind, den Künstlerinnen und Künstlern zugute kommen. Der Zustand ist schlimm, die Tendenz beängstigend. Davon, daß ein Schriftsteller nicht leben kann, sagte schon Musil, leben hundert andere Leute ausgezeichnet.

Der Schauplatz solchen Geschehens heißt nicht Kunst, sondern Kultur. Brecht nannte die Kultur einen Palast, der aus Hundsscheiße gebaut ist. Treffender kann man diese Literaturhäuser und diese Museumsquartiere, in denen Kunst eingesargt wird, ehe sie lebt, nicht charakterisieren. Nicht zufällig sehen sie aus wie Mausoleen.

Kultur hatte ihre große Zeit im Absolutismus, als versucht wurde, der Gesellschaft einen einzigen Stil aufzuzwingen. Jeder Nachttopf mußte barockisiert werden. Dem feudalen Machtwahn, Stil zu diktieren, folgte im 19. Jahrhundert der bürgerliche Größenwahn, sich jeden Stil kaufen zu können. Angesichts dieses Drecks, zu dem Kultur herabsank, brach die Kunst Mitte des 19. Jahrhunderts die Beziehungen zur Kultur ab. Es war der Beginn der ästhetischen Moderne. Die Kultur vernichtete sich selbst, indem sie sich von der Gesprächs- bis zur Eßkultur in hundert Kulturen zerteilte, um zu vertuschen, daß sie am Ende ist.

Es gibt sie nur mehr als Farce. In dieser Farce spielen sehr viele Schmierenkomödianten mit. Die Kultur, historisch tot, ist heute ein Tummelplatz von Maulhelden, Intendanten, Kuratoren, Wichtigmachern, Funktionären. Ich nenne sie Kulturbetriebler. Ein Betriebler ist jemand, der einen Betrieb, der längst nichts mehr herstellt, mit Feuereifer in Betrieb hält.

Das Dreiste am Kulturbetriebler ist, daß er die Kunst beleidigt und den Künstler bestiehlt, das aber im Namen der Kunst und der Künstler. Der Künstler ist dagegen machtlos. Ihm bleibt nur, den Tatbestand zu benennen. Der Künstler weiß zwar, daß er mit einem Minimum an berufspolitischem Engagement zumindest ein kümmerlicher Stachel im fetten Fleisch des Kulturbetriebes wäre. Er weiß aber auch, daß er, in seine Arbeit vertieft, selbst jenes Minimum nicht leisten kann. Auf diesem Notstand baut der Kulturbetriebler seine Existenz – und darauf, eigene Kulturbetriebskünstler heranzuziehen, die sich damit brüsten, statt eines überprüfbaren Werks ein Konzept zu produzieren, das auch schon die Kritik am nicht vorhandenen Werk enthält, womit der Traum von einer Welt ohne Kunstwerke und ohne Kritik nach und nach Wirklichkeit wird.

Der Kulturbetriebler ist immer gut organisiert. Davon lebt er. Auch die öffentliche Hand ist eine Organisation, und von Organisation zu Organisation redet es sich eben leichter. Es sei denn, der Kulturbetriebler fühlt sich bei seinen Beutezügen vom Staat behindert. Wie dieser Tage das Literaturhaus Wien. Dann wird der Staat aufgefordert, sich »zu interessieren«, und zwar »über das bisherige Interesse an Preis- und Stipendienfinanzierungen hinaus für alle Zusammenhänge, in denen Literatur steht ..., insbesondere für solche im organisatorischen Bereich«. Einen derartig schamlosen Aufruf, der Staat dürfe, wenn er schon Schriftsteller fördere, doch nicht den Betriebler, den »organisatorischen Bereich«, vergessen, hat es noch nicht gegeben.

Das Literaturhaus Wien ist kein gewöhnlicher Verein. Es wird getragen von einem »Trägerverein«, der »Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur«. Dieser Trägerverein trägt die Behauptung vor sich her, daß er unverzichtbar ist. Und in der Tat, was er macht, kann sonst niemand. Er sammelt Bücher und Zeitungsartikel. Der Verein Literaturhaus Wien sitzt auf den Schultern jenes Trägervereins und überragt deshalb alles: Er ist »eine Gemeinschaftseinrichtung von allen mit der österreichischen Gegenwartsliteratur befaßten Berufs- und Personengruppen, vorwiegend der Autor/inn/en und Autor/inn/enorganisationen, Übersetzer/innen und Übersetzerorganisationen, der Germanist/inn/en und germanistischen Institute und der Literaturkritik, des Verlags- und Büchereiwesens, der Literaturvermittlung und des Literaturunterrichts«.

Ist es nicht herrlich, daß in Zeiten tiefster Entfremdung zwischen dem Künstler und dem Kulturbetriebler letzterer es schafft, das Wunder einer alle umfassenden Gemeinschaftseinrichtung auf die Beine zu stellen? Wie einst aus Staatsbürgern ein Volksganzes geformt wurde, erhöht der Kulturbetriebler das Literaturhaus zuerst zur Gemeinschaftseinrichtung und feiert es dann als »dieses große gemeinsame Ganze der österreichischen Gegenwartsliteratur«. Das Literaturhaus Wien spricht aus Verzweiflung darüber, daß die Faschisten, die es bekämpft, noch nicht da sind, wie ein Propagandaministerium.

Der Kulturbetriebler ist jedoch seinem Wesen nach nicht autoritär, sondern metaphysisch. Wer auf eine Kultur pocht, die es nicht mehr gibt, muß höher hinaus, Richtung Gott. Das Literaturhaus Wien soll deshalb als eine göttliche Einrichtung anerkannt werden, die vor irdischen Anfechtungen gefeit ist. Verlangt wird eine »Bundessubventionspolitik, die sowohl die bereits eingetretenen negativen Folgen zu beseitigen hilft als auch alle drohenden weiteren verhindert«.

Die IG Autoren möchte die Heiligsprechung des Kulturbetriebs, nein, nicht durch die Bischofskonferenz, sondern durch die ranghöhere »Landeskulturreferentenkonferenz«. Da die Kultur längst keinen Boden mehr unter den Füßen hat, sind die Äußerungen des Kulturbetrieblers bodenlos. Er schreckt vor nichts zurück.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 2/03 über die Plaudermaschine Reich-Ranicki

Konkret 11/03, S. 50

Verena Sarah Diehl

Buch & Deckel

Hanny Lightfoot-Klein: Der Beschneidungsskandal. Orlanda, Berlin 2003, 240 Seiten, 15,50 Euro

Die amerikanische Psychologin Hanny Lightfoot-Klein setzt sich seit über 25 Jahren gegen die Genitalverstümmelung von Afrikanerinnen (FGM) ein. In ihrem neuen Buch zeigt sie Zusammenhänge zwischen der als primitiv gebrandmarkten afrikanischen Genitalverstümmelung und der als fortschrittlich angesehenen westlichen Medizin. Den ersten Teil widmet sie der Schilderung westlicher Praktiken, Operationen an Genitalien vorzunehmen, wie z.B. Gebärmutterentfernungen, die mittlerweile routinemäßig und oft präventiv erfolgen, Vorhautbeschneidung bei Männern oder die Verätzung der Klitoris, um Masturbation zu verhindern – was bis in die vierziger Jahre in medizinischen Zeitschriften empfohlen wurde, womit die Medizingeschichte sich aber bis heute nicht kritisch auseinandersetzt.

Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf Intersexuelle, die bereits als Babys durch Hormonpräparate und schmerzhafte Operationen einem Geschlecht zugeordnet werden. Intersexuelle erfahren erst in der Pubertät, was mit ihnen geschehen ist. Die psychischen Probleme werden nicht aufgefangen. Lightfoot-Klein beschreibt die Tendenz in der Medizin, den Körper zu normieren und als Maschine zu betrachten, die zu funktionieren hat. So kann es auch nicht verwundern, daß die Schönheitschirugie dafür wirbt, Schamlippen zu verkleinern oder symmetrisch zu machen und Penisse zu vergrößern; Operationen also an gesunden Körperteilen, die tendenziell als krank beschrieben werden.

Gerade dadurch, daß die Autorin diese westlichen Praktiken der Genitalverstümmelung bei Afrikanerinnen, die sie im zweiten Teil des Buches ausführlich beschreibt, gegenüberstellt, verdeutlicht sie die verschiedenen Maßstäbe, mit denen beides bewertet wird. Auch wenn es natürlich ein gravierender Unterschied ist, ob die Genitalien eines Kindes verstümmelt werden oder ein Erwachsener sich freiwillig einer Schönheitsoperation unterzieht. Sie plädiert dafür, sich mit der Verhaftung dieser Praktiken an Tradition, individuellem Status und Diskursmacht auseinanderzusetzen, bevor man Initiativen gegen FGM ergreift oder unterstützt. Damit verhindert die Autorin einen westlichen Paternalismus gegenüber afrikanischen Traditionen und betont, daß FGM nur eine Praxis unter vielen ist, um den geschlechtlichen Körper zu normieren und zu definieren.

Konkret 11/03, S. 50

Christel Dormagen

Buch & Deckel

Claudia Koppert / Beate Selders (Hg.): Hand aufs dekonstruierte Herz. Verständigungsversuche in Zeiten der politisch-theoretischen Selbstabschaffung von Frauen. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2003, 160 Seiten, 19,95 Euro

Neulich kam ein Freund fassungslos von einer pädagogischen Tagung zurück. Es seien dort u.a. auch Forschungsprojekte vorgestellt worden, und zwar so: »Ich habe zuerst ..., dann habe ich ..., und dann habe ich schließlich ..., die theoretischen Schlußfolgerungen überlasse ich Ihnen.« Generell konnte ich ihm, was das oft dürftige Niveau der Geisteswissenschaften angeht, nur zustimmen, aber, sagte ich, zufällig lese ich gerade ein feministisches Sachbuch, und das ist richtig gut: intelligent und sogar manchmal witzig. Wie, sagte der Freund spitz, gibt's den überhaupt noch, den Feminismus?

Nein, stellen die beiden Herausgeberinnen ebenjenes Sammelbands, die sich selber als Feministinnen begreifen, gleich zu Anfang fest, den einen, alle Frauen umschließenden Feminismus gibt es in der Tat nicht mehr, schon gar nicht eindeutige politische Handlungsansweisungen. Doch anstatt nun zu lamentieren: Früher war alles besser, machen Koppert und Selders sich an eine Bestandsaufnahme, und die fällt ziemlich sarkastisch aus: »Übrig bleibt vom Feminismus die Forderung nach freier Geschlechtswahl und ein vollkommenes Einander-nicht-Verstehen.« Die erkämpften Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen hätten sich vor allem als Modernisierungsschmieröl entpuppt, »als eine durch den sich deregulierenden Kapitalismus auferlegte Ausgestaltungsnotwendigkeit und damit als vorauseilende Systemkonformität«. Die Theorie wiederum habe sich in die Universitäten verdünnisiert, wo hochdotierte Akademikerinnen haarspalterische Texte über »Luxusprobleme« für ebensolche Kolleginnen verfassen ... Mit Luxusproblemen ist dabei das gemeint, was neufeministisch »Identitätspolitik« heißt und auf Judith Butler zurückgeht, die argumentiert, daß »Frau« keine natürliche Kategorie, sondern eine soziale Konstruktion sei.

Während also die alltagspraktische Gleichberechtigung von der nachwachsenden Frauengenerationen ganz selbstverständlich eingefordert wird, hat sich die neuere feministische Diskussion dermaßen ausdifferenziert, daß eine weiße, christliche, nichtbehinderte Lesbe inzwischen fast nichts mehr mit einer weißen, christlichen, behinderten Lesbe gemein hat.

Die »alten« gesellschaftspolitisch engagierten Feministinnen stehen ratlos vor diesem Narzißmus immer kleinerer Differenzen und wenden sich lieber handfester Arbeit zu, z.B. in Arbeitslosen- oder Migrantinnengruppen. Junge Feministinnen, die in dem Buch ebenfalls zu Wort kommen, erklären dagegen, daß sie die neue Butlersche Geschlechtertheorie durchaus als Orientierungshilfe in ihrem »fragmentierten Leben« nutzen. Sie hatten, sagen sie, unter den dogmatischen Ansprüchen ihrer ideologischen »Mütter« mächtig zu leiden und empfinden den neuen »Pluralismus der Perspektiven« als befreiend. Den Feminismus verstehen sie als »einen gemeinsamen Raum, in dem Individuen und Gruppen sich ihre Plätze erkämpfen, erhandeln, verteidigen und gegenseitig zugestehen müssen«.

Ob die derzeitige feministische Unübersichtlichkeit, in die der Sammelband einen hervorragenden Einblick gibt, schließlich doch nur in Liberalismus pur mündet, wird man sehen.

Konkret 11/03, S. 50

Berit Sörensen

Buch & Deckel

Fanny Müller: Für Katastrophen ist man nie zu alt. Edition Tiamat, Berlin 2003, 160 Seiten, 13 Euro

In ihrem autobiographischen Text *Memoiren einer Tochter aus gewöhnlichem Hause* beschreibt Fanny Müller, wie sie sich als Mädchen zum »Klassenkasper« mauserte. Weil sie aus einfachen Verhältnissen stammt, konnte sie sich auf dem Lyceum nicht durch Einladungen zu Partys und schöne Kleider beliebt machen, sondern erkämpfte sich ihren Platz mit Witz. Später war ein Job als Berufsschullehrerin nicht die schlechteste Schule in Schlagfertigkeit: Tagaus, tagein mußte Fanny Müller die dummen Sprüche aufgeblasener Jungmacker aus der KFZ-Branche kontern. Den Lehrerinnenjob hängte sie an den Nagel, und die Schule ist einer der wenigen Lebensbereiche, von denen ihre Kolumnen glücklicherweise nie handeln. Vielmehr geht es um Nachbarn und Verwandte, das Gequatsche in Bus und Bahn, Politik, Radiogedudel und Reisen, Erotik und Esoterik, Arztbesuche und Sanatoriumsaufenthalte, kurz: um Situationen, in die man so zufällig wie zwangsläufig gerät.

Beispielsweise das Gespräch mit einer frisch verwitweten und vierfach am Herzen operierten Frau im Aufenthaltsraum eines Krankenhauses, die freimütig über ihre Selbstmordphantasien plaudert, aber auf eine weitere Operation keineswegs verzichten will, schließlich zahle die doch die Kasse, während die Mitgliedschaft in einem Verein für humanitäres Sterben 50 Euro im Jahr koste und man dafür nicht mal Tabletten erhalte. Manchmal scheint Fanny Müller selbst verwundert darüber zu sein, was ihr so alles zugetragen wird: »Wie das funktioniert, weiß ich nicht, aber kaum sitze ich mal irgendwo fünf Minuten, dann kommen Leute und erzählen mir ohne Punkt und Komma ihr Leben, obwohl ich nie eine Fernsehkamera dabeihabe.«

Vielleicht ist es ihre lebenspraktische Klugheit, die die Leute zum Sprechen bringt, und ihr unfehlbares Gespür für das schlichtweg Bescheuerte, das aus banalen Begebenheiten saukomische Geschichten werden läßt. Denn ganz anders als viele der gepflegten Flach-Kolumnen, ohne die heute kein Magazin mehr auskommt, sind Fanny Müllers Texte intelligent und voller Sprachwitz, und noch die härteste Polemik wird von einer gewissen Herzlichkeit getragen und trifft vielleicht gerade deshalb bei Leserinnen und Lesern auf so große, immer noch wachsende Gegenliebe.

Konkret 11/03, S. 51

Bernhard Schmid

Buch des Monats

Marc Ferro (Hg.): Le livre noir du colonialisme. XVI.-XXI. siècle: De lextermination à la repentance. Verlag Robert Laffont, Paris 2003, 843 Seiten, 29 Euro

Der literarische Typus des »Schwarzbuchs« wurde vor nunmehr sechs Jahren in Frankreich popularisiert, in Form des von Stéphane Courtois herausgegebenen Monumentalwerks *Le livre noir du communisme*. Diese 900seitige, stark ideologisch geprägte »Kriminalgeschichte des Kommunismus« bleibt in unangenehmer Erinnerung.

Man hätte daher Vorbehalte haben können, als vor wenigen Monaten im selben französischen Verlag ein Schwarzbuch erschien, das sich mit der Geschichte des Kolonialismus beschäftigt. Doch macht bereits das Thema des Buches einen dem Courtoischen Unternehmen vergleichbaren Umgang mit Geschichte unmöglich. Denn es läßt sich vom Kolonialismus kaum reden, wenn man vom Kapitalismus schweigen will. Schon der Forschungsgegenstand des *Schwarzbuchs des Kolonialismus* straft einige Kernaussagen von Courtois Lügen, beispielsweise diese: »In der Periode seit 1918 haben allein die kommunistischen Länder Hungersnöte gekannt, die zum Tod von Hunderttausenden, ja Millionen Menschen führten.« Auch Form und Methodik des neuen Sammelbands heben sich positiv vom *Schwarzbuch des Kommunismus* ab. Der größte Teil der Beiträge nähert sich dem Thema eher materialistisch als moralisierend.

Welche Auswirkungen auf das Leben der Menschen hatten einzelne Entscheidungen der Kolonialmächte? Das Buch gibt auf diese Frage eine differenzierte Antwort. Der Bau von Eisenbahnlinien oder Telefonleitungen im Maghreb etwa oder in Indien wird keineswegs bloß verurteilt, dennoch werden auch die Gründe dieser Maßnahmen – bessere Durchdringung des Territoriums zum Zweck seiner leichteren Beherrschung, bessere Möglichkeiten zum Abtransport von Rohstoffen und Waren in die Metropolen – beschrieben. Überhaupt, man möchte meinen: selbstverständlich stehen die negativen Konsequenzen des Kolonialismus für die Kolonisierten im Zentrum der Untersuchungen, beispielsweise im Kapitel von Marie Fourcade über die britische Herrschaft in Indien. Fourcade beschreibt Modernisierungstendenzen ebenso wie die dramatischen Hungersnöte mit über zehn Millionen Toten am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Diese waren teils die Folge der Ausrichtung des Subkontinents auf Exportkulturen, teils aber auch das ungewollte Produkt der zuvor genannten Modernisierungsprojekte. Die Kolonisatoren hatten beabsichtigt, durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes regionale Hungersnöte besser unter Kontrolle zu bringen; die Folge war jedoch, daß statt dessen auch die zunächst nicht betroffenen Regionen um so rascher aushungerten, da man den Mangel nur großflächiger verteilte.

Die unmittelbar terroristischen »Begleiterscheinungen« der Errichtung von Herrschaft über neue Territorien werden ebenfalls behandelt, handele es sich um Massaker bei ih-rer Eroberung – ihnen ist ein gesondertes Kapitel gewidmet, das mit der Auslöschung der Indigenas des Karibik-Raumes kurz nach der zweiten Reise Columbus' und seiner Landung in Haiti einsetzt – oder um die Folgen einer Repression zum Zwecke der Unterdrückung von Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen.

Der als Herausgeber firmierende Historiker Marc Ferro bezieht sich in seiner Einleitung auf Hannah Arendts Werk *Die Ursprünge des Totalitarismus* (1951), in dem sie nebeneinander den Faschismus, den Kommunismus und den (Kolonial-)Imperialismus untersuchte. Ferro stellt die Frage (beantwortet sie aber nicht), ob es sich (auch) beim Kolonialismus um einen »Totalitarismus« handele.

Dieser Begriff bleibt problematisch, da die Ausführungen von Ferro selbst – der in vieler Hinsicht seiner marxistischen Herkunft »treu« geblieben ist – erkennen lassen, daß sich das koloniale System insgesamt nur schwer vom »normalen« (also nicht totalitären) Kapitalismus trennen läßt. Mit Blick auf die aktuelle Situation spricht Ferro im übrigen von einem »multinationalen Imperialismus«, der bestimmte Aspekte der einstigen Kolonialsysteme in neuer Form fortschreibe.

Das *Schwarzbuch des Kolonialismus* unterscheidet zwischen Kolonialsystemen der ersten Phase europäischer Eroberungen, wobei namentlich der spanische Kolonialismus in Lateinamerika von Jacques Poloni-Simard als einer »des Typs Ancien Régime« – also mit vorbürgerlichen Verhältnissen in der Metropole – analysiert wird, und späteren »modernen« Kolonialismen. Der erstgenannte Typus zeichnet sich vor allem durch die Rolle des Adels und der Kirche aus. Hingegen entsteht im »imperialistischen Zeitalter«, das Marc Ferro im 19. Jahrhundert beginnen läßt, ein neues Kolonialmodell, das auch »die Massen« in den Metropolen für seine überseeischen Herrschaftsziele zu begeistern weiß.

In diesem Zusammenhang behandelt das Buch die gewachsene Bedeutung rassistischer Diskurse, die allerdings auch im lateinamerikanischen Herrschaftssystem bereits angelegt waren, aber mit dem Vormarsch der Wissenschaft und den Entdeckungen Charles Darwins eine »moderne und wissenschaftliche« Grundlage erhielten. Diesen Formen von Ideologisierung gesellschaftlicher Hierarchien zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Hervorgehoben sei hier das interessante Kapitel von Marielle Villasante Cervello zur Ideologie der Négritude,

die von der Autorin als bloße Umkehrung vormals herrschaftlicher Zuschreibungen durch die Kolonisierten selbst und als eine Variante des »umgestülpten Rassismus« analysiert wird.

Was fehlt? Das ist leicht zu beantworten: ein Kapitel zum deutschen Kolonialismus. Zwar werden französische, holländische und britische Kolonialpolitik zumindest an Beispielfällen untersucht. Ein eigenes Kapitel behandelt den japanischen Expansionismus als Beispiel eines »nicht weißen Kolonialismus«; auch werden die Herrschaftspraxen der Araber gegenüber dem subsaharischen Afrika untersucht. Die deutsche Kolonialpolitik hingegen kommt nur am Rande vor. Das deutsche Massaker an den Herero im späteren Namibia (1904-08) kommt zwar im Schlußkapitel vor, welches die Entschädigungsforderungen ehemals kolonisierter Gesellschaften vorstellt. Dennoch hätten die kolonialistischen Ambitionen und Unternehmungen des Deutschen Reiches eine eigene Darstellung verdient. Zumal die Deutschen den frühen unfreiwilligen Verlust der Kolonien am Ende des Ersten Weltkriegs bis heute als Sympathie- und Geschäftsargument im afrikanischen und asiatischen Raum einsetzen können.

Konkret 11/03, S. 52

Gerhard Scheit

Jazz und ungarische Schnulzen

Eine biographische Wahrheit ist nicht zu haben – schon gar nicht bei Adorno.

Kein Wunder, daß die Kulturindustrie nun auch den einholt, der ihren Begriff geprägt hat. Die kleine Flut an Biographien, die im Adorno-Jahr erscheinen, macht vor allem klar, daß es in diesem Fall die Aufgabe des biographischen Genres – Urform der Kulturindustrie – ist, jeden Ansatz eines Gedankens, gar eines kritischen, im Keim zu ersticken. In einer Diskussion sagte Adorno einmal, er sei gar kein Feind des Jazz, nur bevorzuge er nun mal ungarische Schnulzen, aber das sei seine Privatsache. So gesehen, hat man es nun, zu seinem 100. Geburtstag, mit einer Flut solcher Schnulzen zu tun. Darüber freut sich am meisten der »Spiegel«, der launig, wie's seine Unart ist, noch ein paar Zoten anfügt.

Detlev Claussen hingegen zitiert in seiner Adorno-Biographie bereits in der Einleitung gleichsam als Antidot die wichtigsten Worte, die zum leidigen Thema dieses Genres je geäußert worden sind – sie stammen von Freud: »Wer Biograph wird, verpflichtet sich zur Lüge, zur Verheimlichung, Heuchelei, Schönfärberei und selbst zur Verhehlung seines Unverständnisses, denn die biographische Wahrheit ist nicht zu haben, und wenn man sie hätte, wäre sie nicht zu brauchen.«

Was Claussens Arbeit verdeutlicht, ist auch nicht die vermeintlich biographische Wahrheit, sondern die Wahrheit der geistigen Erfahrungen Adornos. (Adorno hat übrigens einige Zeit überlegt, sein philosophisches Hauptwerk, die *Negative Dialektik*, »Zur Theorie der geistigen Erfahrung« zu nennen.) Dabei erhalten natürlich auch biographische Details große Bedeutung – aus der Frankfurter Kindheit, der Zeit in Wien, dem Exil in den USA und den Jahren nach der Rückkehr – , aber sie gelten als Anstoß von Erfahrung, ohne die es keine kritische Theorie und kein materialistisches Denken geben kann. Adorno hat diese Bedingung selbst in immer neuen Formulierungen zur Sprache gebracht; an einer etwas entlegeneren Stelle heißt es: »Der Widerstreit von Erfahrung und Theorie ist nicht nach der einen oder anderen Seite bündig zu entscheiden, sondern wahrhaft eine Antinomie, so auszutragen, daß die konträren Elemente wechselseitig sich durchdringen.« Dann – aber auch nur dann – entsteht Kritik.

Claussens Darstellungsweise ist dabei erstaunlich leger, sie läßt sich von einem Thema zum anderen, von einer Freund- oder Feindschaft zur nächsten tragen, kehrt zu bereits erwähnten Sachverhalten wieder zurück, um sie noch einmal von einer anderen Seite zu beleuchten, wiederholt Zitate. Bei diesem Erzählen handelt es sich um eine kreisende Bewegung. Um so erstaunlicher die gedankliche Stringenz: So wird etwa die sich vertiefende Kluft zwischen Adorno und Eisler oder Bloch, die zu Parteigängern des Staatskommunismus wurden, entschieden, wenn auch mit allen subjektiven Nuancen, herausgearbeitet; oder die Differenzen mit Horkheimer und Benjamin in der Vermittlung nachvollzogen, die von Adorno selbst geleistet wurde.

Dabei gelingt es, wichtige Motive der kritischen Theorie neu zu akzentuieren und ihre Kontinuität über die Jahrzehnte hinweg sichtbar zu machen: etwa die kaum je bedachte Tatsache, daß der nach dem Ersten Weltkrieg sich entfesselnde Antisemitismus »neben der Wahrnehmung empörender sozialer Ungerechtigkeit zur treibenden Kraft« der Gründung des Instituts für Sozialforschung geworden war, wodurch prinzipiell auch »liberale jüdische Großbürger und Bürger der älteren Generation« für das Projekt angesprochen wurden, wenngleich dieses Motiv in den Arbeiten des Instituts zunächst keinen selbständigen Ausdruck fand. Im August 1940 heißt es dann in einem Brief Adornos an Horkheimer: »Mir geht es allmählich so, auch unter dem Eindruck der letzten Nachrichten aus Deutschland, daß ich mich von dem Gedanken an das Schicksal der Juden überhaupt nicht mehr losmachen kann ... Ich frage mich, ob wir nicht ... die Dinge, die wir eigentlich sagen wollen, im Zusammenhang mit den Juden sagen sollten ...«

Leider schreibt Claussen nichts über Korrespondenzen und Widersprüche, wie sie schließlich im postnazistischen Deutschland zwischen Adornos »Metaphysik nach Auschwitz« und Jean Amérys »Ressentiments« hervortraten. Einer Haltung, die sonst nur im seltsamen Untertitel *Ein letztes Genie* zum Ausdruck kommt: der Isolierung eines herausragenden Denkers und Künstlers, dürften hier notwendige Bezüge und Brüche zum Opfer gefallen sein, über die Claussen noch beim Wiener Améry-Symposion 1992 erhellend Aufschluß gegeben hatte.

Was die Musik betrifft, findet sich insbesondere die Affinität zu Wien betont, wobei Claußen die komplizierte, vielfach gestörte Beziehung zu Schönberg vielleicht doch zu vereinfacht darstellt – möglicherweise in Unkenntnis der frühen, sehr anerkennenden Äußerungen Schönbergs über den jungen Wiesengrund (siehe KONKRET 6/01). Die radikale Kritik am Jazz leitet Claussen vor allem aus gewissen Identitätszwängen der Adornoschen Biographie ab, dabei gerät ihre kategorische Bedeutung etwas in den Hintergrund. Sie ließe sich aber nur aus der Philosophie der neuen Musik gewinnen: Es ist seine substantielle Unfähigkeit, Angst auszudrücken, die den Jazz zur Schnulzen-Existenz verurteilt.

In einigen wenigen Wendungen des Buchs scheint unvermittelt eine resignative Haltung auf Adorno projiziert. Etwa wenn es bereits über den jungen Wiesengrund und seine Freunde Kracauer, Benjamin und sogar Bloch heißt: »An eine Ersetzung

der Religion durch eine vernunftgemäße Einrichtung der Welt konnten sie nicht mehr glauben.« Um eine vernunftgemäße Einrichtung der Welt aber geht es in so gut wie allen Schriften, die Adorno hinterlassen hat.

Über diesen revolutionären Charakter von Adornos Kritik weiß hingegen am besten Lorenz Jäger Bescheid, er hat die »politische Biographie« des Adorno-Jahres vorgelegt. »Wenn es richtig ist, daß jedes Handeln seine sittlichen Potentiale nicht primär in einer universellen, sondern in einer partikularen Sphäre ausbildet, in der Familie, in der konkreten Verantwortung für einen Arbeitsbereich, in der politischen Praxis, die nun einmal an den Nationalstaat gebunden ist, wenn also Sittlichkeit in ihrem Bildungsprozeß auf partikulare soziale Formen angewiesen ist – dann nimmt, wer diese begrenzten Formen des Handelns entwertet, verdächtig macht und für irrelevant erklärt, der Sittlichkeit den Grund, auf dem sie erst gedeihen kann. Was er hinterläßt, ist eine Hypermoral, die ihre eigenen Grenzen nicht mehr bestimmen – und deshalb in die Brutalität umschlagen kann.«

Gemeint ist Adorno. Indem seine dem Universalismus der Aufklärung verpflichtete Kritik zum Ursprung der »Rohheit« erklärt wird, mit der seine Studenten gegen ihn selber »Front machten«, kann die Differenz zwischen jenen, die von der Shoah nichts wissen wollten, und ihrem Lehrer, der ihr entronnen war und von dieser Erfahrung nicht mehr loskam, bequem unterschlagen werden. Diese Biographie zeigt zur Gänze das wahre Verhältnis zwischen Adorno und den Deutschen: Jäger, der sich bei den *Minima moralia* fast angeekelt von den »Schemata des Durchschauens«, Marxismus und Psychoanalyse, abwendet, die Heidegger-Kritik im *Jargon der Eigentlichkeit* »verheerend« nennt, kritisiert am »Gruppenexperiment« die »Tendenz des Interpreten, recht unbekümmert Äußerungen unter den Antisemitismus-Verdacht zu subsumieren, die dort nicht hingehören«. Wo sie hingehören, das bestimmen die Deutschen nämlich seit 1989 wieder selbst, und damit werden die Erfahrungen all jener, die ihrem Vernichtungsfeldzug entgangen sind, um sich darüber nun dauernd so unbekümmert zu äußern, für unzuständig erklärt.

»Wer Biograph wird, verpflichtet sich zur Lüge ...« Lorenz Jäger ist Biograph aus vollem Herzen.

Detlev Claussen: *Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie*. S. Fischer, Frankfurt a. M. 2003, 485 Seiten, 26,90 Euro

Lorenz Jäger: *Adorno. Eine politische Biographie*. DVA, München 2003, 313 Seiten, 22,90 Euro

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 8/03 über Adornos Briefwechsel mit Max Horkheimer

Konkret 11/03, S. 53

Felix Klopotek

Mingus Ah Um

Die Autobiographie des großen Bassisten, die pünktlich zum 25. Todestag wieder vorliegt, gibt Einblicke in die Funktionsweise des Rassismus.

Auf einer der letzten CDs des vor einem Jahr verstorbenen Bassisten und Free Jazz Pioniers Peter Kowald heißt es kurz und knapp: »Fuck you for playing against me!« Es gibt das Ideal des harmonisch kollektiv gespielten Jazz, der gemeinsam zelebrierten Improvisation. Dieses Ideal war einst politisch aufgeladen – Free Jazz Ensembles wurden als Antizipatoren einer befreiten Gesellschaft verstanden – und streicht heute noch einen hohen Nettigkeitsbonus ein: Irgendwie kommt einem der Jazz der Gegenwart wie ein Gewerkschaftssoundtrack vor. Man ist solidarisch, man mag sich und ist höflich im Umgang, aber doch auch bemerkenswert kämpferisch. Ein Statement wie das von Kowald soll man als Fingerzeig verstehen, daß es genau so nicht sein sollte. Kollektives Improvisieren ist eine gottverdammte Anstrengung, in der es, darin dem wirklichen Leben verwandt, auch um Dominanzgebaren, Aufschneiderei, Egotrips und Größenwahn geht. Jazzmusiker sind keine Heiligen (noch nicht einmal gefallene Engel) und in den seltensten Fällen utopische Sozialisten. Sun Ra, der wichtigste Big-Band-Leader in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, entließ seine Musiker auf dem Höhepunkt eines Konzertes in entfesselte Kollektivimprovisationen, die das (vorwiegend weiße) Publikum gerne als Ausdruck von Freiheit mißverstand. Sun Ra benutzte dafür das Wort »Disziplin« und verglich seine Band mit einem Knast. Vielleicht kann man sich darauf einigen, daß Jazz immer dann gut ist, wenn er möglichst viele Widersprüche in sich aufnimmt und sie austrägt.

In einer besonders hübschen Passage in *Beneath the Underdog*, Mingus' Autobiographie, wird der Auftritt einer prominent besetzten Combo geschildert. Miles Davis ist dabei, Charlie Parker und eben Mingus am Baß. Mingus beschreibt die Musik in Form eines Dialoges der Musiker. Man beschimpft und bewundert sich, vor allem will man besser sein als der andere, ab und zu guckt man verstohlen und auch ein bißchen desinteressiert aufs Publikum. »Fuck you for playing against me!«

Als 1970 *Beneath the Underdog* erschien, die stark gekürzte Version eines damals sieben Jahre alten Skriptes, das ursprünglich »Memoirs of a Half-Schitt-Colored Nigger« hieß, war der Skandal vorprogrammiert. Mingus, 1922 in Watts/Los Angeles geboren, inszeniert sich als sexbesessener, gewalttätiger und egomanischer Einzelgänger, der aus allen Krisen seines Lebens gestärkt hervorgeht. Er ist der ultimative »Mischling« mit schwarzen, weißen und chinesischen Vorfahren und einer indianischen Ziehmutter. Für die Weißen ist er ein Nigger, für die Schwarzen ein Bastard, und überhaupt: Mingus ist zu sensibel, zu intelligent, zu musikalisch für diese Welt.

Mingus hatte 1970 einen denkbar schlechten Ruf. Unter seinen jähzornigen Ausbrüchen litten seine Bandmitglieder: Wer sich dumm anstellte, riskierte, während eines Konzertes von der Bühne geschmissen oder verprügelt zu werden. Sein Publikum beschimpfte er, und gegenüber den Großen des Jazz ließ er es immer wieder an Respekt fehlen. Duke Ellington feuerte ihn wegen Aufmüpfigkeit. Mingus war aber gleichzeitig selber einer der Großen: Er war der erste Bassist, der als Bandleader auftrat, sein Baß-Spiel war das starke, extrem kraftvoll pulsierende Zentrum seiner Bands. Seine Kompositionen verbanden perfekt kollektive Improvisation, oder besser: kollektive Anstrengung und klassische Jazzkomposition. Er spielte den Musikern seine Stücke auf dem Piano vor, dazu mußten sie ihre eigenen Stimmen erarbeiten. Ausgeschriebene Arrangements gab es bei ihm nicht. Vermeintlich archaische Formen, Mingus sprach von »Blues & Roots«, bearbeitete er zugleich traditionell und futuristisch. Mingus hat den Widerspruch im Jazz formuliert und mit atemberaubender Energie zum Ausdruck gebracht.

Und dann erschien diese vulgäre Autobiographie. Typisch Mingus bzw.: Mußte das sein, du warst schon fast etabliert?! Aber auch die Gegenseite, die liberalen Rezipienten von Black Power, ließen nicht lange auf sich warten: *Beneath the Underdog* ist ja gar keine Autobiographie. Mingus war nie Zuhälter, hatte auch nie Sex mit zwei Dutzend Frauen in einer Nacht. Alles Parodie: Mingus spielt mit den Ängsten des weißen Mannes vor dem hyperpotenten Schwarzen. Mingus schlüpft in die Klischees, um sie von innen zu zersetzen.

Die Sicht seiner linksliberalen Freunde ist mittlerweile etabliert. Diesem Standard folgt auch die Biographie seiner Witwe Sue Graham Mingus. Sie ist die, wenn man so will, politisch korrekte Darstellung seiner letzten 15 Lebensjahre (Mingus starb 56jährig an den Folgen einer Nervenkrankheit). Das Buch ist materialreich, bleibt auch im Anekdotischen sehr anständig: eine respektvolle Liebesgeschichte. Mingus' Reflexionsniveau verfehlt sie allerdings.

Wer seine Autobiographie, die zum 25. Todestag nun wieder vorliegt, mit literaturwissenschaftlicher Akribie durchgeht, kann jede Menge Topoi weißer Paranoia bestimmen. Das macht die Lektüre aber ziemlich langweilig, die Sauf- und Fickgeschichten taugen nicht mehr zur Pornographie, und die Methode der Dekonstruktion von Klischees ist akademisch sanktioniert. Man muß schon genauer hingucken, um den Witz dieses Textes mitzubekommen. Könnte es nicht sein, daß Mingus nicht nur den Skandal berechnet hat, sondern auch um die linken Rettungsversuche wußte?

Seine besten Kompositionen haben diese doppelte Windung: Er ist dann radikal modern, wenn er sich der musikalisch abgegriffensten Formen bedient; gleichzeitig »dekonstruiert« er Blues nicht einfach, nimmt ihn ernst, spielend macht er klar, daß Blues ein Medium einer präzisen Selbstreflexion ist. In diesem Sinne sind in seiner Autobiographie die zahllosen Schilderungen von Eskapaden aller Art nicht nur Material für Textsubversionen, sie wirken vielmehr als ironischer Selbstkommentar. Mingus macht sich über das Lustigmachen lustig. Der zentrale Punkt ist dabei nicht die Schilderung »weißer« Klischees, sondern die Einsicht in die Funktionsweise von Rassismus: Er ist universell. Nicht nur die Weißen grenzen aus, die Schwarzen tun es auch, sobald sie die Macht dazu haben (sobald sie also auf einen Einzelgänger wie Mingus stoßen). Mingus läßt allerdings keinen Zweifel, daß sich aus dieser Universalität keine Entschuldigung für den spezifischen weißen Rassismus zimmern läßt.

Großartig auch der Rahmen der Autobiographie: Mingus ist beim Psychoanalytiker und erzählt von seiner mehrfach gespaltenen Persönlichkeit, konsequent spricht er nicht in der ersten Person von sich. Alles klar! Alles klar? Mingus liefert keine Steilvorlage für die Psychoanalyse, sondern spielt mit den Figuren der Pathologisierung. Er ist es, der den Ton angibt und die Geschichte souverän im Griff hat, der Analytiker hechelt nur hinterher. Mingus ist der Half-Schitt-Colored Nigger, sein (psycho-)sozialer Status ist Beneath the Underdog. Was ihm bleibt ist die Musik, nicht um einen utopischen Gegenentwurf zu schaffen, sondern um die Arbeit mit und an den Widersprüchen aufzunehmen.

Charles Mingus: *Beneath the Underdog.* Edition Nautilus, Hamburg 2003, 320 Seiten, 16,90 Euro

Sue Graham Mingus: *Tonight At Noon.* Edition Nautilus, Hamburg 2003, 285 Seiten, 22 Euro

Das Charles Mingus Orchestra spielt unter der Leitung von Sue Graham Mingus am 12.11. in Mannheim (20.30 Uhr, Alte Feuerwache), am 22.11. in Hamburg (20 Uhr, Fabrik) und am 23.11. in Berlin (15 Uhr, Tränenpalast).

Felix Klopotek schrieb in KONKRET 5/03 über Conlon Nancarrow

Konkret 11/03, S. 54

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Chicks On Speed: 99 Cents. Chicks On Speed Records/Labels/Emi

Eine der größten unter den jüngeren musikalischen Plagen nennt sich Elektropunk oder Elektroclash und bezeichnet im weitesten Sinne die völlig überflüssige Rückkehr elektronischer Musik zum Rock n Roll. Abgeschmackte Nostalgie wird dank Sampling als zeitgemäß verkauft und gibt sich doch meist schon nach wenigen Takten als schamlose Übernahme der derzeit kollektiv beweinten Frühachtziger zu erkennen. Die pampig auf jugendlich getrimmten oder über mangelnden Wohlstand klagenden Texte knüpfen in vermeintlichem Protest an den Geist von »Hurra, hurra, die Schule brennt« an, an eine Zeit also, als Pop aus Deutschland ebenso national wie infantil als deutscher Pop firmierte.

Das deutsch-australisch-amerikanische Trio Chicks On Speed, das dankenswerterweise in englischer Sprache singt, ist als früher Vertreter eines sowohl aggressiven wie auch eingängigen Umgangs mit Laptop-Musik immer wieder mit dieser Bewegung in Verbindung gebracht worden. Vom Titel der neuen Platte einmal abgesehen, dessen Discount-Kritik ein wenig plump an den Roman *39,90* von Beigbeder anknüpft, hat der semidilettantische, eklektizistische Art-Pop auf »99 Cents« jedoch rein gar nichts mit dem Nörgelpop von Bands wie Spillsbury und Wir sind Helden zu tun. Auch Chicks On Speed spielen elektronische Musik mit der Power von Punk – stets jedoch ironisch abgefedert, den Kunstkontext nie verleugnend und damit von jedem Rock n Roll-Gestus weit entfernt. Der zusammen mit den Peaches aufgenommene Song »We don t play Guitars« liest sich diesbezüglich fast schon programmatisch. Auch in Sachen nostalgischer Zitate arbeiten die Chicks On Speed nie einförmig, sondern nehmen sowohl das Zitierte wie auch den eigenen Vortrag auf die Schippe, etwa wenn in einer typischen Siebziger-Wave-Nummer mit Referenzen an die Raincoats und The B-52s plötzlich die unsägliche Melodie von »Old McDonalds had a Farm« auftaucht.

Das mit zahlreichen Gästen, darunter Le Tigre, Kevin Blechdom und Miss Kittin, eingespielte Album betreibt permanente Abgrenzung, gegenüber einem falsch verstandenen Girlism ebenso wie gegenüber dem alten Independent-Gegreine vom »Ausverkauf«, besitzt aber formal so viel Witz und gekonnt eingesetzte Patzer, ebenso verspielte wie strategisch naive Momente, daß selten der Eindruck von Statement-Musik aufkommt.

Konkret 11/03, S. 54

Christian Giering

Melodie & Rhythmus

Joe Strummer and the Mescaleros: Streetcore. Hellcat/SPV

Und wieder ist einer zu früh gegangen. Klingt pathetisch? Ist aber so. Wenn Johnny Rotten von den Sex Pistols an seiner eigenen Kotze erstickt wäre, wen hätte es gestört? Joe Strummer aber war einer von den Guten.

In der hedonistischen, selbstverliebten Welt des Rock'n'Roll war der Ex-Frontmann von The Clash eine Ausnahme. Wo Coolness das wichtigste zu sein scheint und allerorten Oberflächlichkeit herrscht, setzte sich der Sohn eines Diplomaten für die Underdogs dieser Welt ein. Und er übte Selbstkritik, etwa wenn er seinen Fehler eingestand, Anfang der Achtziger Mick Jones gefeuert zu haben, was zum Ende der Clash führte.

Joe Strummer hat mit den ersten beiden Alben seiner Mescaleros gezeigt, daß der Ausdruck »in Würde altern« nicht nur eine euphemistische Umschreibung für mißlungene Spätwerke ist. Dieses dritte, posthum veröffentlichte Mescaleros-Album vermittelt ein letztes Mal das Gefühl, nach langer Zeit einen alten Freund wiederzutreffen. Ähnlich wie bei Manu Chao lassen sich Stücke wie das groovende »Get Down Moses« oder das sphärische »Ramshackle Day Parade« kaum einer geographischen Herkunft zuordnen.

Aber auch wenn seine Bandmitglieder beteuern, die Songs seien fertig aufgenommen gewesen und bewußt so angelegt, daß sie auch live funktionieren: Nach dem aufwendig arrangierten Vorgänger »Global-A-Go-Go« wird man den Verdacht nicht los, daß einige Stücke womöglich *so* nicht für das Album gedacht waren. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die vorliegende Platte ist keine obskure Sammlung von Demos und Homerecordings. Sicher standen das Albumkonzept und die Songs beim plötzlichen Tod von Joe Strummer am 22. Dezember 2002 schon weitgehend fest. »Streetcore« ist also keine Leichenfledderei (die kommt bestimmt noch), sondern ein echtes Album. Ob »Coma Girl« oder »Silver And Gold« vom Meister so spartanisch und rauh geplant waren, darüber kann man mutmaßen. Das großartige, mit Johnny-Cash-Produzent Rick Rubin eingespielte »Long Shadow« war es mit Sicherheit. Joe Strummers Interpretation vom »Redemption Song« ist eher als Statement von Bedeutung. Musikalisch kann er dem Bob-Marley-Klassiker nichts Neues abgewinnen.

»Streetcore« ist nicht der »Punk«, wie er auf den Musiksendern verkaufsfördernd angepriesen wird. Für Joe Strummer ist »Streetcore« mit seinen Anleihen aus Reggae, Rock'n'Roll, Country und südamerikanischen Klängen sicher auch ein Punk-Album. Seine Definition von sozialkritischer, weltoffener Musik hat auch heute noch ihre Berechtigung. Im Gegensatz zu den Sex Pistols.

Konkret 11/03, S. 54

Michael Klarmann

Melodie & Rhythmus

Vorkriegsjugend: Wir sind die Ratten – Kreuzberg Hardcore-Punk 1982 bis 1985. Destiny Records (CD), Weird System (LP)

Ein etwas anderes Achtziger-Jahre-Revival als das von RTL oder *Verschwende deine Jugend* gefällig? Wer wissen will, wozu bayerische Provinzpunks fähig sind, wenn sie in der Berliner Hausbesetzerszene stranden und fortan unter katastrophalen sanitären Bedingungen leben, kann sich schlau machen: und zwar mit dem Vorkriegsjugend-Album »Wir sind die Ratten – Kreuzberg Hardcore-Punk 1982 bis 1985«. Daß die Kultband dabei oft wie ein Bautrupp klingt, ist der Authentizität geschuldet.

Und dennoch: »Plastic Bomb – Fachzeitschrift für Punker, Straßenköter & Mutanten« (Auflage: 10.000 »Bomben«) spricht von einem »Monumentalwerk« einer der »zweifellos ... besten deutschen Punkbands«. Gediegener argumentierte da das »Ox-Fanzine« (Auflage 12.500), das jene 20 Songs des auch als VKJ abgekürzten Instrumenteverklopper-Kollektivs einen »prototypischen Großstadtpunkrock von der Front« nennt. Und jene Front der Westzone verlief einst nahe Kreuzberg. Marschierte die BRD indes gegen die DDR, marschierten, polterten und randalierten Hausbesetzer, Punks und Autonome zugleich gegen das BRD-Establishment.

Auch die VKJ marschierte kompromißlos gegen »die ganze Welt« mit. Ihre heute als Extrem-Rarität gehandelte EP »Heute Spaß morgen Tod« gilt als Meilenstein der zweiten Punk-Generation, die Deutsch sang und Anfang der achtziger Jahre auf schnellen und aggressiven Hardcore-Punk schwor. Daher spiegeln VKJ-Songs – ebenso wie die des Sideprojekts Zerstörte Jugend – in ihrer Rauh- und Direktheit sowie den zeitlosen, wütenden und morbiden Texten die Energie jener damaligen Szene. Wenn »Wir sind die Ratten und leben in der Scheiße« krakeelt wird und im CD-Booklet steht, wie die Band seinerzeit in Ruinen zwischen Ungeziefer und Müll hauste, glaubt man jede Zeile. Den »Aufstand im Ghetto« (»es fliegen wieder Steine, es fliegen immer mehr«) nimmt man ihnen ebenso ab wie den Schneid, mit dem Song »Vaterland« – gleich neben »Deutschland verrecke« von Slime aus Hamburg – einen Beitrag für das antideutsche Schallarchiv geleistet zu haben: »Erhebe deine Hand, gegen dein Vaterland«, keifen VKJ den Zuhörer an.

Die »neue« CD von VKJ enthält alle je veröffentlichten Songs der Prügelknaben. Zudem informiert ein Text über die 1985 endende Bandgeschichte. Die CD-Version enthält Videofiles mit Übungsraum- und Interview-Aufnahmen; zur LP-Fassung gehört eine Gratis-EP mit sechs bislang unveröffentlichten Live-Aufnahmen:

Konkret 11/03, S. 55

Klaus Smit

Platte des Monats

Robert Wyatt: Cuckooland. Hannibal/Rykodisc/Indigo

Darf man über Auschwitz singen? Es kommt halt darauf an, wie man es macht. So wie es bisher einen sehr guten Comic zum Thema gibt (Art Spiegelmanns *Maus)*, gibt es auch viele grottenschlechte. Und so gibt es auch ein, zwei gute Filme und ein, zwei interessante Platten zum Thema (gut: John Zorns »Kristallnacht«; mehr als problematisch: Joe Zawinuls »Mauthausen – Vom großen Sterben hören«). In einem Song auf Robert Wyatts erster Platte seit nun auch schon wieder sechs Jahren geht es nicht primär um das Vernichtungslager, sondern um die Geschichte eines Volkes: In »Forest«, einem Stück über die Verfolgung der Sinti und Roma nicht nur während der NS-Zeit, dreht sich alles um das Lied eines »Gypsy Girls«: »Like the sun on the forest her song rises up, from the ashes of Auschwitz, the death camp at Lety, the white cliffs of Dover, the song of the roma lives on and on ...« Kein Pathos, keine Dramatisierung, keine Trivialisierung, sondern eine poetisch erzählte Geschichte eingebettet in einen historischen Kontext. Das inhaltliche Problem ist, daß man sich nach kurzer Zeit bereits dabei erwischt, wie man zusammen mit Brian Eno in den Chor des Liedes einfällt. Aber das muß man dann wohl mit sich selbst ausmachen.

Für große Gesten war Robert Wyatt schon immer der falsche Mann. Das gilt bereits seit seiner ersten Solo-Platte »Rock Bottom« aus dem Jahre 1974 – sie wurde von Nick Mason produziert, der für Wyatt bei Benefizkonzerten seiner kleinen Band Pink Floyd Geld einsammelte. Geld, das Wyatt nach seinem Sturz aus einem Fenster während einer Party in London dringend benötigte, da er seitdem in einem Rollstuhl sitzt. Davor war Wyatt Schlagzeuger bei einer der ersten und einflußreichsten Jazzrock-Bands überhaupt, Soft Machine, und Matching Mole. Daß er es mit seiner zurückhaltenden Art und einem ebensolchen Gesang (Ryuichi Sakamoto: »Die traurigste Stimme der Welt«), seiner Musik, die sich exakt in der Grauzone zwischen Pop und Jazz bewegt, und seinem Engagement für die KP Großbritanniens überhaupt zu einem Nr.-1-Hit gebracht hat, einer Cover-Version des Monkees-Klassikers »I'm A Believer«, kann getrost als einer der seltenen positiven Ausrutscher des Mainstream-Geschmacks gelten.

»Cuckooland« wird das nicht passieren. Zum einen erscheint die Platte nicht bei einer großen Plattenfirma wie Virgin, mit der Wyatt in den Siebzigern derart schlechte Erfahrungen machte, daß er immer noch an den finanziellen Folgen leidet, zum anderen ist sie sowohl musikalisch als auch textlich sehr viel weniger zugänglich als der Vorgänger »Shleep« aus dem Jahr 1997. Das heißt aber nicht, daß nicht durchaus Lieder mit Ohrwurm-Charakter wie das bereits erwähnte »Forest« oder auch das hypnotische, auf einem Loop aufgebaute »Foreign Accents« darauf zu hören sind – beide sind allerdings mit den sperrigsten Inhalten ausgestattet. Letzteres besteht aus nur wenigen Wörtern: Hiroshima, Nagasaki, arigato (danke), ko n nichiwa (hallo). Das Hallo geht an Mohammed Mossadegh, dem ehemaligen Schaft Persiens, von dem es im Begleittext heißt, er wäre zum Dienste einer prowestlich ausgerichteten Diktatur installiert worden und sein »Verbrechen« hätte darin bestanden, das iranische Öl zu verstaatlichen. Gedankt wird Mordechai Vanunu, der 1986 in britischen Zeitungen über das geheime Atomwaffen-Programm Israels berichtet hatte und dafür zu einer 18jährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nächstes Jahr im April soll er entlassen werden.

Allgegenwärtig ist auch der Blick auf die derzeitige internationale politische Lage und, zwangsläufig, auf die eigene Person sowie deren Vergangenheit. Für »Lullaby For Hamza«, geschrieben von Wyatts Frau Alfreda Benge, bildet ein im »Guardian« veröffentlichter Artikel den Rahmen. Darin wurde eine Frau interviewt, die von der Geburt ihres Sohnes Hamza in Bagdad erzählt, während die ersten Bomben auf die Stadt niedergingen. Ohne Umstände läßt sich der Text jedoch auch als eine Beschreibung des eigenen depressiven Zustands lesen: »The world is dark again, I need your lullaby.« Davor ist Wyatts nur mit einem Piano eingespielte Interpretation von Buddy Hollys »Raining In My Heart« zu hören, das die Stimmung auch nicht gerade hebt: »The sun is out, the sky is blue, there's not a cloud to spoil the view, but it's raining, raining in my heart.«

Den Blick zurück wagt der blairgeschädigte Brite vor allem mit dem Titel »Old Europe«. Zu dem mit dem Besen geschlagenen und in der Spielweise an ganz frühen Jazz erinnernden Schlagzeug spielt der Exil-Israeli Gilad Atzmon, der auch Mitglied von Ian Durys Blockheads war, wunderschöne Saxophon-Passagen, die den Text kongenial in Szene setzen. Darin geht es um die Geschichte der Beziehung von Juliette Greco und Miles Davis im Paris der fünfziger Jahre. Eine Liebe, die in »Old Europe« entsproß und in New York verblühte.

Ohnehin ist die Stimmung, die »Cuckooland« verbreitet, eher trüb. Ob es nun Antonio Carlos Jobims »Insensatez« ist (»What can you say, when a love affair is over?«) oder das die Platte abschließende »La Ahada Yalam (No-One Knows)« von Nizar Zreik, das im Original arabisch gesungen wird (»The skies above the refugee camp are grey«) – die mit Klarinetten, Kornett, Posaunen, Alt- und Tenor-Saxophon eingespielte Musik bewegt sich zumeist im Moll-Bereich, dazu die Stimme Wyatts, die mit den Jahren – der Mann wird bald 60 – immer spröder wird. Daran schließen sich auch die von

Karen Mantler, der Tochter Carla Bleys und Michael Mantlers, die auch musikalisch vertreten ist, für diese Platte geschriebenen Stücke nahtlos an. So heißt es in »Mister E«: »Just take a chance, things can’t get much worse«, und in »Beware«: »They might smile and nod their heads, while they wish that you were dead.« Da kommt Stimmung auf.

Auch wenn einige Keyboard-Passagen und manche Produktionsentscheidungen einen den Kopf oder mehr schütteln lassen, darf man sich über »Cuckooland« freuen. Zum einen ist die in Phil Manzaneras Studio aufgenommene Platte Zeugnis eines großartigen Musikers in einer besonders kreativen Schaffensphase, zum anderen faßt sie vieles, was Robert Wyatts Platten schon immer ausmachte, in nicht weniger als 75 Minuten zusammen: politisch eindeutige Texte ebenso wie poetisch schöne Motive, prominente Musiker, die ihre Arbeit ganz dem Diktum des bärtigen alten Mannes unterordnen (neben den bereits genannten sind auch Annie Whitehead, David Gilmour und Paul Weller wieder dabei) und nicht zuletzt der fragile Gesang und das facettenreiche Schlagzeugspiel Wyatts selbst.

Konkret 11/03, S. 56

Martin Büsser

Lärmende Leinwand

»Obsessive Malerei« – Ein Blick auf einen Rückblick auf die »Neuen Wilden«.

Die Sehnsucht nach Unverfälschtheit

Als *Verschwende Deine Jugend*, Jürgen Teipels Interviewsammlung mit Protagonisten der deutschen Punk- und New-Wave-Szene, im Herbst 2001 als Suhrkamp-Taschenbuch erschien, hatten weder Autor noch Verlag den enormen Erfolg ahnen können. Gepuscht von Lesungen mit bis zu fünfhundert Besuchern, hat dieses Buch einen Nerv der Zeit getroffen, obgleich die Blütezeit der darin zu Wort kommenden Protagonisten – unter anderem Bands wie Fehlfarben, Mittagspause und DAF – zwanzig Jahre zurückliegt. Die Punk-Chronik fügte sich bestens in die kurz nach ihrer Veröffentlichung um sich greifende allgemeine Verklärung der frühen achtziger Jahre. Hilflos wurde in sie hineinprojiziert, was heute angeblich fehlt: Aufbruch, Konfrontation, künstlerische Unbedarft- und Unverfälschtheit.

Die Rede ist von einer Zeit, zu der die Fehlfarben ironisch »Es geht voran« sangen und die von Punk inspirierten Maler heftig ihre Pinsel schwangen. Ausgelöst wurde die Rückbesinnung nicht zuletzt von den heute zu Ämtern und Ehren gekommenen Dreißig- bis Vierzigjährigen, die sich ihrer wilden Jugend erinnerten – so geschehen bei einer Lesung von Jon Savage, der vor zwei Jahren in Frankfurt sein erstmals ins Deutsche übersetztes Buch *England's Dreaming*, eine Chronik der britischen Punkbewegung, vorstellte: Die Lesung wirkte wie eine After-Work-Party, ein Großteil des Publikums war im Anzug erschienen, strömte direkt aus den Bank- und Versicherungsgebäuden herbei, um zu den von der Konserve eingespielten Songs der Sex Pistols dezent mit dem Fuß zu wippen.

Auch die Ausstellung »Obsessive Malerei – Ein Rückblick auf die Neuen Wilden«, die Ende September im ZKM in Karlsruhe eröffnet wurde, folgt dem anhaltenden Trend, die künstlerischen und subkulturellen Strömungen jener Wendejahre zwischen Schmidt und Kohl Revue passieren zu lassen und die darum sich rankenden Mythen weniger zu hinterfragen als zu bestätigen. Nicht nur die Punk- und Wave-Bewegung ist inzwischen zum authentischen Ausdruck von Wut, zur spontanen Geste und zum gänzlich anderen Lebensentwurf verkürzt oder, nach dem, veredelt worden, auch die lange aus guten Gründen in die Magazine der Museen verbannte »wilde« Malerei jener Jahre erhält nun solch zweifelhafte Weihen. In ihrem Katalogbeitrag hebt Ulrike Gehring die »bewußt antiintellektuelle, zynische und überaus subjektive Bildsprache« dieser Malerei hervor, schreibt eher wohlwollend als kritisch von einer unmittelbar gegenwärtigen, geradezu vitalistischen »Zeitgeist«-Kunst, deren »Emotionalität« und »Sinnlichkeit« sich gegen die streng formalistischen Tendenzen von Minimalismus und Konzeptkunst gewendet habe.

Genau diese dem Katalog vorangestellte Übersicht nährt jedoch jenen Mythos, dem Diedrich Diederichsen hundert Seiten später mit Bezug auf die Hamburger Maler-Fraktion widerspricht: Man könne nicht all diese Künstler und ihre Arbeiten, wie es in einem 1981 erschienenen »Art«-Artikel der Fall war, auf »hemmungslosen Subjektivismus« reduzieren. Um überhaupt noch etwas von dieser Malerei zu retten und sie nicht ganz jenem Zeitgeist zu überantworten, dessen Flüchtigkeit von Ulrike Gehring zur beinahe genialischen Hingabe an sinnliche Unmittelbarkeit umgedeutet wird, müssen gerade diese aufpolierten Mythen von Authentizität, Besessenheit und Präsenz in Frage gestellt werden. Erträglich ist heute, zwanzig Jahre später, im Grunde nur noch, was Distanz oder doch wenigstens einen spielerisch gebrochenen Umgang mit dem Medium der Malerei erkennen läßt – also nicht mehr viel unter den 140 in Karlsruhe ausgestellten Exponaten.

Protziges Berlin

Die Werkgruppen in Karlsruhe sind nach den drei Städten Berlin, Köln und Hamburg sortiert, in denen jeweils eigene Künstlergruppen entstanden waren, die sich auch als solche präsentiert hatten – sei es durch die Wahl der Sujets und der Maltechnik, sei es dadurch, daß die Künstler wie im Fall von Walter Dahn und Jirí Georg Dokoupil einige Bilder gemeinsam malten. Die Großformate der Berliner Rainer Fetting, Salomé, Helmut Middendorf und Bernd Zimmer, die 1977 am Moritzplatz eine gemeinsame Galerie gegründet hatten, eröffnen die Ausstellung. Anhand dieser Gemälde wird sofort deutlich, wie es zu der – von den meisten Künstlern nicht akzeptierten – Titulierung »Neue Wilde« hatte kommen können. All diese Arbeiten wirken wie ein Aufguß des deutschen Expressionismus; sie beziehen sich allenfalls am Rande auf die Gruppe der »Fauves« (= die »Wilden«; Matisse, van Dongen, Dufy ...). Ihr eigentliches Vorbild sind die »Brücke«-Maler, deren Sujets lediglich ein wenig modernisiert und im Format aufgeblasen wurden.

Vor allem die Berliner Künstler bezogen sich unmittelbar auf die neu entstandene Punk-Subkultur, portraitierten die Tanzenden im Szeneclub »So36« oder Mikrophonständer um sich schleudernde Sänger auf der Bühne, ganz der Vorstellung folgend, daß Malerei so spontan und intensiv wie die Musik der neuen Subkulturen daherkommen solle. Da die Dispersionsfarbe auf die Leinwände sehr dünn aufgetragen wurde, sind zahlreiche Spritzer erkennbar, die den Bildern auch

heute noch eine gewisse »Bewegheit« verleihen. Im Gestus unterschied sich eine solche Beschwörung des Großstadtlebens allerdings kaum von Ernst Ludwig Kirchners Straßenszenen. Kirchners andere Seite, die Alpenlandschaften, hat dann im übrigen Bernd Zimmer fleißig imitiert. Das Vertrauen auf die Wirkungsmacht von Motiv, Technik und Format sorgt gerade bei der Berliner »Wilden«-Fraktion für den Eindruck einer Zeitgeist-Kunst, die aus genau diesem Grund bis heute gewisse Bistros und Eisdielen schmückt und dort um so mehr stört, je weniger sie doch stören soll.

Maler wie Rainer Fetting und Helmut Middendorf bewiesen durchaus technisches Geschick – das erstaunlich ruhige Motiv eines Berliner Hinterhofs von Rainer Fetting erinnert nicht zuletzt aufgrund seiner kompositorischen Qualität, aber auch aufgrund des suggestiven Einsatzes von Rot- und Blautönen, an Max Pechstein – , doch eben das macht ihre Arbeiten so epigonal. Inhaltlich haben sich die Berliner Künstler darauf beschränkt, der Großstadt und dem subkulturell-jugendlichen Umfeld zu huldigen – das Negative, aber auch Ironische, mit dem Punk seinerzeit auftrat, kommt in den Bildern nicht zum Vorschein: Middendorfs Punk-Darstellungen sind Rock-Gemälde, die ebenso gut Led Zeppelin oder The Doors meinen könnten. Ihnen fehlt der zersetzende Impetus von Punk. Im Ausdruck beschränken sie sich auf ein farbenfrohes »Ja zur modernen Welt« – bruchlos, was genau den Eindruck des »Antiintellektualismus« (Ulrike Gehring) hervorruft, der diese Gemälde so fesch, flott, also dekorativ macht.

Autodestruktive Malerei

Anders verhält es sich mit der Künstlergruppe »Mülheimer Freiheit« aus Köln, darunter Walter Dahn, Peter Bömmels und Jirí Georg Dokoupil, deren »ebenso schlampige wie unausgegorene Malerei« (Gehring) nicht einfach nur »vulgär« und »antiakademisch« war, sondern auch ein Weg, um sowohl dem bloß Dekorativen als auch dem unreflektiert Authentischen zu entgehen. Die Künstler malten allenfalls noch aus Haßliebe zur Malerei, demontierten mit ihren Comic- und Fäkalmotiven jede genialische Geste und arbeiteten sich an einem Mythos ab, den sie erst aufrichten mußten, um ihn zu demontieren. Eine Gemeinschaftsarbeit von Dahn und Dokoupil zeigt beispielsweise ein nur mit einem Arm ans Kreuz genageltes Männlein, das mit der freien Hand den Pinsel schwingt, veralbert also die bis zu Beuys reichende Vorstellung, der Künstler trage stellvertretend wie Christus das Leid der Menschheit.

Gleich daneben ein ähnliches Motiv: Ein erigierter, mit Armen versehener Penis hält hier den Pinsel in der Hand, als gelte es, sich über genau das lustig zu machen, was Kritiker den »Neuen Wilden« unterstellten, nämlich den enthemmten Ausdruck einer nicht mehr vom Kopf, sondern von anderen Körperorganen gesteuerten Malerei. Solche Bilder verdeutlichen, daß es nicht allen jungen Malern einfach darum ging, gegen Minimal und Concept Art zu polemisieren, sondern daß hier mittels Zote und Dilettantismus die Malerei selbst angegriffen wurde, oder doch zumindest jene Rezeption, die mehr »schöne Bilder« verlangte. Diese kritische Intention verlor sich jedoch insofern im Tautologischen, als daß hier ein den klassischen Avantgarden entlehnter Stil überhaupt erst wieder etabliert werden mußte, um sich gegen dessen mögliche, reaktionäre Auslegung wenden zu können.

Die Hamburger Gruppe – Werner Büttner, Martin Kippenberger und Albert Oehlen – fällt aus dem Rahmen des Ausstellungsprogramms und ist vielleicht deshalb in Karlsruhe mit nur wenigen Exponaten vertreten: Bezeichnungen wie »obsessiv« und »wild«, die sich auf die Arbeiten der Berliner und nur zum Teil noch auf die der Kölner anwenden lassen, passen hier gar nicht. Schon technisch ist an den Gemälden nichts »wild«; Oehlen bevorzugte dick aufgetragene Farbe und zurückhaltende Grau- und Brauntöne, Kippenberger ein reflektiertes, von Authentizität weit entferntes Spiel mit Zitaten, das Elemente der Pop Art und der informellen Malerei eher im humoristischen Stil eines Sigmar Polke verarbeitete.

Angesichts der ermüdenden Kippenberger-Renaissance des letzten Jahres ist verzeihlich, daß Karlsruhe nur wenige seiner Arbeiten zeigt, im Rahmen einer Gesamtdarstellung hätten sie aber für ein notwendiges Gegengewicht zu den dominierenden, schwungvollen Gesten sorgen können. So aber macht die eng gehängte Ansammlung von Großformaten den Betrachter übersatt. Zu viele der hier gezeigten Gemälde verweisen mit großer Geste lediglich noch auf die eigene Präsenz und kokettieren mit ihrer Oberflächlichkeit. Es ist zu befürchten, daß genau dies jener Sehnsucht nach dem unverfälschtem Ausdruck entgegenkommt, die in den frühen Achtzigern gerne eine künstlerisch widerspruchsfreie entdecken möchte.

So bunt, wie es die Ausstellung vermitteln möchte, waren die Jahre dann aber doch nicht. Kippenberger, der Punk nicht thematisierte, aber dem Punk vom Gestus her näher stand als die sich eindeutig auf Punk beziehenden Berliner Maler, hatte wie kein anderer die Widersprüche seiner Generation nach außen getragen, auch jene politische Zerrissenheit, die sich aus der Linken heraus mit taktischen, heute zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren Unkorrektheiten meldete, um sich von der orthodoxen, als bieder empfundenen Linken abzugrenzen. Wo derlei Kontexte ausgeblendet werden, besteht eine weitere, in Karlsruhe durch die nationale Klammer geschürte Gefahr – die der Konstruktion einer Tradition genuin deutscher Malerei, mitsamt dem Ballast national gefärbter Mythen: ursprünglich, expressiv, apolitisch, subjektiv, vital. Das hat uns gerade noch, nämlich gar nicht gefehlt.

»Obsessive Malerei – Ein Rückblick auf die Neuen Wilden«, ZKM Karlsruhe bis zum 4. Januar 2004. Zur Ausstellung ist ein durchgehend farbig illustrierter Katalog zum Preis von 25 Euro im Hatje/Cantz-Verlag erschienen.

Martin Büsser schrieb in KONKRET 10/03 über den spanischen Maler Antoni Tàpies

Konkret 11/03, S. 58

Klaus Theweleit

Was nicht mit den Augen zu sehen ist

Mythen und Homosexualität in Pasolinis »Salò oder die 120 Tage von Sodom«.

Pasolini kreuzt Sade & Ödipus.

Mythen filmen

Pasolini übernimmt die Eingangskonstellation von de Sades *Sodom*-Roman und ihre Lust/Mord-Struktur komplett für seinen »Salò«-Film. Wie sehr er dies tut, mußte Kritikern entgehen, die sich nicht die Mühe machten, de Sades Roman zu lesen (was einem durch die fortdauernden Verbote von de Sades Schriften auch nicht leicht gemacht wurde). Pasolini »verfilmt« tatsächlich große Teile von de Sades Roman so »wortgetreu« wie er dies in »Das Evangelium des Matthäus« (1963) mit den Worten des Jesus von Nazareth getan hat. Und wie er es tut mit den Versen von Sophokles in seinem Film »Edipo Re« (1967) oder den Versen von Euripides in seinem Film »Medea« (1969). So wie er schon in seinem ersten Film »Accatone« eine eigene Romanvorlage verfilmte, ist er bis zu seinem letzten Film »Salò oder die 120 Tage von Sodom« dem Verfahren Literatur-(Ver)Filmung treu geblieben. Pasolinis letzte drei Filme vor »Salò« waren die »Erzählungen aus 1001 Nacht«*, »*Bocaccios Decamerone« und ein Film nach Chaucers *Canterbury Tales*. Anders als anderen modernen Mythenbearbeitern oder Bearbeitern alter Stoffe, anders z. B. als Heiner Müller, kommt es Pasolini dabei nicht primär auf *moderne Versionen* der alten Stoffe an. Zwar nimmt auch er aktualisierende Verschiebungen vor, aber er zeigt zunächst, so unmöglich das klingt, etwa im Falle des »König Ödipus« den Mythos *in seiner Bildlichkeit selbst*.

Die größte Schwierigkeit beim Drehen des »Ödipus« bestand darin, ein Land zu finden, ein Gelände, das nicht die Kennzeichen moderner Zivilisationen trug. Rumänien wurde probiert, Israel; sie gingen nicht, immer ragte von irgendwo ein Strommast ins Bild, ein Zaun, ein Geogefüge, das jünger wirkte, das nicht aussah, als wäre es 2.500 Jahre alt. In den Gebirgs- und Wüstengegenden Marokkos wurde Pasolini fündig, und dort spielt nun auch sein griechischer Ödipus-Mythos. Nicht daß er einer so falschen wie unmöglichen »Authentizität« hinterhergerannt wäre: Die Klagegesänge des Chors in »Edipo Re« sind rurale Gesänge aus Rumänien bzw. von marokkanischen Frauen, die er vor Ort aufnahm. Sie funktionieren wunderbar in dem Film als Begleittöne etwa zum Spruch des Orakels von Delphi. Ebenso »synthetisiert« Pasolini die Kleidung seines Ödipus-Personals aus örtlicher Hirtenkleidung, aus Phantasieaccessoires, aber auch, wo immer es geht, aus Gegenständen, wie sie in den Bildern verschiedener europäischer Maler auftauchen.

Oder er synthetisiert Gesichter aus Gesichtern der Filme anderer Regisseure. Der Jesus seines Matthäus-Films hat ein Gesicht, das synthetisiert sein könnte aus den Gesichtern von Montgomery Clift, Elvis und Prince – und es funktioniert. Eingehüllt in die angemessenen arabischen Tücher, umgeben von seinen Jüngern (unter ihnen verschiedene bekannte italienische Intellektuelle), hineingestellt in die richtige Landschaft, ein Phantasiepalästina aus Süditalien mit wenig Bäumen, viel Wüste und entfernten Bergen, dazu die Bibelworte auf den Lippen, gefilmt in einem kontrastreichen Schwarzweiß in einem Wechsel aus Nahaufnahmen und »historisierenden« Panoramaschwenks, unter unauffälliger Einarbeitung vieler Bildkonstellationen der Renaissance-Maler, wohnen wir nach etwa einer halben Stunde Eingewöhnungszeit in den Film einem Jesus bei, wie er *leibte und lebte*, einem *dokumentarischen* Jesus, so wie auch einem dokumentarischen Ödipus auf seinem Weg nach Theben – dem nichts von dieser wundersamen Qualität genommen wird dadurch, daß er den Kampf mit der Begleitung seines Vaters am Kreuzweg »samuraihaft« austrägt, also à la Kurosawa, wie ein Kritiker treffend bemerkte.

Dies ist etwas Einzigartiges in den Mythos-Filmen von Pasolini: wie das Filmbild, hergestellt aus den verschiedensten vorgefundenen Ingredienzien, durch und durch synthetisiert, montiert aus vielen Bild- und Tonschichten, umschlägt in eine Art dokumentarisches Bild »aus dem Leben Jesu« oder »aus dem Leben des Ödipus«. Es ist gefilmte rote marokkanische Wüstenerde, aber im Film ist es klar die flirrende, staubige griechische Landstraße, über die ein gewisser Ödipus, der Findlings-Königssohn, seinen ungekämmten unwissenden Hirtenkopf seinem Schicksal entgegen ins Bett seiner Mutter trägt; und der von dem Moment an, wo er auf seinen Vater trifft, in Versen des Sophokles spricht und in ebensolchen Versen Antwort erhält.

Pasolinis unmögliches Unterfangen, so vorzugehen, als hätte Sophokles eine Kamera in der Hand gehabt, als hätte Matthäus seinen Jesus in 35mm gefilmt statt nur aufgeschrieben, gelingt tatsächlich auf Grund eines Geheimnisses, das für Pasolini keins war, denn wieder und wieder hat er es formuliert in Interviews und Statements: Film ist die Kunst, in der die Wirklichkeit sich durch sich selbst ausdrücken läßt, also nicht durch Zeichen und Symbole, mit denen die Sprache arbeiten muß. *Film ist keine Sprache,* ist die so einfache wie folgenreiche Erkenntnis am Grund von Pasolinis inszenatorischem Dokumentarismus. Ein Haus läßt sich ausdrücken durch das Bild eines Hauses; es muß aber nicht dieses Haus selbst sein, es kann ein anderes Haus sein, durch das ich *dieses* Haus ausdrücke; man muß das Bild des *richtigen* Hauses in der Realität ausfindig machen, die richtige Landschaft, die richtigen Gesichter und Bewegungen der Schauspieler, dann kann ich *jede*

Zeit der Geschichte und jedes ihrer Ereignisse auf dokumentarische Weise sichtbar machen – selbstverständlich nur unter der Verwendung der historisch *richtigen Wörter*; insofern ist Pasolini wahrscheinlich *der* Literatur-Verfilmer überhaupt, der diesen Namen am ehesten und vielleicht als Einziger verdient. Er kann dies nur sein, weil er gleichzeitig (montierender) Dokumentarist eines Realen ist; d.h. die Kamera als ein Gerät benutzt, das wissende und denkende Bilder produziert; ein Gerät, das im Moment seiner Einschaltung alle »falschen Gedanken« sofort ausschließt, indem es alle falschen *Bilder* sofort ausschließt.

Dieses Verfahren könnte man die mythos-inszenierende wie auch mythos-dokumentierende Seite von Pasolinis Filmen nennen: Zeigen, was alle »kennen« (textlich), aber noch nie *gesehen* haben. Zeigen, was man *nicht sehen kann*: den Mythos als filmbaren Handlungsverlauf, Ödipus, Kreon, Jokaste, Jesus als Menschen, als historische Personen aus *Fleisch und Blut.* Und es geht, weil sie aus der Zusammenschaltung eines literarischen Denkens mit einer denkenden Kamera gedacht sind, um im Bild mythologisch-vorsprachlich zu werden. Um einen Vergleich zu den Griechen Hollywoods zu ziehen: Keine Sekunde glaubt man, Odysseus vor sich zu haben, wenn man Kirk Douglas »als« Odysseus handeln und sprechen sieht. Seine Seefahrer sind und bleiben Amerikaner, auch (und besonders), wenn sie, rauschmittelerzeugend, in großen Wannen mit den Füßen Weintrauben zerstampfen. Polyphem? Ist jemand aus der Sesamstraße.

Auf die mythos-*aktualisierende* Seite verzichten Pasolinis Filme deshalb aber nicht, jedenfalls nicht immer. Der Ödipus-Film beginnt und endet im 20. Jahrhundert: Zu Beginn sieht man ein Offiziersehepaar etwa aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, Laios und Jokaste. Der Leutnant Laios ist jung, schön, verliebt und walzerselig; seine Frau, Jokaste, ist auch jung und schön, aber walzerselig schon etwas weniger, denn sie hat einen Sohn geboren, von dem der Vater schlagartig erkennt: Er wird mir alles nehmen, was ich habe, zuerst ihre Liebe. Und er beschließt, ihn auszusetzen. Großaufnahme: Er packt ihn an den Füßen. Dann der Zeitschnitt in die marokkanische Wüste.

Die Aktualisierung hat eine autobiographische Note: Das Offizierspaar »entspricht« Pasolinis Eltern; nach der Geburt von zwei Söhnen, beide mit mehr Gewalt als mit weniger gezeugt, endet die sexuelle Beziehung der Eltern; der Offiziersvater, vergnügungssüchtig, bringt das Geld durch, spielt, hat andere Frauen, und landet in den Armen von Mussolini. Pasolini hat, als er nach Rom zog, seine Mutter zu sich geholt; sie hat bei ihm gelebt bis zu seinem Tod 1975. Nicht inzestuös; Sexualität mit Frauen war für Pasolini ausgeschlossen. Unter anderem weil ihm dabei, nach eigener Aussage, immer die Mutter vor Augen geschwebt hätte. – Der Schluß des Films zeigt dann den blinden Ödipus am Stock unter den Kolonaden des modernen Bologna. Ein blinder Musiker, der auf einer Flöte spielt ...

Eyes Wide Shut

Bleibt das Nicht-mit-den-Augen-zu-Sehende an Pasolinis »Salò«-Film. Es ist der heikelste Punkt, heikel für den Filmemacher selber, für *seine Form* des Inszenierens, für *seine Form* der Sexualität – und heikel schließlich auch *für unsere Verhaltensformen,* die Sexualität und das Schauen der Zuschauer. Im Zentrum hierbei: Pasolinis eigene Homosexualität. Pasolini weiß genau, daß Teile der italienischen Öffentlichkeit, die widerlichsten Teile der italienischen Öffentlichkeit, sein ständiges *Dissidententum,* sein skandalsuchendes *trouble-making,* sein exhibitionelles Herumtrampeln in den verstecktesten Fettnäpfchen, seien sie sexueller, politischer oder religiöser Art, ursächlich seiner Homosexualität zuschreiben, speziell seinem sexuellen Umgang mit bezahlten Jugendlichen. »Salò oder die 120 Tage von Sodom«*,* ein Film über universelle Formen ritualistischer faschistischer Gewalt, wird gedreht von einem *Sodomiten.* Pasolini hat den Chor seiner »Kritiker« vorher gehört: »Da habt ihr es. Faschistische Gewalt ist *doch* eine Abart homosexueller Gewalt. Was wir immer gesagt haben.«

Pasolini, dem aus diesem Grund sogar von engen Freunden wie Moravia »Selbsthaß« oder »Sadomasochismus« attestiert wurde, hat sich davon nicht beirren lassen. Er war sich sicher, daß er nicht einfach *Homosexualität* in seinem Film zeige (und damit denunziere), sondern ritualisierte Gewaltpraktiken seiner folternden und philosophierenden *Salò-Exzellenzen*, die sich des exhibitionierten sodomitischen Akts *bedienen,* um ihre spezielle Gesetzlosigkeit, die sie »absolute Freiheit« nennen, sich und andern unter Beweis zu stellen. Die faschistische Idee der Freiheit ist nichts anderes als der Wunsch nach einem Leben in der absoluten Übertretung, einer Lebenspraxis jeder Form nur ausdenkbarer ungehemmter Kriminalität. Da auf dem Gebiet der Sexualität der sodomitische Akt der von den kirchlichen wie moralischen Instanzen öffentlich verpönteste war (und wieder zu werden scheint), verspricht seine öffentliche Ausübung, speziell wenn gekoppelt mit Akten der Gewalt, ein Höchtsmaß an Übertretungslust.

Pasolini macht dies demonstrativ deutlich, wenn in der großen Performance der aufgereihten nackten Hintern, in der »der schönste« dieser Hintern ermittelt werden soll, derjenige also, der am meisten zur Sodomie *einladen* würde (wäre man ein lustvoll empfindender *homosexueller Mensch*), bei seinen Salò-Exzellenzen keineswegs in einen sexuellen Vollzug einmündet; vielmehr besteht die Belohnung für den schönsten in einer Strafe, Todesstrafe, nämlich in der *Erschießung* des Besitzers dieses schönsten. Haha. Die dann nur als *Fake* durchgeführt wird. Hahaha. Weil dies viel lustiger ist, als eine schnelle Exekution. Diese Herren *sind nicht sexuell,* weder homosexuell noch hetero. Sie üben Macht aus. Sie kriegen einen hoch, wenn sie sexualisierte Gewalt *sehen*. Deshalb können und wollen sie Sexualität inszenieren, und dann

zerstören, um zu Befriedigungen zu gelangen. Die Befriedigung, die um so größer scheint, als sie ihnen die Gewißheit verleiht, das Sexuelle bei andern der Zerstörung zuzuführen. Einen Spitzenplatz in diesem Verfahren besetzt die Inszenierung des sodomitischen Akts. Weil das *so ist*, den Kenntnissen nach, den Beobachtungen nach, die Pasolini gemacht hat, in denen de Sades *Sodom*-Roman ihn bestätigt, zeigt Pasolini das auch so, als Dokumentarist herrscherlich-sexualisierter Abirrungen.

Moravia hat dies, in einem Vergleich Pasolinis mit Jean Genet, so offen wie möglich formuliert:

Dies ist ein Phänomen homosexueller Dekadenz. Der Homosexuelle ist ein Ausgeschlossener, ein Rebell, ein Bekämpfer einer christlichen Gemeinschaft, die seine Liebe verurteilt. Vor dem Christentum gab es diese Verurteilung nicht. Deshalb haben die Homosexuellen eine instinktive Sympathie für alle, die das Gesetz überschreiten. Der Homosexuelle ist fast ein Organisator der Revolte. Doch das ist nicht das einzige: Der Homosexuelle fühlt sich zu diesen Menschen hingezogen, weil er in ihnen ein Aufbegehren erkennt, das seinem analog ist, bisweilen noch heftiger. Hinzu kommt der eigene Geschmack daran, sich nicht anpassen zu wollen, der Geschmack an der dekadenten Skala der Werte. Ich habe an einer Stelle bei Proust über Charlus gelesen, der in einem Männerbordell verkehrte, wo er sich von kriminellen Jungen auspeitschen ließ und sich die Frage stellt: »Stimmt es, ist es sicher, daß er jemanden umgebracht hat?« Er will also einen Mörder. Hier treffen wir auf einen weiteren Faktor, den Masochismus. Gemeint ist nicht der psychologische Masochismus, Pier Paolo war ein Masochist im wahrsten Sinne des Wortes. Er ließ sich schlagen. Er ließ sich schlagen, ließ sich fesseln, ließ sich ohrfeigen. Das bleibe aber unter uns. »Das ist aber sehr wichtig, äußerst wichtig.« »Den Kriminellen sucht man sich auch deshalb aus, weil er die Gewalt repräsentiert; obgleich Pasolini sehr stark war und leicht jemanden zu Boden strecken konnte. Und Pasolini *suchte* gezielt Kriminelle: *Hier bestehen keine Zweifel. Die Jungen von Pasolini waren alle häßlich, dreckig, mit einem Hang zum Kriminellen. Wie sein Mörder, Pelosi.*

Ich habe in den *Männerphantasien* vergleichbare Akte deutscher Wilhelministen und deutscher Faschisten, innerhalb und außerhalb von Röhms SA, als ebensolche Gewaltakte beschrieben, als pseudo-sexuelle Akte und damit auch als pseudo-homosexuelle Akte; zu definieren als Akte der Übertretung, als Transgressionen ins gesellschaftlich Unerlaubte, als bewußtes Böser-Bube-Spiel, mal mit ungeladenen, mal mit geladenen Pistolen. Es sind die Parallelhandlungen zum politischen *Ermächtigungsgesetz* im Sexuellen. Genau entsprechend setzt Pasolini das in Szene. Auch um den Preis der möglichen Selbstdenunziation. Alberto Moravia ging soweit, zu sagen, er bedaure es sehr, daß Pasolini diesen Film überhaupt gemacht habe. Er bedaure es, daß dieser Homosexuelle, der noch in seinem Film davor, in den »Erzählungen aus 1001 Nacht«, der lustvollen Homosexualität ein so schönes Denkmal gesetzt habe, in seinem »Salò«-Film zu einem Akt der Selbstdestruktion ausgeholt habe.

Moravia hat den Freund nicht mißverstanden, glaube ich; er war gespalten, aus Furcht vor genau jener öffentlichen Verwerfungsreaktion auf den Film, die dann auch eintrat. Daß der homosexuelle Freund Roland Barthes, den Pasolini vor dem Drehen von »Salò« besonders als de Sade-Spezialisten öfter kontaktierte, sich nachträglich von dem Film »distanzierte«, empfinde ich als regelrechten Verrat. Die theoretische Unterscheidung in Faschismus-Substanz und Faschismus-System, mit deren Hilfe er dies tat, ist rein scholastisch und unangemessen. Man bekommt keine Beschreibung der faschistischen Gewalt-Systeme hin, ohne sich die Finger mit Details der Substanz zu beschmutzen. Eine sehr französische Lösung, die Barthes gewählt hat, sozusagen theorie-seriös.

Genauer (und erweiternder) hingeschaut hat Naomi Greene. »Ebenso, wie Bestialität und Kannibalismus in Pasolinis Film »Der Schweinestall« (›Porcile‹, 1969), symbolisch den Platz von Revolte und Transgression besetzen, besetzt diesen Platz in ›Salò‹ die Sodomie«, schreibt sie; »eingeschlossen den Protest des Dandys gegen die kapitalistische Welt, wo alles auf Nutzen und Tausch aufgebaut ist, sowie die Revolte des Libertins gegen den biologischen Imperativ der Reproduktion.« Sodomie heißt auch: nicht zeugen und gebären wollen, ein Akt transgredierenden Protests, der zwangsläufig »vom Tod spricht«.

Darin eingeschlossen sind dann in der Tat Pasolinis Verfahren selber, inszenatorisch wie sexuell. Sollte darin ein »Masochismus« liegen, ist es ein analytischer; der Masochismus der Selbstanalysen. Zum sodomitischen Akt bemerkt Pasolini in einer Art grimmiger Selbst-Ironie, er sei der Vorgang, »der am besten den endlosen Wiederholungscharakter sexueller Akte zusammenfaßt, da er der allermechanischste ist«.

Seine Selbst-Reflexionen oder auch Selbst-Bezichtungen gehen aber weiter. Was ist es denn, was er selber inszeniert, wenn nicht pures Spektakel für Kinozuschauer, die selber nicht weit entfernt sind von der »Hand an der Hose«? Pasolini will auf eine Unterscheidung hinaus und fürchtet, daß er sie nicht findet. Zwar: Er *macht* schon etwas anderes: »ferocious meta-cinema« nennt es Naomi Greene; übersetzbar als »wildes Kino, das sich selber denkt«. Kino, das Filmdenken ist. In diesem Gedankenprozeß, sagt Greene, »bezichtigt sich Pasolini in mehreren Punkten selbst: sich selbst als Benutzer adoleszenter Körper in Leben und Film, auch er – wie die Libertins – dirigiert Körper, erzählt Geschichten, arrangiert ›Nummern‹. Auch er ist ein Meister des Spektakels, ein Organisator von Riten, ein Experte der Verwandlung von Gewalt in Theater. Aber niemand ist unschuldig im ›neunten Kreis‹, und so werden auch wir, die Betrachter, bis zu einem bestimmten Grad Mitträger von Schuld. Durch die Art und Weise, in der Pasolini uns die Opfer der Libertins zeigt, stellt er sicher, daß wir

diese Adoleszenten ebenfalls als wenig mehr ansehen, denn als schöngewachsene Körper, austauschbare Objekte. Er hält sie nackt und stumm, nichts Individuelles an ihnen kann sich ausbilden, nichts, was sie in unsere Welt wie auch die der Libertins hineinkommen ließe.«

Zusätzlich zeigt er sie, distanzierend, als willige gegenseitige Denunzianten und schließliche Helfershelfer der Folterer. In einem Interview mit Gideon Bachmann hat Pasolini das unterstrichen: »Hätte ich ergreifende, weinende Opfer gezeigt, die einem das Herz zerreißen, würde jeder nach fünf Minuten das Kino verlassen haben.« Was auch so bei nicht wenigen geschehen ist. Mit denen, die *bleiben* bzw. *geblieben sind*, hat Pasolini etwas anderes vor: »Unfähig gemacht, wirklich mit den Opfern zu fühlen, wird uns unwohl, verunsichert über die Beschaffenheit unserer eigenen Humanität. Dies Unwohlsein befeuert eine andere Malaise und wird von ihr befeuert: während die Maschinerie der Folter ihren Lauf nimmt, werden wir langsam gewahr, bewußt oder auch unbewußt, daß genau der Akt des Ansehens von ›Salò‹ uns selber, wie die Libertins, in die Teilnehmer sadistischer Riten verwandelt – Riten, auf Distanz gehalten durch Theatralisierung, durch Stil, durch die formale Perfektion dieses kristallinen Films. Wie Leo Bersani und Ulysse Dutoit in einem hochinteressanten Artikel zu ›Salò‹ bemerken, ›transformiert Pasolini uns in willigere, wenn auch absichtslosere Zuschauer, als seine sado-faschistischen Protagonisten es sind. In gewissem Sinne heißt das, daß wir als Zuschauer niemals ermüden; aber es ist genau die Grenzenlosigkeit dieses Ästhetizismus, die unsere moralische Perspektive auf Salò konstituiert.‹ Wenn die Opfer sich also in ›perfekte Exekuteure‹ verwandeln lassen, werden wir zu ›perfekten Zuschauern‹ – zu Betrachtern, die zwar abgestoßen, aber auch angezogen sind vom Spektakel ästhetisierter Gewalt. Und, wie einer der Libertins uns erinnert, ist diese Rolle eine gewichtige: in diesem satanischen Theater, in diesem Akt des Hinsehens – oder, in seinen Worten, ist ›der intellektuelle Genuß der Kontemplation‹ gleichgewichtig mit der ›sublimen Freude der Aktion und der verborgenen Freude der Komplizenschaft‹. Schwindeln gemacht von den schönen und polierten Bildern von *Salò,* können wir das visuelle Vergnügen nicht leugnen, das ein Theater, das ein Kino der Gewalt, uns anbietet.«

Untergründiges »Thema« von »Salò« ist so der Blick des Zuschauers; unser eigener alltäglicher Blick auf die Greuel der Welt nicht nur im Fernsehen, in ausgewählten Dokumentationen zur Folter oder in einem »polierten« Kinofilm. Angepeilt ist nicht allein der Blick unseres Auges, sondern der Blick unseres Wissens auf die Welt, der Blick unserer *Einstellungen* auf die jeden Moment sich ereignenden Realitäten. In der letzten Foltersequenz des Films läßt Pasolini die Exzellenzen nicht nur durch Operngläser die Szenerie betrachten, er setzt diesen Blick durch das Glas mit dem Blick durch die Kameralinse gleich. Sein eigener Blick wie unserer sind nicht davon abkoppelbar. Greene sieht darin eine gleichermaßen vehemente Attacke auf den Regisseur selbst, auf den Film als Institution, wie auf den Zuschauer als Institution. In dieser »sadomasochistischen« Konstruktion liegt das tatsächlich verstörendste Element des Films. In seiner Absicht, tatsächlich *unerträglich zu sein,* die wir dennoch ertragen, liege seine tatsächliche Unerträglichkeit.

Das Brechtsche »Glotzt nicht so romantisch« oder auch »Hört auf zu glotzen« bricht so in hundertfacher Steigerung als *Parole* aus diesem Pasolini-Film, als Sprengladung in unsere zivilen Gepflogenheiten. Eine stumme »Stimme«, die, hörbar gemacht, etwa so klänge: »Ihr habt doch längst alles gesehen, was es zu sehen gibt. Ihr wißt doch alles, kennt jede Ungeheuerlichkeit auf der Welt: Aber ihr seht immer weiter hin, in ästhetisierenden Konstellationen, womit ihr das Grauen kommensurabel macht. Damit ihr weitermachen könnt. Damit ihr nicht aufzustehen braucht aus euren Sesseln, eure Räume verlassen oder den Kinositz, um das Treiben der universalen Quälmaschine und ihrer Betreiber zu stoppen. Weil ihr es sogar *genießt*. ›Demokratie‹ soll das heißen, was ihr mir da andreht? Ihr bekommt ein paar Waren und Schaustücke als Gegenwert, und bleibt im übrigen Komplizen der Killer. Ihr bekommt die ›Befreiung der Sexualität‹. Und wie ich höre, dürfen selbst Schwule jetzt heiraten und in allen Lagen herumbumsen; aber es hat nichts mit Befreiung zu tun. Befreite Sexualität war 1975 schon ein Staatsakt, *Queer-Sein* ist die neue Offizialreligion aller eingefangenen Abweichler. Ihr seid *Komplizen,* wo ihr auch geht, liegt oder steht. Eben Bewohner des Schweinestalls, *Porcile*. Ihr stinkt und ihr glotzt, das Tun eures Auges ist eine nicht-sehende Dauerästhetisierung des Unheils, womit ihr die Welt euch aushaltbar macht.«

Man bekommt eine etwas genauere Vorstellung davon, was die erklärte Absicht, *keine Filme mehr* machen zu wollen, für Pasolini bedeutet hat.

Was man nicht »mit Augen sehen« kann? Das ist, wie dieser Film uns infiziert mit der Schuldwahrnehmung des eigenen Sehens, des Konsumierens der Welt in Form zurechtgemachter Bildströme, die einem Verzehr der Welt und einer Zustimmung dazu gleichkommen. Unser Auge: ein Mordkomplize der »Libertins«, der herrschenden Wichser aller Länder, Regionen und Religionen, die zwei Drittel der Weltbevölkerung permanent in Dantes Höllenkreisen schmoren lassen und dazu aufrufen, bei sogenannten Wahlen irgendeinem dieser Kill-Profis unsere Stimme zu geben. Unsere sprichwörtliche Bereitschaft, Scheiße zu fressen, wenn sie nur ein wenig garniert ist, jeden Scheiß und jeden Dreck, der nur genügend »visualisiert« ist, letztlich um am Leben gelassen zu werden. Sehr nett ist es nicht, was uns dieser Film injiziert.

Ein kleiner Ausweg liegt in seiner »kristallinen Klarheit«; ein Ausweg, der den Regisseur eingeschlossen hätte. Der Film emotionalisiert nicht, er ist kein Affektkino, er denkt die Qualen der Gefolterten und die Lüste der Folterer in kühlen Bildern, in geometrischen Symmetrien sowohl der Räume wie der Personenkonstellationen; er stellt seine einzelnen Realitätsbruchstücke mehr aus, als daß er sie darstellt; er synthetisiert kühl, etwa die faschistischen Chanteusen, die aus

einem Hitler-Ambiente wie aus einem Visconti-Film wie aus de Sades Roman *geschichtet* sind. Oder wenn die Kamera der Pianistin, die alle Auftrittsstadien unermüdlich untermalt hat, kühl folgt, als sie aufsteht und sich schweigend über die Fensterbrüstung in die Tiefe stürzt, ohne vorherige Anzeichen, daß sie »das Spiel« nicht mehr ausgehalten habe.

Was da aus einem Film ist, was aus einem Buch, was aus der sogenannten objektiven Realität, ist nicht auszumachen und soll nicht ausgemacht werden. Es wird Stoff einer Kamera, die alles Seiende registriert, bedacht und für »gleich« befunden hat; unterschieden nur im Grad des *Staging,* der durchtriebenen Performance. Die Gewalten dieses Performativen sind das Element, in dem Pasolinis Kamera denkt. Ob dem Denken dieser ausweglosen Gewalt noch einmal zu entkommen sein würde, stellt »Salò« verzweifelt in Frage. Die Mittel, von denen Pasolini gedacht hatte, sie könnten es schaffen, schienen ihm gescheitert: neue Freiheiten der Sexualität, des Politischen, und die Aufstände der Dritten Welt.

Der Text ist der zweite Teil eines Auszugs aus Klaus Theweleits neuem Buch »Deutschlandfilme. Filmdenken & Gewalt. Godard. Hitchcock. Pasolini« (296 Seiten, 24 Euro), das im Oktober bei Stroemfeld erschienen ist.

Klaus Theweleit schrieb in KONKRET 10/03 über Männerphantasien und Gewalt in Pasolinis »Salò«

Konkret 11/03, S. 62

Christoph Hesse

FilmTheater

Jean-Luc Godard: Das Gesagte kommt vom Gesehenen. Gachnang & Springer, Bern/Berlin 2003, 128 Seiten, 21,90 Euro

Was macht ein Filmemacher, wenn er alt geworden und mit ihm die große Zeit des Kinos vorbeigegangen ist? Nicht mehr viel: Eine »Einführung in die wahre Geschichte des Kinos« hat er schon geschrieben, und Filme, die nicht mal mehr ihn selbst wirklich interessieren, macht er nur noch sporadisch. Wenn ihm danach ist, empfängt er sogar Journalisten, die ihm lästige Fragen stellen. Drei solcher Gespräche dokumentiert der Band *Das Gesagte kommt vom Gesehenen*.

Jean-Luc Godard ist nicht einfach ein sogenannter Autorenfilmer, worunter man sich hierzulande eine Art Kulturdenkmalspfleger vorstellt, dessen künstlerischer Ehrgeiz vor allem darin zum Ausdruck kommt, daß er das Kinopublikum im Handumdrehen in ein Sanatorium verwandelt. Die Seminarschlauheit, die einem dagegen mit dem »Tod des Autors« kommt, hat er dennoch ausgiebig Lügen gestraft und dabei übrigens eine bessere Figur abgegeben als die meisten Autoren, die sich an der Interpretation seiner Filme zu Tode mühten. Richtiger wäre gewesen, vom allmählichen Tod des Kinos zu sprechen, der etwa zu dem Zeitpunkt eingesetzt hat, als Godard damit aufhörte, es mit jedem Film neu zu erfinden.

Das hindert ihn glücklicherweise nicht daran, noch immer alles besser zu wissen als die jungen Kollegen, deren Filme zumeist schon aussehen, als hätte sie ein vom Leben gelangweilter alter Hase lediglich mit neuem Spielzeug fabriziert. Was die »Neuen Wellen« des Kinos der Sechziger auszeichnete, war unter anderem Spontaneität, eine Verhaltensweise, die Godard auch als Gesprächspartner noch vortrefflich beherrscht. Es mag an seiner eigenen Listigkeit oder der Ratlosigkeit der Fragenden liegen, daß die Gespräche kein erkennbares Thema haben; dem Lesevergnügen tut das keinen Abbruch.

Wer etwas von seinem Metier versteht, erklärt dem Neugierigen alles immer nur im Vorbeigehen. So erklärt Godard, warum die digitale Revolution, von der allenthalben die Rede ist, dem Kino ganz gut hätte gestohlen bleiben können. Man kennt solche Revolutionen, die im Grunde nur schlechte Gesetzesänderungen sind und die dem staunenden Publikum deshalb als dernière nouveauté schmackhaft gemacht werden. So als könne, wer schon von der sichtbaren Welt kein richtiges Bild hinbekommt, sich am Bildschirm ein besseres ausmalen. Filme wie »Star Wars« oder »Matrix« findet Godard »zu dumm und zu häßlich«. Und er gehört zu den wenigen, die solche Urteile auch vor Pedanten mühelos rechtfertigen können, weil er selbst allen schon vor Augen geführt hat, wozu die ästhetischen Produktivkräfte des Films bereits vor vierzig Jahren imstande waren. Was er zu sagen hat, kommt tatsächlich vom Gesehenen.

Konkret 11/03, S. 62

Gert Ockert

FilmTheater

Findet Nemo

Regie: Andrew Stanton/Lee Unkrich; USA 2003 (Buena Vista); 100 Minuten; ab 20. November im Kino.

niemand

Konkret 11/03, S. 62

Jan Pehrke

FilmTheater

Dogville

Regie: Lars von Trier; mit Nicole Kidman, Paul Bettany, Lauren Bacall; Dänemark 2003 (Concorde); 178 Minuten; seit 23. Oktober im Kino

Für die reale Welt hat sich Lars von Trier nie sonderlich interessiert. In »Dogville« macht er sich deshalb an ihren Rückbau. Das Setting des Filmes besteht aus aufgemalten Häuser-Grundrissen, sporadischen Interieurs, einer vom Theater-Himmel baumelnden Kirchturmspitze und dem Wort »bushes« statt wirklichem Grünzeug. In dieser antinaturalistischen Kulisse spielt sich aber wieder nur eine von Lars von Triers üblichen atavistischen Geschichten ab, weshalb die Verfremdung keinerlei Effekte hat.

Die junge Grace gelangt im Amerika der Depressionszeit auf der Flucht vor Gangstern nach Dogville. Sie bittet die kleine Gemeinde um Aufnahme, und aufgrund der Fürsprache des verhinderten Schriftstellers und Moralprediger Tom gewährt ihr das Dorf auch Schutz. Grace möchte die »guten Seelen« durch gute Taten für sich einnehmen, was ihr aber nur leidlich gelingt. Als sich der Verfolgungsdruck erhöht, beginnt Dogville dann »die Zähne zu zeigen«, wie es der Erzähler ausdrückt. Die Bewohner kürzen Grace' Lohn, verbieten ihr, dieselben Wege zu benutzen wie sie selber, legen sie dann in Ketten und machen sie schließlich zu einer Sexsklavin.»

»Dogville« ist jedoch nicht wieder nur eines von Lars von Triers Frauen-Martyrien. Ein deus ex machina taucht auf und befreit Grace von ihrem Joch: der Ober-Gangster, der sich als ihr Vater entpuppt. Zwischen den beiden entspinnt sich ein Moraldiskurs darüber, wie mit den Dogvillern zu verfahren sei. Über die Wesensgleichheit von Mensch und Tier sind sie sich einig, einzig über die Möglichkeit der Domestikation besteht Dissens. Grace tritt für Schonung ein, weil ein Tier doch nur seinen Instinkten folge und daher ohne Schuld sei. Der Gangsterboß will dagegen ein blutiges Exempel statuieren und überzeugt seine Tochter zu guter Letzt.

Damit wandelt sie sich vom Opfer zur Täterin – dazwischen gibt es nach Auffassung von Triers offenbar keinen Platz für eine Frau in der Gesellschaft. So bleibt kein Guter übrig. Übrig bleibt indessen sinnfälligerweise nur der Dorfhund, den von Trier zur Feier des Tages sogar leibhaftig Gestalt annehmen läßt. Nicht genug des Miserabelismus: Im Abspann präsentiert der Regisseur einen Reigen von in den USA aufgenommenen Elendsfotografien. Das hat ihm den Vorwurf des Antiamerikanismus eingetragen – ohne Grund: Lars von Trier haßt nämlich nicht die Amerikaner im besonderen, sondern nur die Menschheit im allgemeinen.

Konkret 11/03, S. 63

Andreas Busche

Film des Monats

Kill Bill Vol. 1

Regie: Quentin Tarantino; mit Uma Thurman, Lucy Liu; USA 2003 (Buena Vista); 110 Minuten; seit 16. Oktober im Kino

Rache, heißt es in Quentin Tarantinos »Kill Bill Vol. 1«, ist niemals eine gerade Linie – sondern ein Wald. Der sonderbare Satz soll wohl auch für das Filmemachen gelten, ganz sicher aber für das Kino des Quentin Tarantino. Die gerade Linie ist seine Sache nie gewesen. Mit »Reservoir Dogs« hatte er die achronologische Narration – fortan »postmodern« genannt – im Kino etabliert. »Pulp Fiction« war dann der Beweis, daß der Job in der Videothek um die Ecke doch noch zu was gut sein kann. Tarantinos Kino ist ein Meta-Happening von Filmgeschichte; die Bäume in seinem Märchenwald sind wildwuchernde Zitate, die einem manchmal auch die Sicht auf den Film verstellen. Mit seinem vierten Film »Kill Bill«, der aufgrund seiner Länge und Informationsdichte zweigeteilt ins Kino kommt, ist Hollywoods ehemaliger Wunderjunge nach innerlicher Reifung mit »Jackie Brown«, der schönsten Form von Huldigung, die für eine B-Film-Queen vorstellbar ist, zum Kind regrediert. Man könnte auch sagen, er sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Tarantino ist mit »Kill Bill« zum reinen Genrekino, der Pulp Fiction, zurückgekehrt. Hätte er die Form von Kino, die er mit »Jackie Brown« erreicht hatte, weiter verfolgt, wäre er in 15 Jahren beim geriatrischen Film angekommen, hat er in einem Interview gesagt. Also ist »Kill Bill« zwangsläufig das Gegenteil von »Jackie Brown« geworden, denn Tarantino ist ein Regisseur, der mehr auf das Kino hält als auf sich – auch wenn das im ersten Moment nicht so scheint. »Der vierte Film von Quentin Tarantino« titelt überheblich der Vorspann. Zuvor allerdings hat er eine Hommage eingeschoben wie noch kein anderer in Hollywood. Vor den ersten Produktionscredits erscheint der legendäre Schriftzug »Shaw Scope« der Shaw Brothers – und »Kill Bill« braucht keine fünf Minuten, die Würdigung der Pioniere des chinesischen Martial-Arts-Genres (»Die 36 Kammern der Shaolin«, »Das Schwert des Gelben Tigers«) zu rechtfertigen. In den Suburbia von Passadena liquidiert Uma Thurman nach allen Regeln der Kampfkunst eine ehemalige Kombattantin.

Was Tarantino mit »Kill Bill« veranstaltet hat, ist obsessiv, um das mindeste zu sagen. Bisher war es in die Jahre gekommenen Regisseuren wie Scorsese oder Godard vorbehalten, wehmütige Erinnerungen an ihre ganz persönliche Kinogeschichte mit dem Publikum zu teilen. Insofern ist »Kill Bill« vielleicht schon Tarantinos frühes Alterswerk, sein »Histoire(s) du cinÈma«. Der Film komprimiert 30 Jahre asiatisches Kino auf etwas mehr als drei Stunden, eine hemmungslose Nabelschau von angestautem Videotheken-Hengst-Wissen. Seinen Kameramann und seine Schauspieler hat er zur Nachhilfe ins Kino geschickt, damit sie mit den Einstellungen und Posen vertraut werden, die er in »Kill Bill« penibel rekonstruiert.

Wenn Uma Thurman und Lucy Liu im Haus Der Blauen Blätter zum Duell antreten, dann schwingt in der martialischen Poesie, den Farbspielereien und der Schwerelosigkeit seiner Kämpferinnen der Geist der alten Shaw-Brüder mit. Die Blutfontänen, die abgetrennten Glieder und Köpfe sind eine ehrfurchtsvolle Verneigung in Richtung Kenji Misumis »Okami/Shogun Assassin«-Filmen sowie des japanischen Animes. Takeshi Kitanos stoischer Gewalt wird ebenso Referenz erwiesen wie der Martial Arts/Drahtseil-Technik Yuen Wo-Pings (»Matrix«, »Tiger & Dragon«). »Kill Bill« ist mit staubigen Erinnerungen vollgestellt wie ein Museum, und so verwundert es kaum, daß er trotz seines erhöhten Tempos etwas leblos wirkt. Denn was am Ende bleibt, wenn man die drei furiosen Kampfsequenzen, die im Zentrum des Films stehen, die hölzern-comichaften Dialogszenen und die wenig erhellenden Rückblenden beiseite läßt, ist eine Handlung, die locker auf das Zettelchen eines Glückskekses passen würde.

Wert legt Tarantino paradoxerweise vor allem auf die Authentizität seiner Hyperkitschkunstwelt, in der geschlagene Kämpfer noch in doppelten Pirouetten zusammenbrechen. Diese Authentizität bezieht sich direkt auf die Gewalt, die sowohl in Tarantinos wie auch in seinem asiatischen Lieblingskino eine zentrale Rolle spielt. Das Filmblut, das im Film literweise in die Kamera spritzt, hat er sich aus Asien importieren lassen. Und bei den Kampfszenen mit dem Drahtseil-Experten Yuen Wo-Ping verzichtete er auf digitale Tricks. Gewalt, die mit Tarantinos Filmen immer noch zuallererst in Verbindung gebracht wird, hat in »Kill Bill« nur noch den Stellenwert eines bloßen Zitats. Ein Effekt, der sich im Film sehr schnell abnutzt. Als schließlich die Schlacht im Haus Der Blauen Blätter, eine Hommage an das Rasenmäher-Finale von Peter Jacksons »Braindead« und Kinji Fukasakus High School-Massaker »Battle Royal«, ihren Anfang nimmt, ist das blutrünstige Gemetzel weit weniger artistisch als die Schlußtotale auf das Schlachtfeld, auf dem sich die Körper der Kämpfer wie zu grotesken Schriftzeichen angeordnet haben.

Die Tatsache, daß »Kill Bill« von seinem Verleih Miramax in zwei Teilen in die Kinos gebracht wird, läßt sich erst nach Besichtigung des recht schleppenden ersten Teils richtig bewerten. Am Ende eines langen Kinosommers voller Sequels mutet diese Entscheidung nicht unbedingt geschäftstüchtig an. Denn das Geschäftsjahr 2003 könnte als das Jahr in die Kinogeschichte eingehen, in dem die Idee des Sequels zu Grabe getragen wurde. Daß Fortsetzungen in der Regel nicht

erfolgreicher als ihre Vorgänger sind (sie kosten mehr, spielen aber weniger ein), war schon in den siebziger Jahren bekannt. In diesem Jahr aber sind die wichtigsten Blockbuster – und damit Sequels (»Tomb Raider II«, »Terminator III«, »Matrix Reloaded«, »Bad Boys II« etc.) – bereits nach der ersten Startwoche kläglich abgesoffen. Die Umsätze fielen um etwa 50 Prozent. Schuld daran trägt die Mundpropaganda, die nach der ersten Woche die Runde macht – denn was dieser Sommer bot, war meist wirklich unter aller Sau. Genau auf diese Mundpropaganda aber baut Miramax-Chef Harvey Weinstein, wenn er im nächsten Frühjahr den zweiten Teil von »Kill Bill« in die Kinos bringt. Er hofft auf den Hunger der Tarantino-Fans, die sechs Jahre auf den neuen Film warten mußten. Ein billiger Trick, der ihm viel Geld bringen könnte. Der Fan muß nun doppelt zahlen.

Dem ersten Teil nach zu urteilen, wäre es allerdings besser gewesen, »Kill Bill« einfach auf 2 1/2 Stunden herunterzukürzen. Weinstein, der in Hollywood den Spitznamen »Harvey Scissorhand« hat, ist berüchtigt dafür, seinen Regisseuren das Leben zur Hölle zu machen und blindwütig in ihre Filme zu pfuschen. »Kill Bill Vol. 1« transportiert – wohlgemerkt bei einer Länge von nur 95 Minuten – bereits genügend Füllmaterial, auf das man gut und gerne hätte verzichten können. Man könnte die Entscheidung, den Film zu teilen, natürlich auch als Sieg der künstlerischen Freiheit über das unternehmerische Kalkül werten – Weinstein hat eine Schwäche für den Arthouse-Film, auch wenn es kein »Tiger & Dragon« geworden ist. Aber mit »Kill Bills« Cliffhanger-Ende geht Weinstein kaum ein Risiko ein, daß der zweite Teil floppen könnte. »Kill Bill 2« könnte sogar zu einer seltenen Ausnahme werden: das Sequel erfolgreicher als das Original.

Wenn Sie einen Tip haben wollen: Pfeifen Sie auf »Vol. 1«, leihen Sie sich ein halbes Jahr später die DVD und gucken Sie danach im Kino die Fortsetzung. Man muß sich von den Hollywood-Leuten ja nicht für vollkommen blöd verkaufen lassen.

Konkret 11/03, S. 64

Tina Klopp

Schöner sterben

Auf deutschen Friedhöfen herrschen Zucht und Ordnung. Doch der Widerstand wächst.

Hier ruhen meine Gebeine, ich wollte, es wären Deine.« Diese Inschrift hatte sich ein Hamburger Bürger für seinen Grabstein gewünscht. Und weil das sein letzter Wille war, beschlossen die Angehörigen, diesem Wunsch zu entsprechen. Die kirchlichen Friedhofsbetreiber bewiesen in Fragen letzter Dinge jedoch keinen Sinn für Humor. Die Inschrift würde dem flanierenden Besucher den Tod wünschen, begründeten sie ihrer Ablehnung – die jetzt vor Gericht bestätigt wurde. Die Angehörigen empfinden das als Zensur.

In keinem europäischen Land wird so streng über die Bestattungs- und Friedhofsordnung gewacht wie in Deutschland. Doch der Widerstand dagegen wächst, aus mehreren Gründen. Zum einen werden immer häufiger alternative Bestattungsformen nachgefragt. Seit Ende 2001 etwa bietet die Darmstädter Friedwald GmbH einen Asche-Platz an den Wurzeln eines Baumes an. Immer mehr Angehörige äußern den Wunsch – und lassen ihn mitunter auf illegalem Wege realisieren – die verbrannten Reste ihrer Lieben in einer Urne mit nach Hause zu nehmen. Muslime wehren sich gegen den Sargzwang, weil ihre Toten traditionell in ein Tuch gewickelt unter die Erde kommen. Kulturhistoriker machen seit den achtziger Jahren gar eine neue »Kultur des Sterbens« aus. Das hänge mit Aids und der Hospizbewegung zusammen, die das Thema Tod neu ins Bewußtsein gehoben habe. Und das macht nun auch vor bunten Grabverzierungen nicht halt. Sehr zum Graus der Kirchen: Pinke Grabsteine, phallusartige Gebilde oder auch einfach nur eine Grabbepflanzung, die aus dem wohlgeordneten Rahmen wuchert – der bürgerliche Kunde könnte sich durch diesen Anblick in seiner letzten Ruhe gestört fühlen.

Die Verordnungen liegen in der Regel in den Händen der einzelnen Kommunen. Inzwischen haben sich auch einige Länder der Sache angenommen. In Niedersachen laufen bereits erste Beratungen zu einem liberalisierten Bestattungsgesetz. Die rotgrüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat bereits eines verabschiedet. Es ist im September in Kraft getreten. Allerdings ist die Reform dank der Intervention von Kirchen und CDU-Opposition – Jürgen Rüttgers immerhin war früher als Referent des Städte- und Gemeindetags für Friedhofsangelegenheiten zuständig – zaghafter ausgefallen als zunächst geplant. Zwar ist in Nordrhein-Westfalen jetzt erstmals der Urnenzwang für Friedhöfe aufgehoben. Wenn der Verstorbene es testamentarisch verfügt hat, darf die Asche ausgestreut werden, auch außerhalb des Friedhofsgeländes. Nach Hause nehmen darf man die Urne jedoch nicht. Die Asche muß auf einem öffentlich zugänglichen Gelände verwahrt werden, das der »Würde« des Toten Rechnung trägt. Ein Friedwald erfüllt diese Voraussetzungen. Die Kirchen jedoch argwöhnen darin eine unzulässige »naturreligiöse Tendenz«. Sie beklagen den »Verlust der Gedenkkultur«.

Tatsächlich aber hat der aufmüpfige Hamburger seine Inschrift aus einem Buch über historische Grabinschriften abgekupfert (*Grabinschriften aller Zeiten*, gesammelt von Enno Hansing). Die hier gesammelten Inschriften sind in der Regel schon bedeutend älter als die kirchlichen Würdenträger, die jetzt den christlich-abendländischen Kulturverfall beweinen. »Sie starb leider schon mit fünfzehn Jahr, just als sie zu gebrauchen war.« So etwas las man vor hundert Jahren auf dem Grabstein einer jungen Magd. Für die heutige Zensur undenkbar. Ohnehin hätten die meisten Friedhöfe, die man heute als Kulturgüter unter Denkmalschutz stellt, nach den jetzigen Vorschriften nie eingerichtet werden können.

Die Zucht und die Ordnung, auf die sich die Friedhofswächter so gerne berufen, sind jüngeren Datums. Sie stammen meist aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Feuerbestattungsgesetz, wie es auch in Nordrhein-Westfalen bis zur Reform noch galt, beruht auf einem Gesetz von 1934 – unterzeichnet von Adolf Hitler. Ein einheitliches Bild, nach dem Ideal des Soldatenfriedhofs, sollte die Volksgemeinschaft auch im Tode zusammenschmieden, so die Idee der braunen Paragraphenreiter. Die Nazis erließen strikte Richtlinien, Material, Tiefe, Höhe und Breite der Grabsteine, sowie Bepflanzung, Pflege und die Maße der Gräber betreffend. Da tanzte auch posthum keiner aus der Reihe.

Die ungetrübte Leidenschaft fürs Technokratisch-Penible hat nicht nur die oft vorgeschobenen ästhetisch-pietätischen, sondern schlicht wirtschaftliche Gründe. Die Bestattungsindustrie setzt im Jahr cirka neun Milliarden Euro um, mehr als die Pflegebranche. Bestatter, Leichentransporteure, Steinmetze, Gärtner, Verwalter und Kirchen – sie alle fürchten um ihr wohlgeordnetes Monopol, wenn sich demnächst jeder seine Ruhestätte selber basteln kann. Grabsteine zum Beispiel dürfen wegen des Verletzungsrisikos nur von ausgebildeten Steinmetzen verkauft werden. Es seien schon Besucher von unfachmännisch verankerten Platten erschlagen worden, heißt es. Die Bestattungsunternehmen fühlen sich durch den Trend zur Urne und zur sarglosen Bestattung in ihren Verdienstmöglichkeiten beschnitten. Friedwälder nehmen den kirchlichen Friedhöfen Kunden weg. Die Konkurrenz arbeitet kostengünstiger, weil die Anlage minimale Pflege erfordert.

Selbstbestimmung? Da meldet die Kirche Besitzansprüche an: »Die sterblichen Überreste eines Toten unterliegen nicht der eigenen Verfügungsgewalt oder der der Angehörigen«, stellte etwa der katholische Prälat Karl-Heinz Vogt anläßlich der Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen klar. Die Konkurrenz trifft die kommunalen Friedhöfe um so stärker, als sie durch

eine demographische Besonderheit bereits gebeutelt ist: Derzeit sterben schlicht zu wenig Leute. Das Fehlen der Generation der bereits Begrabenen aus dem Zweiten Weltkrieg macht sich bemerkbar. Gewinn machen die Betreiber nicht mit dem öffentlichen Betrieb der Grabstätten – hier sind sie angehalten, kostendeckend zu arbeiten. Sie verdienen an dem Rundum-Service, an Grabpflege und der Bepflanzung. Und dank ihres Einspruchs in Nordrhein-Westfalen wird sich daran auch künftig nichts ändern. Weiterhin dürfen nur öffentlich-rechtliche Körperschaften Friedhöfe betreiben – der Aufschwung durch die Nachkriegstoten kann kommen.

Eine weitere Neuerung in Nordrhein-Westfalen ist eine Regelung für die Bestattung von Totgeborenen: Wenn mindestens ein Elternteil das wünscht, müssen Totgeborene unter die Erde und dürfen nicht mehr als Klinikmüll entsorgt oder wohlmöglich noch für die Forschung verwendet werden, wie der Rechtswissenschaftler Tade Spranger argwöhnt. Als Bestattungsexperte bekommt er regelmäßig Anrufe von betroffenen Müttern, denen das Verfügungsschreiben über ihre totgeborenen Kinder noch im Kreißsaal zur Unterschrift gereicht wurde. Inzwischen wehren sich allerdings auch die Kirchen nicht mehr gegen die Bestattung von Totgeborenen. Es zählt mittlerweile eben jede Seele. Da macht es längst nichts mehr, daß sie nicht getauft ist.

Ein anderes Argument der Liberalisierungsgegner ist nicht so einfach zu übergehen: Die Verlockung ist groß, allein aus Kostengründen von den neuen Angeboten Gebrauch zu machen und Omas Asche im Gemüsebeet zu entsorgen – entgegen dem Wunsch der Verstorbenen. Schließlich spart das Kosten und Mühe vom Sarg bis zur Grabpflege. Liberalisierungsfreunde sagen nun: Anstatt auf einen paternalistischen Verordnungsstaat zu setzen, sollte man lieber die finanziellen Nöte abfangen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die Bundesregierung will das Sterbegeld halbieren, während die Kosten für die letzte Ruhe weiter steigen. Gebührenerhöhungen bleiben für viele Kommunen die einzige noch ausbaufähige Einnahmequelle. In manchen Orten sind die Friedhofsgebühren in den vergangenen Monaten um bis zu 300 Prozent gestiegen.

Da helfen auch die Discountangebote wenig, die einem aus den Schaufenstern der Marketingexperten unter den Bestattungsunternehmern entgegenspringen: »Unser Herbstangebot: 20 Prozent Preisnachlaß auf alle Bestattungsarten.« Den Zeitpunkt ihres Todes bestimmen die Bürger hierzulande immer noch selbst. Noch. Denn auch das wird sich doch irgendwie regeln lassen.

Tina Klo schrieb in KONKRET 9/03 über Frauen als Reformverlierer

Konkret 11/03, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hamburg, 21. Oktober 2003

An die Bundesanstalt für Arbeit

Nürnberg Fax 0911/17 91 487

Sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender,

lieber Florian Gerster!

An Allerheiligen dieses Jahres betrete ich eine existentielle terra incognita – das Rentnerland. Daran war, als ich im Sommer 1952 dreizehneinhalbjährig als Bayerns jüngster Versicherungskaufmannslehrling aller Zeiten mit dem Erwerbsleben Fühlung aufnahm, nicht zu denken. Indes – die Zeit knöpft sich einen zügig vor, und kaum hat man sich zwei drei Mal um die eigene Achse begeben, um sich ein bißchen umzuschauen in der Welt, da nimmt auch schon der jüngere Bruder des Totenvogels mit dem Rentnerzettel im Schnabel auf der Schulter Platz. Mir bringt er der Bescheide zwei. Der eine ist von der BfA und verheißt einen Monatswechsel im Betrage von 443,58 Euro, der sich aber um den Eigenanteil zur Pflegeversicherung (3,77 Euro) und den der Krankenversicherung (31,05 Euro) auf 408,76 Euro schmälert, der andre kommt von der Pensionskasse für freie Mitarbeiter der deutschen Rundfunkanstalten und ist monatlich 167,58 Euro wert. Ich fahre kein Auto, ich wohne beengt, ich sammle keine Pretiosen, ich rauche und trinke nicht, ja ich reproduziere mich aufs Asketischste. Aber all dies wenige ist mit (noch dazu steuerpflichtigen) 576,34 Euro, will man Mund- und schlimmeren Räubereien entraten, nicht zu machen. Nun las ich vorgestern in der »Bild am Sonntag« auf den Seiten 16/17 einen Offenen Brief von Siegfried, dem intakt gebliebenen der beiden »erfolgreichsten Illusionisten des Planeten« an die »lieben ›BamS‹-Leser«:

Roy wurde am 3. Oktober durch seinen Lieblingstiger Montecore während der Show in Las Vegas verletzt ... Die Ärzte verschrieben ihm als beste Therapie seinen Lieblingshund Piaf, einen French Bull Dog (13 Jahre alt, er gehörte früher Roys verstorbener Mutter) ... Als wir vor drei Wochen die Nachricht erhielten, den diesjährigen »World Entertainment Award« aus den Händen von Präsident und Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow zu erhalten, haben Roy und ich sofort beschlossen, nach Hamburg zu reisen, um diese Ehrung persönlich entgegenzunehmen ... Unsere Anfänge als Magier sind mittlerweile Geschichte. Einfach war es nicht. Manches Mal stellten wir uns die Frage, wer die bessere Mahlzeit bekommen sollte – wir oder unsere Tiere? Gleichzeitig verfolgten wir aber einen Traum, der uns gezeigt hat, was Erfolg bedeutet: Erfolg hat nichts mit Geld zu tun, sondern ist eine Sache des Herzens. Das hört sich vermutlich idealistisch an. Aber stellt man sich die Frage »Was macht einen erfolgreichen Menschen aus, wodurch unterscheidet er sich von anderen?« ist die Antwort folgende: Der Erfolgreiche wird dafür belohnt, daß er seinen Traum verfolgt. Als Illusionisten haben wir stets die Hoffnung, dieses Gefühl in jedem einzelnen unserer Zuschauer zu wecken, diese freudige Erwartung, wohin uns die Phantasie führen wird, die Bereitschaft, das Herz und die Sinne die Führung übernehmen zu lassen. In einer Zeit, in der in vielen Bereichen der Anstrengung des Einzelnen Grenzen gesetzt sind, erscheint uns diese Sehnsucht um so wertvoller. Die Verleihung des »World Entertainment Awards« an Siegfried & Roy ist für uns eine Bestätigung unseres Lebenswerkes, und wir wollen den Menschen weiterhin die Kraft geben, an sich selbst zu glauben und sich für Frieden und Toleranz gegenüber den Mitmenschen und allen Lebewesen auf dieser Welt einzusetzen ...

Wie ich nun damit (Umbrella-Sir Gorbi, Entertainer Lech Walesa, »Laudatorin Deutschlands neue Supermama Verona Feldbusch«) und auch damit durch war, daß Siegfried in seinem Liebesbrief an die »BamS«-Leser so überhaupt kein Wort fand dafür, daß seine und Roys rund dreihundert Illusionsmitarbeiter keine zwei Stunden nach Montecores Biß in Roys Hals vom Management des Mirage Hotels gefired worden waren, da stach mir die auf ein und derselben Doppelseite positionierte, von Ihnen und Herrn Clement finanzierte und von der Berliner Agentur Zum goldenen Hirschen kreierte Anzeige heurekahaft ins Auge. Zeigend Merit Schambach aus Berlin, die »Produzentin ungewöhnlicher Senfsorten (www.senfsalon.de) und erfolgreiche Ich-AG«. Yeah! So eine Ich-AG käme auch mir (als Rentenzubrot wie als kulturell und volkswirtschaftlich nützlicher Zeitvertreib) wie gerufen. Ich denke an eine Einmannreimerei, in der Gebrauchslyrik für Geburtstag und Vermählung, Taufe und Tod, Führerschein und Abitur, aber auch Reklametexte für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe hergestellt und, auf Wunsch und wenns geht, vom Dichter selber vorgetragen werden. Vorzüglich würde meine Werkstatt im Dienst am Gedanken der Ich-AG wirken wollen, zum (kostenlosen!) Beispiel:

Endlich mehr Geld

Im Portmonnee

Hat Karlheinz, der Chef

Seiner Ich-AG

oder

Was ist die Erfindung des kreisrunden

Rades

Was ist der Wiederaufbau des im Kriege

__zerstörten Hades

Gegen die segensreiche Inthronisation

Der nach Peter Hartz benannten Kommis-_sion

Darf ich, lieber Herr Gerster, auf einen Existenzgründungszuschuß nach § 421 I SozialGesetzBuch III hoffen?

Sagen Sie ja, und Sie sind auf der sicheren Seite!

Ihr h. t.

Übrigens: Den von Henri Dunant und *Robert Walser nachhaltigst verachteten Kinorenner »Das Wunder von Bern« bieten neuerdings völkische Raubvideologen (für nur RM 33,45) im Dreierpack an, zusammen mit dem Büchlein* Der Brand *des Phosphorerotomanen Jörg Friedrich und der* Vertreibung *(*Böhmen als Lehrstück*) aus der Revanchefeder des persönlichkeitsmultiplen und (siehe seine Futterluke) kußunmündigen Sudetengauners Peter Glotz, der, »Sohn einer Tschechin und eines Deutschen«, die vom Munzinger-Archiv verbürgte »Flucht« seiner »Familie ins benachbarte Bayern« vom Ullstein Verlag als »Vertreibung« hochsterilisieren läßt.*

Konkret 11/03, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Im September luden ehemalige Kader des KBW (»Kommunistischer Bund Westdeutschlands«), gegründet 1973, aufgelöst 1984, ihre Genossinnen und Genossen von einst zu einem Treffen in die Gaststätte Zum kleinen Zinken nach Hamburg-Ottensen ein, zu

Wiedersehen, Klönen, Gedankenaustausch, interessante (nützliche?) Erinnerungen und »Gehirnjogging« in die Zeit um 1973, Live-Musik (es wird auch Gelegenheit zum Tanzen geben).

Da ging aber ein Jauchzen durch die Massen, stürmisch wie einst, als ihr Ruf »Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!« durch die Straßenschluchten der Metropolen scholl. Genossin Inken Biel antwortete:

Gerade in der letzten Zeit hatte ich mehrere »Ach stimmt, so war das daaaamals, Erlebnisse« beim Lesen verschiedener Literatur/Biographien aus/zu dieser Zeit. Deshalb finde ich die Idee super.

Aber hallo, sagten auch Tine und Charly Ziegler:

Suuuuper Idee. Gerade neulich haben wir gedacht, da müßte doch mal was zusammengehen. Wir freuen uns riesig und kommen!!!!!

Leicht irritiert Ilona Wilhelm, die irgendwas nicht mitgekriegt haben muß:

»Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus« – Auch wenn es noch nicht ganz so geklappt hat, ich komme sehr gerne!!

Susanne Lambrecht, der zu Ohren gekommen ist, daß ihr ehemaliger Generalsekretär heute im Bundesministerium des Äußeren Dienst tut, ist Realistin:

Die Welt sieht heute doch ganz anders aus, als wir uns das damals aus voller Überzeugung vorgestellt haben, aber von unserer Lebendigkeit und unerschöpflichen Initiative ist offensichtlich viel übrig geblieben.

Renate und Heinrich Nietzschmann haben sich in der Tanzstunde fortgebildet:

Eine glänzende Idee! Ich möchte mich und meine Gattin also hiermit anmelden und möglichst Plätze in der ersten Reihe.

Warner Poelchau, wehmütig:

Was gibt es Schöneres, als abgeklärt und weise längst vergangenen Niederlagen zu feiern. Ich komme gerne.

Dem Hubertus Romahn reicht es jetzt aber:

»Klassentreffen«! Das kommt der Sache wohl am nächsten. SSG, GUV und KBW waren hinausgedehnte Schuljahre überwiegend für Pennäler/innen, die zuvor als Durchschnitts- oder Musterschüler/innen oder gar Streber/innen sich bis zum Abschluß durchkotaut hatten und danach einige Zeit über die Stränge schlagen wollten.

Überhaupt waren SSG, GUV und KBW fast ausschließlich für Despoten und Killer zu haben, je blutrünstiger und zynischer, um so besser. Es gab immer die Rabulistiker, die den Dreh hinkriegten, Typen vom Schlage eines Idi Amin oder der Teheraner Ayatollas als weise Staatslenker hin zu stellen. Wenn es diese Schülerveranstaltung in diesem Jahr noch

gegeben hätte, wäre auch Saddam Hussein in die Reihe der weisen Staatenlenker und Vorbilder aufgerückt.

Hartmut Berg, aus dem Untergrund:

Kann ich mich hier denn ohne Decknamen anmelden?

Janto Just hat Theorie und Praxis der Organisation konsequent in die Prärie getragen:

Seit Mai 1976 wohne ich im Landkreis Friesland. Ich bin Mitglied einer örtlichen Wählergruppe »Bürger für Bürger«, die seit 1996 im Gemeinderat Schortens und im Kreistag Friesland vertreten ist. Unsere Linie ist kurz gefaßt: Weniger Staat, weniger Ausgaben/Steuern/

Schulden, weniger Bevormundung. Um es in marxistischen Worten zu sagen: Wir gehen zwar davon aus, daß der Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital fortbesteht, sehen ihn aber durch den Widerspruch zwischen der Masse der Gesellschaft und dem Staat überlagert. Eine Kampflosung aus dem mittelständischen Unternehmertum, die das überwiegend gemeinsame Interesse von Kapital und Arbeit gegenüber dem Staat gut zum Ausdruck bringt, lautet daher: Mehr Netto für alle!

Warum nicht gleich so, Joscha Schmierer und Krista Sager? Oder wie Bernd Rehberg:

Die Aktion – wie für mich gemacht, wo ich doch seit dem 1. September Rentner gewor-den bin. Ich habe meine Neptun Apotheke verkauft.

Rehbergs Freund Philipp Wahnschaffe, HWP, der den Professor für den Zweiten Bildungsweg (Hochschule für Wirtschaft und Politik) raushängt:

Meine Güte, ich bin noch ganz atemlos von den vielen Namen und den ganzen Gesichtern, die mir allmählich wieder in den Sinn kommen. Was für eine tolle Idee. Logo – ich bin dabei.

Jetzt muß der Heinrich Nietzschmann (Die zwei von der Tanzstelle, diesmal ohne Frau Gemahlin) diesem Rohman aber mal was sagen:

Lieber Hub, du bist jetzt der einzige im Gästebuch, der sich erkennbar überhaupt nicht geändert hat. Das ist sehr erschreckend!

Der einzige? Und was ist mit Rainer Sprunkel?:

Eine Anekdote: Da schreibt einer dieser damaligen Bonsai-Robbespierres, der sich jetzt auch im Gästebuch aufs Wiedersehen freut, in einem »Beschluß«: »Wir sollten es dem ausgeschlossenen Genossen R. S. so schwer wie möglich machen, KVZ und KuK zu erwerben. Wir haben keinerlei Interesse daran, Vertretern der rechten Strömung die Auseinandersetzung mit revolutionären Positionen zu erleichtern.« Ja, so ging's zu damals, als wir noch jung und schön waren.

Aber damit ihr nicht nur nette Anekdoten austauscht und zur vorgerückten Stunde die Bewertung der Arbeitsqualität eurer Putzhilfen im Zentrum der Diskussion steht, gibt es von mir noch die eine oder andere politische »Warum«-Frage mit auf den Weg:

Warum mußte man, wenn man sowieso in der mittleren Sozial- und Bildungsbürokratie sein Auskommen finden wollte, diesen jugendlich-revolutionären Umweg überhaupt machen? Oder ist es so, daß die Mitgliedschaft in einer K-Gruppe während der 70er Jahre in bestimmten Sektoren der Staatsbürokratie inzwischen karriereförderndnd wirkt – etwa in dem Sinne, daß die Bürgersöhne und -töchter, nachdem sie sich die Hörner abgestoßen haben, wesentlich abgeklärter und rationaler das Geschäft bürokratischer Menschenverwaltung betreiben können?

Warum tragen gerade die Protagonisten des jakobinischen Tugendterrors im ehemaligen KBW eine manchmal unerträglich abgeklärte Altersweisheit zur Schau?

Warum? Erdmute Trustorff weiß es:

Ohne die Aktivitäten in diesen Jahren hätte ich möglicherweise meinen lieben Mann nicht kennengelernt. Wir sind immer noch verheiratet, und ich finde das richtig klasse.

Rudolf Oppermann ist weise geworden:

Ich hoffe auf ein paar entspannte Gespräche im akzeptierenden Rückblick auf das eigene gelebt werden und die Möglichkeit, Fehladaptationen wenigstens nachträglich zu reflektieren.

Und Heiner Brüllau macht ein ultimatives Angebot:

Ich bin in den 80er und 90er Jahren ziemlich in der Welt herumgekommen als Atheist in kirchlichen Diensten. Wenn es interessiert, kann ich ein paar Schwanks aus meinem Leben aus der 3. Welt erzählen.

Au ja.